103. Sitzung

Mittwoch, den 15. Dezember 2010

Mainz, Deutschhaus

Die Tagesordnung für die 103. und 104. Plenarsitzung am 15. und 16. Dezember 2010 wird auf der Grundlage der ausgedruckten Tagesordnung wie folgt festgestellt:

- a) *Änderungsanträge und Entschließungsanträge werden bei dem jeweiligen Tagesordnungspunkt gesondert aufgerufen.*
- b) *Die Abstimmung über das Landesgesetz zur Änderung der Verfassung (TOP 9) in zweiter Beratung findet unmittelbar im Anschluss an die Beratung der Einzelpläne 04, 12 und 20 statt, zu dem sie aufgerufen wird. Die Beratung über den Antrag – Drucksache 15/4967 – (TOP 10) wird unterbrochen bis zur dritten Beratung über das Landesgesetz zur Änderung der Verfassung.*

Zwischen der Abstimmung in zweiter Beratung und dem Aufruf der dritten Beratung über das Landesgesetz zur Änderung der Verfassung (TOP 9) wird die nach § 57 Abs. 2 GOLT einzuhaltende Frist abgekürzt (§ 68 Abs. 1 GOLT).

Die Abstimmung in dritter Beratung und die Schlussabstimmung über die Verfassungsänderung (TOP 9) sowie die Abstimmung über den Antrag (TOP 10) finden unmittelbar im Anschluss an die dritte Beratung, also vor den Abstimmungen zum Landeshaushaltsgesetz 2011, statt.

- c) *Entsprechend der Übereinkunft im Ältestenrat zum Verfahren der Beratung des Haushalts 2011 und der übrigen Tagesordnungspunkte wird gemäß § 131 GOLT folgende Abweichung von der Tagesordnung beschlossen:*
- *Die Abstimmung über Gesetzentwürfe in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung (TOP 2, 5 bis 7 und 9) sowie über Anträge (TOP 10) erfolgen am Donnerstag nach den Abstimmungen zum Landeshaushaltsgesetz 2011. Ausschussüberweisungen (TOP 3 und 8) erfolgen zum Abschluss der Beratung des Einzelplans, zu dem sie aufgerufen werden.*
 - *Die Abstimmungen über Änderungsanträge und die Beschlussempfehlung zum Landeshaushaltsgesetz 2011 erfolgen nicht nach Einzelplänen gegliedert. Stattdessen erfolgt eine gebündelte Abstimmung über die Änderungsanträge in der Reihenfolge des zeitlichen Eingangs. Auf Wunsch wird über einzelne Haushaltsänderungsanträge, wie auch über einzelne Empfehlungen in der Beschlussempfehlung, getrennt abgestimmt.*
 - *Über die Entschließungsanträge zum Landeshaushaltsgesetz 2011 wird erst nach Abstimmung über alle Einzelpläne und das Landeshaushaltsgesetz 2011 abgestimmt, und zwar in der Reihenfolge des zeitlichen Eingangs.*

Landeshaushaltsgesetz 2011 (LHG 2011)**Gesetzentwurf der Landesregierung**

– Drucksache 15/4996 –

Zweite Beratung**dazu: Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz für die Jahre 2010 bis 2014****Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags**

– Drucksache 15/5000; Vorlage 15/5467 –

Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses

– Drucksache 15/5200 –

Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses

– Drucksache 15/5201 –

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

– Drucksache 15/5229 –

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

– Drucksache 15/5259 –

Anträge der Fraktion der CDU – Entschließungen –

– Drucksachen 15/5202 bis 5220 und 5244 –

Anträge der Fraktion der FDP – Entschließungen –

– Drucksachen 15/5230 bis 5243 und 5246 –

Anträge der Fraktion der SPD – Entschließungen –

– Drucksachen 15/5251 bis 5257, 5260 und 5262 –

Alternativantrag der Fraktion der CDU

– Drucksache 15/5263 –

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

– Drucksache 15/5264 –

Alternativantrag der Fraktion der SPD

– Drucksache 15/5268 –

*Berichterstattung durch die Vorsitzende des Haushalts- und Finanzausschusses, Abg.**Frau Astrid Schmitt* 6038**Grundsatzausprache/****Beratung des Einzelplans 02 – Ministerpräsident und Staatskanzlei,****Landesvertretung** 6041**Beratung des Einzelplans 01 – Landtag** 6083**Beratung des Einzelplans 08 – Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft****und Weinbau** 6084

...tes Landesgesetz zur Änderung des Sparkassengesetzes
Gesetzentwurf der Landesregierung
 – Drucksache 15/5098 –
Zweite Beratung

dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr
 – Drucksache 15/5196 – 6084

Mittelstandsförderungsgesetz
Gesetzentwurf der Landesregierung
 – Drucksache 15/5184 –
Erste Beratung 6084

Die zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Drucksache 15/5098 – wird bis nach den Abstimmungen zum Landeshaushaltsgesetz 2011 unterbrochen.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/5184 – wird an Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr – federführend – und an den Rechtsausschuss überwiesen. 6111

Beratung des Einzelplans 06 – Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen 6111

Beratung des Einzelplans 14 – Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz 6127

Beratung des Einzelplans 10 – Rechnungshof 6140

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsministerin Frau Doris Ahnen, Dr. Heinz Georg Bamberger, Karl Peter Bruch, Frau Margit Conrad, Frau Malu Dreyer, Hendrik Hering, Dr. Carsten Kühl.

Entschuldigt fehlten:

Die Abgeordnete Ulla Schmidt; die Staatssekretäre Christoph Habermann, Alexander Schweitzer und Martin Stadelmaier.

Rednerverzeichnis:

Abg. Baldauf, CDU:	6041
Abg. Dr. Schmitz, FDP:.....	6117
Abg. Dröscher, SPD:	6114
Abg. Eymael, FDP:.....	6091
Abg. Frau Anklam-Trapp, SPD:.....	6104
Abg. Frau Hayn, CDU:.....	6122
Abg. Frau Sahler-Fesel, SPD:.....	6120, 6121
Abg. Frau Schäfer, CDU:.....	6102, 6139
Abg. Frau Schellhaaß, FDP:.....	6132, 6140
Abg. Frau Schmitt, SPD:	6038
Abg. Frau Schneider, CDU:.....	6080, 6108
Abg. Frau Thelen, CDU:	6079, 6111
Abg. Guth, SPD:	6095
Abg. Hartloff, SPD:	6048, 6054
Abg. Langner, SPD:.....	6129
Abg. Licht, CDU:.....	6084
Abg. Mertin, FDP:	6058, 6063
Abg. Puchtler, SPD:.....	6084
Abg. Schreiner, CDU:	6080
Abg. Sippel, SPD:	6088
Abg. Strutz, FDP:.....	6106
Abg. Weiner, CDU:	6127
Beck, Ministerpräsident:	6067
Frau Conrad, Ministerin für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz:	6135
Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen:.....	6122
Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:.....	6097, 6107, 6110
Präsident Mertes:.....	6037, 6041, 6048, 6054
Vizepräsident Bauckhage:.....	6058, 6063, 6067, 6104, 6106, 6107, 6108, 6110
.....	6111, 6114, 6116, 6120, 6121
Vizepräsident Schnabel:	6079, 6080, 6083, 6084, 6088, 6127, 6129, 6132
.....	6135, 6139, 6140
Vizepräsidentin Frau Klamm:	6091, 6095, 6097, 6102, 6122

103. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz am 15. Dezember 2010

Die Sitzung wird um 09:30 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Mertes:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf Sie zur 103. Plenarsitzung des rheinland-pfälzischen Landtags begrüßen. Herr Kollege Jens Guth und Herr Kollege Adolf Kessel werden mich bei der Sitzungsleitung unterstützen. Entschuldigt haben sich die Kollegin Ulla Schmidt sowie die Herren Staatssekretäre Habermann, Schweitzer und Stadelmaier.

In der vergangenen Zeit hatte Herr Abgeordneter Thomas Günther Geburtstag. Er wurde 55 Jahre alt. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall im Hause)

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen zur Tagesordnung noch folgende Hinweise geben:

1. Änderungsanträge und Entschließungsanträge werden bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten gesondert aufgerufen.
2. Die Abstimmung über das Landesgesetz zur Änderung der Verfassung (TOP 9) in zweiter Beratung findet unmittelbar im Anschluss an die Beratung der Einzelpläne 04, 12 und 20 statt, zu dem sie aufgerufen wird. Die Beratung über den Antrag – Drucksache 15/4967 – (TOP 10) wird unterbrochen bis zur dritten Beratung über das Landesgesetz zur Änderung der Verfassung. Sie wissen, das ist – populär ausgedrückt – die Schuldenbremse.

Zwischen der Abstimmung in zweiter Beratung und dem Aufruf der dritten Beratung über das Landesgesetz zur Änderung der Verfassung (TOP 9) ist die nach § 57 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Landtags einzuhaltende Frist abzukürzen.

Die Abstimmung in dritter Beratung und die Schlussabstimmung über die Verfassungsänderung sowie die Abstimmung über den Antrag (TOP 10) finden unmittelbar im Anschluss an die dritte Beratung, also vor den Abstimmungen zum Landeshaushaltsgesetz 2011, statt.
3. Entsprechend der Übereinkunft im Ältestenrat zum Verfahren der Beratung des Haushalts 2011 und der übrigen Tagesordnungspunkte sind gemäß § 131 der Geschäftsordnung des Landtags folgende Abweichungen von der Geschäftsordnung zu beschließen (Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden Abgeordneten, mindestens jedoch der Mehrheit der gesetzlichen Mitgliederzahl):
 - Die Abstimmungen über die Gesetzentwürfe in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung (mit Ausnahme der Verfassungsänderung) sowie über die Anträge erfolgen nach den Abstimmungen zum Landeshaushaltsgesetz. Ausschussüberweisungen

erfolgen zum Abschluss der Beratung des Einzelplans, zu dem sie aufgerufen werden.

- Die Abstimmungen über die Änderungsanträge und die Beschlussempfehlung zum Landeshaushaltsgesetz erfolgen nicht nach Einzelplänen gegliedert. Stattdessen erfolgt eine gebündelte Abstimmung, wie Sie sie kennen, über die Änderungsanträge in der zeitlichen Reihenfolge des Eingangs. Auf Wunsch wird über jeden einzelnen Haushaltsänderungsantrag, wie auch über jede einzelne Empfehlung in der Beschlussempfehlung, getrennt abgestimmt.
- Über die Entschließungsanträge zum Landeshaushaltsgesetz wird erst nach der Abstimmung über alle Einzelpläne und das Landeshaushaltsgesetz abgestimmt, und zwar in der Reihenfolge ihres zeitlichen Eingangs.

Das war alles sehr kompliziert, muss aber vorgetragen werden. Es ist mit der Parlamentarischen Geschäftsführerin und den Parlamentarischen Geschäftsführern abgesprochen, sodass wir das Verfahren kennen.

Meine Damen und Herren, damit stelle ich die Tagesordnung fest. Weitere Hinweise dazu habe ich nicht bekommen.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Landeshaushaltsgesetz 2011 (LHG 2011) Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/4996 – Zweite Beratung

dazu:

Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz für die Jahre 2010 bis 2014

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags
– Drucksache 15/5000, Vorlage 15/5467 –

Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses

– Drucksache 15/5200 –

Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses

– Drucksache 15/5201 –

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

– Drucksache 15/5229 –

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

– Drucksache 15/5259 –

Anträge der Fraktion der CDU – Entschließungen –

– Drucksachen 15/5202 bis 5220 und 5244 –

Anträge der Fraktion der FDP – Entschließungen –

– Drucksachen 15/5230 bis 5243 und 5246 –

Anträge der Fraktion der SPD – Entschließungen –

– Drucksachen 15/5251 bis 5257, 5260 und 5262 –

Alternativantrag der Fraktion der CDU

– Drucksache 15/5263 –

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

– Drucksache 15/5264 –

Alternativantrag der Fraktion der SPD

– Drucksache 15/5268 –

Zur Berichterstattung erteile ich der Frau Kollegin Astrid Schmitt das Wort.

Abg. Frau Schmitt, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Haushaltsberatungen im Haushalts- und Finanzausschuss liegen hinter uns. Ich denke, ich kann für uns alle sagen, dass es wirklich sehr arbeitsreiche Wochen waren.

Wir haben die Debatte über den Haushalt 2011 vor dem Hintergrund einer nach wie vor kritischen Situation auf den internationalen Finanzmärkten geführt. Die Diskussion im Ausschuss hat deutlich gemacht, dass diese Krise noch nicht vorbei ist. Wir haben das zum Beispiel an der Lage in Irland gesehen.

Ein wichtiges Thema ist dabei die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Hierüber haben wir intensiv im Haushalts- und Finanzausschuss diskutiert.

Der Haushalt 2011 ist, wie Sie wissen, dieses Mal ein Einjahreshaushalt. Nächstes Jahr konstituiert sich ein neuer Landtag, und deswegen – das haben wir auch in der Vergangenheit so gehalten – greift der Haushalt nicht über das Wahljahr hinaus.

Dennoch ist der Landeshaushalt 2011 ein besonders wichtiger Haushalt. Er wird der erste in Rheinland-Pfalz sein, der unter der Geltung der neuen Schuldenregel des Grundgesetzes verabschiedet wird.

Sie wissen, es gibt eine gemeinsame Gesetzesinitiative aller Fraktionen, eine Schuldenbremse auch in der Landesverfassung zu verankern. Sie wird morgen mit dem Haushalt verabschiedet und dann in Kraft treten.

Die Beratungen im Haushalts- und Finanzausschuss haben noch einmal verdeutlicht, dass die rheinland-pfälzische Schuldenbremse den Vorgaben des Grundgesetzes entspricht. Sie ist aber auch Ausdruck der Budgethoheit unseres Landtags.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Rheinland-Pfalz ist damit eines der ersten Länder, das in seiner Verfassung die neue Schuldenregel des Grundgesetzes selbstständig umsetzen wird.

Fest steht auf alle Fälle, dass die Schuldenbremse die Gestaltung des Landeshaushalts in den kommenden Jahren tief greifend prägen wird. Sie ist dabei nicht nur eine verfassungsrechtliche Regelung. Sie ist auch die Antwort auf die gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen, und sie wird mühsam, anstrengend und unbequem werden.

Der Grundsatz der Schuldenbremse ist, dass der Haushaltsausgleich künftig ohne Einnahmen aus Krediten zu

erfolgen hat. Eine Kreditaufnahme wird nur noch in eng begrenzten Ausnahmefällen, insbesondere bei Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen, zulässig sein. Erstmals ist sie auf das Haushaltsjahr 2012 anzuwenden. Aber bereits für das Haushaltsjahr 2011 schreibt die Schuldenbremse vor, dass wir mit dem Abbau des strukturellen Defizits beginnen sollen.

Feststehende Zielvorgabe ist, bis zum Haushaltsjahr 2020 den ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Das ist der Abbaupfad, den wir einhalten müssen. Deswegen hat die Landesregierung ihre vorgelegte Finanzplanung in einer Langfristprojektion bis zum Jahr 2020 ergänzt, um ihre Konsolidierungsstrategie zur Umsetzung der Schuldenregel aufzuzeigen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, unter Beachtung der Schuldenbremse sieht sich der Haushalt – sehen wir uns – einer langfristigen Konsolidierungsnotwendigkeit nicht nur gegenüber, sondern auch verpflichtet. Andererseits müssen wir nach unseren Beratungen im Haushalts- und Finanzausschuss feststellen, dass wir es nach wie vor mit einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu tun haben.

Sie erinnern sich. In dieser Wahlperiode hatten wir wegen der konjunkturellen Einnahmeneinbrüche bereits zwei Nachtragshaushalte zu verabschieden. Es gibt aber auch erste vorsichtige Lichtblicke. Nach der aktuellen Steuerschätzung vom November, die bei Einbringung des Regierungsentwurfs noch nicht vorlag, ergeben sich für Rheinland-Pfalz Steuermehreinnahmen in Höhe von rund 221 Millionen Euro.

Trotz dieser erfreulichen konjunkturellen Entwicklung dürfen wir nicht vergessen, dass die Steuereinnahmen damit noch immer in einer Größenordnung von rund 500 Millionen Euro unter dem Niveau von 2008 liegen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, so viel zu den finanzpolitischen Ausgangsdaten. Unsere meist ganztägigen Debatten im Haushalts- und Finanzausschuss sind alle protokolliert. Die Protokolle liegen vor.

Ich darf mich an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich beim Stenografischen Dienst bedanken, weil es nicht selbstverständlich war, das alles zeit- und fristgerecht vorzulegen, sodass wir damit arbeiten konnten. Noch einmal herzlichen Dank!

(Beifall im Hause)

Das sind insgesamt immerhin über 300 Seiten geworden. Der Bericht liegt Ihnen als Drucksache vor. Insofern kann mein jetziger Bericht natürlich nur die wesentlichen Grundlinien der von uns geführten Diskussionen aufzeigen. Auf einige Besonderheiten möchte ich eingehen.

Die SPD-Fraktion hob in ihrer Bewertung hervor, der Haushalt sei mit seinen wesentlichen Investitionen insbesondere in die Schwerpunktbereiche Bildung, faire Zukunftschancen von Anfang an und Familienfreundlichkeit ein Haushalt der Zukunftsgestaltung. Gleichzeitig würden in dem Haushaltsentwurf aber auch die Konsolidierungsnotwendigkeiten der Schuldenbremse in einem ersten, deutlichen Schritt umgesetzt. 200 Stellenreduzie-

rungen in Ministerien und Mittelinstanzen binnen drei Jahren, 70 Millionen Euro globale Minderausgaben für die Ressorts, Kürzung der Verfügungsmittel für Minister und Staatssekretäre und die Absenkung der Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit – all dies stehe beispielhaft für die Konsolidierung. 163 Millionen Euro weniger bereinigte Gesamtausgaben und eine Absenkung der Nettokreditaufnahme um 15 % seien deutliche Entscheidungen in Richtung Schuldenbremse.

Trotz aller Konsolidierungsnotwendigkeit sei es aus Sicht der SPD-Fraktion aber wichtig, dass der Regierungsentwurf wesentliche Zukunftsinvestitionen nicht vernachlässigt habe. Neben den Investitionen im Schwerpunktbereich der Bildung, aber auch für Innere Sicherheit und Justiz, für Wirtschafts- und Innovationsförderung, für die Förderung erneuerbarer Energien und für Maßnahmen der Arbeitspolitik sei es auch und gerade der Pensionsfonds, der Zukunftssicherung bedeute.

In Rheinland-Pfalz sei es dank einer klugen und verantwortungsvollen Politik viel besser als in anderen Bundesländern gelungen, die Auswirkungen der Finanzkrise abzufedern, was sich jetzt in Form positiver Entwicklungen der Wirtschaft und des Arbeitsmarkts bezahlt mache. Allerdings dürften die Konsolidierungsbemühungen des Landes nicht durch eine falsche Steuersenkungspolitik des Bundes zulasten der öffentlichen Haushalte gefährdet werden, so die SPD-Fraktion.

Die CDU-Fraktion kritisierte in den Ausschussberatungen, dass die Finanzprojektion der Landesregierung von unrealistischen Tatsachen ausgehe. Weder würden bis zum Jahr 2020 Steuermehreinnahmen von jährlich 400 Millionen Euro zur Verfügung stehen noch könne unterstellt werden, die von der Bundesregierung beschlossenen Steuererleichterungen entfielen kurz- oder mittelfristig. Auch die Annahme einer dauerhaften Niedrigzinsphase für Kredite sei unrealistisch.

Der Landesregierung sei aus Sicht der CDU-Fraktion vorzuwerfen, dass sie an einzelnen Punkten lediglich symbolische Einsparungen vornehme. So sei es beispielsweise leicht, bei Verfügungsmitteln einzusparen, wenn diese ohnehin nicht vollständig ausgeschöpft würden, oder Stellen zu streichen, die ohnehin nicht besetzt seien.

Stattdessen wolle die CDU-Fraktion die Nettoneuverschuldung bereits bis zum Jahr 2016 auf null setzen. Zugleich müsse aber die kommunale Finanzausstattung nachhaltiger gestaltet werden. Es müsse eine Debatte darüber geführt werden, wo weiter eingespart werden könne und wo echte Schwerpunkte gesetzt werden könnten, so die CDU-Fraktion.

Die FDP-Fraktion betonte, der Regierungsentwurf müsse dort, wo er politische Schwerpunkte setze, auch die notwendigen Einsparmöglichkeiten benennen. In der erweiterten Finanzplanung der Landesregierung fehle der FDP-Fraktion eine tragfähige Perspektive, wie bis zum Jahr 2020 auf der Grundlage der getroffenen Schwerpunktsetzungen das Ziel der Schuldenbremse erreicht werden könne.

Nachholbedarf sehe die FDP-Fraktion vor allem im Bildungssektor und hier insbesondere bei den Schulen. Anders als die CDU-Fraktion halte die FDP-Fraktion den Pensionsfonds für einen vernünftigen, da generationengerechten Weg, allerdings – und das ist die Differenz zu uns, Herr Kollege Mertin – dürften diese Zuführungen in den Pensionsfonds nicht als Investitionen gewertet werden, weil dadurch im Ergebnis sonst eine höhere Verschuldung ermöglicht werde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nach zehn teilweise ganztägigen Beratungssitzungen lagen dem Haushalts- und Finanzausschuss über 190 Änderungsanträge zur Beschlussfassung vor, von denen ich hier jetzt nur einige wenige aufgreifen will. Ergänzend verweise ich auf meinen schriftlichen Bericht.

Von den fraktionsübergreifenden Änderungsanträgen ist im Einzelplan 01 – Landtag – insbesondere die Mitteleinstellung für die öffentliche Petition zu nennen. Die von der SPD-Fraktion beantragte Einführung der öffentlichen Petition wird das rheinland-pfälzische Petitionsrecht für die Bürgerinnen und Bürger weiter stärken. Ich denke, darüber freut sich auch unser Bürgerbeauftragter. Die haushaltsrechtliche Grundlage dafür haben wir jedenfalls einstimmig beschlossen.

Einstimmig befürwortet hat der Haushalts- und Finanzausschuss auch eine von SPD- und FDP-Fraktion gemeinsam beantragte Erhöhung der Zuschüsse zur Förderung der Jugendarbeit; dieser Ansatz wurde um 200.000 Euro aufgestockt.

Noch eines ist uns einstimmig gelungen, meine sehr geehrten Damen und Herren, nämlich die Aufstockung der Mittel für die institutionelle Förderung des Landesmusikrats, womit der Ausschuss einem Antrag der FDP-Fraktion gefolgt ist.

In den Haushalt einzuarbeiten waren natürlich auch die Steuermehreinnahmen nach der aktuellen Steuerschätzung vom November – das habe ich angesprochen –, die bei der Aufstellung und Einbringung des Haushaltsplanentwurfs noch nicht vorlag. Bereits im Vorfeld hatten die Fraktionen erklärt, die Steuermehreinnahmen zur Reduzierung der Nettokreditaufnahme verwenden zu wollen. Die notwendigen Anpassungen im Einzelplan 20 sind auf Antrag der SPD-Fraktion dann auch einstimmig umgesetzt worden. Vonseiten der Opposition kam allerdings die Kritik, dass die Steuermehreinnahmen jedenfalls nicht vollständig zur Senkung der Nettokreditaufnahme eingesetzt worden seien.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, von den insgesamt 13 Änderungsanträgen der CDU-Fraktion fand im Haushalts- und Finanzausschuss keiner eine Mehrheit.

(Zurufe von der CDU: Oh –
Frau Thelen, CDU: Welch ein Wunder!)

Mit einem Teil ihrer Änderungsanträge verfolgte die CDU-Fraktion das Ziel, das Hochschulprogramm „Wissen schafft Zukunft“ statt in einem Sondervermögen künftig unmittelbar im Landeshaushalt zu veranschlagen, was aus Sicht der CDU-Fraktion transparenter sei.

Die CDU-Fraktion beantragte außerdem Mittel in einem Umfang von 63,7 Millionen Euro für ein neu aufzulegendes Sonderprogramm im Schulbereich, aus dem Maßnahmen wie zum Beispiel die Stärkung der Sprachförderung oder die Einführung einer flächendeckenden Schulsozialarbeit finanziert werden sollten.

85 Millionen Euro beantragte die CDU-Fraktion für eine 1 %ige Erhöhung des Verbundsatzes des kommunalen Finanzausgleichs. Mehrere neue globale Minderausgaben, zum Beispiel zur Anpassung der Landesverwaltung an die demografische Entwicklung, stellte die CDU-Fraktion zur Abstimmung. Auch für den Haushalt 2011 beantragte die CDU-Fraktion erneut, die Zuführungen zum Finanzierungsfonds für die Beamtenversorgung komplett zu streichen.

Die FDP-Fraktion betonte, dass jeder ihrer Änderungsanträge gegenfinanziert sei, was beispielhaft belege, dass und wo Einsparpotenziale im Haushalt noch bestünden. Kürzungen beantragte die FDP für die Presse- und Informationsarbeit der Staatskanzlei.

Auch für den Haushalt 2011 beantragte die FDP-Fraktion den Aufbau einer festen Personalreserve von 480 Lehrern, um bei einem Ausfall von Lehrkräften Vertretungsunterricht durchführen zu können. Die im Schulbereich für die Vertretungs- und Aushilfskräfte veranschlagten Mittel sollten stattdessen gestrichen werden.

Umschichtungen beantragte die FDP-Fraktion wieder für Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds, mit denen unter anderem ein Programm zur Vernetzung von Hochschuleinrichtungen und Unternehmen finanziert werden sollte.

Im Ausschuss fanden diese und weitere Anträge der FDP-Fraktion allerdings keine Mehrheit.

Von den angenommenen Anträgen der SPD-Fraktion möchte ich die folgenden nennen:

Angenommen wurde ein Antrag, der begehrt, die Zuschüsse zur Förderung der Integration und Betreuung von Menschen mit Migrationshintergrund um zusätzlich 200.000 Euro aufzustocken.

Hier hat der Ausschuss der vom Landtag eingesetzten Enquete-Kommission „Integration und Migration“ in Rheinland-Pfalz Rechnung getragen, deren Abschlussbericht in Kürze veröffentlicht wird.

Zur sicher notwendigen Verbesserung der Beförderungssituation im Sozialdienst der Justiz, vor allem im mittleren Vollzugsdienst der Justizvollzugsanstalten, wurden im Justizhaushalt zahlreiche Stellenhebungen beschlossen.

Aus den Änderungen im Einzelplan 08 möchte ich die Aufstockung der Förderung von Junglandwirten um 100.000 Euro nennen und natürlich den Breitbandausbau, für den jetzt Mittel von bis zu 1 Million Euro zur Verfügung stehen.

Schwerpunkt der Änderungen im Einzelplan 09, im Bereich Bildung, war die Erhöhung der Zuschüsse von

Betreuungsgruppen in den Grundschulen. Die Kommunen erhalten hier zusätzlich 187.400 Euro, die Privatschulträger, Elternvereine und sonstigen Träger dieser Betreuungsangebote zusätzlich 47.600 Euro. Auch die Weiterbildungsmittel wurden um 400.000 Euro, um 100.000 Euro erhöht. 400.000 Euro wären schöner gewesen. Dabei haben wir es belassen.

Erwähnen möchte ich außerdem noch die Erhöhung der Landeszuschüsse für gewaltpräventive Fanprojekte im Einzelplan 03. Dass für die Arbeit der Verbraucherzentrale die notwendige Finanzierungs- und Planungssicherheit im Einzelplan 14 jetzt haushaltsrechtlich realisiert ist, möchte ich ebenfalls erwähnen.

Soweit die Steuermehreinnahmen nach den Beschlüssen des Haushalts- und Finanzausschusses nicht zur Reduzierung der Nettokreditaufnahme verwendet wurden – auch das möchte ich gerne noch beifügen –, sind sie auf Antrag der SPD-Fraktion zur weiteren Stabilisierung der Kommunalfinanzen eingesetzt worden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, danach erhalten die Kommunen rund 11 Millionen Euro mehr an Schlüsselzuweisungen und über 6,4 Millionen Euro mehr an Zweckzuweisungen für die Kindergärten.

Die weiteren beschlossenen Änderungen der Haushaltsansätze sind in der Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses ausführlich dargestellt und im Einzelnen aufgeführt, sodass ich zum Abschluss kommen möchte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe es eben schon, bezogen auf den Stenografischen Dienst, deutlich gemacht, ich möchte zum Abschluss des Berichts noch einmal auf die Leistungen und die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu sprechen kommen.

Ich glaube, gerade unser Ausschuss hat eine Flut von Zahlen, Daten und Fakten zu bewältigen. Dafür sind wir dringend auf diese Mitarbeiter angewiesen. Sie sind nämlich diejenigen – das wissen Sie –, die Anträge entwerfen, Berechnungen anstellen, Zahlen und Haushaltsstellen herausuchen, die dann wirklich im Detail die Einzelpläne wälzen und uns darin unterstützen, dass wir diese Arbeit überhaupt leisten können. Ich möchte mich dafür in unser aller Namen an dieser Stelle ganz herzlich bedanken.

(Beifall im Hause)

Der Dank gilt aber auch den Ressorts, die in der kurzen Fristsetzung, die wir als Haushalts- und Finanzausschuss vorgegeben haben, alle geforderten Zusatzinformationen geliefert haben. Auch dafür herzlichen Dank!

Ich bedanke mich natürlich auch bei den Mitgliedern des Haushalts- und Finanzausschusses und den Mitgliedern der Fachausschüsse, die – wie in den vergangenen Jahren auch schon – an unseren Beratungen teilgenommen haben. Ich denke, wir haben es in sachlicher und konstruktiver Atmosphäre geschafft, diesen Landshaushalt 2011 zu beraten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt Ihnen mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und FDP, den Entwurf des Landeshaushaltsgesetzes 2011 anzunehmen.

Ich darf mich als Berichterstatterin ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit bedanken.

(Beifall der SPD)

Präsident Mertes:

Meine Damen und Herren, ich rufe nunmehr zur Beratung auf:

Grundsatzausprache

Beratung des Einzelplans 02 – Ministerpräsident und Staatskanzlei, Landesvertretung

Die Fraktionen haben eine Grundredezeit von 60 Minuten je Fraktion vereinbart.

Das Wort hat traditionell der Vorsitzende der größten Oppositionspartei, Herr Abgeordneter Baldauf.

Abg. Baldauf, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir stehen kurz vor dem Ende einer Legislaturperiode, und der Landtag beschließt in den nächsten zwei Tagen das letzte Mal in dieser Legislaturperiode einen Landeshaushalt. Deshalb ist es an der Zeit, ein Resümee über die letzten fünf Jahre zu ziehen, die Bilanz von fünf Jahren Regierung mit absoluter SPD-Mehrheit und 16 Jahren Landesregierung unter Kurt Beck. Zeit also, Erreichtes mit Versprochenem zu vergleichen.

Herr Ministerpräsident, dieser Vergleich fällt für Ihre Landesregierung nicht gut aus.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, am Ende des Jahres 2011 wird Rheinland-Pfalz mit allen Nebenhaushalten fast 35 Milliarden Euro Schulden angehäuft haben.

(Ministerpräsident Beck: Darf es noch einmal ein bisschen mehr sein!)

Dabei hat unser Land für seinen Haushalt nicht etwa weniger Steuermittel zur Verfügung als andere Bundesländer, im Gegenteil. Nach den Zahlungen aus dem Länderfinanzausgleich und den Bundesergänzungszuweisungen ist unser Land sogar mit höheren Steuereinnahmen je Einwohner ausgestattet als etwa die hessischen Nachbarn, die Milliarden an andere Bundesländer abgeben. Dennoch hat Rheinland-Pfalz je Einwohner deutlich mehr Schulden aufgenommen als die anderen westdeutschen Flächenländer.

Meine Damen und Herren, jeder Einwohner in Rheinland-Pfalz wird nächstes Jahr mit 8.600 Euro verschuldet sein.

Herr Ministerpräsident, dafür tragen allein Sie die uneingeschränkte Verantwortung.

(Beifall der CDU –
Zuruf des Abg. Fuhr, SPD)

– Herr Kollege Fuhr, dabei wollten Sie doch eigentlich 2006 neu aufbrechen.

Ich erinnere an die Überschrift Ihrer Regierungserklärung am 30. Mai 2006. Ich zitiere: „Im Auftrag der Menschen: Gemeinsam den Aufbruch gestalten“.

Herr Ministerpräsident, darin haben Sie versprochen, verantwortungsbewusst und solide mit den Finanzen umzugehen.

(Schweitzer, SPD: So wie ihr!)

Weiter: „Daher werden wir am Kurs der strikten Ausgabenbegrenzung festhalten.“

(Zurufe von der SPD)

Aber aus der strikten Ausgabenbegrenzung wurde eine hemmungslose Schuldenpolitik, und aus dem angekündigten Aufbruch wurde kein Anfang, sondern nur eine Warteschleife, in der Sie immer noch hängen, Herr Ministerpräsident.

(Beifall der CDU –
Zurufe von der SPD)

In eine solche Warteschleife schicken Sie Jahr für Jahr in Rheinland-Pfalz auch die Schülerinnen und Schüler.

Noch einmal ein Blick auf Ihre Regierungserklärung 2006. Jede Menge vollmundige Ankündigungen zur Bildungspolitik. Ich zitiere: Wir werden eine gute Unterrichtsversorgung gewährleisten. –

(Beifall des Abg. Schweitzer, SPD –
Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, wahr ist, dass das Thema „Unterrichtsausfall“ in keinem anderen Bundesland den Menschen derart unter den Nägeln brennt. 70 % der Rheinland-Pfälzer halten dieses Thema für ein drängendes Problem. Wenn Sie das nicht ernst nehmen, nehmen Sie die Menschen nicht ernst, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU –
Zurufe von der SPD)

Als Nächstes: Kurt Beck, Stärkung der Naturwissenschaften. – Wahr ist, dass die naturwissenschaftlichen Fächer gemeinsam unterrichtet werden, und das von Lehrkräften, die zumeist die Lehrbefähigung für nur eines der unterrichteten Teilgebiete erworben haben.

(Hartloff, SPD: Was verstehen Sie denn unter „zumeist“, Herr Kollege?)

Wahr ist auch, dass die Lehrer ohne Lehrpläne und Unterrichtsmaterialien in das neue Fach geschickt wer-

den. Das ist keine Qualität, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU –
Frau Brede-Hoffmann, SPD: Das sind
Wissenschaftler!)

– Frau Brede-Hoffmann, es ist gut, dass Sie reinrufen. Wenn Sie schon „zweimal wöchentlich“ mit „alle zwei Wochen“ verwechseln, wie in Ihrer letzten Presseerklärung, dann sind Sie heute besser einmal ruhig und kommen zur Sache.

Qualität zeichnet sich auch dadurch aus, dass man mit den Inhalten arbeitet und nicht immer einfach nur etwas behauptet.

(Beifall der CDU –
Zuruf der Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, weiter geht es in der Regierungserklärung 2006: „Besonders wichtig ist uns, Grundschulen möglichst wohnortnah zu erhalten.“

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Tatsächlich?)

Wahr ist, dass Sie die fünf Jahre haben verstreichen lassen, ohne zukunftsfeste Konzepte für unsere Grundschulen auf den Tisch zu legen.

(Frau Schmitt, SPD: Was?)

Damit lassen Sie bei weiter sinkenden Schülerzahlen die Schulträger vor Ort allein, denen schon jetzt das Wasser bis zum Hals steht.

(Beifall bei der CDU)

Herr Ministerpräsident Beck, ich zitiere: Für Ganztagschulen gelten hohe Qualitätsmaßstäbe. – Wahr ist, dass sowohl die Vertreter der kirchlichen Jugendarbeit, die Sportverbände als auch die Jugendfeuerwehren Alarm schlagen. Sie berichten, wie sie durch das aktuelle Ganztagschulskonzept als Dienstleister deklassiert und aufgrund starrer Strukturen ausgebootet werden.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Das ist ja
wohl lächerlich! –
Zuruf des Abg. Hartloff, SPD)

Ministerpräsident Beck 2006: „Wir werden die Mittel für die Lernmittelfreiheit (...) erhöhen“. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wahr ist, dass Sie erst unseren Gesetzentwurf zur Einführung einer Lernmittelausleihe lesen mussten, bis Sie auf Trab kamen.

(Beifall der CDU)

Wahr ist auch, dass Sie derart bürokratisch agiert haben, dass gerade einmal nur gut 30 % der Schüler zusätzlich am neuen System teilnehmen und schon wieder Kosten bei den Kommunen hängen bleiben.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD –
Frau Schleicher-Rothmund, SPD: Märchenstunde
oder Aussprachendebatte?)

Als Nächstes: „Wir setzen dabei (...) auf Innovationen in Forschung und Wissenschaft“, so der Ministerpräsident 2006. Wahr ist, dass wir auch in der vergangenen Legislaturperiode bei den Rahmenbedingungen unserer Universitäten keinen Meter vorangekommen sind. Wir sind immer noch bundesweit Schlusslicht bei der Betreuungsrelation und belegen den vorletzten Platz bei den laufenden Grundmitteln je Studierendem. Das ist nicht zu bestreiten.

Die Hochschulpräsidenten haben das sehr plastisch dargestellt, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Indem sie sich
begeistert gezeigt haben! –
Hartloff, SPD: Die sind dankbar für das Sonder-
programm für die Hochschulen!)

Finanzierungslücken werden aus dem Personalhaushalt gedeckt. Das wiederum führt dazu, dass Stellen nicht oder längere Zeit nicht besetzt werden.

Der Präsident der Mainzer Universität sagte, dass Rheinland-Pfalz bei der Abschmelzung der Grundfinanzierung bundesweit einen Spitzenplatz einnimmt und diese Tendenz den Hochschulen zunehmend Probleme bereitet.

Die Situation wird also nach Angaben der Betroffenen vor Ort schlechter und nicht besser. Im Ländercheck dieses Jahres des Stifterverbands der Deutschen Wissenschaft zur Forschungslandschaft gibt es kein anderes Bundesland, das in all diesen Bereichen derart schlecht abschneidet. Das ist Aufbruch à la Kurt Beck.

(Beifall der CDU)

Wie sieht der beschworene Aufbruch weiter aus?

(Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

Rheinland-Pfalz heute: Jeder Einwohner ist demnächst – ich möchte die Zahl extra noch einmal wiederholen – mit 8.600 Euro verschuldet.

(Schweitzer, SPD: Ich habe überhaupt
keine Schulden! –
Bracht, CDU: Das ist eure Einstellung!)

Städte und Gemeinden haben finanziell keine Luft mehr. Ihre Verschuldung ist die höchste aller westdeutschen Flächenländer. Verstärkte Sparanstrengungen der Landesregierung? – Fehlanzeige.

(Schweitzer, SPD: Mein lieber Mann,
so ein Schuldenbuckel!)

Dafür werden Millionen am Nürburgring und in anderen Projekten versenkt.

(Zuruf von der SPD: Oje!)

Unsere Wirtschaftskraft? – Die zweitniedrigste aller westlichen Bundesländer. Fakten. Lassen Sie mich das ausführen: Das mittelfristige Wirtschaftswachstum in Rheinland-Pfalz liegt deutlich unter dem Durchschnitt

Deutschlands. Von 2000 bis 2009 betrug es 12,6 %. Das ist der niedrigste Wert aller Bundesländer. Wir verharren auf dem niedrigsten Wert für das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner aller westlichen Bundesländer. Das Primäreinkommen der privaten Haushalte je Einwohner liegt in Rheinland-Pfalz mit rund 22.000 Euro unter dem Bundesdurchschnitt.

(Pörksen, SPD: Dann muss ich ja bald wegziehen!)

Die Zahl der Arbeitsplätze in unserem Land je 1.000 Einwohner gehört zu den niedrigsten in Deutschland. Über 240.000 Menschen pendeln täglich aus Rheinland-Pfalz in die Nachbarländer zu ihren Arbeitsstätten. Da sind wir auch froh und dankbar darum, dass die Arbeitsplätze vorhalten; denn auch diesem Umstand, nämlich den Arbeitsplätzen in Hessen, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Luxemburg, verdanken wir die relativ günstige Arbeitslosenquote unseres Landes, sonst niemandem.

(Ramsauer, SPD: Eberbach!)

Wenn man sich die Haushaltsentwicklung der letzten zehn Jahre betrachtet: Wo fließt eigentlich das viele Geld hin, wenn es sich wirtschaftlich nicht auszahlt?

Wo gibt denn eigentlich unser Land mehr Geld aus als andere?

(Schweitzer, SPD: Jetzt wird er auch noch langweilig! –

Frau Schleicher-Rothmund, SPD: Wieso wird? Ist!)

In die Schulen? – Fehlanzeige. Was diese Landesregierung pro Schüler an den Schulen aufwendet, liegt unter dem Durchschnitt in Deutschland.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Das hatten Sie schon einmal gesagt!)

In Forschung und Wissenschaft? – Fehlanzeige. Die öffentlichen Ausgaben für Forschung und Wissenschaft in Rheinland-Pfalz gehören in das untere Drittel im Vergleich der Bundesländer.

Infrastruktur oder Kommunen? – Fehlanzeige.

(Ministerpräsident Beck: Weihnachten oder Ostern?)

Nach wie vor keine laufenden Landesmittel für die Landesstraßen, sondern jeder Meter Asphalt ist mit Schulden gepflastert. Die Investitionen reichen nicht aus, um die Landesstraßen in einem ordentlichen Zustand zu halten, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU –

Hartloff, SPD: Soll das heißen, dass wir keine Straßen mehr bauen sollen? Ist das Ihr Vorschlag?)

– Sie sollen es auskömmlich finanzieren, dass die Straßen in Ordnung sind und nicht umgekehrt, Herr Hartloff. Denken Sie bitte an die Infrastruktur, die in diesem Land alles andere als gut ist und zu wünschen übrig lässt. Das

wissen Sie genauso gut wie ich. Also kümmern Sie sich auch darum.

(Hartloff, SPD: Noch vorhin haben Sie gesagt, wir sollen nicht so viel ausgeben! Wie soll das denn gehen?)

– Ich erkläre Ihnen das gleich, nur langsam.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gemeinsam haben Bund und Länder das Grundgesetz geändert und die Schuldenbremse zur Verfassungspflicht der Regierungen und Parlamente gemacht. Frau Schmitt hat es angesprochen.

Mehrere Bundesländer, auch wir in Rheinland-Pfalz, verankern eine solche Schuldenbremse in der Landesverfassung. Sie verpflichtet uns, spätestens 2020 einen ausgeglichenen Landeshaushalt zu erreichen. Ich bin froh, dass es in Rheinland-Pfalz gelungen ist, einen gemeinsamen Gesetzentwurf aller Fraktionen zu erarbeiten, den wir morgen auch verabschieden wollen.

Wir ändern unsere Verfassung, weil es eben nicht so weitergehen kann wie bisher.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

Wir haben erkannt, dass wir uns selbst neue Regeln auferlegen müssen, wenn wir verantwortlich handeln wollen.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

– Herr Ministerpräsident, wir müssen uns jetzt auf den Weg machen zu einem Landeshaushalt ohne neue Schulden.

(Schweitzer, SPD: Durch Mehrausgaben!)

Aber diesen Weg will die Landesregierung wieder einmal nur halbherzig gehen. Mit ihrer Finanzplanung marschiert sie erst einmal unbeirrt weiter in die falsche Richtung. So spiegelt der Haushalt 2011 das politische Denken einer Landesregierung wider, die offenkundig eben nicht die Zeichen der Zeit begriffen hat.

(Beifall der CDU)

Über 1,9 Milliarden Euro Nettoneuverschuldung allein im Kernhaushalt. Über 300 Millionen Euro neue Schulden in den Landesbetrieben. Aus Krediten werden gegen geltendes Recht Rücklagen und Sondervermögen gebildet zur Steigerung der Ausgaben in den Folgejahren, und all das soll – ich zitiere Finanzminister Kühl, der gerade abwesend ist – eine neue Ära der Konsolidierungspolitik sein.

Das soll eine neue Ära der Konsolidierungspolitik sein? Meine sehr geehrten Damen und Herren, nein, das ist wirklich kein Einstieg in den Ausstieg aus dem Schuldenmachen, das ist Gasgeben auf abschüssiger Fahrt, wo man doch eigentlich bremsen will. Dieser Landeshaushalt ist ein Dokument des Versagens. Schulden, wir machen sie einfach, heute hier und morgen dort, und

nach mir die Sintflut. Das ist das eigentliche Regierungsmotto von Kurt Beck.

(Beifall der CDU)

Man möge sich das vorstellen. Wir beschließen zusammen in diesem Raum eine Schuldenbremse in der Verfassung, aber zugleich sagen Sie unmissverständlich, dass Sie diese im Grunde gar nicht ernst nehmen. Das ist die Sprache dieses Haushalts 2011 und der Finanzplanung. Von vornherein stellen Sie einen Haushalt ohne neue Schulden ab 2020 unter zwei nicht akzeptable Bedingungen. Frau Schmitt hat sie erwähnt.

1. Sie bleiben dabei, die jährlich steigenden Zahlungen in den Pensionsfonds aus neuen Schulden zu finanzieren. Sie bleiben dabei, sich das Geld vom Pensionsfonds wieder zurückzuleihen, um es dann auszugeben. Dennoch wollen Sie das nicht der Neuverschuldung zurechnen. So wollen Sie also im Jahr 2020 mithilfe von Taschenspielertricks bei 1,3 Milliarden Euro Neuverschuldung landen und trotzdem gleichzeitig einen schuldenfreien Haushalt auflegen.

Das muss mir einmal jemand erklären, Herr Ministerpräsident. 1,3 Milliarden Euro Neuverschuldung 2020 und gleichzeitig ein schuldenfreier Haushalt. Nach unserer Auffassung verstoßen Sie damit jetzt schon direkt gegen das Grundgesetz und die neuen Regeln der Schuldenbremse. Wir werden das nach der Landtagswahl selbst ein für alle Mal beenden, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Pörksen, SPD: Das glaubt ihr!)

Ab 2016 wird ohne Schulden ausgekommen.

(Beifall der CDU –
Ramsauer, SPD: Schauen wir mal!)

2. Das ist ganz interessant, Sie setzen neue Steuererhöhungen ab 2012 voraus.

Doch Rheinland-Pfalz kann darüber nicht entscheiden. Dazu brauchen Sie eine Mehrheit des Bundestages und des Bundesrates. Die haben Sie jetzt nicht, die haben Sie 2012 nicht, und die werden Sie auch 2013 nicht haben. Die Wahrheit ist, Sie setzen wissentlich voraus, was Sie nicht selbst erfüllen können. Die Wahrheit ist, den schuldenfreien Haushalt ab 2020 wollen Sie gar nicht.

(Beifall der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die SPD-Fraktion wird morgen einer Schuldenregel zustimmen, nach der aufgrund unserer Initiative auch die Nebenhaushalte zur Bemessung der Schulden des Landes herangezogen werden müssen. Das aber ist in der Finanzplanung des Landes dieses Mal wieder nicht berücksichtigt. Es geht allein um über 300 Millionen Euro jährlich bei den Landesbetrieben. Schon deshalb können Sie diese Finanzplanung ganz schnell wieder einstampfen. Mehr Ausgabendisziplin kündigen Sie nur an einer Stelle an, nämlich bei den Verwaltungsaufgaben. Herr Ministerpräsident, das ist im Grundsatz löblich, aber die

Zinsen werden wieder steigen – das ist absehbar –, und deshalb ist es selbst bei einer geringen Inflation von lediglich 2 % im Jahr – einmal vorsichtig gerechnet – realitätsfern, diesen Kostenblock 2020 halbieren zu wollen. Das geht nicht. Das zeigt, Sie haben keine greifbaren Ideen, das strukturelle Haushaltsdefizit abzubauen. Sie präsentieren uns wieder nur Luftbuchungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Haushaltsdefizit, der völlig überhöhte Kreditbedarf ist in der Tat strukturell. Er entsteht aber nicht durch Schwächen der Konjunktur. Die Steuereinnahmen nach Finanzausgleich sind nicht schlechter als anderswo. Nein, die Wahrheit liegt ganz woanders. Herr Ministerpräsident, Sie haben ein strukturelles Problem, nämlich ein Ausgabenproblem.

(Beifall der CDU –

Ministerpräsident Beck: Ich komme mit meinem Geld immer hin! Ich habe kein Ausgabenproblem! –
Dr. Weiland, CDU: Er hat kein Problem, er ist ein Problem!)

In Ihrer Amtszeit laufen die Ausgaben den Einnahmen davon.

Im Übrigen nur so viel dazu, damit wir das auch einmal klarstellen: Wenn bei uns etwas nicht in Ordnung ist, werden die Leute nicht mehr berücksichtigt. Bei Ihnen sitzen sie auch weiterhin auf der Bank oder sind im Rathaus in Mainz, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das muss man an dieser Stelle auch einmal sagen dürfen.

(Beifall der CDU –

Zurufe von der SPD –

Ramsauer, SPD: Da sind wir aber einmal gespannt, was bei Ihnen berücksichtigt wird, Herr Baldauf!)

Wir sollten uns wirklich auf den Haushalt konzentrieren. Alles andere ist Makulatur. Deshalb fahre ich in meiner Rede fort.

Es ist wunderbar, wie man das Ausgabenproblem, das ein Ministerpräsident hat, einfach so wegdiskutieren und darüber lachen kann. In Ihrer Amtszeit laufen die Ausgaben den Einnahmen davon. Die Ausgaben laufen den Einnahmen seit 16 Jahren davon. Sie bekommen ihre Dynamik nicht in den Griff, weil es Ihre Landespolitik ist, die uns den Schuldenberg eingebrockt hat.

(Ministerpräsident Beck: Warum sollte ich auch meine eigene Dynamik in den Griff bekommen?)

– Herr Ministerpräsident, dies haben Sie ganz persönlich gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern von Rheinland-Pfalz zu verantworten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie haben für diese Wahlperiode eine Verwaltungsreform angekündigt. Sie sollte die Landesverwaltung effizienter machen – hört, hört –, Bürokratie abbauen, Entscheidungen vereinfachen und Kosten sparen. Ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten aus der Rede des Ministerpräsidenten aus dem Jahr 2006:

„Wir wollen die öffentliche Infrastruktur im gesamten Land im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger zukunftsgerecht gestalten. Dies setzt leistungsfähige Kommunalstrukturen voraus.“ „Bis zum Abschluss der 15. Legislaturperiode (...) werden wir die gesetzlichen Grundlagen für eine Verwaltungs- und Strukturreform schaffen.“

Herr Ministerpräsident, was wurde davon umgesetzt?

(Ministerpräsident Beck: Alles!)

Es bleibt festzustellen, dass die jetzt nach mehr als 4-jähriger Diskussion mit SPD-Mehrheit verabschiedeten Gesetze keine Grundlage für eine funktionierende, zukunftsfähige Reform in Rheinland-Pfalz sind.

(Beifall der CDU –
Pörksen, SPD: Sie haben doch alles blockiert!
Sie müssen ganz still sein!)

Weder das erste Landesgesetz zur Fusion von Verbands- und verbandsfreien Gemeinden im Land noch das zweite Landesgesetz zur Verwaltungsvereinfachung tragen den Anforderungen an eine moderne Verwaltungs- und Gebietsreform Rechnung. Die jetzigen Gesetzentwürfe der Landesregierung stellen nur Stückwerk und keine umfassende Reform dar, getreu dem Motto: „Der Berg kreite und gebar eine Maus.“

Darf ich Ihnen dazu vorstellen, wie der Präsident des rheinland-pfälzischen Landkreistages, Dr. Winfried Hirschberger, SPD, Ihre angepriesene Reform bewertet:

Es spricht alles dafür, die beiden vorliegenden Gesetzentwürfe zur Vermeidung nur schwer revidierbarer Präjudizien für das weitere Verfahren zurückzustellen und in der neuen Legislaturperiode mit einem alle Ebenen, kommunal und staatlich, umfassenden Ansatz die Kommunal- und Verwaltungsreform auf eine neue Basis zu stellen, um den Erfordernissen an zukunftssträchtige Strukturen, wie sie sich gerade auch in der jüngsten Vergangenheit nochmals herausgebildet haben, gerecht zu werden. –

(Hartloff, SPD: Weil dann die CDU wahrscheinlich mitwirken würde, anders als in dieser Legislaturperiode!)

Recht hat der Mann! Die CDU fordert: Schluss mit Ihren Halbwahrheiten! Schluss mit Ihrem Stückwerk! Schluss mit Tricksen, Täuschen, Tarnen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall der CDU –
Zuruf des Abg. Schweitzer, SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, jetzt, mit der Verabschiedung des Haushalts 2011, wäre der Zeitpunkt gekommen, die Landesfinanzen grundlegend zu sanieren. Wir stehen, dank der Bundesregierung, in einem Konjunkturaufschwung, von dem Sachverständige sagen, dass er das Zeug hat, beständig zu sein. Dies ist die Zeit, in der wir Schulden abbauen und neue Reserven aufbauen müssen, und zwar am besten in großen Schritten; denn, meine sehr geehrten Damen und Herren, je mehr Mut wir dazu finden, desto schneller ernten

wir den Lohn für diese Anstrengung. Das ist der Weg, den die CDU-Fraktion Ihnen vorschlägt: Wir wollen die Neuverschuldung im Kernhaushalt im ersten Schritt mehr als halbieren. Wir wollen schon 2013 anfangen, die Schulden zurückzuzahlen, die die Regierung unter Ihnen, Kurt Beck, angehäut hat.

(Beifall der CDU)

Deshalb schlägt die CDU-Fraktion klare und verständliche Maßnahmen vor. Unsere sieben Bausteine für einen zukunftsfähigen Haushalt lauten:

1. Jeder Euro der konjunkturbedingten Steuermehreinnahmen wird dafür eingesetzt, die Neuverschuldung zu senken.

2. Zuführungen zum Pensionsfonds werden als echte Zukunftsvorsorge nicht länger auf Pump finanziert. Frau Schmitt, ich möchte dazu den Einschub machen, den Pensionsfonds im Grundsatz haben wir nie angegriffen, aber – bitte – dann nicht kreditfinanziert. Das ist ein wesentlicher Unterschied. Wir nehmen die Zahlungen für den Pensionsfonds erst wieder auf, wenn wir dies aus Überschüssen leisten können.

(Beifall der CDU)

3. Da im laufenden Jahr die Ausgabeermächtigungen offenbar auskömmlich veranschlagt sind, werden sie für 2011, wo immer möglich, fortgeschrieben und an den wirklichen Bedarf angepasst. Also, wo immer möglich, geben wir in 2011 keine größeren Zahlen an als 2010.

(Zuruf der Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD)

4. Demografische Rendite. Zur langfristigen Anpassung der Landesverwaltung an den demografischen Wandel sollen Personal- und Sachkosten 40 Jahre lang um 0,6 % sinken. Ausgenommen sind Schulen, Hochschulen, Kirchen, Polizei und Investitionen.

5. Bürokratieabbau hilft den Menschen. Hochglanzbrochüren machen keine Landesregierung besser, als sie wirklich ist.

(Beifall der CDU)

Wir bauen überflüssige Einrichtungen ab – dazu komme ich später – und kürzen die Gelder für die Öffentlichkeitsarbeit. Die Öffentlichkeitsarbeit ist nicht so wichtig, wie es wichtig ist, ausreichend Finanzmittel in die Bildungspolitik, in die Wirtschaftspolitik und in die Zukunft unseres Staates zu stecken.

6. Wir sparen dort, wo auch die Landesregierung Spielräume gefunden hat – Welch Wunder –, um über- und außerplanmäßige Ausgaben zu bezahlen und globale Minderausgaben zu erfüllen. Jahrelang ging das nicht, jetzt plötzlich geht es. Wir sagen, es geht aber noch viel deutlicher, meine sehr geehrten Damen und Herren. Es ist wieder nur ein Feigenblatt, das Sie präsentiert haben.

7. Vieles kann wirtschaftlicher mit weniger Aufwand geleistet werden. Der Rechnungshof, dem wir dafür auch danken, hat dazu viele Vorschläge gemacht. Diese

müssen umgesetzt werden. Wirtschaftliches Denken und Handeln muss die Haushaltspolitik bestimmen. Hier könnte die Landesregierung mit gutem Beispiel vorangehen.

In den Ministerien ließe sich durchaus Personal abbauen. Braucht das Land das Bürgerbüro des Ministerpräsidenten, frage ich, wenn es die bewährte Institution des Bürgerbeauftragten gibt? Oder braucht der Ministerpräsident das Bürgerbüro selbst zur Pflege seines Images? Brauchen wir die Projektentwicklungsgesellschaft Rheinland-Pfalz (PER), um Projekte zu betreiben? Oder braucht das mehr die SPD, um potenzielle Koalitionspartner bei Laune zu halten?

(Zurufe von der SPD: Oje!)

Braucht das Land die Entwicklungsagentur in Kaiserslautern wirklich,

(Schweitzer, SPD: Ich brauche niemanden!)

oder braucht die mehr der Ministerpräsident, um erwünschte Expertisen für Projekte in seinem Wahlkreis bestellen zu können? Braucht das Land wirklich die Entwicklungsgesellschaft Hahn, die bis heute nichts auf die Reihe bekommen hat? Braucht das Land ein Bauforum Rheinland-Pfalz, oder braucht es die Landesregierung als Podium zur Selbstdarstellung und zum Smalltalk mit Architekten und Bauwirtschaft?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wer die Menschen überzeugen will, dass wir beim Ausgeben auf die Bremse treten müssen, der muss vor allem aufhören, das Land zu regieren, als sei es sein Privateigentum.

(Beifall der SPD)

Da frage ich mich,

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Ich frage mich auch!)

wie will ein Ministerpräsident, der in seinem Wahlkreis ein Luxushotel zu fragwürdigen Konditionen bauen lässt,

(Zurufe von der SPD: Oje!)

glaubwürdig Sparsamkeit verlangen?

(Zurufe von der SPD)

Wie wollen ein Ministerpräsident und seine Landesregierung, die sich für einen fehlgeplanten Luxusfreizeitpark mit Autorennstrecke von halbseidenen Finanzjongleuren am Ring durch die Arena schleifen lassen,

(Ramsauer, SPD: Sie reden von halbseidenen Finanzjongleuren? Sie?)

glaubhaft den Willen zu mehr Wirtschaftlichkeit und Solidität verkörpern?

(Beifall der CDU –

Ramsauer, SPD: Sie reden von halbseidenen Finanzjongleuren?)

– Wie will ein Ministerpräsident, Herr Ramsauer, der seinen Justizminister losschickt, um notfalls unter Bruch von Recht und Verfassung die richtigen Genossen auf die richtigen Posten zu hieven,

(Zurufe von der SPD)

glaubhaft für gerechte und sparsame Personalpolitik eintreten?

(Beifall der CDU)

Wie will eine Landesregierung Bürgerinnen und Bürgern, Verbänden und Interessengruppen glaubwürdig erklären, dass es besser ist, auf das eine oder andere zu verzichten, wenn Schwiegersöhne und Genossen lukrative Aufträge zugeschanzt bekommen,

(Beifall bei der CDU –
Zurufe von der SPD: Oje!)

oder wenn ein verdienter Parteigenosse nach Erfüllung seines Kampfauftrages beim FCK und Verurteilung wegen Steuerhinterziehung ausgerechnet der Beauftragte des Landes im Partnerland Ruanda werden soll?

Herr Ministerpräsident, ich habe eingangs an Ihre Regierungserklärung erinnert, an Ihre Worte, die Sie über diese Legislaturperiode 2006 stellten. Da meine ich, passt es doch, wenn ich zum Ende meiner Rede hin nochmals auf Ihre Regierungserklärung 2006 zurückkomme.

(Schweitzer, SPD: Machen Sie doch noch ein bisschen weiter!)

Sie haben Albert Einstein bemüht

(Ramsauer, SPD: Der war schlauer als Sie! –
Pörksen, SPD: Besser den zitieren als die Frau Dickes!)

und gesagt – ich zitiere –: „(...) von Albert Einstein stammt der Satz: ‚Der Staat ist für die Menschen da, und nicht die Menschen für den Staat.‘“

(Licht, CDU: So ist es!)

Sie sagten auch – ich zitiere –: „Für die sozialdemokratische Landesregierung hat dieser Satz eine hohe Gültigkeit.“

Ich frage Sie, Herr Ministerpräsident: Sind Sie wirklich sicher, dass Sie und Ihre Landesregierung das richtig verstanden haben,

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Ach du lieber Gott!)

dass nämlich der Staat für die Menschen dazusein hat? Schulden, aber keine Gestaltungsspielräume für unsere Kinder, keine wirkliche Schuldenbremse – Staatsverständnis à la SPD. Millionengrab Nürburgring, Deubelpläne, Kafitz-Geld, Boris-Becker-Fotos.

(Ramsauer, SPD: CDU-Kasse!)

Ja, der Staat ist für die Menschen da,

(Ramsauer, SPD: CDU-Fraktionskasse!)

vor allem für Genossen. Steuergelder sind gut für das Prestige der Landesregierung.

(Schweitzer, SPD: Oder für das Kloster!)

Die Staatskanzlei offenbar Kampfschmiede für die Kanzlerwahl von Kurt Beck,

(Beifall bei der CDU –
Zurufe von der SPD: Oje!)

die Kommunen ausgeraubt. Ihre Landesregierung entzieht Städten und Gemeinden seit 20 Jahren mehrere Milliarden Euro aus dem Finanzausgleich, Leistungen, die für die Bürger da sind, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU)

Leistungen werden vor Ort gekappt. Ja, der Staat ist für die Menschen da.

Herr Ministerpräsident, bei Ihnen ist doch vor allem eines sicher: Bei Ihnen sind vor allem die Menschen für Ihren Staat, für Ihre Regierung da, und zwar die Steuerzahler für Ihre Prestigeprojekte und für Ihre ganz persönliche SPD-Hofhaltung. Das ist die wahre Bilanz dieser Landesregierung, des Systems Beck.

(Beifall bei der CDU)

Das ist keine Politik für Rheinland-Pfalz. Das ist tatsächlich zwischenzeitlich „Rheinland-Filz“!

(Beifall bei der CDU)

Sie vergessen dabei nur eines: Herr Ministerpräsident, es ist nicht Ihr Geld, das Sie verramschen und ausgeben. Es ist der Steuerzahler, dem das Gut gehört, das Sie im Moment bewirtschaften. Sie sind nur der Gutsverwalter. Das scheinen Sie in langen Amtsjahren übersehen zu haben. Wie hat es der Bund der Steuerzahler so treffend formuliert? Ich zitiere nochmals: Merke, wenn Kurt Beck etwas zur Chefsache erklärt, dann kann das teuer werden. –

(Licht, CDU: So ist das! –
Hartloff, SPD: Ihr Freund Pferdekämper!)

Herr Ministerpräsident, die CDU-Fraktion hat Ihnen zum Ende Ihrer Legislaturperiode eines auf den Weg zu geben: Ihre Regierung war in den letzten fünf Jahren die falsche Regierung für Rheinland-Pfalz.

(Beifall der CDU)

Sie sind den Herausforderungen nicht gerecht worden. Rheinland-Pfalz braucht mehr als schöne Phrasen und leere Versprechungen.

(Fuhr, SPD: Also nicht die CDU! –
Hartloff, SPD: Das ist gewiss so!)

Was haben Sie den Menschen in Rheinland-Pfalz nicht schon alles versprochen. Wann sollte der ausgeglichene Haushalt vorliegen? Die CDU-Fraktion kämpft dagegen für eine ehrliche Politik für Rheinland-Pfalz.

(Zurufe von der SPD)

Wir wollen, dass unser Land wieder ein Land der Zukunft wird. Wir wollen, dass Rheinland-Pfalz auch Zukunft hat. Wir dürfen nicht heute die Party feiern und den Preis denen aufbürden, die nach uns kommen und sich nicht dagegen wehren können.

(Ramsauer, SPD: Deswegen wollten Sie Ihre Schulden auch stunden lassen!)

Uns geht es um Gerechtigkeit.

(Zurufe von der SPD)

Uns geht es um Generationengerechtigkeit. Uns geht es um Handlungsspielräume, die Sie, Herr Ramsauer, in Ludwigshafen nie hinbekommen haben.

(Beifall der CDU)

Wir wollen für die Zukunft sparen. Herr Ramsauer, wenn ich eine solche vernichtende Bilanz hätte, die Sie in Ludwigshafen abgeliefert haben, wäre ich hier und heute einmal ganz schnell ganz still.

(Beifall der CDU –
Ramsauer, SPD: Wer regiert da denn?
Schöne Grüße an Eva! –
Weitere Zurufe von der SPD –
Licht, CDU: Chaos hinterlassen!)

– Das tut weh, das ist mir klar. Uns geht es um Gerechtigkeit. Uns geht es um Generationengerechtigkeit. Uns geht es um Handlungsspielräume, Herr Ministerpräsident. Wir wollen für die Zukunft sparen. Wir wollen für eine gute Bildung unserer Kinder sparen, ohne Unterrichtsausfall mit Qualität in der Schule; denn Bildung ist der Schlüssel für die Zukunft. Die CDU-Fraktion – ich wiederhole es – schlägt deshalb vor, wir halbieren 2011 die Nettoneuverschuldung.

(Heiterkeit von Ministerpräsident Beck)

– Das ist nicht zum Lachen, sondern ein wichtiger Vorschlag, und es wäre besser, Sie würden ihm einmal folgen. Wir zahlen ab 2013 dann Ihre Schulden zurück,

(Ministerpräsident Beck: Zahlt ihr erst einmal eure eigenen zurück!)

und wir nutzen die Spielräume für unsere Kinder, die natürlich ansonsten keine Chance mehr haben.

(Beifall der CDU)

Deshalb meine ich, stehen wir heute mit diesem Beschluss für den Landeshaushalt 2011 an einem Scheideweg. Machen wir einfach weiter so wie bisher, schlittern wir bedenkenlos in die Schuldenfalle und riskieren unsere Zukunft, oder raffen wir uns auf zu mutigen und

energischen Schritten, mit denen wir die Gestaltungsfähigkeit für unser Land wahren,

(Zuruf des Abg. Ramsauer, SPD)

damit wir denen, die nach uns kommen, ein Erbe übergeben, das Chance ist und nicht erdrückende Last?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es führt kein Weg daran vorbei, wir müssen zur strikten Stabilität der Finanzen zurückkehren und Schwerpunkte in der Bildung setzen.

(Ramsauer, SPD: Wer, die CDU-Fraktion?)

Dies kann nachher in den einzelnen Anträgen, die Herr Kollege Schreiner vorstellen wird, genau abgebildet werden. Es geht hier um sicheres Geld für unsere Bürgerinnen und Bürger. Wir stehen in der Verantwortung für unser Land Rheinland-Pfalz. Die CDU-Fraktion, wir stehen bereit, unser Land aus dem Irrweg herauszuführen, den Sie, Herr Ministerpräsident Beck, in den vergangenen 20 Jahren beschritten haben.

(Frau Fink, SPD: Ich fall' in Ohnmacht!)

Ich kann den Bürgerinnen und Bürgern von Rheinland-Pfalz nur sagen, dieses Land hat eine bessere Regierung verdient, die zukunftsfähig ist, die für unsere Kinder und unsere nachfolgende Generation etwas tut.

(Zuruf des Abg. Ramsauer, SPD)

Herr Beck, Sie haben abgewirtschaftet. Sie bekommen Ihre Projekte nicht mehr in den Griff. Sie verschulden sich auf Kosten unserer nachkommenden Generationen. Das ist alles andere als gut. Deshalb hat das im März auch ein Ende.

Herzlichen Dank.

(Anhaltend Beifall der CDU)

Präsident Mertens:

Meine Damen und Herren, bevor ich weiteren Rednern das Wort erteile, begrüße ich Gäste, und zwar die Theatergruppe des Turn- und Sportvereins aus Mackenrodt. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Ich erteile Herrn Kollegen Hartloff das Wort.

(Schweitzer, SPD: Ich lese gerade, bei der CDU herrschte das blanke Chaos!)

Abg. Hartloff, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Staat ist für die Menschen da, hat Herr Kollege Baldauf zitiert. Ja, genau dafür steht Ministerpräsident Kurt Beck. Es ist gut, dass die Menschen im Land wissen, dass er dafür

steht und die Regierung des Landes so handelt. Ich bin froh, dass wir diese Regierung haben.

(Beifall der SPD)

Weil der Mensch im Mittelpunkt des Handelns steht, hat zum Beispiel der Ministerpräsident ein Bürgerbüro in der Staatskanzlei eingerichtet, weil er für die Anliegen der Menschen offen ist. Das wollen Sie streichen, Herr Baldauf.

Weil er für die Menschen im Land steht, macht er sonntags morgens eine persönliche Sprechstunde in Steinfeld, wo er für alle Anliegen der Menschen offen ist. Er transportiert sie hierher zu uns ins Parlament oder in das Regierungshandeln. Weil er sich für die Menschen einsetzt, ist er im Land unterwegs und versucht zu helfen, egal, ob Firmen in Probleme kommen und ihnen geholfen werden muss, ob es strukturelle Probleme gibt, weil die Bundeswehr oder die Amerikaner abziehen und dort investiert werden muss, oder ob es notwendig ist, dass man Menschen in Einzelfällen hilft, weil sie in persönlichen Nöten gekommen sind.

(Licht, CDU: Wann kommt der Heiligenschein?)

Unser Ministerpräsident setzt sich für diese Menschen ein und gestaltet im Land den Fortschritt, dass Rheinland-Pfalz zukunftsfähig ist.

(Beifall der SPD –
Schreiner, CDU: Und nehmen Schulden
ohne Ende auf!)

Meine Damen und Herren, es mag ein wenig an der Rollenverteilung liegen,

(Licht, CDU: Ein wenig!)

dass die Opposition im Land – es mag auch an der Parteilinie liegen – über die Aussichten schwarzmalen muss, die es gibt, und dass vielleicht manchmal Regierungen und regierungstragende Fraktionen etwas rosa sehen möchten.

(Zuruf des Abg. Dr. Altherr, CDU)

Das gilt erst recht vor Weihnachten.

(Licht, CDU: Deswegen aber nicht dauernd rote Zahlen produzieren!)

Ich habe vorhin Herrn Kollegen Baldauf gehört. Er hat sich zum Beispiel über die Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz ausgelassen. Es gibt die alte Tatsache, dass wir viele Pendler haben. Wir haben im Übrigen nicht nur Auspendler, sondern auch Einpendler. Eine gut vernetzte Wirtschaft braucht so etwas in Ballungsräumen. Ich habe hier die Mainzer „Rhein-Zeitung“ vom 11. Dezember 2010. Die Schlagzeile lautet: „Im Land arbeiten so viele wie nie.“ „Rheinland-Pfalz setzt Rekordmarke von 1.873.000 Erwerbstätigen“, Statistisches Landesamt vom Dezember 2010. Hier arbeiten so viele wie nie. Es ist die drittniedrigste Arbeitslosenquote bundesweit. Der Abstand zu Baden-Württemberg und Bayern, die noch vor uns liegen, wird immer geringer. Der Abstand zu

Hessen, das hintendran liegt, wird größer. Das ist ein Erfolg der Politik dieser Regierung für die Menschen. Es ist ein gutes Regierungshandeln gewesen, das zugrunde liegt.

(Beifall der SPD)

Herr Baldauf, Sie haben gesagt, dass Sie diese Haushaltsrede nehmen wollen, um über fünf Jahre Regierungshandeln und über 16 Jahre Regierung Kurt Beck Bilanz ziehen wollen. Sie haben behauptet, dieser Vergleich falle nicht gut aus. Ich glaube, Sie sitzen dabei zu sehr unter der Käseglocke Ihrer eigenen Fraktion, um einen Blick darauf zu richten, was sich alles in diesem Land entwickelt hat und andernorts anerkannt wird. Ich könnte Ihnen Legionen von Statistiken, Zeitungsartikeln und Medienberichten aus der Bundesrepublik zeigen,

(Pörksen, SPD: Fang doch mal an!)

bei denen man nach Rheinland-Pfalz schaut, um zu sehen, wie sich etwas positiv entwickelt hat und wie man etwas machen kann. Das gilt beispielsweise für das Konversionsprogramm, also die Frage, wie bekomme ich Leerstandsliegenschaften, militärische Liegenschaften, aber auch zivile, neu entwickelt, dass dort neues Leben und neue Arbeitsplätze entstehen. Das wurde von dieser Regierung in Rheinland-Pfalz entwickelt.

Wie kann ich eine Schulreform umsetzen, in der ich die widerstreitenden Interessen von Lehrerinnen und Lehrern, Eltern, Schülerinnen und Schüler mitnehme, damit es nicht zu Grabenkriegen kommt – die andere gern in Wahlkämpfe anzetteln möchten –,

(Dr. Wilke, CDU: Ha, ha!)

damit sich die Bildungslandschaft vernünftig weiterentwickeln kann? Es wird auch hier nach Rheinland-Pfalz geschaut. Wie entwickle ich Ganztagschulen als Antwort auf gesellschaftliche Fragen, da Familien nicht mehr alle Aufgaben lösen können? Wie kann sich das entwickeln mit immer neuen Schritten, mit ca. 50 jedes Jahr? Wie kann ich Bildungspolitik an den Anfängen weiterentwickeln, Bildung von Anfang an, Kostenfreiheit für die Familien, damit die Eltern wissen, dass ihre Kinder dort gute Chancen haben und damit Chancengerechtigkeiten gleich am Anfang des Lebens mit aufgenommen werden können? Das ist gute sozialdemokratische Politik, die wir hier im Land verwirklichen. Für die stehen Kurt Beck und die Regierung. Sie können sich bei dem, was Sie machen, davon fünf Scheiben abschneiden. Keine neue Idee ist von Ihnen gekommen. Kein neuer Vorschlag ist in Ihrer Rede gewesen, was man entwickeln kann. Haben Sie welche gehört, liebe Kolleginnen und Kollegen,

(Zurufe von der SPD: Nein!)

außer der Frage der Schulden?

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Mehr, mehr, mehr!)

Auf die werde ich sicherlich gleich noch eingehen und natürlich auch auf die Frage, als Sie meinen Landrat zitiert haben, Landrat Hirschberger, der lange Jahre

einen guten Job macht – das kann ich aus der Nähe beurteilen – und der natürlich, wie viele in der Kommunalpolitik, im Übrigen auch in Ihrer Partei, davon ausgeht, dass eine Kommunalreform umfassender sein müsste. Wir haben immer gesagt, wir haben erste Bausteine auf diesem Weg mit den Gesetzen gesetzt, die wir hier im Parlament verabschiedet haben.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang daran, woran es aber auch gelegen hat, dass ein solches Konzept nicht umfassender verwirklicht werden konnte, ein Konzept, das im Übrigen auch für gutes Regierungshandeln steht, nämlich mit Bürgerbeteiligung, mit Bürgerforen, mit einem Innenminister, der über das Land zieht, sich Diskussionen stellt und für solche Projekte wirbt. Das steht für gutes Regierungshandeln. Ich verweise auf eine große Oppositionsfraktion, mit der zusammen eine solche Kommunalreform trotz vieler Versuche nicht zu machen war.

(Beifall der SPD –
Pörksen, SPD: Genau so!)

Deshalb ist ihre vollmundige Ankündigung „Wir machen da mehr und gehen da weiter nach vorne“ nicht glaubwürdig.

(Licht, CDU: Diese war mit uns nicht zu machen!)

Das ist das Problem, das Sie als Opposition haben, dass Sie nicht glaubwürdig sind.

(Licht, CDU: Weil sie falsch angelegt ist!)

Wir beraten in zweiter Lesung den Landeshaushalt 2011. Es liegen Wochen intensiver Beratungen im Haushalts- und Finanzausschuss – Frau Kollegin Schmitt hat das geschildert –, viele Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern und mit verschiedensten Interessensgruppen hinter den Fraktionen. Das mag ein Stück wie Routine aussehen, aber es ist auch eine deutliche Veränderung in der Art und Weise, wie Bürgerinnen und Bürger mit einem gesprochen haben, zu spüren gewesen. Die Wirtschaftskrise ist nämlich an Bürgerinnen und Bürgern nicht vorbeigegangen, und es ist auch ein Gespür dafür da, dass auf der einen Seite das Eingreifen in der Krise notwendig war, dass also der Staat intervenieren musste, aber auf der anderen Seite auch nicht alles, was gefordert wird, was möglich sein sollte, zu finanzieren ist.

Genau in diesem Spagat haben wir diese Gespräche mit den Bürgerinnen und Bürgern auch geführt, um zu versuchen, auf der einen Seite das zu gestalten, was Aufgabe des Staates ist, das Wünschenswerte zu verwirklichen, Zukunftsfähigkeit darzustellen, aber auf der anderen Seite eben genau nicht das zu machen, was Sie uns vorwerfen, Herr Baldauf, nämlich den Bürgerinnen und Bürgern nach dem Munde zu reden und zu jedem Ja und Amen zu sagen.

(Pörksen, SPD: Das können die viel besser!)

Das machen wir nicht,

(Beifall der SPD)

sondern sowohl die SPD-Fraktion als auch die Landesregierung haben den Mut, Schwerpunkte zu setzen, haben den Mut, Entscheidungen zu treffen. Ich sage so selbstkritisch auch, wenn man entscheidet und wenn man den Mut dazu hat, dann gibt es keine Garantie, dass auch jede dieser Entscheidungen, ob sie wohl abgewogen ist, ob sie vielfach hin- und herdiskutiert worden ist, auch immer alle Früchte so trägt, wie man es sich vorstellt, und es auch einmal einen Fehler gibt. Das ist gar keine Frage. Aber dieser Mut gehört zum politischen Handeln dazu. Den haben wir als SPD-Fraktion, und den haben wir als SPD-geführte Landesregierung.

Meine Damen und Herren, die CDU-Sparvorschläge sind unter dem Strich ungläubwürdig und unseriös.

(Beifall der SPD)

Sie haben es vorhin gesagt. Sie haben es auch bei der Pressekonferenz gesagt: Wir halbieren die Nettoneuverschuldung, wir zahlen ab 2013 Beck's Schulden zurück, wir nutzen die Spielräume für Investitionen in unsere Kinder. –

(Schreiner, CDU: Ja!)

Was sind Investitionen in Kinder? – Müssen wir da nicht jetzt Geld investieren? Ist das nur Sparen? Welchen Spagat muss der Staat da aushalten?

(Baldauf, CDU: Deswegen haben wir auch Anträge gestellt!)

Das ist doch genau die Diskussion, der wir uns stellen. Ihre Sparvorschläge sind viel zu platt, und sie sind unrealistisch in der Umsetzung, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD)

Klare Aussagen dazu, was Sie machen werden, haben Sie vermieden. Die haben Sie nicht getätigt. In der Pressekonferenz – so habe ich mir sagen lassen – hat, glaube ich, Herr Kollege Schreiner mit einem Sparbuch gewedelt.

(Schreiner, CDU: Ja! –
Pörksen, SPD: Da war nix drauf!)

Was haben Sie denn von dem Sparbuch hier vorgetragen? Möglicherweise so wie das Sparbuch der CDU-Fraktion, auch nichts drauf.

(Beifall der SPD –
Dr. Altherr, CDU: Hochmut kommt vor dem Fall!)

Die Presse hat es so aufgenommen – ich nehme einmal den „RHEINPFALZ“-Leitartikel vom 9. September: CDU „auf Landesebene oft überfordert wirkend und ohne echte Ideen.“ Oder Herr Giarra im „Trierischen Volksfreund“: „Wer Verantwortung trägt, muss klare Kante zeigen und politisch die Richtung vorgeben.“ Wo blieb das, Herr Baldauf? Wo war diese Kante eben bei Ihrem Auftritt?

Oder der „SWR“-Kommentar vom 26.09.: „Die rheinland-pfälzische CDU hat kein politisches Profil.“ Ich sage,

recht haben die Leute. Unglaublich ist es, wenn Sie über Jahre hinweg Forderungen in Hülle und Fülle stellen – rund 1,1 Milliarden Euro, wenn man das summiert, und man kann, wenn man das alles zusammenzieht, sogar auf noch höhere Beträge kommen –, und gleichzeitig wollen Sie jetzt einsparen in Milliardenhöhe bei einem Haushalt von rund 13 Milliarden Euro.

Die Sanierung – das sage ich auch so selbstkritisch dazu, auch in Anbetracht der Schuldenbremse, die wir in der Verfassung vereinbaren werden – des Haushaltes des Landes Rheinland-Pfalz allein über die Ausgaben-seite verwirklichen zu wollen und nicht zu sehen, wie ich diese Balance zwischen Ausgaben und Einnahmen hinkriegen kann, wo auch Einnahmen fehlen, das ist zu kurz gesprungen. Das wird uns in den Jahren bis 2020 – dann soll erreicht werden, dass beim Landeshaushalt keine Nettoneuverschuldung mehr da ist – allen noch Schwierigkeiten bereiten. Das ist überhaupt keine Frage. Sie wissen alle ganz genau, dass die Steuerhoheit in diesem Land im Wesentlichen bei der Bundesregierung liegt und Mitwirkungsrechte beim Bundesrat gegeben sind, aber nicht mehr.

(Schreiner, CDU: Wir haben ein Ausgabenproblem! Weniger ausgeben! –

Schweitzer, SPD: Heute ist kein Schülerlandtag!)

– Herr Kollege Schreiner, konkrete Einsparvorschläge habe ich leider von Ihnen nicht gehört, mit denen man sich auseinandersetzen könnte.

Herr Mertin hat das in dankenswerter Offenheit gesagt. Er hat laut „SWR“ vom 8. Dezember den Vorwurf an die Regierung gemacht, sich vor der Wahl um eigene Sparvorschläge zu drücken, um dann die Konsequenz zu ziehen, es sei nicht Sache der Opposition, kurz vor einer Wahl schlechte Botschaften zu verkünden,

(Vereinzelt Beifall bei der FDP –
Mertin, FDP: Genauso ist es!)

während die Regierung gute mitteilt. Schön zu hören, schön die Offenheit, Herr Mertin, nur dann soll man bitte auch nicht so tun, als ob. Das ist nicht glaubwürdig, Herr Baldauf.

(Starker Beifall der SPD)

Sie sagen, dass Sie 424,4 Millionen Euro durch globale Minderausgaben einsparen wollen, Herr Baldauf. Globale Minderausgaben – ich muss das sagen – sind Einsparungen, bei denen im Haushaltsplan nicht oder noch nicht definiert wird, bei welchen Aufgaben konkret gespart wird, wo also im Haushaltsvollzug über das Jahr hinweg die Einsparung bei den verschiedenen Ausgabepositionen erbracht werden muss.

(Schreiner, CDU: Wir haben von Ihnen gelernt!)

Auch im Entwurf der Landesregierung sind schon beträchtliche globale Minderausgaben vorgesehen: 74,8 Millionen Euro. – Diese sind über alle Bereiche des Haushaltes zu erbringen. Es ist schwierig genug. Die

Riege der Ministerinnen und Minister ächzt sicherlich unter den Vorgaben des Finanzministers

(Ministerpräsident Beck: Aber nicht übertreiben!)

neben der Frage, dass eben auch eine Modernisierungs-, eine Investitionsrendite zu erwirtschaften ist. Das ist schwierig.

Die CDU behauptet, 424,4 Millionen Euro seien einzusparen, und nimmt für diese Einsparungen noch große Blöcke im Haushalt aus. Das sind zum Beispiel der Innenbereich mit den Polizeiausgaben und der Bildungsbereich mit den Schul- und Hochschulkapiteln. Die sind von den globalen Minderausgaben so gut wie ausgenommen.

Ich sage nicht, dass wir aus diesen Bereichen das Geld holen sollen. Das wäre aus meiner Sicht auch nicht verantwortbar. Ich sage aber, es ist unglaublich, ein so großes Einsparvolumen unter Aussparung dieser Bereiche kurzfristig realisierbar zu setzen, Herr Baldauf. Das ist nicht machbar. Das ist eine Luftnummer. Das kann nur jemand vorschlagen, der ganz sicher davon ausgeht, dass er im nächsten Jahr nicht gewählt wird und Verantwortung trägt.

(Starker Beifall der SPD)

Will man aber das Geld aus anderen Bereichen des Haushalts nehmen, muss man sich eben auch trauen zu sagen, wo man das macht. Diese Traute haben Sie nicht. Deshalb nehmen Sie der guten Optik wegen den Riesenbetrag und sagen, global soll man das machen.

Ich will darauf eingehen, dass man bei diesen Vorschlägen auch noch so manchen Kuriositäten begegnet, wenn man sich das genauer ansieht. Eine globale Minderausgabe von 115,3 Millionen Euro soll beispielsweise dadurch erbracht werden, dass Aufgaben auf ihre Wirtschaftlichkeit und ihre Dringlichkeit überprüft werden. Ist es nicht ständige Aufgabe, dass man überlegt, ob etwas wirtschaftlich oder dringlich ist?

(Schreiner, CDU: Ja!)

Streiten wir darüber nicht nur bei der Festsetzung des Haushalts, sondern auch beim Vollzug in den Ausschüssen, ob etwas gemacht werden muss oder nicht?

(Schreiner, CDU: Dann hören Sie doch einmal zu, wenn der Rechnungshof Ihnen etwas ins Stammbuch schreibt!)

– Herr Schreiner, im Zusammenhang mit dem Rechnungshof komme ich gleich noch auf ein Beispiel zu sprechen, wie das bei Ihnen mit Glaube, Liebe und Hoffnung ist, wenn Sie so den Rechnungshof zitieren.

Die CDU geht aber davon aus, dass ganze 115,3 Millionen Euro in einem Jahr nur dadurch aufgebracht werden können. Jetzt und sofort also 115 Millionen Euro im Jahr 2011, wenn man etwas wirtschaftlicher ist und dringliche Sachen verschiebt.

(Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

Das ist nicht seriös. Entweder soll es im Haushalt geplant werden, dann muss es auch umgesetzt werden, oder man lässt es. Dann bildet man keine Haushaltsansätze. Dann müssen Sie sagen, wo Sie die 115 Millionen Euro einsparen wollen,

(Pörksen, SPD: Sehr richtig! Genau so!)

damit die Menschen auch wissen, welches Geld nicht zur Verfügung steht.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, ein anderes Beispiel für die Logik der CDU und das, was Sie uns vorschlagen, ist die globale Minderausgabe mit der Begründung des demografischen Wandels. Das soll im Jahr 31,7 Millionen Euro bringen, und zwar jährlich ab 2011 für die nächsten 40 Jahre, weil nach den Prognosen Rheinland-Pfalz in 40 Jahren etwa 25 % weniger Einwohner haben wird.

(Schreiner, CDU: Richtig!)

Deshalb kann man da sparen. Die CDU hat das hochgerechnet. Das sind dann pro Jahr 31,7 Millionen Euro demografische Dividende. 0,6 % Einsparung an Personal- und Sachkosten. Nun ja. Das heißt, hier haben Sie die Personalkosten des Landes zur Berechnung herangezogen. Wir sparen also da und sofort 31,7 Millionen Euro im nächsten Jahr.

Haben Sie einmal überlegt, wie Sie das umsetzen wollen? Sagen Sie den Menschen dann, wir nehmen absolut keine Neueinstellungen mehr vor und nehmen davon auch den Schulbereich und die anderen Bereiche nicht aus. Da haben Sie sie nicht herausgenommen.

Überlegen Sie einmal bei einer Prognose für die nächsten 40 Jahre, was wir in den vergangenen zwei Jahren an schematischen Einsparungen erlebt haben. In den vergangenen zwei Jahren hatten wir eine Krise sondergleichen. Wir waren einvernehmlich der Auffassung, dass krisenunterstützende Maßnahmen seitens des Landes und des Bundes notwendig waren. Ich meine, hier hat Politik verantwortlich und gut über die Parteien hinweg gehandelt.

Beim Konjunkturpaket II haben Sie sich im Übrigen enthalten. Das ist ein „guter Grundsatz“ der CDU in Rheinland-Pfalz. Wenn es ernst wird, enthält man sich oder ist dagegen. Lassen wir das aber momentan außen vor.

Überlegen Sie sich einmal einen Zeitraum von 40 Jahren.

(Zuruf des Abg. Ramsauer, SPD)

1960 gab es kein Internet, kein Handy, keine Ölkrise, keine Überwindung der Spaltung der Welt und der deutschen Teilung. Das ist alles innerhalb eines Zeitraums von 40 Jahren geschehen. Von Pillenknick und anderen Sachen will ich überhaupt nicht sprechen.

Ich will einfach sagen: Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ernsthaft kann man doch eine solche

Perspektive mit 40 Jahre demografischer Dividende und jeweils 31,7 Millionen Euro nicht aufmachen.

(Pörksen, SPD: Sehr richtig! Völliger Quatsch!)

Das ist nicht sinnvoll.

(Beifall der SPD –
Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Deshalb müssen Sie da anders herangehen. Ja, wir werden eine demografische Dividende haben. Man muss sehen, wo kann man Personal sinnvoll abziehen und wo das nicht sinnvoll ist. Möglicherweise brauche ich sogar mehr Menschen in Dienstleistungen. Brauche ich vielleicht sogar in einem Staatsapparat für manches mehr Menschen und für anderes weniger?

(Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

– Nur damit Sie auch das hören: Herr Schreiner spricht davon, das hatten wir in der DDR 40 Jahre lang super. – Kein Mensch in dieser Regierung macht sich diesen früheren untergegangenen Staat zum Vorbild, sondern wir haben in diesem Land – daran erinnere ich in dem Zusammenhang – verschiedene Reformen durchgeführt, nämlich bei der Katasterverwaltung, bei der Finanzverwaltung, in anderen Bereichen der Verwaltung, neue Mittelbehörden geschaffen. Damit ist immer Personalabbau einhergegangen. Ich habe noch in Erinnerung, wie sich die CDU bei diesen Reformen verhalten hat.

(Frau Schleicher-Rothmund, SPD: Im Land
und vor Ort!)

Sie hat immer dagegen gesprochen. Wie sieht das mit den Vorschlägen des Rechnungshofs zu den Grundbuchämtern aus? Wir haben gesagt, ja, das setzen wir um. Als Herr Dr. Wilke bei den Rechtspflegern war und vor denen gesprochen hatte, die das betrifft, hat er gesagt, das kann man doch nicht machen, dass man da einspart; das ist unverantwortlich.

Genau das ist Ihre Politik im Lande. Wenn sich etwas verändert, benennen Sie von der CDU doch nicht den Rechnungshof als die Institution, deren Vorschläge Sie alle umsetzen werden. Gleichzeitig argumentieren Sie kaum glaubhaft dagegen.

(Unruhe im Hause)

Das, was Ihnen der Rechnungshof bei der Prüfung der Fraktionsfinanzen ins Stammbuch geschrieben hat, ist wohl auch starker Tobak.

Lassen Sie mich aber noch einmal auf die globalen Minderausgaben zurückkommen. In die 424 Millionen Euro sind auch Einsparungen bei den Kindertagesstätten einbezogen. So viel zu Ihrem Handwerk.

(Pörksen, SPD: Sehr schön! Wunderbar!)

Wollen Sie da sparen, oder wollen Sie da nicht sparen? Ist das ein Bekenntnis zur Bildung, oder ist das kein Bekenntnis zur Bildung?

(Zurufe von der SPD)

Ich meine, das spricht für sich.

Ihre Spitzenkandidatin hat ein Bekenntnis zur frühkindlichen Bildungsförderung abgegeben. Wenn ich das dann mit Ihren Anträgen zum Haushalt vergleiche, ist ein solches Bekenntnis ungefähr so glaubhaft, wie ein Löwe sich als Vegetarier bezeichnen mag.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, ein zweiter großer Brocken – ich will ihn nur kurz streifen – ist der Einsparvorschlag der CDU, dass man keine Zuführungen zum Finanzierungsfonds für die Beamten vornehmen soll. Wir debattieren das schon seit Jahren. Deshalb will ich das nicht in epischer Breite machen, aber ich will wieder darauf hinweisen.

Die CDU sagt, wir finden den Versorgungsfonds vom Grundsatz her toll, aber wir wollen eigentlich kein Geld hineingeben, solange das Land noch irgendwelche Schulden hat. Also erst einbezahlen, wenn ein ausgeglichener Haushalt da ist, wenn keine Nettokreditaufnahme mehr da ist und wenn man das quasi aus der Rücklage nehmen kann. Meinen Sie, es wäre perspektivisch sinnvoll, so etwas zu machen? Ich meine das nicht, sondern das ist auf den kurzen Effekt gezielt, ohne eine nachhaltige Politik betreiben zu wollen. Ziel ist die Wahl im März nächsten Jahres, aber das ist nicht für den Beamtenpensionsfonds nachhaltig Vorsorge getroffen. Deshalb muss man das anders machen.

(Beifall der SPD)

Sie haben vielleicht die Meinung des Stabilitätsrats zu dieser Frage zur Kenntnis genommen. Der Stabilitätsrat ist das Gremium, das mit der Einführung der Schuldenbremse im Grundgesetz eingerichtet wurde, um die Haushaltsführung des Bundes und der Länder mit Blick auf die Einhaltung der Schuldenbremse zu überwachen und frühzeitig die Entwicklung von Haushaltsnotlagen erkennen und dagegen Maßnahmen ergreifen zu können. Darin sind die Bundesregierung und alle Länder höchstrangig vertreten.

Der Stabilitätsrat hat den Stabilitätsbericht der Landesregierung übrigens letztlich akzeptiert und gesagt, es liegen keine Befunde vor, die an den Schwellenwert für eine kritische Haushaltslage heranreichen.

Herr Baldauf, auch das sollten Sie sich bei Ihrer Kritik auf der Zunge zergehen lassen. Vielleicht klicken Sie einfach einmal den Internetauftritt des Gremiums an, um die Umsetzung zu sehen. Früher hätte man vielleicht gesagt, Reisen bildet. Hier braucht man nur ein paar Klicks zu absolvieren, dann kann man feststellen, dass bei einem der ersten Beschlüsse des Gremiums im April 2010 die Einnahmen und Ausgaben beim Pensionsfonds und bei der Ermittlung struktureller Finanzierungssalden,

also der nicht konjunkturbedingten Deckungslücke eines Haushalts, nicht einbezogen werden.

Die Fachpresse sieht diesen Pensionsfonds ebenfalls als sehr notwendig an. Andere Bundesländer haben es uns nachgemacht, einen solchen Pensionsfonds einzurichten.

Herr Kollege Mertin, ich weiß, dass wir dann immer wieder darüber streiten, wie das Geld zu verwenden ist. Wenn wir aber sagen würden, diese Rückstellungen streichen wir komplett, stellen sie nicht ein und sanieren damit den Haushalt, wie es die CDU vorschlägt, würde das selbst ein Milchmädchen bei der Rechnung beleidigen.

(Beifall der SPD)

Kurz und gut, wir werden diese verlässliche Politik beim Pensionsfonds fortsetzen. Wir reden nicht davon, dass wir Zukunftssicherung betreiben, sondern wir machen es. Wir tun es in der richtigen Form und im Übrigen auch innovativ.

Wir haben uns mit der Frage befasst, wie die Regierungsbilanz aussieht. Dieses Instrument hat diese Regierung – bundesweit die erste – mit Beispielwirkung für andere Länder eingeführt. Das werden wir auch fortsetzen, weil es für die Beschäftigten beim Land vernünftig, für die nächsten Generationen zukunftsichernd und insofern Vorsorge für die Kinder und die Familien der nächsten Generation ist. Es ist kein kurzfristiges Gebaue, wie Sie es vorschlagen.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann es Ihnen nicht ersparen. Eine CDU-Fraktion, die die eigene Fraktionskasse durch illegale Praktiken herunterwirtschaftet und die Aufarbeitung dieser Vorgänge nicht unbedingt beschleunigt hat

(Dr. Rosenbauer, CDU: Frechheit!)

– auch wenn Sie immer etwas anderes sagen – und die so selbstgerecht wie Herr Baldauf als Sanierer der öffentlichen Finanzen auftritt,

(Ramsauer, SPD: Oder Mitwisser!)

ist heuchlerisch und hat sich dadurch disqualifiziert.

(Beifall der SPD)

Ich möchte Sie daran erinnern, dass Sie vor Wochenfrist bei dem Landtag gesagt haben, bei dem Sie eine Ratenzahlungsvereinbarung im Sommer getroffen haben, dass Sie diese Ratenzahlungen wahrscheinlich nicht halten können und deshalb eine Verlängerung der Fristen brauchen. Dann haben Sie kurz vor der Sitzung des Ältestenrats einen solchen Antrag zurückgenommen. Ob Sie die Raten gezahlt haben oder nicht, weiß ich nicht. Ich hoffe es.

(Dr. Altherr, CDU: Das geht Sie aber nichts an!)

Wer so vollmundig über Finanzen spricht, der muss doch wenigstens seine eigenen in Ordnung halten können.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, die SPD-Landtagsfraktion und die Regierung setzen mit diesem Haushalt ihre Politik konsequent fort. Wir sorgen für die notwendigen Zukunftsinvestitionen in Rheinland-Pfalz. Wir nehmen den vor der Krise begonnenen verantwortungsvollen Konsolidierungsprozess des Landeshaushalts 2011 wieder auf und werden, wie von der Bundesverfassung vorgesehen, ab morgen, wenn wir es von der Landesverfassung her beschließen, bis 2020 einen Haushalt ohne Neuverschuldung verwirklichen. Das wird schwierig. Das haben wir uns gemeinsam als Ziel gesetzt. Das werden wir umsetzen.

(Zuruf des Abg. Dr. Altherr, CDU)

Rheinland-Pfalz ist auf dem Weg, aus einem tiefen Tal einer ökonomischen Krise herauszukommen. Wir sind besser vorangekommen als viele andere. Wir stehen im Vergleich gut da. Auch das wurde angesprochen. Unser Wirtschaftswachstum ist mit 4,5 % im ersten Halbjahr 2010 das drittbeste aller Bundesländer. Die Industrie im Land verzeichnet starke Umsatzzuwächse. Die „Rhein-Zeitung“ titelt beispielsweise am 8. Oktober 2010: „In Rheinland-Pfalz geht's rasant aufwärts“.

Das ist für dieses Land bezeichnend. Das ist gut für dieses Land.

Zur Arbeitslosigkeit hatte ich Ihnen schon einiges gesagt. Ich will doch noch zitieren, was die Menschen in einer Umfrage zu der Politik in Rheinland-Pfalz gesagt haben. In beeindruckender Weise wird Kurt Beck in einer „SWR“-Umfrage vom 6. Dezember 2010 als Ministerpräsident wirtschaftspolitischer Sachverständigen becheinigt, und zwar mit 42 Prozentpunkten vor der Herausforderin von der CDU. Das hat sicher etwas mit langfristiger Politik und dem Engagement für den Wirtschaftsstandort zu tun.

Ich glaube, das ist auch mit ein Grund, warum Bundespräsident Christian Wulff, als er Anfang November in Rheinland-Pfalz seinen Besuch abgestattet hat – die Kollegen waren teilweise dabei gewesen, wie ich auch –, gesagt hat, er nehme nur gute Eindrücke mit. Rheinland-Pfalz sei ein tolles Land, ein Land, das gute Erfolgsbilanzen aufweise.

(Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

Herr Schreiner, das ist ein Landstrich, von dem andere viel lernen können.

(Beifall der SPD)

Ich zitiere zusammenfassend nach dem „Mannheimer Morgen“. Der Bundespräsident: Man spürt hier ganz viel Zukunft. –

Meine Damen und Herren von der CDU, der Bundespräsident hat eben doch ein besseres Gespür als Sie.

(Beifall der SPD –

Baldauf, CDU: Soll ich Ihnen auch einmal sagen, was er mir gesagt hat? –

Ministerpräsident Beck: Sagen Sie es mal! –

Baldauf, CDU: Ich sage es Ihnen bei Gelegenheit! –

Ministerpräsident Beck: Sie lügen gerade!)

Für diesen guten Erfolg war natürlich auch die Umsetzung des Konjunkturprogramms II mit einer starken Einbeziehung der Kommunen maßgeblich, wovon die regionale Wirtschaft sehr profitiert hat.

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU –

Ministerpräsident Beck: Sie sagen, der Bundespräsident hätte öffentlich etwas anderes gesagt als zu Ihnen! Wenn Sie den Bundespräsidenten lügen strafen, müssen Sie es hier sagen! –

Beifall der SPD –

Unruhe im Hause –

Glocke des Präsidenten)

Präsident Mertens:

Meine Damen und Herren, leider ist es zutreffend.

Herr Baldauf, diese Bemerkung habe ich auch gehört. Sie haben gesagt, Sie können einmal fragen, was er mir gesagt hat. Ich habe das nicht gerügt. Ich bitte Sie, Ihre Worte wirklich zu wählen. Sie bringen unser Staatsoberhaupt in eine Situation, die es nicht verdient hat.

Abg. Hartloff, SPD:

Der Herr Kollege Baldauf hat das Problem, dass man seine Zwischenbemerkungen manchmal wirklich hört und dann auch noch darauf eingehen muss.

Lassen Sie mich ein paar Beispiele nennen, die durch das Konjunkturprogramm II verwirklicht worden sind, beispielsweise der Neubau der Chemie und von Hörsälen an der Universität Koblenz – Investitionsvolumen: 14 Millionen Euro – und der Neubau einer Sporthalle in der Realschule Koblenz in Höhe von 3,5 Millionen Euro.

Wir haben einen Ausbau, einen Erweiterungsbau für das Marienhaus-Klinikum in Bad Neuenahr-Ahrweiler mit 4,5 Millionen Euro vorgesehen, außerdem eine Nahwärme-Biogasanlage in Trippstadt, die Modernisierung der Tourist-Information in Bockenheim und, und, und. Das sind 2.666 Projekte im Land. 469 Millionen Euro davon sind Bundesmittel. Wir haben hier in Rheinland-Pfalz eine Umsetzung von ca. 850 Millionen Euro, 845 Millionen davon sind am Laufen oder investiert.

Das ist mit ein Grund dafür, dass wir die Krise einigermaßen bewältigt haben. Aber die Lage ist nach wie vor von der Krise geprägt – eine Krise, die noch nicht überwunden ist. Sie wissen um die Diskussionen, was die Stabilität des Euros anbelangt, ob in Irland oder in anderen Ländern. Diese Schwierigkeiten, die wir von einem einzelnen Bundesland aus nur sehr schwer oder nur

sehr indirekt beeinflussen können, kann man nicht vom Tisch wischen. Es bedarf der Anstrengungen der europäischen und der deutschen Politik, andere Mechanismen einzuführen, damit Erholung eintreten und ein solcher Fortschritt, wie ich ihn beschrieben habe, auch nachhaltig wirken kann.

Die Einnahmen liegen dank der Konjunktorentwicklung um gut 220 Millionen Euro über den Erwartungen des Regierungsentwurfs. Wir sind hingegangen und haben diese Mittel komplett dazu verwandt, zum einen den kommunalen Anteil der Steuern weiterzugeben, damit die Kommunen in einer schwierigen Situation entsprechend gestützt werden. Den übrigen Teil verwenden wir zugunsten einer geringeren Schuldenaufnahme. Wir haben der Versuchung widerstanden, stattdessen bei Hochschulen oder anderen mehr Investitionen vorzunehmen, weil wir die Priorität darin sehen, Schulden tatsächlich zurückzuführen. Und das tun wir. Wir reden nicht vollmundig darüber, sondern wir setzen das um. Das ist eine erfolgreiche Politik in Rheinland-Pfalz.

(Beifall der SPD)

Aber, meine Damen und Herren, Sie sollten gleichwohl immer im Kopf haben: Wenn hier von konjunktureller Erholung, wenn von Steuermehreinnahmen die Rede ist, so liegen wir dennoch um etwa 510 Millionen Euro unter den Steuereinnahmen des Jahres 2008. Wir haben also 510 Millionen Euro weniger als im Jahr 2008. Das ist eben nicht so leicht wegzustecken.

Aber ich will Ihnen dann doch sagen, wie es aussieht. Die Nettokreditaufnahme sinkt deutlich von über 2,3 Milliarden Euro auf immerhin noch 1,79 Milliarden Euro. Das ist noch eine Menge Geld – keine Frage. Ich habe Ihnen bei der Haushaltseinbringung dazu auch Vergleichszahlen anderer Bundesländer genannt. Die schlagen sich – das sage ich so salopp – mit dem gleichen Problem herum wie das Land Rheinland-Pfalz, sie leiden nämlich noch genauso unter den Auswirkungen dieser Krise wie auch die Kommunen. Die Folgen sind noch nicht beseitigt.

Aber eines will ich Ihnen auch sagen: Wenn die Steuerschätzung des Jahres 2008, die man damals zur Hochrechnung hatte, eingetroffen wäre – ich habe die Zahl hier dabei –, dann wäre man schon heute bei einem ausgeglichenen Haushalt, bei dieser Nettokreditaufnahme. Mit den Einnahmen gemäß der Steuerschätzung 2008, ohne dass eine Krise eingetreten wäre, wären wir bei höheren Einnahmen. Sie wissen, die Steuerschätzung geben der Bund und die Länder in Auftrag. Dieses Gremium ist unverdächtig. Nur so viel zu der Frage verantwortlichen Haushaltens, die Herr Baldauf angesprochen hat, und zu Risiken, die man als Land gar nicht allein bestimmen kann, die für eine solche Haushaltssituation aber prägend sind. Ich glaube, es gehört dazu, dass man sich mit solchen Fragen seriös auseinandersetzt.

(Frau Schleicher-Rothmund, SPD: Was will Herr Baldauf dann?)

Seriös ist insoweit auch, dass wir uns vorgenommen haben, dass bis zum Jahr 2013 200 Stellen in Ministe-

rien und Mittelbehörden wegfallen. Das ist ein schwieriger Akt. Weitere Stellen werden in den Haushalten danach folgen, keine Frage. Aber in diesem Zusammenhang wird aktuell diskutiert: Wie geht man mit Geld denn um, wie wirtschaftlich gestaltet man etwas? Wir haben auf der Bundesebene die Gesetzesvorschläge zur Umsetzung von Hartz IV vorliegen. Da geht es um ein Bildungsprogramm für Kinder, um Bildungsgutscheine. Das Programm hat ein Volumen von rund 600 Millionen Euro auf der Bundesebene. Die Umsetzung soll über die Arbeitsagenturen erfolgen; ca. 1.300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden dafür benötigt und müssen eingestellt werden.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Bürokratieabbau!)

Wenn Sie das hochrechnen, bedeutet das: Von den 600 Millionen Euro – und da nenne ich noch gar nicht die Kosten, die bei den Kreisen und Kommunen zusätzlich entstehen – brauchen Sie allein 130 Millionen Euro, um dieses Programm umzusetzen. Das plant eine Regierung, die von der CDU und der FDP gebildet wird. Frau von der Leyen hat diesen Vorschlag verfolgt. Halten Sie das für sinnvoll? Halten Sie das für wirtschaftlich? Halten Sie das für effizient?

(Frau Schneider, CDU: Halten Sie alles für sinnvoll, was Herr Gabriel sagt?)

– Wissen Sie, Frau Schneider, ich halte gewiss nicht alles für sinnvoll, was mein Parteivorsitzender sagt. Darum streite ich. Aber hier geht es um konkrete Politik, die die von CDU/FDP gebildete Bundesregierung umsetzt, die Frau von der Leyen propagiert und zu der Sie sich darauf beziehen, dass sie wirtschaftlich, effizient und besser funktioniert.

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Dieses Beispiel belegt das Gegenteil. Ich könnte auch die Werbeetats der Bundesregierung nennen, aber das will ich hier gar nicht machen.

(Beifall der SPD)

Ich messe die CDU also daran, wie sie andernorts handelt, Frau Schneider. Dieses Handeln zeigt, dass Sie es nicht können. Deshalb sage ich: Was wir Ihnen hier mit diesem Haushaltsentwurf vorschlagen, ist seriös. Es entlastet mit den entsprechenden Steuerveränderungen, mit den Paketen, die wir geschnürt haben, auch die Kommunen. Wir setzen das Geld der Bürgerinnen und Bürger richtig ein.

Während wir die Ausgaben des Landeshaushalts insgesamt um rund 1 % senken wollen, gibt es im Bildungsbereich ein Plus von 6 %. 6 %, das ist in schwierigen Finanzzeiten ein Wort, weil es genau den richtigen Akzent setzt.

Meine Damen und Herren, CDU und FDP setzen auch auf Bildung. Ich werde mich mit diesem Punkt noch etwas zentraler auseinandersetzen. Aber ich will kurz noch sagen, wo wir Notwendigkeiten sehen und wo wir investieren. Wir investieren 25 Millionen Euro zusätzlich für Kindertagesstätten. Insgesamt sind es 413 Millionen

Euro. Wir wollen 32 Millionen Euro mehr für die Hochschulen bereitstellen. Insgesamt sind es 856 Millionen Euro. Für die Ganztagschule haben wir ein Plus von 6 Millionen Euro vorgesehen. Das ist jeweils in den Regierungsvorschlägen enthalten, damit man vernünftig weiterarbeiten kann.

Was gibt es in Bundesländern, die CDU-geführt sind, in unserer Umgebung? Bayern hat Sofortmaßnahmen beschlossen und verpflichtet die Hochschulen im September, in den letzten Monaten des Jahres insgesamt 13 Millionen Euro einzusparen. Die Wiederbesetzungssperre wurde von drei Monaten auf zwölf Monate ausgedehnt. Hessen stellt 45 Millionen Euro jährlich weniger für die Schulen bereit, 34 Millionen Euro weniger sind es für die Hochschulen. Über die Kommunen will ich gar nicht reden, denen streichen sie auch die finanziellen Mittel.

Wir als Fraktion haben noch einige Änderungen eingebracht, so zur Etatisierung des BAföG. Die Weiterbildungsmaßnahmen werden um 200.000 Euro erhöht, die Mittel für die betreuende Grundschule ebenfalls.

Da ist es dann natürlich auch sehr gut – das will ich in diesem Kontext dann durchaus sagen, Herr Kollege Mertin –, dass wir im Bereich des Bildungs- und Jugendministeriums gemeinsam einen Antrag tragen, der vorsieht, 200.000 Euro zusätzlich für die Förderung von Jugendbildungsmaßnahmen zu investieren.

Ich sage in toto: Natürlich gibt es Vorschläge, über die man im Bildungsbereich sehr ernsthaft diskutieren kann. Es gibt mehr Wünsche. Die Bildungspolitikerinnen und Bildungspolitiker werden es tun, das nämlich intensiver diskutieren. Aber nicht jeden Wunsch kann man verwirklichen, und nicht jeder Wunsch ist besonders schlüssig.

Manches ist – das muss ich leider dazusagen – sicher nur Show. Wenn die CDU ihre Haushaltspressekonferenz mit Sporbuch in einer Schule abhält

(Frau Elsner, SPD: Skandalös!)

und vor ein paar Monaten erklärt, dass die Kindertagesstätten wahlkampffrei bleiben müssen, dann ist das einfach nur Showgeschäft, das Sie machen. Da fehlt die Ernsthaftigkeit, und da fehlt auch die Glaubwürdigkeit.

(Beifall der SPD)

Wenn Sie 63 Millionen Euro mehr für Bildung einstellen wollen und darstellen, für was Sie die Mittel ausgeben – – – Frau Kollegin Brede-Hoffmann hat in ihrer Presseerklärung schon gegengerechnet, was überhaupt nicht neu ist und für was das Geld nicht reicht. Für die Lehrerinnen- und Lehreranzahl, die Sie neu einstellen wollen, reicht das Geld, das Sie einstellen, nicht. So viel zur Glaubwürdigkeit.

Das Einzige, was man vielleicht sehen kann, ist, dass Sie im Hinblick auf die Wahlen sehen, weil die SPD-Fraktion in den letzten Wahlkämpfen immer Bildungspakete geschnürt und auch glaubwürdig auf der Strecke umgesetzt hat, dass es sich vielleicht lohnen könnte,

auch im Bildungsbereich ein finanzielles Paket zu schnüren und damit auf Wahlkampftournee zu gehen.

Aber wie machen Sie das? – Sie machen das wie bei dem Modell der guten Metzgersfrau, wenn sie etwas auf die Waage legt und fragt, darf es ein bisschen mehr sein, kann es ein bisschen größer sein oder so, wie es früher diesen Spontispruch gab, „ich will alles, und zwar sofort“. Nur dass die Finanzierung, die Sie dafür vorlegen, nicht seriös ist.

Das ist so seriös wie der Umgang von Frau Klöckner mit der Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte. Der Vorsitzende ist übrigens CDU-Mitglied. Als die sich geäußert hat, dass die Streichung des muttersprachlichen Unterrichts nicht gut sei und die Vorschläge der CDU zur Integration nicht geeignete Vorschläge seien, hat Frau Klöckner ihren Sprecher mal eben sagen lassen, diese Vorschläge bzw. diese Kritik seien Unsinn. So viel zum Umgang von Ihnen mit den Bürgerinnen und Bürgern im Land, wie Sie dafür ein offenes Ohr haben oder nicht und wie Sie tatsächlich bildungspolitische Vorschläge umsetzen, die Sie machen.

Sie machen Versprechungen, aber halten keine Finanzierung. Sie schreiben bei der Landesregierung ab, aber Sie können es nicht umsetzen. Sie stellen die bildungspolitischen Fakten in Rheinland-Pfalz teilweise falsch dar. Auch das habe ich von Herrn Kollegen Baldauf eben wieder eindrucksvoll erlebt.

(Beifall der SPD)

Ich gehe davon aus, die Ministerin oder Frau Bredehoffmann wird darauf eingehen, was da zu Unterrichtsausfall und was an Chimären noch gesagt wurde, worauf es zurückzuführen sei.

Eines will ich dazu sagen, was ich auch absolut nicht leiden kann und deshalb sage ich es hier, ja, wir haben auch fachfremde Kräfte in den Schulen, die nicht die Ausbildung haben, weil es Engpässe gibt. Ich will Ihnen sagen, ich bin froh darum, dass dort engagierte Menschen einen guten Job bei ihrer schwierigen Arbeit machen, damit diese Engpässe im Interesse unserer Kinder überwunden werden können und entsprechender Unterricht gehalten werden kann, und er ist nicht so, wie Sie ihn abqualifizieren.

(Beifall der SPD)

Es gibt einen Popanz, den Sie aufbauen, den Sie gemeinsam mit der FDP aufbauen möchten, der da lautet, wir wollten eine Einheitsschule schaffen.

(Pörksen, SPD: So ein Quatsch! –

Bracht, CDU: Das ist Ihr Bundesprogramm! –
Unruhe im Hause)

Die FDP hat hierzu einen Antrag zur Änderung der Verfassung eingebracht. Sie möchte Artikel 28 der Verfassung ergänzen.

Meine Damen und Herren, Artikel 28 der Verfassung lautet: „ Der Ausbildung der Jugend dienen öffentliche

und private Schulen. Bei Einrichtung öffentlicher Schulen wirken Land und Gemeinden zusammen. Auch die Kirchen und Religionsgemeinschaften werden als Bildungsträger anerkannt.“

Diesen Verfassungsartikel haben wir seit 60 Jahren. Wir haben im Übrigen in der letzten Legislaturperiode eine umfassende Verfassungsreform gemacht. Eine Änderungsnotwendigkeit wurde dazu nicht gesehen. Im Übrigen wurde in der vergangenen Zeit bis auf die letzten drei Monate dieser Legislaturperiode eine Veränderungsnotwendigkeit für diesen Verfassungsartikel nicht gesehen.

Die FDP möchte nun die existierenden Schulmodelle festschreiben und einen Absatz 2 anfügen. Der soll dann lauten: „Das öffentliche Schulwesen besteht aus allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen. Allgemeinbildende Schulen sind insbesondere Grundschulen, Förderschulen, Realschulen plus, Integrierte Gesamtschulen und Gymnasien.“ Begründet wird das mit der Furcht vor der Einheitsschule.

Die CDU möchte ohnehin zehn Jahre keinerlei Strukturveränderungen der Schulen machen, weil Ruhe an der Front herrschen müsse, und kritisiert, dass so viel verändert worden ist.

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen von der CDU, sehr geehrter Herr Kollege Mertin,

(Mertin, FDP: Ja!)

Sie, der Sie doch immer etwas die „Monstranz der Seriosität“ vor sich hertragen, mit diesem Verfassungsänderungsantrag betreiben Sie ein Stück Wahlkampf, was ich angesichts der Umfragewerte verstehe, aber was sehr durchschaubar ist, da es sich um Wahlkampf handelt.

(Beifall der SPD)

Ich erkläre für die SPD-Fraktion, dass wir das Schulsystem so weiterentwickelt haben, wie wir es gemacht haben, und das Umsetzen im Interesse der Kinder ist. Die stehen bei allem, was man an Schulen verändert, im Mittelpunkt. Wie kann ich Kinder bestmöglich fördern, damit sie ihre Talente entwickeln können? – Das steht im Vordergrund, nichts anderes.

Da gibt es keinerlei Absicht, dieses von Ihnen an die Wand gemalte Menetekel einer Einheitsschule irgendwie zu verwirklichen.

Sie müssen sich ernsthaft fragen lassen, ob es dienlich ist, dass man einzelne Formen, einzelne Strukturen in einer Verfassung jeweils festschreibt. Das gilt für den Schulbereich wie für andere Lebensbereiche. Ich halte es nicht für dienlich, und ich vermute einmal, der frühere Justizminister dieses Landes hätte es auch nicht für dienlich gehalten. Der jetzige Wahlkämpfer scheint da anderer Auffassung zu sein.

(Beifall der SPD –

Frau Schleicher-Rothmund, SPD: Genauso ist es!)

Meine Damen und Herren, es gibt auch verschiedene Änderungsanträge, die wir gestellt haben, die Verbesserungen im Bereich der Justiz, des Strafvollzugsdienstes betreffen. Die Förderung von Breitbandversorgung ist ein eminent wichtiges Thema, damit wir die Infrastruktur im Land nach vorne bringen. Das ist die Stärkung der Verbraucherzentrale in einer Zeit, in der sich Verbraucherinnen und Verbraucher wahrlich schwertun mit den vielfältigen Angeboten. Ich beklage das nicht. Ich mache es am Beispiel der Handytarife oder Stromtarife deutlich.

Früher gab es einen Telefentarif. Heute gibt es tausend Rechner, tausend Verführer, und da habe ich mit tausend wahrscheinlich noch viel zu niedrig gegriffen. Deshalb brauchen wir einen starken Verbraucherschutz und müssen ihn weiterentwickeln, auch in den Datenschutz und andere Lebensbereiche hinein, damit die Verbraucherinnen und Verbraucher entsprechend bessere Angebote bekommen. Ich glaube sogar, über die Landesebene hinaus müssen wir schauen, dass die Wirtschaft einen Teil des Verbraucherschutzes mitfinanziert, damit tatsächlich eine bessere Chancenverteilung für Verbraucherinnen und Verbraucher in diesem Wettbewerbsmarkt kommt.

Meine Damen und Herren, Haushaltsberatungen sind eine Zeit, in der – ich habe es gesagt – zahlreiche Wünsche vieler Gruppen und Institutionen an das Parlament herangetragen werden.

Es duldet keinen Zweifel, viele Ausgabenwünsche sind nachvollziehbar und oft vollkommen berechtigt. Oftmals schreibt die Presse – ich sage es jetzt einmal, für die Frauenhäuser, für andere – in Kommentaren, wie berechtigt der Wunsch nach mehr Förderung auch tatsächlich ist, weil Nöte vorhanden sind.

Das ist keine Anspruchshaltung gegenüber dem Staat, sondern es sind berechtigte Forderungen, die dort von einem Gemeinwesen zu erfüllen sind, das für die Bürgerinnen und Bürger da ist, für die Bürgerinnen und Bürger Leistungen erbringt und den Bürgerinnen und Bürgern Sicherheit gibt. Gerade angesichts solcher Vorfälle wie in Stockholm muss uns das auch schmerzhaft bewusst sein, dass dies Staatsaufgabe ist.

Die Wünsche, was machbar ist, liegen in diesen Zeiten noch weiter auseinander, als es früher auch schon der Fall war. Ich habe auf die schwierige Haushaltslage hingewiesen und darauf, dass wir uns in den Steuereinnahmen zwar ein Stück erholt haben, aber noch weit hinter 2008 von den Einnahmen her liegen. Die Entwicklung war so nicht vorhersehbar.

Wir müssen schauen, dass wir mit dem Haushalt 2011 die Aufgaben erfüllen können, die im Land Rheinland-Pfalz anstehen. Aber wir müssen gemeinsam auch dafür sorgen, dass die Einnahmeentwicklung des Staates und des Landes damit einhergeht, dass wir die Mittel entsprechend zur Verfügung haben, die wir hier brauchen.

Steuersenkungen oder Steuerrechtsveränderungen, die nur der Bundesebene dienen, wie beispielsweise im Bereich der Atomgesetzgebung, wo die Zuflüsse nur an den Bund gehen, den Ländern und den Kommunen keine Anteile zukommen, werden uns auf Dauer die

Möglichkeiten nehmen, vor Ort entsprechende Aufgabenerfüllungen vorzunehmen. Eine kommunale Finanzreform gehört dazu.

Ich weise in dem Zusammenhang darauf hin, dass wir in Deutschland derzeit eine Steuerquote von 20,5 % im Jahr 2011 haben. Der Durchschnitt der OECD liegt bei 26,9 %. Die Länder haben also alle eine andere Steuerquote. Deshalb müssen wir ernsthaft die Diskussion führen: Welche Aufgaben wollen wir vom Staat geleistet haben? Welche Mittel brauchen wir dafür, damit die Zukunftsfähigkeit unserer Kinder tatsächlich in gute Bahnen gelenkt werden kann?

Ich bin überzeugt, dass die Verabschiedung der Schuldenbremse ein wichtiger Schritt auf diesem Weg ist. Wir werden das morgen bei der Diskussion des Haushalts des Finanzministers auch entsprechend nochmals vertiefen.

Ich glaube aber, wir sind nicht gut beraten, wenn wir einen Weg wählen sollten – das ist an die Adresse von Ihnen gerichtet, Herr Baldauf –, der nur das Sparen, das Zurückfahren der Schulden in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung und der Rede stellt. Wir sind nicht gut beraten, dass wir einen Minimalstaat anstreben.

In der Krise hat sich bewiesen, dass wir intervenieren mussten und natürlich einen sozialen Ausgleich brauchen. Ich glaube, das Bild der Bürgerinnen und Bürger vom Staat ist nicht geprägt von dem Glauben an einen Obrigkeitsstaat als einen, den man wirklich unterstützen muss, weil er seine Bürgerinnen und Bürger nur kujoniert und nur Fesseln anlegt, sondern das Bild der Bürgerinnen und Bürger von dem Staat, den sie erwarten, ist eines, dass es ein Staat ist, der hilft, unterstützt, begleitet und natürlich die notwendigen Freiräume bei den Bürgerinnen und Bürgern lässt.

Wir legen mit dem Landeshaushalt 2011 die Grundlage dafür, dass im Rahmen der Möglichkeiten einer realistischen Umsetzung der Schuldenbremse in Rheinland-Pfalz auch in Zukunft die richtigen Prioritäten bei der Bildung, der Inneren Sicherheit, bei der Wirtschaftsförderung, beim sozialen Ausgleich und dem Schutz der Umwelt gesetzt werden. Dazu geben wir gut 13,46 Milliarden Euro aus. Meine Damen und Herren, das ist gut angelegtes Geld für die Zukunft des Landes.

Wir senken trotzdem auch den Finanzierungssaldo beträchtlich. Wir betreiben eine realistische Haushaltspolitik jenseits leerer Versprechungen. Vor allem jenseits vollmundiger Ankündigungen stehen wir für eine glaubwürdige Politik. Das spüren und wissen die Menschen im Land.

Der Staat ist für die Menschen da, und dafür steht Kurt Beck als Regierungschef, und dafür stehen wir als SPD-Fraktion in diesem Landtag.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltend Beifall der SPD –
Vizepräsident Bauckhage übernimmt den Vorsitz)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende Herbert Mertin von der FDP-Fraktion.

Abg. Mertin, FDP:

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir stehen am Ende der Legislaturperiode und verabschieden den Haushalt für das Jahr 2011. Es ist eine gute Tradition, dass es dann nur ein Einjahreshaushalt ist, um das nächste gewählte Parlament nicht zu binden. Insofern ist es vernünftig, dass wir an dieser Verfassungstradition auch festhalten.

Aber am Ende einer Legislaturperiode ist es natürlich auch an der Zeit, die Leistungen der Regierung in dieser Periode zu bilanzieren, das Soll und Haben gegenüberzustellen und auch einen Ausblick auf die Herausforderungen der nächsten Jahre zu wagen.

Wir hatten zu Beginn der Legislaturperiode als FDP-Fraktion angekündigt, dass wir eine konstruktive Oppositionsrolle wahrnehmen werden, also dort, wo wir der Überzeugung sind, dass Vernünftiges vorgeschlagen wird, dies auch mittragen werden, aber dort, wo wir einer anderen Auffassung wären, dies auch deutlich zum Ausdruck bringen würden und auch eigene Vorschläge entwickeln werden und entwickelt haben. In dieser Art und Weise – das darf ich schon jetzt feststellen – haben wir auch unsere Oppositionsrolle in diesen fünf Jahren konstruktiv wahrgenommen.

(Beifall der FDP)

Ich will dies beispielhaft an dem Gesetz festmachen, das wir relativ zu Beginn verabschiedet haben, was notwendig war, das Gesetz, das die Universitätsmedizin in Mainz betraf.

Die Universitätsmedizin befand sich in einer schwierigen Situation. Wir wissen, dass sie Probleme hatte, Einnahmenprobleme und Ausgabenprobleme. Es gab Schulden.

Es waren sicher verschiedene Lösungen denkbar, aber es ist von der Regierung eine Lösung vorgeschlagen worden, bei der auch viele Anregungen von uns aufgegriffen wurden, weshalb es am Ende aus unserer Sicht eine gute Grundlage für die Universitätsmedizin war. Deshalb haben wir damals zugestimmt. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass es eine gute Grundlage gewesen ist, die wir verabschiedet haben.

Frau Ahnen, zu anderen Dingen komme ich gleich, aber wir sind ja nicht nur hier, um schwarzzumalen, sondern das ist ja auch gut gelungen. Wir haben dem auch ganz im Sinne dessen zugestimmt, was ich eben auch festgestellt habe.

(Beifall der FDP)

Eine besondere Anerkennung möchte ich den Verantwortlichen der Universitätsmedizin heute hier auch zum Ausdruck bringen. Sie haben in einer der schwersten

Krise, die diese Institution hatte, außerordentlich vernünftig und professionell gehandelt und das Vertrauen in diese für das Land wichtige Einrichtung erhalten. Auch das gehört dazu, dass wir das heute im Rahmen einer solchen Debatte anerkennen.

(Beifall der FDP)

Etwas differenzierter sehen wir natürlich andere Entscheidungen, die die Landesregierung und die sie tragende Fraktion auf den Weg gebracht haben.

Sie haben die Beitragsfreiheit für Kindergärten eingeführt. Wir sagen nicht, dass es dafür keine guten Gründe gäbe. Ja, frühkindliche Förderung, sprachliche Defizite abzubauen und dabei auch soziale Probleme zu beheben, sind Gründe, die dafür sprechen. Wir hätten uns nur gewünscht, dass auch andere Betreuungsformen eine entsprechende Förderung erhalten hätten, weil es auch Eltern gibt, die mit den Öffnungszeiten von Kindergärten nicht immer zurechtkommen. Sie haben andere Arbeitsabläufe oder andere Arbeitszeiten. – Eine solche Förderung gibt es nicht.

Aber womit wir uns sehr schwergetan haben, ist die Art und Weise, wie dies finanziert worden ist. Natürlich kostet es Geld, und diese Mehrkosten sind nicht durch Einsparungen an anderer Stelle finanziert worden, sondern über die Erhöhung der Nettoneuverschuldung. Damit ist es letztlich aus Sicht der FDP-Fraktion und auch aus meiner Sicht keine echte Beitragsfreiheit; denn diese Kinder müssen irgendwann einmal mit ihren Steuern diese Schulden wieder zurückbezahlen. Das ist sozusagen ein nachgelagerter Beitrag, der fällig wird, und insofern besteht dieser Schönheitsfehler.

(Beifall der FDP –

Fuhr, SPD: Wie sind denn Ihre Deckungsvorschläge?)

– Wir haben einen Deckungsvorschlag gemacht, wie das Geld für die Einführung der Beitragsfreiheit der Kindertagesstätten sukzessive hereingeholt werden kann. Herr Kollege Fuhr, wir haben nicht flächendeckend und sofort und nicht kurzfristig einen Deckungsvorschlag gemacht. Erinnern Sie sich?

(Zurufe der Abg. Fuhr und Schweitzer, SPD)

– Herr Kollege Schweitzer, wenn Sie sonst keine Sorgen haben!

(Zuruf des Abg. Schweitzer, SPD)

– Nein, aber Sie müssen sich natürlich schon fragen lassen, wo Sie die Einsparungen vorgenommen haben. Sie finanzieren etwas über die Nettoneuverschuldung. Ich habe nicht gesagt, dass das, was Sie finanzieren, schlecht ist; ich habe nur festgestellt, dass es über die Nettoneuverschuldung geschieht und insofern auch bezahlt werden muss. Wir befinden uns gerade in einer kritischen Situation. Es geht darum, ob dieses Land solide wirtschaftet oder nicht.

(Ministerpräsident Beck: Das kann man bei allem sagen, was man tut! –

Schweitzer, SPD: Das gilt für jede Ausgabe!)

– Ja, natürlich gilt das für jede Ausgabe. Deswegen besteht auch eine Verpflichtung nach der Verfassung – das wissen Sie auch –, bis zum Jahr 2020 dafür zu sorgen, dass sich Einnahmen und Ausgaben decken. Man hätte doch an dieser Stelle schon einmal beginnen können.

(Schweitzer, SPD: Das machen wir doch!)

– Nein, Sie haben an dieser Stelle keinen Deckungsvorschlag gemacht, sondern Sie haben einfach die Kredite erhöht, um es finanzieren zu können.

(Frau Schmitt, SPD: Was ist denn mit Ihren Lehrern, die Sie zusätzlich einstellen? Auch kreditfinanziert!)

Die Haushaltskonsolidierung ist nicht immer eine Stärke gewesen, Herr Kollege Schweitzer. Herr Kollege Hartloff, Sie haben Einnahmefälle beklagt. Ich habe es schon mehrfach gesagt, und ich wiederhole es noch einmal: Sie haben einmal bei einer Bundestagswahl die Erhöhung der Mehrwertsteuer abgelehnt. Danach wurde sie eingeführt mit der Begründung, man benötige diese Einnahmen, um den Haushalt ausgleichen und sanieren zu können. Als dieses Geld das erste Mal im Jahr 2008 im Land Rheinland-Pfalz ankam, hatten wir eine geplante Nettoneuverschuldung von 970 Millionen Euro, es waren dann Mehreinnahmen von 820 Millionen Euro feststellbar. Das heißt, wir hätten eigentlich das Jahr mit einer Nettokreditaufnahme von 150 Millionen Euro abrechnen müssen, das ist aber nicht geschehen. Die offizielle Abrechnung der Landesregierung lautete auf eine Nettoneuverschuldung von 950 Millionen Euro.

Herr Kollege Hartloff, wenn ich Steuermehreinnahmen haben möchte, um damit den Haushalt zu konsolidieren, muss ich das auch tun, wenn diese Steuermehreinnahmen ankommen, und das ist eben nicht geschehen.

(Beifall der FDP)

Herr Kollege Hartloff, einig sind wir uns in der Frage des Pensionsfonds. Ja, wir haben ihn vor Jahren in unserer gemeinsamen Regierungszeit aus Überzeugung eingeführt. Wir halten es für vernünftig, dass die Kosten des Personals, auch was die Pensionen angeht, in dem Jahr im Haushalt festgehalten werden, in dem diese Arbeit auch geleistet wird. Das erhöht die Transparenz der Kosten dieser Arbeitsleistung, die die Beamten erbringen, und deshalb ist es vernünftig, ein solches Instrumentarium einzuführen, und es ist auch ein vernünftiges Instrumentarium als Vorsorge für die Zukunft. Auch in diesem Punkt möchte ich gern einräumen, dass dies richtig ist. Insofern kann ich mich mit dem Vorschlag des Kollegen Baldauf und der CDU-Fraktion, die Zahlungen in den Pensionsfonds jetzt auszusetzen, nicht anfreunden, sondern es wird unsere gemeinsame Kraftanstrengung bis zum Jahr 2020 sein, dafür zu sorgen, dass diese Zahlungen auch im Rahmen der Schuldenbegrenzung, die dann gilt, erbracht werden, damit die Vorsorge für zukünftige Generationen noch wirksamer wird. Dies wird eine sehr harte Herausforderung für uns alle werden, aber wir halten sie für vernünftig.

Die Zahlungen jetzt auszusetzen, würde nämlich bedeuten, dass wir bis zum Jahr 2020 die Verpflichtung, diese

Zahlungen erbringen zu müssen, ausgesetzt hätten, und damit wäre der Spardruck entsprechend auch nicht mehr vorhanden. Deshalb halten wir es nicht für sinnvoll, diese Zahlungen auszusetzen, sondern wir plädieren auch weiterhin dafür, dass der Pensionsfonds in dem Sinne beibehalten wird, wie er gestaltet worden ist, nämlich als Vorsorge für zukünftige Generationen.

(Beifall der FDP)

Herr Kollege Hartloff, dazu gehört aber auch, dass die Zahlungen an den Pensionsfonds nicht dazu benutzt werden, um die Aufnahme noch höherer Schulden begründen zu können. Ich weiß auch, dass es nach den gesetzlichen Regelungen möglich ist, die Zahlungen in den Pensionsfonds als Investition auszuweisen, weil Sie ein Guthaben erhalten. Wenn diese Zahlungen aber als Vorsorge für zukünftige Generationen dienen sollen, ist es eine Perversion des Vorsorgegedankens, wenn ich sie gleichzeitig dazu heranziehe, um zu begründen, dass ich höhere Schulden aufnehmen kann. Das ist ein Täuschungstrick, den wir so nicht gestatten können.

(Beifall der FDP und bei der CDU)

Herr Kollege Hartloff, Sie werden mir sicherlich recht geben, diesen Trick haben wir auch in unserer gemeinsamen Regierungszeit so nicht angewandt. Das ist etwas, was Sie in der neuen Legislaturperiode getan haben. Daher ist der Pensionsfonds ohne diese Umwegfinanzierung aus unserer Sicht eine vernünftige Leistung.

Was wir zu kritisieren haben, was wir auch bei der Einbringung des Haushalts getan haben, ist die Art und Weise, wie bestimmte Dinge finanziert worden sind. Ich nenne beispielsweise das Großprojekt am Nürburgring. Wir wissen nun, dass ein Großteil dieses Projekts über den Liquiditätspool finanziert worden ist, dass über Jahre hinweg hohe Summen aus dem Liquiditätspool, also nicht im Haushalt ausgewiesen, bezahlt worden sind. Der Liquiditätspool, der eigentlich vernünftigerweise dazu diente – so ist auch die Anrechnung des Rechnungshofs gewesen –, tagesaktuell die Zahlungsflüsse zwischen den einzelnen Landesgesellschaften zu optimieren bzw. deren Tagesergebnisse zu optimieren, damit geringere Zinszahlungen nötig werden, ist sozusagen als schwarze Bank gebraucht worden, um über Jahre hinweg am Haushaltsgesetzgeber vorbei den Nürburgring zu finanzieren. Auch das halten wir für einen Fehler, auch das ist keine saubere Haushaltspolitik. Dies sind Tricks, wie sie auch anderswo angewandt werden. Ich sage dazu nur, wir wollen die griechische Krankheit in Rheinland-Pfalz nicht.

(Beifall der FDP und bei der CDU)

Wir wollen eine transparente und solide Haushaltspolitik, damit auch für die Zukunft jedermann sehen kann, was und wofür das Geld ausgegeben wird.

Herr Kollege Hartloff, Sie haben meine Ausführungen zu den Sparanstrengungen und zu Vorschlägen, die die Opposition zu machen hat, wiedergegeben. – Ja, es ist so: Die Sparanstrengungen, die Sie bei diesem Haushalt sich selbst auferlegen, sind nicht so großartig, wie Sie es gerne darstellen. Persönlich kann ich natürlich durchaus

Verständnis dafür entwickeln, dass Sie das vor einem Wahljahr nicht tun möchten, das ist klar. Aber wenn Sie sagen, dass Sie – wenn ich es richtig erinnere – bei den Mitteln der Öffentlichkeitsarbeit 20 % einsparen, dann vergessen Sie dazuzusagen, dass Ihnen im nächsten Jahr diese Sparanstrengungen nicht allzu sehr wehtun werden. Ich habe es schon einmal ausgeführt: Diese Sparanstrengung treibt dem Finanzminister an der Stelle nicht den Schweiß auf die Stirn, weil er nämlich in den ersten drei Monaten des nächsten Jahres sowieso erheblich weniger für die Öffentlichkeitsarbeit ausgeben kann. Dies liegt an den Regelungen, die gelten, wenn Wahlkampf ist, und deshalb ist das keine echte Sparanstrengung.

(Beifall der FDP)

Dass die Mittel für das Konjunkturprogramm abgeschmolzen werden müssen, ist auch klar. Sie waren befristet und sind insofern keine echte Sparanstrengung, die hier gemacht wird.

Es wird immer gesagt – es kommt immer wieder, und auch der Herr Ministerpräsident macht das gerne –, machen Sie doch Ihre eigenen Vorschläge. Aber zu nächst einmal ist es die Aufgabe der Regierung, diese Vorschläge zu machen.

(Ministerpräsident Beck: Machen wir ja auch!)

– Aus unserer Sicht aber unzureichend. Ich weiß aber auch aus eigener Erfahrung, Herr Ministerpräsident, wie schwierig es ist, solche Sparvorschläge aufseiten der Regierung zu entwickeln. Deshalb weiß ich auch, dass Oppositionsfractionen mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln ein solches Sparprogramm schon gar nicht schultern können. Wir haben einfach nicht die Personalressource, über die eine Regierung verfügt, um so etwas vernünftig und zielgerichtet auf den Weg zu bringen. Deshalb ist es eine Fehlinterpretation der Verfassungslage, wenn der Opposition sozusagen die Hauptlast beim Erbringen der Sparanstrengungen aufgebürdet werden soll und die Regierung, Herr Kollege Hartloff, nur für das Gute zuständig sein soll. Das ist eine Arbeitsteilung, die wir nicht für richtig halten.

(Beifall der FDP –
Hartloff, SPD: Hart, aber gerecht!)

– Nun ja, Sie mögen den Versuch unternehmen, aber Sie werden auch verstehen, dass ich mich bei dem Versuch auch zur Wehr setzen werde, weil wir eben nicht der Auffassung sind, dass in ausreichender Weise Sparanstrengungen vorgenommen worden sind. Wir werden dies in den nächsten zehn Jahren jedes Jahr zu erbringen haben.

In dem einen Punkt gebe ich Ihnen recht, Herr Kollege Hartloff. 1 Milliarde Euro werden wir nicht in zwei Jahren einsparen. Das wird nicht funktionieren. Das ist einfach bei dem Haushaltsvolumen, das das Land hat, so nicht zu erbringen.

Selbst wenn die Landesregierung die größtmöglichen Sparanstrengungen an der Stelle unternehmen würde, das wird so nicht gehen. Aber wir werden jedes Jahr 160

bis 200 Millionen zu erbringen haben und können heilfroh sein, dass die wirtschaftliche Entwicklung so ist, wie sie ist. Sie wird nämlich in den nächsten Jahren, wenn sie anhält, zu höheren Steuereinnahmen führen, die die Konsolidierung ein Stück weit leichter machen werden.

Umso wichtiger ist es aber, dass wir diese Konsolidierung auch erreichen können. Deshalb ist es vernünftig, dass wir morgen die Schuldenbremse auch beschließen. Es ist ein Kompromiss, den alle drei Fraktionen gefunden haben. Es ist ein vernünftiger Kompromiss. Es ist ein Kompromiss, der es ermöglicht, dies gestreckt über zehn Jahre auch zu erreichen.

Ich sage aber noch einmal, wir werden es nur erreichen, wenn die wirtschaftliche Entwicklung des Landes in den nächsten Jahren im Großen und Ganzen gut verläuft. Das ist von außerordentlicher Bedeutung, und das wollen wir als FDP-Fraktion an der Stelle auch herausstellen.

(Beifall der FDP)

Herr Kollege Hartloff, ich stelle das heraus, weil mich die Sorge umtreibt, wenn ich so manche öffentliche Debatte sehe, dass offensichtlich nicht alle verstanden haben, dass unser Wohlstand in Deutschland und damit auch in Rheinland-Pfalz davon abhängig ist, dass wir ein funktionierender Industriestandort sind, in dem die Industrie eine vernünftige Rahmenbedingung findet, in dem Handwerk und Gewerbe eine vernünftige Rahmenbedingung finden, damit sie das erwirtschaften können, was wir hier ausgeben wollen.

(Hartloff, SPD: Da sind wir uns einig!)

Das ist etwas, was in den letzten Wochen häufig in der öffentlichen Diskussion aus meiner Sicht vermisst werden konnte.

(Beifall der FDP)

Ich möchte an der Stelle nur einige Punkte ansprechen. Wir haben zum Beispiel ein großes Unternehmen in unserem Lande, was sehr stark – mehrere 100 Millionen Euro – in einen Forschungsschwerpunkt investiert hat, ein Forschungsschwerpunkt, nämlich grüne Gentechnik, der in der öffentlichen Debatte immer nur mit den Risiken diskutiert wird.

(Ministerpräsident Beck: Von mir nicht! –
Staatsministerin Frau Conrad: Nicht von uns!)

– Ich wollte die Ausnahme schon machen, Herr Ministerpräsident. Ich weiß sehr wohl, dass Sie das hier von diesem Platz aus anders diskutieren. Ich spreche von der ganzen Diskussion in der Bundesrepublik. Es werden nur die Risiken diskutiert, aber nicht die Chancen, die darin liegen.

Ich möchte nur in Erinnerung rufen, dass Joschka Fischer in Hessen einmal verhindert hat, dass Hoechst die rote Gentechnik einführt, nämlich gentechnisch produziertes Insulin herzustellen, was heute den Menschen überall zugutekommt. Nur durfte das dort nicht hergestellt werden, weil diese Forschung, diese Art zu produ-

zieren, verteufelt worden ist. Wir wollen eine solche Verteufelung von Forschungsleistungen im Land Rheinland-Pfalz nicht haben.

(Beifall der FDP)

Insofern sind wir für eine sachgerechte Diskussion, ein sorgfältiges Abwägen der Chancen und Risiken der grünen Gentechnik. Aber wir sollten nicht einer Politik das Wort reden, die letztlich dazu führt, dass ein Unternehmen diese umfangreichen Forschungsleistungen aus Rheinland-Pfalz abzieht.

Genauso wichtig für die Entwicklung von Industrie, Gewerbe und Handwerk ist eine vernünftige Infrastruktur in unserem Land. Jawohl, wir sind dafür, dass die Verkehrsinfrastruktur in unserem Land ausgebaut, ergänzt und verbessert wird. Wir wollen nicht, dass Eifel und Hunsrück abgehängt werden. Deshalb sind wir – ich bin froh, dass alle im Parlament vertretenen Parteien das so sehen – für den Ausbau des Hochmoselübergangs, der planfestgestellt worden ist.

(Beifall der FDP)

Wir wenden uns ausdrücklich gegen politische Bestrebungen, dies nicht durchführen zu wollen.

Genauso plädieren wir deshalb aber auch für die Fertigstellung der A 1, damit die Eifel besser an den Kölner Raum angebunden werden kann.

(Beifall der FDP)

Auch das ist von enormer Bedeutung, damit die ländlichen Räume weiterhin Zukunftschancen haben und Zukunftschancen wahrnehmen können.

Wir werden uns – ich hoffe zusammen mit der Landesregierung – mit großer Energie dagegen verwahren, dass die Hauptchance des Flughafens Hahn, nämlich die Nachtfluggenehmigung, ausgehebelt wird. Wir wollen, dass der Flughafen Hahn seine Entwicklungschance behält. Wir wollen, dass die bis zu 8.000 Arbeitsplätze, die es dort gibt, weiterhin bestehen bleiben und weitere dort angesiedelt werden können. Wir können aber nicht zulassen, dass der Hahn geköpft wird, indem die Nachtfluggenehmigung abgeschafft wird, wie einige es fordern.

(Beifall der FDP und der Abg. Frau Thelen, CDU)

Das wäre fahrlässig, das wäre grob fahrlässig, meine sehr verehrten Damen und Herren. Es treibt mich auch die Sorge um – – –

(Ministerpräsident Beck: Eine Fraktion, die es nicht gibt, zumindest bisher noch nicht!)

– Aber Herr Ministerpräsident, wir stehen vor Wahlen. Ich nehme auch Umfrageergebnisse zur Kenntnis.

(Pörksen, SPD: Das merkt man überhaupt nicht! – Ministerpräsident Beck: Dafür kann ich aber nichts!)

– Nein, dafür können Sie nichts, aber ich nehme die Gelegenheit wahr, hier deutlich zu machen, wofür die FDP-Fraktion steht. Das ist auch etwas, was im Rahmen einer solchen Debatte gemacht werden muss.

(Beifall der FDP)

Sie werden es nachher im Anschluss aus Ihrer Sicht auch tun. So machen Sie es auch immer. Deswegen habe ich damit überhaupt kein Problem. Es macht uns Sorge – – –

(Ministerpräsident Beck: Man darf auch Wahlkampfreden halten!)

– Ja, Herr Ministerpräsident, eine Generalaussprache dient dazu,

(Ministerpräsident Beck: Ich finde das ja in Ordnung. Das war ja gar nicht kritisch gemeint!)

über die politischen Leitlinien, die es für ein Land gibt, zu diskutieren.

(Ministerpräsident Beck: Ich habe es wirklich nicht kritisch gemeint!)

– Nein, ich nehme es ja auch nur auf. Ich habe selten erlebt, dass Sie nicht die Gelegenheit nehmen, wenn Sie hier vorne stehen, auch Ihre politische Sicht der Dinge darzustellen.

(Beifall der FDP –

Ministerpräsident Beck: Das ist auch in Ordnung!)

Das Recht haben Sie, das Recht habe ich auch. Das nehme ich wahr.

(Ministerpräsident Beck: Genau das wollte ich unterstreichen!)

– Herzlichen Dank dafür, dass Sie das unterstreichen, Herr Ministerpräsident. Da bin ich sehr einig mit Ihnen.

Wir haben einfach mit neuen Realitäten in unserem Land zurechtzukommen. Stuttgart 21 hat deutlich gemacht, dass die Menschen bei Großprojekten in anderer Weise mit einbezogen werden wollen. Sie haben sich dort nicht mitgenommen gefühlt, und deshalb habe ich vorgeschlagen, dass wir dem Rechnung tragen und versuchen, die Menschen bei solchen Großprojekten dort, wo es noch nicht endgültig genehmigt ist, also noch möglich ist, wenn es gewünscht ist und die Diskussion vor Ort einen solchen Wunsch erkennen lässt, möglichst frühzeitig mit einzubinden. Ich halte das für vernünftig. Ich halte es für vernünftig, dies frühzeitig zu machen und sorgfältig anzugehen.

Ich bin da aber etwas andere Auffassung als Sie, Herr Ministerpräsident. Wenn ich ganz am Anfang das Volk beteiligt habe, dann muss das aber auch zur Folge haben, dass ich es danach in deutlich kürzeren Fristen zu Ende bringe, damit es eben nicht so lange dauert, wie es bei Stuttgart 21 oder bei anderen Großprojekten gedauert hat.

(Beifall der FDP)

Dass man dort einige Veränderungen wird vornehmen müssen, um das Ziel zu erreichen, weiß ich auch. Ich habe aber in der Zeitung zum Beispiel mit Interesse gelesen, wie der Planer des Münchner Fußballstadions ausgeführt hat, welche Möglichkeiten es dort gibt.

Ich kann ihn in einer Kritik bestätigen, die er gegenüber der Bahn vorgebracht hat. Auch dort würde man sich bei der Bahn ein deutlich effizienteres Verhalten wünschen. Ich kenne viele Kommunalpolitiker, die bei Bauvorhaben größte Schwierigkeiten haben, mit der Bahn zu einer Einigung zu kommen. Die Bahn kann dazu beitragen, dass Planungen in unserem Land effizienter wahrgenommen werden können.

(Beifall der FDP)

Wir wünschen uns für die nächste Legislaturperiode, dass möglichst schnell am Mittelrhein die beiden beteiligten Landkreise über eine Brücke entscheiden, die im Raum und in der Diskussion steht. Ich erkläre noch einmal, ich kann den Wunsch der Menschen verstehen, am Mittelrhein eine Brücke haben zu wollen. Ich kann es verstehen, weil es zwischen Koblenz und Mainz eine solche Brücke nicht gibt. Das sind über 100 Flusskilometer. Wenn man es sich an der Mosel anschaut, dann sind dort die Abstände deutlich kürzer. Insofern ist der Wunsch verständlich.

Aber ich nehme auch wahr, dass es in der Region viele Menschen gibt, die das anders sehen. Ich meine, deshalb wäre es vernünftig, eine solche Abstimmung durchzuführen, damit wir wissen, was die Menschen vor Ort wollen, und uns entsprechend verhalten können. Herr Ministerpräsident, dafür wäre es sinnvoll, wenn klar ist, was diese Brücke kosten soll. Wenn einmal von 40 Millionen Euro Nettokosten und einmal von 60 Millionen Euro Bruttokosten die Rede ist, dann ist das für die Menschen verwirrend und aus unserer Sicht nicht geeignet, einen Erfolg für dieses Brückenprojekt sicherzustellen. Wenn man solche Abstimmungen durchführen will, dann bedarf es einer guten Information der Bürger. Da ist die Nennung von Zahlen, 40 Millionen Euro netto und 60 Millionen Euro brutto, keine geeignete Grundlage, um vertrauensvolle Transparenz beim Bürger herzustellen.

(Beifall der FDP)

Herr Kollege Hartloff, Sie haben es erwähnt. Wir werden im Bildungsbereich Herausforderungen zu bestehen haben. Sie haben den gestern vorgestellten Gesetzentwurf als Wahlkampf darstellen wollen.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Aber schlechter!)

– Frau Kollegin Brede-Hoffmann, immer ganz ruhig. Wir haben uns schon sehr gut überlegt, wieso wir diesen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht haben.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Damit er nicht Wirklichkeit wird!)

Frau Kollegin Brede-Hoffmann, wir haben registriert, was Schwarz-Grün in Hamburg auf den Weg gebracht hat.

(Fuhr, SPD: Eine reine Verzweiflungstat!)

Wir registrieren sehr wohl, was Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen auf den Weg bringt.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Sie planen sich selber schon weg!)

– Nein, wir planen uns nicht weg. Ich nehme nur die Gelegenheit wahr, die Bürger darüber aufzuklären, welche Folgen welche Entscheidungen für sie haben können. Das ist es.

(Beifall der FDP –
Hartloff, SPD: Muss man deshalb die
Verfassung ändern? –
Frau Brede-Hoffmann, SPD: Das werden sich
die Bürger merken!)

– Herr Kollege, wissen Sie, ich gehe mit der Verfassung sehr pfleglich um. Ich habe mir das sehr gut überlegt, Frau Kollegin Brede-Hoffmann.

Sehen Sie, eine der Reaktionen – ich darf sie Ihnen vortragen – auf unseren Vorschlag der GRÜNEN lautet wie folgt: Das Ziel der GRÜNEN sei nicht, das Gymnasium abzuschaffen, sondern das Recht auf freien Bildungszugang für alle Kinder in der Landesverfassung festzuschreiben, erklärten die GRÜNEN. Auf dem Weg dorthin wollten sie so viele integrierte Gesamtschulen wie möglich einrichten, in denen auch ein gymnasiales Niveau angeboten werde. Die mehrgliedrige Schulstruktur lehnen die GRÜNEN als selektiv und ungerecht ab. – Glauben Sie wirklich, die Menschen glauben, dass das eine Sicherstellung des Gymnasiums ist, was hier propagiert worden ist? Das glauben Sie doch wohl selbst nicht.

(Beifall der FDP –
Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Wir wollen, nachdem über viele Jahre – – –

(Zuruf des Abg. Hartloff, SPD)

– Herr Kollege Hartloff, hören Sie sich in aller Ruhe das an, was ich zu dem Punkt zu sagen habe. Ich habe Ihnen auch zugehört, als Sie das ausgeführt haben. Jetzt müssen Sie ertragen, dass ich Ihnen entgegne und ausführe.

Frau Kollegin Brede-Hoffmann, wir haben in den letzten Jahren und Jahrzehnten über die Frage, ob integrierte Systeme, differenzierte oder gegliederte Angebote das Beste sind, heftigst in dieser Republik gestritten. Wir haben zwischenzeitlich im Land Rheinland-Pfalz eine Schullandschaft, bei der alle Angebote vorhanden sind. Die Menschen können frei wählen. Die Eltern können frei wählen.

(Ramsauer, SPD: Eben!)

Wir wollen nur durch diese Verfassungsänderung sicherstellen, dass diese Wahlmöglichkeit in Zukunft erhalten bleibt und nicht eine bestimmte Schulstruktur beiseite geschafft wird.

(Beifall der FDP –
Frau Brede-Hoffmann, SPD: Wer gefährdet sie denn?)

Frau Kollegin Brede-Hoffmann, die Eltern sind es nämlich leid, über diese Fragen zu debattieren; denn es gibt im Bildungssystem viel wichtigere Dinge, die wir hier zu besprechen hätten.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: In zwei Monaten machen Sie es auch anders!)

Sie können sich noch so sehr aufregen, ich verfolge sehr genau, was zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen geschieht.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: In zwei Monaten kriegen Sie es nie durch!)

Ich finde es schon sehr interessant, dass über eine Schulversuchsklausel eine rot-grüne Regierung 30 % Gemeinschaftsschulen einrichtet, ein Schulversuch, 30 %, schon Bombenergebnis. Ich registriere, was dort unternommen wird, um das Gymnasium von innen auszuhöhlen. Das registrieren wir sehr wohl. Deshalb meinen wir, dass es vernünftig ist.

(Schweitzer, SPD: Wir registrieren, was Sie im Saarland machen!)

Herr Kollege Hartloff, Sie haben die Möglichkeit, meine diesbezüglichen Sorgen dadurch zu beseitigen, dass Sie einfach unserer Verfassungsänderung zustimmen.

(Beifall der FDP)

Dann sind meine Sorgen beseitigt. Wir brauchen uns im Wahlkampf dann nicht über diese Fragen auseinanderzusetzen.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Wir können über andere Fragen diskutieren.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Das ist sein Verfassungsverständnis!)

– Frau Kollegin Brede-Hoffmann, die Verfassung ist dazu da, etwas, was zum Wohle der Menschen vielleicht notwendig ist, festzuschreiben.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Geändert zu werden, oder wie?)

Wenn wir es erreicht haben, dass wir jetzt ein Bildungsangebot haben, bei dem die Eltern frei wählen können, so wie Sie es gerne für sich und Ihre Kinder hätten, dann wollen wir, dass dieses erhalten bleibt, nicht untergraben

wird und jemand durch Strömungen in die Lage versetzt wird, dieses zurückzufahren.

(Beifall der FDP –
Pörksen, SPD: Wir machen es nicht!)

Was haben Sie dagegen, dass wir die Wahlfreiheit der Eltern verfassungsrechtlich absichern?

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Was machen Sie mit denen, die abgelehnt werden? –
Zuruf des Abg. Hartloff, SPD)

Wir wollen nur erreichen, dass wir uns in den nächsten Jahren vielleicht über andere Dinge, die unser Bildungssystem nötig hat, auseinandersetzen.

(Beifall der FDP)

Dabei ist es zum Beispiel von Bedeutung, dass wir bei der letzten Neueinstellung etwa 26 % nicht vollständig ausgebildete Lehrer eingestellt haben. Die Qualität ist das eigentlich Wichtige, um das es gehen muss. Die Qualität des Unterrichts setzt gut ausgebildete Lehrer voraus.

(Beifall der FDP –
Pörksen, SPD: Dafür brauchen wir keine Verfassungsänderung!)

Wenn wir rund 26 % eingestellt haben, denen die Voraussetzungen fehlen, dann ist das etwas, was diskutiert werden muss.

(Frau Spurzem, SPD: Schreiben wir alles in die Verfassung!)

Das müsste richtig diskutiert werden.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Noch einmal, diese Falschaussage, das ist eine objektive Falschaussage, die die Ministerin schon mehrere Male richtig gestellt hat! Hören Sie auf!
Das ist eine objektive Falschaussage!)

– Frau Kollegin Brede-Hoffmann, wir haben über diese Frage schon einmal diskutiert.

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Mertin.

Abg. Mertin, FDP:

Ich sage noch einmal: Es mag Sie noch so sehr erregen, aber das sind die wichtigen Dinge, über die in Bildungssystem diskutiert werden muss.

(Zurufe der Abg. Licht, CDU, und
Frau Brede-Hoffmann, SPD)

Es gehört auch dazu, dass wir über die berufsbildenden Schulen diskutieren. Eine starke Wirtschaft, wie wir sie

brauchen, braucht gut ausgestattete berufsbildende Schulen. Das muss an der Stelle festgehalten werden.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Im bundesweiten Vergleich sind die berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz nicht gut ausgestattet, Frau Kollegin Brede-Hoffmann.

(Zuruf der Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD)

Sie haben Schwierigkeiten, geeignetes Personal zu finden. Das ist etwas, worüber hier diskutiert werden kann.

(Zuruf der Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD)

Wenn wir dieses unterschiedliche Angebot an Schulen haben, welches die Eltern frei nutzen können, dann müssen wir sicherstellen, dass es in diesen Schulen gute Abschlüsse gibt. Wir wollen deshalb, dass die einheitlichen Prüfungen in allen Schularten am Ende für alle Gleiches feststellen. Das ist bei solch einem Schulsystem, wie wir es haben, das Notwendige.

(Beifall der FDP –
Dr. Schmitz, FDP: Jawohl! –
Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Deshalb wollen wir einheitliche Abschlussprüfungen haben.

Ein solches Schulsystem setzt voraus, dass die Schulen über eine adäquate Beratung verfügen, um qualitativollen Unterricht erbringen zu können. Hier darf ich für meine Fraktion darauf hinweisen, dass wir die Agentur für Qualitätssicherung, wie wir sie heute haben, nicht für das richtige Instrumentarium halten. Die Agentur für Qualitätssicherung hat heute die Schulaufsicht immer mit im Gepäck. Das schafft kein Vertrauen, wenn sie vor Ort in der Schule sind. Das wissen wir aus vielen Gesprächen, bei denen wir mit Lehrern gesprochen haben. Sie haben von vornherein nicht das Zutrauen, ihre Sorgen dort tatsächlich offenbaren zu können, weil die Angst besteht, dass die Schulaufsicht immer mit am Tisch sitzt und ihnen Nachteile erwachsen können.

Wir sind deshalb für eine effiziente Qualitätssicherung, aber durch eine Agentur, die außerhalb der Schulaufsicht steht, die unabhängig ist, damit die Schulen Vertrauen in sie entwickeln können.

(Beifall der FDP –
Pörksen, SPD: Das ist doch Popanz!)

– Herr Kollege Pörksen, wissen Sie, das ist kein Popanz.

(Pörksen, SPD: Ich bin sehr dicht dran an dieser Frage! Davon können Sie ausgehen!)

Das ist überhaupt kein Popanz, das ist das, was Sie vor Ort erfahren, wenn die Menschen und die Lehrer mit Ihnen diese Dinge besprechen. Wir halten es genauso

für wichtig, einen Vertretungspool zu schaffen, damit, wenn Stunden ausfallen, – – –

(Zuruf der Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD)

– Frau Kollegin Brede-Hoffmann, haben Sie etwas dagegen, dass wir fordern, dass adäquater Vertretungsunterricht geboten wird, wenn ein Lehrer einmal krank geworden ist oder irgendwo auf Klassenfahrt ist?

(Beifall bei der FDP –
Frau Brede-Hoffmann, SPD: Sie bieten aber keinen adäquaten!)

Wir wollen deshalb einen Vertretungspool mit qualifizierten Lehrern aufbauen, damit eine solche qualifizierte Vertretung auch möglich ist.

(Hartloff, SPD: Das kriegen Sie aber nicht hin!)

– Ihrem Kopfschütteln entnehme ich, dass Sie das nicht wollen. Das nehme ich dann zur Kenntnis.

(Beifall bei der FDP –
Frau Brede-Hoffmann, SPD: Weil Sie das so nicht hinkriegen!)

– Wir wollen das aber haben, und wir wollen das so haben, Frau Kollegin.

(Zuruf der Frau Abg. Kohnle-Gros, CDU)

– Offensichtlich habe ich den Nerv von Frau Brede-Hoffmann getroffen. Sie regt sich so furchtbar auf.

(Pörksen, SPD: Die ist immer so!)

– Ach, sie ist immer so. Entschuldigung, ich bedauere dann, dass ich dieses „immer so“ wieder geweckt habe und damit zur Erheiterung beitragen konnte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aber wir werden in den nächsten Jahren auch andere Herausforderungen zu bewältigen haben. Dazu gehört auch eine Verwaltungsmodernisierung. Herr Kollege Hartloff hat sie auch erwähnt. Wir hatten einen sehr weitgehenden Vorschlag zu Beginn der letzten Legislaturperiode gemacht.

(Licht, CDU: Was ist daraus geworden?)

Angesichts der Mehrheitsverhältnisse überrascht uns nicht, dass ihm nicht gefolgt wurde.

(Licht, CDU: Was ist daraus geworden?)

Der Vorschlag, der von der Regierung gekommen ist, ist aus unserer Sicht nicht weitgehend genug gewesen. Deshalb haben wir ihm auch nicht zustimmen können.

(Vereinzelt Beifall bei der FDP)

Ich hätte mich nur gefreut, wenn seitens der CDU-Kollegen auch ein Vorschlag gekommen wäre, über den

wir hätten diskutieren können. Das hat ein bisschen gefehlt.

(Beifall bei FDP und SPD –
Licht, CDU: Mit Grundlage ja!)

– Ja gut, wir haben auch einen Vorschlag gemacht, über den wir bereit gewesen wären zu diskutieren.

(Licht, CDU: Ja!)

Wir haben viele Gespräche geführt, aber es hat sich sehr im Kreise gedreht. Insofern ist es bedauerlich, dass es hier keinen größeren Konsens gegeben hat, aber ich habe heute mit Freude registriert, dass zwei Verbandsgemeinden freiwillig fusionieren wollen. Auch das ist ein vernünftiger Schritt.

(Beifall der FDP und des Abg. Pörksen, SPD)

Ich finde, dass die dort handelnden politischen Vertreter sehr weitsichtig gehandelt haben, weil sie frühzeitig erkannt haben, in welche Richtung es geht und insofern hier auch die Möglichkeit hatten, selbst gestaltend tätig zu sein.

Eine weitere Herausforderung, die wir zu bewältigen haben werden, ist sicherlich die Integration. Das ist etwas, was über einige Jahre hinweg die Menschen beschäftigen wird. Da ist natürlich Sprachunterricht etwas Wichtiges. Da ist sprachliche Kompetenz bereits zu Beginn des Schulbesuches etwas sehr Wichtiges. Ich würde die Kolleginnen und Kollegen der CDU doch bitten, darüber nachzudenken, ob der muttersprachliche Unterricht nicht doch auf die eine oder andere Art und Weise erhalten werden kann. Eine Industriegesellschaft wie die unserige, die international ausgerichtet ist, die exportieren will, ist auf solche sprachliche Kompetenz geradezu angewiesen.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Wenn jemand das muttersprachlich kann, dann hat er in solchen Märkten einen ganz anderen Zugang als jemand, der es später im Erwachsenenalter lernen sollte. Deshalb meine ich, sollte man doch noch einmal darüber nachdenken, ob wir nicht in vernünftiger Form auch weiterhin einen solchen muttersprachlichen Unterricht anbieten sollten. Er ist aus meiner Sicht nicht eine Belastung, sondern eine Chance für unsere Gesellschaft. Deshalb sollten wir dieses Angebot auch aufrechterhalten.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Fraktion und ich haben eben auch registrieren müssen, dass, obwohl sich 85 % der Migrantinnen, die zu uns gekommen sind, gut einfügen, sich hier etablieren, anfangen, sich wohlfühlen, wir es mit einem harten Kern zu tun haben, der dies eben nicht tut. Hierum müssen wir uns kümmern; denn die Menschen registrieren natürlich, dass es diesen harten Kern gibt. Sie erwarten von der Politik, dass sie hier versucht, möglichst frühzeitig Probleme, die sich daraus ergeben können, zu bewältigen. Auch das ist eine Herausforderung,

die wir in den nächsten Jahren zu bewältigen haben.

(Beifall der FDP)

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, ich möchte auch einen Dank an die Sicherheitskräfte in unserem Land, nicht nur in Rheinland-Pfalz, sondern auch in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt, zum Ausdruck bringen, die in den letzten Wochen bei der Terrorwarnung unter hohem Einsatz für unsere Sicherheit unterwegs sind und sehr viel Überstunden, sehr viel persönlichen Einsatz erbringen müssen. Das ist etwas, was nicht gering geschätzt werden darf, sondern anerkennend zum Ausdruck gebracht werden muss. Ich möchte das mit einem Dank an die Bevölkerung verbinden, die diese Terrorwarnung auch mit großer Gelassenheit bewältigt hat. Auch das ist etwas, was unsere Gesellschaft an dieser Stelle auszeichnen konnte.

(Beifall der FDP und des Abg. Licht, CDU)

Ich hätte mir gewünscht, dass im Rahmen der politischen Auseinandersetzung die gleiche Gelassenheit bei der Politik geherrscht hätte. Hier sind zum Teil Vorschläge bis hin zur Beschränkung der Pressefreiheit gemacht worden. Da kann ich mir eigentlich nur noch an den Kopf greifen. Das ist etwas, was mit Liberalen so nicht zu machen ist. Darüber lasse ich immer gern mit mir reden. Wir haben in dieser Legislaturperiode auch das Polizeirecht gemeinsam novelliert, schwierige Fragen vernünftig geklärt. Wenn es solche schwierigen Fragen gibt, sollte man auch unter Demokraten vernünftig darüber reden können. Aber wir sollten vielleicht an dieser Stelle in puncto Gelassenheit von unserer Bevölkerung etwas lernen. Ich finde es großartig, wie die Menschen mit dieser Gefahrenlage in den letzten Wochen umgegangen sind.

(Beifall der FDP)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, zur Bilanz einer Regierung gehören natürlich aber auch Dinge, die nun überhaupt nicht gut gelaufen sind. Auch die müssen hier angesprochen werden. Herr Kollege Hartloff, ich akzeptiere, dass die Landesregierung eine andere Auffassung über die Nutzung von Kernenergie als Brückentechnologie hat, bis wir erneuerbare Energien sicherstellen können und damit bezahlbare und naturfreundliche Energie zur Verfügung stellen. Dagegen habe ich überhaupt nichts. Ich respektiere auch, dass die Regierung ihr Recht wahrnimmt, vor dem Bundesverfassungsgericht zu klagen, um dort feststellen zu lassen, dass der Bundesrat doch hätte beteiligt werden müssen. Hier gibt es unterschiedliche Einschätzungen, aber das akzeptiere ich. Was mich aber erstaunt ist, dass das Kabinett am Dienstag dies beschließt und am Mittwoch hier dem Justizminister das Vertrauen ausgesprochen wird, der genau dieses Recht, vor das Verfassungsgericht zu ziehen, einem Bürger vorher genommen hat. Das ist nicht schlüssige Politik. Das muss auch kritisiert werden.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

– Ja doch, Herr Ministerpräsident. Das Recht, das Bundesverfassungsgericht anzurufen, steht jedem Bürger

zu, und es ist keine Majestätsbeleidigung. Es ist von einem hohen Gericht festgestellt worden, dass genau dieses Recht verweigert worden ist. Deswegen passt es nicht zusammen, wenn man auf der einen Seite für sich in Anspruch nimmt, das Verfassungsgericht anzurufen, und auf der anderen Seite am nächsten Tag dem Justizminister das Vertrauen ausspricht, der genau das einem Bürger verwehrt hat. Das passt nicht zusammen.

(Beifall der FDP –
Hartloff, SPD: Das sind zwei Paar Stiefel!)

Genauso passt nicht zusammen, wie – – –

(Ministerpräsident Beck: Sauerkraut mit Zuckersoße!)

– Herr Ministerpräsident, ach wissen Sie,

(Ministerpräsident Beck: Das Argument ist nicht schlüssig!)

– Also ich glaube nicht, dass es Sauerkraut und Zuckersoße ist, wenn ein Bürger daran gehindert wird, das Verfassungsgericht anzurufen. Das hat mit Sauerkraut und Zuckersoße nun gar nichts zu tun.

(Beifall der FDP und des Abg. Licht, CDU –
Hartloff, SPD: Es ist niemand gehindert worden, ein Gericht anzurufen!)

– Sie wollen doch nicht sagen, dass das Bundesverwaltungsgericht falsch geurteilt hat oder eine entsprechende Feststellung nicht getroffen hat?

(Hartloff, SPD: Um das zu wiederholen, was ich gesagt habe: Es ist niemand gehindert worden, ein Gericht anzurufen!)

Es ist jemand daran gehindert worden, das Bundesverfassungsgericht in der Weise anzurufen, dass er sofort Rechtsschutz hätte gewinnen können. Das ist doch vom Bundesverwaltungsgericht festgestellt worden. Deshalb ist auch die Übergabe der Urkunde wieder zurückgenommen worden. Das ist eine Tatbestandsvoraussetzung, damit dies geschehen kann, Herr Kollege Hartloff. Insofern müssen wir das nicht noch einmal – – –

(Hartloff, SPD: Es ist auf dem Rechtsweg Recht gesprochen worden! Nicht mehr und nicht weniger!)

– Ja, natürlich. Es ist dabei aber auch festgestellt worden, dass der Justizminister in einer Art und Weise gehandelt hat, die darauf hinauslief, einem Bewerber das notwendige Rechtsschutzpotenzial beim Bundesverfassungsgericht zu nehmen. Das war für das Bundesverwaltungsgericht die Tatbestandsvoraussetzung, um die übergebene Urkunde zurückzunehmen. Nur das habe ich gesagt und nichts anderes.

(Beifall der FDP)

Es muss doch auch an dieser Stelle gesagt werden, dass das kein Ruhmesblatt für die Landesregierung war.

Das gehört zu den Bilanzen, die man eben ziehen muss und zu dieser negativ – – –

(Hartloff, SPD: Wir haben die Debatte geführt!)

– Gut, aber am Schluss einer Legislaturperiode muss Bilanz gezogen werden, Herr Kollege Hartloff.

(Hartloff, SPD: Dagegen haben wir nichts!)

Zu dieser Bilanz gehört dieser Vorgang genauso wie der Nürburgring dazugehört.

Der Nürburgring ist nun einmal keine Erfolgsbilanz der Landesregierung, sondern es ist dort etwas auf den Weg gebracht worden, das vollmundig etwas ganz anderes versprochen hat, als jetzt geleistet worden ist. Es sollten Zigttausend mehr Besucher kommen, als nun tatsächlich kommen. Es sollte deutlich weniger kosten, als es kostet. Da können Sie doch nicht sagen, das sei eine Erfolgsbilanz.

(Beifall der FDP)

Was mich an der Stelle besonders – – –

(Dr. Schmitz, FDP: Wie sehen dann einzelne Misserfolge aus, Herr Hartloff? –

Hartloff, SPD: Das ist ein schlüssiges Projekt, das auf eine Erfolgsspur kommen wird!)

– Wissen Sie, wenn das Erfolge sind, wären Misserfolge etwas ganz anders. Wissen Sie, Herr Kollege Hartloff, ein schwieriges Projekt, das auf eine Erfolgsspur kommt, sieht eigentlich anders aus.

(Vereinzelt Beifall bei der FDP)

Wir haben von Anfang an ganz andere Erwartungen geweckt bekommen, als tatsächlich eingetreten sind. Ich will darauf verzichten, all das zu wiederholen, was der frühere Finanzminister hier gesagt hat.

(Pörksen, SPD: So viel Redezeit haben Sie auch gar nicht!)

– Och, ich habe noch 15 Minuten Redezeit, Herr Kollege Pörksen. Das würde dafür dicke ausreichen.

(Hartloff, SPD: Für alles zu wiederholen, würde das nicht reichen!)

Seien Sie ohne Sorge, die 15 Minuten habe ich locker.

Eines wollen wir aber einmal festhalten: All das, was Finanzminister Deubel uns versprochen hatte, ist nicht eingetreten.

(Beifall der FDP –
Eymael, FDP: So ist es!)

Das ist gescheitert. Es ist keine private Finanzierung zustande gekommen. Es ist deutlich teurer geworden, und es ist nicht so, dass dort jetzt eine prosperierende

Region entstanden ist. Das gehört als Bilanz auch festgehalten.

(Beifall der FDP –

Hartloff, SPD: Wahrscheinlich stehen auch keine Hotels da und alles andere!)

– Herr Kollege Hartloff, die Hoteliers dort oben freuen sich, dass jetzt mit Geldern des Landes dort Konkurrenz gebaut worden ist. Sie wissen doch auch, dass die sich darüber freuen. Es ist nicht Aufgabe des Staates, das an dieser Stelle zu tun.

(Hartloff, SPD: Da haben wir praktische Einblicke gewonnen! –

Pörksen, SPD: Da weiß ich ein bisschen besser Bescheid!)

– Sie wissen doch ganz genau, dass dieses Projekt bisher kein Erfolg gewesen ist. Wenn der Wirtschaftsminister in den vergangenen Wochen und Monaten etwas anderes dargestellt und in den Raum gestellt hat, dass demnächst Millionen an Pachtzahlungen kommen, er sich aber im Ausschuss weigert, nachdem er vom Kollegen Eymael danach gefragt wurde, die Zahlen zu nennen unter Hinweis darauf, dass sie ihm nicht vorlägen und es ein privatwirtschaftliches Unternehmen wäre, will ich das gerne akzeptieren. Wenn er aber nicht in der Lage ist, den Nachweis zu führen, soll er nicht vorher diese Millionenpachtzahlungen in den Raum stellen. Wenn er sie in den Raum stellt, muss er sie auch beweisen.

(Beifall der FDP –

Hartloff, SPD: Haben Sie mal Geduld!)

Dann muss auch der Nachweis erbracht werden.

(Hartloff, SPD: Haben Sie mal Geduld!)

Im Bereich des Nürburgrings hat mich am meisten gestört, wie der frühere Finanzminister mit dem Parlament umgegangen ist. Ich erinnere mich, dass er auf Ihr Bitten hin – auf Bitten der SPD-Fraktion – im August 2008 über die Lage am Nürburgring berichten sollte. Wenn man heute das Protokoll nachliest, hat man zunächst einmal auf zwei DIN-A 4-Seiten eine Beschimpfung der Medien, um dann zur Feststellung zu kommen, dass die Verdächtigungen in den Medien, dass der Privatinvestor nicht flüssig sei, völlig haltlos und falsch waren. Diese Aussage hat der Finanzminister zu einem Zeitpunkt getroffen, zu dem er schon wusste, dass zwei stille Einlagen zu diesem Privatinvestor geflossen sind, weil er nicht in der Lage war, seine Finanzierung sicherzustellen. Das bedeutet nichts anderes, als dass er das Parlament wissentlich falsch informiert hat. Das ist ein Umgang mit dem Parlament, den die FDP-Fraktion so nicht hinnehmen kann. Das gehört auch zur Bilanz dieser Landesregierung.

(Beifall der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, deshalb werden wir das, so wie wir das in dieser Legislaturperiode getan haben – Herr Kollege Hartloff, da habe ich überhaupt keine Sorgen –, auch in der nächsten Legislatur-

periode handhaben. Wir werden für dieses Land eine vernünftige Politik verfolgen. Eine Politik, die Rahmenbedingungen schafft, damit sich die Wirtschaft entwickeln kann. Eine Politik, die Rahmenbedingungen schafft, bei denen sich die Eltern frei entscheiden können, welche Schule sie ihren Kindern zugute lassen wollen. Eine Politik, die Schritt für Schritt bis zum Jahr 2020 eine Konsolidierung des Haushalts schaffen wird, um Rahmenbedingungen zu schaffen, die unser schönes Land Rheinland-Pfalz auch für unsere Kinder gut lebbar erhält und eine gute Zukunft vorsieht.

(Anhaltend Beifall der FDP)

Vizepräsident Baukhage:

Das Wort hat der Ministerpräsident.

Beck, Ministerpräsident:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich zunächst einmal für die Positionierungen der Fraktionen dieses Hohen Hauses. Ich bedanke mich bei Herrn Kollegen Hartloff für die Unterstützung des gemeinsam zustande gekommenen Vorschlags für den Haushalt 2011 einschließlich der Finanzplanung, die wir bewusst über den üblichen Finanzplanungszeitraum hinaus ausgedehnt haben, um einen Blick zu ermöglichen, wie wir uns vorstellen, die Herausforderung der sogenannten Schuldenbremse umzusetzen.

Ich danke auch dafür, dass wir die gemeinsame Überzeugung wieder verwirklichen, zum Wahljahr einen Einjahreshaushalt vorzulegen, um ansonsten bei der Linie der Doppelhaushalte zu bleiben. Das ist aus Gründen der Nichtvorbestimmung eines kommenden Parlaments geboten, aber es ist auch wichtig, sowohl den Kommunen als auch den wirtschaftlichen Partnern in diesem Land zu signalisieren, dass es in der Regel beim Doppelhaushalt bleibt, um längerfristige Orientierungen auch dort zu ermöglichen. Das ist eine Übereinstimmung, die wichtig ist. Deshalb wollte ich sie noch einmal anerkennend gegenüber allen feststellen.

Mit dem Haushalt, den wir für das Jahr 2011 vorlegen, geht es darum, deutlich zu machen, welche politischen Schwerpunkte wir auch in die Zukunft hinein weiterführen und setzen wollen. Es geht darum, dass wir unsere Herausforderungen zu Ende führen, die mit der ausklingenden Wirtschaftskrise zu tun haben. Es geht darum, dass wir die sogenannte Schuldenbremse in die Realität umsetzen. Wir können nicht nur die strukturellen Verbesserungen des Haushalts umsetzen, sondern wir können aufgrund der konjunkturellen Verbesserungen, wie wir sie laut Steuerschätzung im Jahr 2011 gegenüber der Steuerschätzung vom Mai erwarten dürfen, die Grundlage für die Haushaltsaufstellung gewesen ist, weitere Verbesserungen erwarten. Wir werden diese Verbesserungen in der Größenordnung von rund 221 Millionen Euro dazu nutzen, um zum einen die Finanzen der Kommunen weiter zu verbessern.

(Zuruf von der CDU)

– Na gut, wenn Sie den Haushalt nicht gelesen haben, kann ich Ihnen jetzt auch nicht helfen. Dafür ist es jetzt eigentlich auch zu spät. Wenn Sie den Haushalt gelesen haben, werden Sie feststellen, dass es dort um knapp 18 Millionen Euro geht, die daraus resultieren, dass wir die gemeinsame Positionierung gefunden haben, den Haushalt floaten zu lassen, um die jeweiligen Einnahmen und Ausgaben, aber mindestens 1 % Steigerung zu gewährleisten. Aufgrund der besseren Steuereinnahmen wird jetzt die zweite Stufe, die mittlere Stufe der vereinbarten Regelung, erreicht. Das sind die rund 18 Millionen Euro zusätzlich.

Wir werden das, was den Kommunen im Bereich der Kindergeldverrechnungen zusteht, in diesem Haushalt zum Ansatz bringen und damit Klarheit schaffen. Alle anderen Mittel werden – ich habe diesbezüglich Entschließungsanträge gelesen – in die Senkung der Nettoverschuldung gegenüber dem ursprünglichen Ansatz geführt.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, dass wir auf einem vernünftigen Weg sind. Ich will allerdings auch deutlich machen, dass wir mit den Steuereinnahmenverbesserungen, die wir erwarten, und mit einem im Jahr 2011 erwarteten Steuereinnahmenvolumen von 9,25 Milliarden Euro unter dem Steueraufkommen des Vorkrisenjahres 2008 liegen werden. Damals hatten wir Einnahmen von 9,76 Milliarden Euro. Das ist ganz klar festzuhalten.

Wir sind also bei Weitem nicht in einer Situation, in der sich neue Verteilungsspielräume eröffnen. Wir sind lediglich in einer weniger schlechten Situation, als sich dies noch im Frühjahr dieses Jahres und erst recht im letzten Jahr dargestellt hat.

Das gilt als Aussage all denjenigen gegenüber, die schon wieder Steuern, die wir noch nicht haben, verteilen wollen und die bei den Ausgaben allzu freudig in den Erwartungen sind. Das wollte ich festhalten, um die Ziele und die Spielräume dem Grunde nach zu beschreiben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir in diesem Zusammenhang Vorschläge auf den Tisch bekommen, dass man gleichzeitig 1.250 Lehrerstellen schaffen und die Anteile der Finanzen um einen Punkt bei der Verteilung nach oben setzen kann, was im kommenden Jahr etwa 85 Millionen Euro bedeuten würde, aber dauerhaft auch Anteile in dieser Größenordnung abfordert, und parallel dazu erzählt, man könne trotz der riesigen Mehrausgaben noch 1 Milliarde Euro einsparen, kann man das nicht wirklich ernst nehmen.

Natürlich kann und muss man – mit diesem Instrument kann und darf man auch arbeiten – über globale Minderausgaben reden, weil sie Volumina und Möglichkeiten beschneiden, die man vielleicht im Laufe eines Haushaltsjahres bei nicht fest bestimmten Ausgabengrößenordnungen hat. Man muss sie in diese Minderausgabe einbeziehen und infolgedessen auch restriktiv auf die Ausgabenpolitik wirken. Paracelsus hat schon einmal

gesagt, dass es die Quantitäten ausmachen, ob etwas Medizin oder Gift ist.

(Zuruf des Abg. Dr. Altherr, CDU)

– Herr Mediziner, gut, dann war es der vielleicht auch schon. Aber den, den ich genannt habe, der wird sonst immer in dem Zusammenhang zitiert. Insoweit ist es nicht so falsch. Wir sind uns auf jeden Fall in der Sache einig, dass die Quantität den Unterschied zwischen Medizin und Gift ausmachen kann.

Wenn man dann sagt, man könne 424 Millionen Euro als globale Minderausgaben festhalten und weite Bereiche des Haushalts, weil man es sich mit niemand verscherzen will, durch einen Klammersatz ausnehmen, der einfach einmal hingeschrieben wird, dann hat das mit der Realität nichts zu tun. Ich will Sie nicht heruntermachen. Deshalb machen Sie den Menschen nicht solche Dinge vor!

(Beifall der SPD)

Ich habe es Ihnen im Haushalts- und Finanzausschuss vorgerechnet. Sie erinnern sich vielleicht daran.

(Pörksen, SPD: Das nützt doch nichts!)

– Der Kollege Pörksen hat recht. Wenn man der CDU etwas erklären will, fällt mir das alte chinesische Sprichwort ein, das wir gelernt haben – einige Kollegen waren dabei –, dass das so ist, wie vor den Ochsen Zither spielen.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe es Ihnen vorgerechnet. Um die Effekte, die Sie uns vorschlagen, zu erreichen, müssten Sie auf einen Schlag 8.000 Stellen einsparen. Die Kosten sind damit noch nicht eingespart. Was tun Sie mit den Angestellten? Entlassen Sie sie? Wenn es Beamte sind, müssen wir noch die Pensionslasten tragen; denn logischerweise greift unser Pensionsfonds noch nicht. Dieser ist für die Zukunft gedacht.

Machen Sie doch den Menschen nicht etwas vor. Wenn Sie zum Beispiel spektakulär in eine Schule gehen, tut es mir leid, wenn Schüler solche Fehlinformationen vorgegaukelt bekommen. Sie wären besser dann gegangen, wenn die Puppenkiste gespielt wird. Dann darf man auch einmal auf den Teufel kräftig draufhauen und fragen, wer der Kasper und wer der Teufel ist.

(Beifall der SPD)

Der finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion hat mit einem Buch gewedelt. Vorhin hat er wieder damit gewedelt. Ich habe einmal hineinschauen können, weil er ungeschickt gewedelt hat. Wenn man Skat spielt, darf man dem Gegner nicht das Blatt zeigen, weil man sonst verliert. Sie haben so gewedelt, dass ich die Auflistung aller Haushaltsdaten der Landesregierung gesehen habe. Diese geben Sie als die Einspargrundlagen der

CDU-Fraktion vor. Lieber Gott im Himmel, schütze mich vor solch Elend!

(Beifall der SPD)

Wie kann man so etwas Unlauteres machen?

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Sie haben keinen Einsparungsvorschlag gemacht. Sie haben nur pauschale Zahlen in den Raum gestellt, die völlig unrealistisch sind. Entschuldigung, das muss man einfach sagen, sonst bringt man sich selbst in die Lage zu sagen, er hat sich mit unseren Vorschlägen nicht auseinandergesetzt. Damit, dass Pferde die Bäume hochreiten sollen, kann man sich nicht seriös auseinandersetzen. Schade darum!

(Beifall der SPD –
Licht, CDU: Das hätten Sie besser mal
bei Deubel gesagt!)

– Schauen Sie einmal dahin, wo Sie Verantwortung haben!

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

– Herr Licht, Sie sollten lieber „Laut“ heißen. Das würde besser zu Ihnen passen. Sie sind immer laut, verbreiten aber weniger Licht.

(Licht, CDU: Sie hätten besser gehört,
ich war laut genug!)

– Ich habe vorsichtshalber Ohrstöpsel in der Tasche. Wer das Mikrofon hat, hat immer einen Vorteil. Das verstehe ich.

Erlauben Sie mir, noch einmal ein Wort zu dem Umgang mit dem Pensionsfonds zu sagen. Man kann unterschiedlicher Meinung sein. Ihr Vorschlag lautet, den Pensionsfonds auszusetzen. Das ist genauso, wie wenn jemand sagt, ich möchte für mein Haus keine Kredite aufnehmen, also bezahle ich meine Lebensversicherung nicht mehr.

Der Pensionsfonds ist damit kaputt. Wenn Sie ein paar 100.000 Euro herausholen, gehen Sie nach dem Motto vor: Wir verkaufen unser Oma ihr klein Häuschen und die erste und die zweite Hypothek. – Wenn Sie dann sagen, wir schaffen für die Zukunft Vorsorge, ist das in der Tat ein ziemlich mutiges Stück von Fehlinformation.

Es tut mir leid. Mit den groben Zahlen, die Sie vorgeschlagen haben, ist nichts anzufangen. Sie gehen hinten und vorne nicht auf. Deshalb entziehen Sie sich in einer solchen Haushaltsdebatte einer seriösen Auseinandersetzung.

(Beifall bei der SPD –
Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Die Redner aller drei Fraktionen haben sich zu Recht – ich habe ja versucht, das zu unterstreichen, und der

Kollege Mertin hat mich fast missverstanden – mit Bilanz und Perspektive auseinandergesetzt.

(Mertin, FDP: Ich unterstreiche das auch!)

Ich habe das nur deshalb so gelobt, weil bei mir, wenn ich das früher getan habe, immer alle dazwischengerufen haben: Zum Haushalt! Zum Thema! – Man darf also auch Perspektiven besprechen. Das hat mich gefreut, und jetzt habe ich es im Protokoll stehen, dass ich mich über Ihren Ansatz gefreut habe.

(Heiterkeit bei der SPD –
Eymael, FDP: Sehr gut! –
Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Ich will auf das eingehen, was Sie sagen. Das ist der letzte Haushalt für diese Legislaturperiode – Bilanz und auch Ausblick. Zu dieser Bilanz möchte ich doch einige Punkte nennen.

Man muss sagen: Wenn es in Rheinland-Pfalz so wäre, wie Herr Kollege Baldauf es vorhin dargestellt hat, dann müsste man allen Bürgern raten: „Nehmt Frau, Kind, Katze und Hund und zieht schnell hier weg! Es ist ein furchtbares Land.“

(Heiterkeit bei der SPD)

Aber Sie wissen doch: Das ist überhaupt nicht wahr. Daran, wie es in Rheinland-Pfalz heute aussieht, haben auch Peter Altmeier, Bernhard Vogel und Helmut Kohl, haben Wagner und Scharping als Ministerpräsidenten ihren Anteil, genauso wie ich das auch für unsere Verantwortungszeit reklamiere. Wir haben dieses Land Rheinland-Pfalz, das wirklich alles andere als auf Rosen gebettet war, als es gegründet worden ist, in eine respektvolle Situation im Reigen der deutschen Länder hineingeführt. Warum wollen Sie das alles kaputtreden? Wem nutzt das denn? Am wenigsten den Bürgerinnen und Bürgern.

(Starker Beifall der SPD –
Bracht, CDU: Das ist doch Quatsch!
Völliger Unsinn!)

Dann schauen wir uns doch einmal einige Fakten an, meine Damen und Herren. In den letzten viereinhalb Jahren hatten wir zwei Jahre, in denen wir in der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise steckten, die die Bundesrepublik Deutschland und damit auch das Land Rheinland-Pfalz erlebt haben. Sowohl auf Bundesebene als auch vonseiten der Unternehmen, Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretungen, vonseiten all unserer Partner auch in den Kommunen, vonseiten der kirchlichen und anderen frei gemeinnützigen Partner im Bereich der subsidiären Aufgabenerfüllung, aber auch beim Land Rheinland-Pfalz ist gehandelt worden. Ich finde, es ist verantwortlich gehandelt worden.

Teilweise geschah dies mit Risiken, die gigantisch sind. Ein Schutzschirm von 750 Milliarden Euro, an dem auch die Länder mit 7,7 Milliarden Euro beteiligt sind, ist kein Pappenstiel. Investitionen im Sinne eines Deficit-Spendings in solchen Größenordnungen in die Hand zu nehmen, wie wir es beim Konjunkturpaket I und im Kon-

junkturpaket II – dort mit den Kommunen und dem Bund zusammen – getan haben, ist alles andere als ein Pappentier. Aus diesem Konjunkturpaket II haben wir zwischenzeitlich rund 2.660 Projekte in der Umsetzung oder bereits umgesetzt, und dies zusammen mit den anderen Maßnahmen, vor allem mit den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, Stichwort Kurzarbeiterregelung. Das hat dazu geführt, dass die Arbeitslosenzahlen in Deutschland insgesamt und in besonderer Weise in unserem Land Rheinland-Pfalz während der Krise viel günstiger ausgesehen haben und auch heute noch aussehen, als es irgendjemand zu prognostizieren gewagt hätte.

Ich finde, das ist ein Erfolg. Und wenn das Land Rheinland-Pfalz, das überdurchschnittlich exportorientiert ist und gemeinsam mit Baden-Württemberg diesbezüglich eine Spitzenposition einnimmt, zunächst auch schneller in ein tiefes Loch gefallen ist als andere, ist festzustellen, dass es jetzt allerdings aber auch schneller wieder aus dieser Situation herauskommt als andere. Dass wir dennoch im November 2010 mit einer Arbeitslosenquote von nur 5,2 % dastehen, ist ein sehr, sehr gutes Ergebnis. Wir schreiben es uns als Landesregierung nicht allein zu, aber dass wir einen Beitrag dazu geleistet haben, lasse ich uns auch nicht Abrede stellen; denn wir haben dieses Konjunkturpaket in einer Weise umgesetzt, wie es nirgendwo anders gelungen ist – im Übrigen gegen heftige Kritik der CDU-Fraktion.

(Beifall der SPD)

Wir haben mit einem eigenen Rettungsschirm über 600 Unternehmen beraten und unterstützt. Über 100 Unternehmen konnten wir unmittelbar helfen – Unternehmen, die heute sonst wahrscheinlich insolvent wären. Wir haben auf diese Art und Weise 7.000 Arbeitsplätze gerettet. Hier also so zu tun, als hätten wir auf ganzer Linie versagt, hat mit der Realität nichts zu tun.

Rheinland-Pfalz ist besser durch die Krise gekommen und steht heute besser da als die meisten anderen Bundesländer, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der SPD)

Damit das jetzt nicht einfach als politische Behauptung im Raum steht, will ich Ihnen einige Zahlen nennen, ohne hier jedoch mit Zahlen um mich zu werfen. Zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts, preisbereinigt, wohlgemerkt, haben wir natürlich leider noch nicht die Jahresabschlusszahlen. Im ersten Halbjahr 2010 lag das Wachstum in Rheinland-Pfalz bei 4,5 %, bundesweit im Schnitt bei 3,1 %.

(Frau Thelen, CDU: Nennen Sie mal die absoluten Zahlen, Herr Ministerpräsident! Dann sieht das anders aus!)

– Sind die preisbereinigten Zahlen denn nicht die richtigen Zahlen?

(Frau Thelen, CDU: Sie gehen doch nur von den prozentualen Zahlen aus!)

– Wie kann man das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts denn besser angeben als in Prozentzahlen, Frau Kollegin? Jetzt hören Sie aber auf!

(Unruhe im Hause)

– Ihr werdet jedwede Statistik so verbiegen, dass wir schlecht dastehen. Nein, wir stehen glänzend da, gemessen an den Herausforderungen.

(Beifall der SPD –
Unruhe bei der CDU)

Zweiter Punkt: Exporte. Ich nenne die Exporte, weil sie Ausdruck der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft in diesem Land sind. Dies gilt nicht nur für die ganz großen Unternehmen, sondern auch für viele mittlere, kleine und kleinste Betriebe, die teilweise sehr hohe Exportquoten haben, weil sie sich eine gute Nische ausgesucht haben und damit sehr erfolgreich sind. Das unterstützen wir ja auch. Hendrik Hering, ich und andere, wir unternehmen ja keine Reisen, weil wir gerne reisen würden – ich reise ohnehin nicht gerne, aber sei es drum –, sondern es geht darum, Türen zu öffnen.

Offiziell liegen die Zahlen bis September vor. Wenn wir bei den Exporten dann eine Steigerung in Höhe von 16,7 % haben – trotz des tiefen Lochs, weil Exporte hart betroffen waren –, dann darf man das schon einmal hervorheben. Damit haben wir in Rheinland-Pfalz eine Exportquote, meine Damen und Herren, von 52,1 %. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 46 %. Ich sage das auch deshalb, weil vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion um die Rolle Deutschlands innerhalb der Euro-Zone und innerhalb der G 20 immer wieder die Behauptung aufkommt, von Deutschland müsse verlangt werden, seine Exporte sozusagen künstlich zu drosseln. Das halte ich für völlig falsch. Wir brauchen faire Bedingungen am Arbeitsmarkt, damit wir nicht mit falschen Grundlagen Wettbewerb betreiben.

(Pörksen, SPD: Sehr richtig!)

Wir brauchen faire ökologische Bedingungen, damit wir nicht mit falschen Grundlagen Wettbewerb betreiben. Wir brauchen sicher auch faire Bedingungen hinsichtlich der staatlichen Förderung, damit wir nicht mit falschen Grundlagen Wettbewerb betreiben. Wenn das aber gegeben ist, dann dürfen wir uns dem Wettbewerb stellen und dürfen uns auch darüber freuen – aber nicht etwa unwidersprochen von uns verlangen lassen, dass wir diesen Wettbewerb künstlich negativ gestalten.

(Beifall der SPD und des Abg. Eymael, FDP)

Meine Damen und Herren, es muss und darf uns doch Hoffnung machen, wenn wir bis zum Herbst dieses Jahres in Rheinland-Pfalz wachsende Industrieingänge gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen hatten, als wir tief im Keller waren. Immerhin waren es 24 %, Abschluss September. Im Bundesschnitt sind es 13,9 %.

(Pörksen, SPD: Ob die Zahl stimmt, Frau Thelen?)

– Ja, wahrscheinlich nicht, nach Ihrer Lesart.

Der Umsatz der Industrie in Rheinland-Pfalz ist bis zum Herbst um 18,7 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen, bundesweit um 13,7 %.

Ich bitte Sie zu verstehen, dass ich das jetzt nicht sage. Ich könnte mit einer Reihe von anderen Indikatoren noch weiter fortfahren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich wollte deutlich machen, dass es, wenn wir sagen, Rheinland-Pfalz ist gut durch die Krise gekommen und hat gute Chancen für die Zukunft, nichts anderes bedeutet, als dass wir gut aufgestellt sind. Wir haben mehr selbstständige Unternehmer als je zuvor in der Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz.

Wie kann man auf einer solchen Grundlage zur wirtschaftlichen Auseinandersetzung zu einer so vernichtenden Kritik kommen, wie sie Herr Baldauf hier ausgesprochen hat? Das müssen Sie mir einmal begründen.

(Beifall der SPD)

Ich komme zum Arbeitsmarkt. Neben den 5,2 % Arbeitslosigkeit und eine – – –

(Baldauf, CDU: Das ist nicht unsere Zahl!)

– Die 5,2 % sind wirklich nicht Ihre Zahl. Das ist wahr. Das ist die der Bundesagentur für Arbeit.

Dazu gibt es – das kann man heute in der Presse lesen – eine Perspektivbetrachtung der Bundesagentur für Arbeit für Rheinland-Pfalz und das Saarland. Es wäre doch schön, wenn wir uns ein bisschen gemeinsam darüber freuen, dass wir diese Wirtschaftszahlen, die eine gute Prognose erlauben, auch die Arbeitsmarktzahlen, die eine gute Prognose erlauben, positiv bewerten.

Es war nicht alles die Landesregierung. Ich weiß das. Meine Damen und Herren, aber sie kann auch nicht alles verkehrt gemacht haben, wenn wir so viel besser dastehen als fast alle anderen Länder.

(Beifall der SPD)

Im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit haben Sie, die CDU, in den vergangenen Jahren, auch zu rot-gelber Regierungszeit, regelmäßig beantragt, die Arbeitsfördermittel

(Schweitzer, SPD: So ist es!)

für Menschen mit Behinderung, mit Benachteiligung, für junge Menschen zusammenzustreichen. Jedes Jahr haben Sie das beantragt.

(Bracht, CDU: Sie haben es gemacht!)

– Nein, wir haben es nicht gemacht. Gott sei Dank.

Deshalb haben wir die Situation, dass wir bei den unter 20-Jährigen 2,0 % Arbeitslosigkeit haben. Das ist mit Baden-Württemberg zusammen die beste Zahl in der Bundesrepublik Deutschland. Bei den bis 25-Jährigen haben wir mit 3,4 %, wenn ich die Zahl richtig im Kopf

habe, eine weit bessere Situation als im Bundesdurchschnitt. Das hat etwas mit unseren ganz speziellen zusätzlichen Maßnahmen zu tun, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der SPD)

Wir haben gesagt, wir werden alles in unserer Kraft Stehende tun, um unserer Wirtschaft gute Bedingungen zu bieten, insbesondere dem Mittelstand, und um Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze zu schaffen. Ja, das habe ich in meiner Regierungserklärung deutlich gemacht.

Die Zahlen, die ich Ihnen genannt habe, legen Beweis ab, dass wir trotz dieser unendlich schwierigen Situation diese Ziele erreicht haben. Man wünschte immer, sie wären noch besser erreichbar gewesen. Aber es ist ein gutes Ergebnis.

Meine Damen und Herren, ich bin froh darüber, dass wir in diesem Land Rheinland-Pfalz zwischen den Arbeitgeberverbänden, Kammern, Gewerkschaften und der Politik ein Klima haben, das wirklich beispielgebend sein könnte für die Bundesrepublik Deutschland. Wir haben mit dem Pakt für Rheinland-Pfalz in der Krise alle Kräfte zusammengeholt und miteinander bis ins Detail besprochen, wie wir vorgehen.

Wir haben uns mit dem ovalen Tisch um die Ausbildungsplatzsituation gekümmert, die sich jetzt dergestalt modifiziert, dass wir Anstrengungen vereinbart und unterschrieben haben – Frau Kollegin Ahnen, Frau Kollegin Dreyer und Herr Wirtschaftsminister Hering –, dass wir uns verpflichtet haben, alles in unserer Kraft Stehende zu tun, um schulisch und in den Bedingungen junge Menschen, auch die, die schwächere Leistungen erbringen, an die Ausbildungsreife heranzuführen, und die Wirtschaft hat sich ihrerseits verpflichtet, ihren Beitrag zu leisten, einschließlich Weiterbildung als ein neues zusätzliches Schwerpunktthema am ovalen Tisch.

Ich finde, das ist eine Art des Miteinanders, die der Republik insgesamt guttun würde; denn ich habe über ein paar Jahre erlebt, dass es dort nicht so ist, dass man miteinander redet. Machen die Gewerkschaften mit, machen die Arbeitgeberverbände mit oder nicht mit und umgekehrt? Das kann uns nicht zum Vorteil gereichen. Ein vernünftiges Klima.

Wir haben zugesagt, uns zu bemühen. Wir haben es erreicht. Wir haben gerade letzte Woche – Herr Keller, Herr Ramsauer und andere waren mit dabei – in Ludwigshafen einen Glücksfall erlebt. Die Firma Vögele ist von Mannheim nach Ludwigshafen umgesiedelt. Der Firmeninhaber hat in seiner Rede gesagt, er ist auch deshalb gekommen, weil man hier das Gefühl hatte – das gilt für Stadt und Land; er hat beides betont –, dass man willkommen ist und man sich kümmert. In Baden-Württemberg habe er anderes erlebt.

Ich finde, das sind Zeichen, die einen ermutigen, den bisherigen Weg weiterzugehen.

(Beifall der SPD)

Schnelle Genehmigungsfristen, wenig Bürokratie, soweit es immer in unserer Hand liegt, und ein intensives Miteinander im Dialog zwischen ökologischen Belangen – Frau Kollegin Conrad – und zwischen raumplanerischen und technologisch-planerischen Belangen und den Interessen und Notwendigkeiten, die Unternehmen haben.

Wir gehen davon aus, dass wir mit dem Mittelstandsförderungsgesetz, das auf dem Tisch liegt, einen weiteren Schritt zur Stärkung des Mittelstands in diesem Land Rheinland-Pfalz gehen. Ich finde, das ist richtig, notwendig und unterstreicht, dass unser aller Reden, unser richtiges Reden, wie ich finde, über die Bedeutung des Mittelstands für unsere Wirtschaft und die Arbeits- und Ausbildungsplätze ein praktisches Echo finden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben vor Beginn dieser Legislaturperiode deutlich gemacht, dass wir das, was wir alle als entscheidende Zukunftsressource beschreiben, nämlich Bildung und Ausbildung, Familienfreundlichkeit, Genderfragen, gleiche Möglichkeiten für Frau und Mann, Familie und Beruf zu vereinbaren, nicht nur gesagt haben, sondern konkret gehandelt haben.

Das Land Rheinland-Pfalz hat im Westen der Republik – im Osten, das wissen wir, gibt es noch andere Voraussetzungen, die aus früheren Zeiten mitgebracht worden sind – den höchsten Stand an Versorgung von Kindern unter zwei Jahren, und zwar mit deutlichem Abstand.

Wir haben zugesagt, dass wir einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für alle Kinder ab dem zweiten Lebensjahr schaffen. Gesagt, getan.

(Beifall der SPD)

Wir haben zugesagt, junge Familien zu unterstützen und zugleich Anreize zu schaffen, die Kinder in die Kindertagesstätte zu schicken, damit sie besser vorbereitet in die Grundschule kommen. Deshalb haben wir schrittweise und für alle vier Kindergartenjahre die Elternbeiträge in den Kindertagesstätten abgeschafft. Gesagt, getan.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben zugesagt, dass wir zur Förderung der Kinder flächendeckend Ganztagschulen entwickeln und es in der Entscheidungsfreiheit der Eltern liegt, ob sie diese Angebote oder die verlässliche Halbtagschule nutzen. Wir haben zwischenzeitlich ein gutes Drittel der Schulen in Rheinland-Pfalz mit einem solchen Ganztagsschulangebot.

Herr Kollege Hartloff hat es zutreffend gesagt. Jedes Jahr kommen zwischen 40, 45, 50, je nachdem, wie die Antragsbewilligungsmöglichkeit ist, hinzu, nicht aus Ideologie, sondern weil die Bürgermeister und Gemeinden und die Gremien der Schulen und vor allen Dingen die Eltern auf uns zukommen und dies wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD)

Wir haben, weil das vorhin kritisiert worden ist, in den Grundschulen hätten wir sie alle im Stich gelassen – –

Im Schulgesetz steht etwas von mehrzügigen Grundschulen, die die Regel sind. Wir haben nach dem Motto „Kurze Beine, kurze Wege“ dort, wo Grundschulen bezogen auf die Schülerzahlen erhaltbar sind, gesagt, dann können die auch erhalten werden.

(Zuruf der Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD)

Wieso behaupten Sie hier, wir hätten die Kommunen im Stich gelassen? Das möchte ich wirklich einmal wissen, wie man wider die Wahrheit so etwas sagen kann.

(Beifall der SPD –
Frau Brede-Hoffmann, SPD: Genau!)

Alle haben wir uns Sorgen um die Zukunftsfähigkeit der Hauptschule gemacht, die eine gute Arbeit gemacht hat und dort, wo sie noch da ist, eine gute Arbeit macht. Aber der Elternwille sagt etwas anderes. Ich kann doch nicht einfach sagen, das passt euch nicht, ihr Eltern, gut, dann weisen wir wieder zu. Mariechen und Fritzchen, die kommen dahin, weil sie zum Zeitpunkt, wenn sie vier Jahre alt geworden sind, eine zehntel Note schlechter sind als Horst.

(Schreiner, CDU: Zehn Jahre! Schüler ab der vierten Klasse! Die sind zehn Jahre alt!)

– Zehn Jahre alt, ja, vierte Klasse, meinte ich, Entschuldigung, danke für den Hinweis.

Also nach der vierten Klasse. Aber der Horst und das Hildegardchen, die sind eine zehntel Note besser, die dürfen in die andere Schule. Das ist nicht unser Weg.

(Baldauf, CDU: Nein!)

Deshalb haben wir gesagt, wir wollen den Vorteil der Berufsqualifizierung und der Realschulen mit besonderem Aufstieg und die besondere Qualifizierung für Schwächere auf die Berufsvorbereitung unter einem Dach mit Durchlässigkeiten und Zielorientierungen machen. Diesen Weg gehen wir. Sie merken, die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, auch Ihrer Couleur, sind überwiegend kluge Leute;

(Heiterkeit des Abg. Fuhr, SPD)

denn die laufen uns schneller das Haus ein, als Sie Frieden mit dieser Schulform machen konnten, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD)

Das ist die Realität in Rheinland-Pfalz.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie werden mit mir und mit Doris Ahnen und dieser Sozialdemokratie nicht erleben, dass wir den Menschen aufoktroieren, wie sie über die Schulzukunft Ihrer Kinder denken müssen.

(Fuhr, SPD: Genau!)

Das ist mir zutiefst zuwider, sage ich in aller Klarheit.

Es gibt in Rheinland-Pfalz den Weg zum Gymnasium, es gibt die Möglichkeit der Integrierten Gesamtschule, die dort entsteht, wo a) die Eltern das wollen, b) der Schulträger es will, c) die Kolleginnen und Kollegen es wollen und d) die Binnendifferenzierung sich so sicherstellt, dass es wirklich eine Gesamtschule ist und nicht nur ein Teil der Qualifikationsmöglichkeiten abgebildet wird.

Reden Sie doch einmal mit Ihren Kommunalpolitikern.

(Fuhr, SPD. Ja!)

Es sind doch nicht wir, die rumgehen und sagen, stellt einmal mehr Anträge, sondern wir haben Ärger mit CDU-Landräten, mit CDU-Bürgermeistern und Oberbürgermeistern, auch von der SPD und anderen, weil wir nicht schnell genug genug Integrierte Gesamtschulen schaffen. Das ist doch die Wirklichkeit in Rheinland-Pfalz. Ich weiß gar nicht, was auf Ihren Parteitag los ist, über was ihr redet.

(Beifall der SPD)

Ich kann Ihnen Bündel von Briefen zeigen und übrigens auch Unterstützungen von Kolleginnen und Kollegen aus Ihrer Mitte genau für diesen Weg.

(Zuruf von der SPD: Genau!)

Im Landkreis Germersheim bin ich im letzten Jahr zusammen mit Kollegin Schleicher-Rothmund auf dem – wie hieß das, Kartoffelmarkt, oder wo wir da zusammen waren – bitter beschimpft worden, weil wir nicht in jeder Verbandsgemeinde eine Gesamtschule schaffen. Das ist doch die Realität.

Meine Damen und Herren, Sie werden bei uns immer erleben, dass wir dem Gymnasium seinen Platz mit allem Respekt und aller Förderung zukommen lassen. Das ist so.

Meine Damen und Herren, lieber Herr Kollege Mertin, deshalb bei allem Verständnis dafür, dass man versucht, Ecken und Kanten an seine politischen Forderungen zu bekommen, so ist es bei uns fast schon eine Ehre, dass wir so wenig Angriffspunkte bieten, dass es der Nürburgring und jetzt die Schimäre der Einheitsschule sind, die herangezogen werden.

Aber bei all dem, was ich an Verständnis dafür habe, im Dezember einen Verfassungsänderungsantrag anzukündigen,

(Mertin, FDP: Gar nicht so einfach!)

wissend, dass wir noch zwei Sitzungen im Januar und im Februar haben

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Und zwei Ausschüsse!)

– für die Verfassungsänderung, die wir morgen beschließen, haben wir sieben Monate, acht Monate beraten –, mit Verlaub, also dass wir das nicht so ernst nehmen können, wie man Verfassungsänderungen ernst

nehmen müsste, das bitte ich auch einmal durch unsere Brille zu sehen, bei allem Respekt vor Taktik.

(Beifall der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir spezifizieren, wollen wir dann auch in die Verfassung schreiben, jedes Kind hat das Recht auf einen kostenfreien Kindertagesstättenplatz? Das ist mir genauso wichtig. Das ist mir für die Bildung genauso wichtig, nicht wichtiger, genauso wichtig wie Ihr Ziel. Schreiben wir das dann auch miteinander hinein? Schreiben wir miteinander in die Verfassung, dass Bildung nichts kosten darf,

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Genau!)

dass das Studium für alle kostenfrei sein soll?

(Beifall der SPD –
Frau Brede-Hoffmann, SPD: Richtig!)

Das ist uns auch ein Anliegen. Schreiben wir das alles in die Verfassung?

(Dr. Schmitz, FDP: Der kluge Weg, wenn Sie Angst davor haben!)

– Wir haben keine Angst davor, wirklich nicht.

(Dr. Schmitz, FDP: Eben!)

Ein bisschen muss man aber doch einmal fragen, ob wir den Weg gehen oder nicht gehen wollen. Ich glaube nicht, dass die Verfassung dafür da ist, solche Fragen zu regeln.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Richtig!)

Da muss schon derjenige, der die Verantwortung in diesem Hohen Hause hat, dann die Verantwortung auch wahrnehmen. Wir nehmen sie wahr. Es bleibt in Rheinland-Pfalz beim gegliederten Schulsystem, bei der Wahlfreiheit der Eltern und dabei, dass wir das Wohl der Kinder in den Mittelpunkt stellen und kein Mensch vorhat, das Gymnasium abzuschaffen. Das steht als Aussage, und so wird es auch bleiben, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD –
Vizepräsident Schnabel übernimmt den Vorsitz)

Bilanz: Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind ein ganz wichtiger Punkt, keine Frage. Es ist auch wahr, dass wir riesige Nachholbedarfe hatten und immer noch haben. Das bestreitet kein Mensch.

Wir haben in Rheinland-Pfalz, unsere Vorgänger gar nicht, wir, bei null angefangen. Es war nicht einfach. Ich sage das nicht nur hier, wenn Sie dabei sind. Ich habe letzte Woche zum 40-jährigen Gründungsjubiläum der Technischen Universität Kaiserslautern geredet. Die, die da waren, werden gehört haben, dass ich damals die Vorarbeit vom Kollegen Vogel sehr gelobt habe und wir stolz darauf sind und froh sind, dass er diese Entscheidung getroffen hat, damals auch gegen Widerstände.

Es ist nicht so – ich erinnere mich noch dunkel an diese Diskussion; da war ich gerade in den Anfängen, noch nicht hier im Hause, aber meiner politischen Arbeit –, dass wir das alles für uns in Anspruch nehmen. Aber dass wir nicht vorangekommen seien, das wird doch niemand ernsthaft behaupten.

Wir haben Hochschulen, die in Deutschland höchst geachtet sind. Wir haben Fachhochschulen, die – auch wenn sie relativ neu gegründet sind; ich nenne Birkenfeld, Remagen; andere sind damit nicht ausgeschlossen, die Außenstelle Zweibrücken – hervorragende Arbeit machen.

Wir haben einen Kranz von Forschungsinstituten aufgebaut, da hätte ich noch vor wenigen Jahren nicht geglaubt, dass es möglich ist.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Stimmt!)

Wir haben über viele Jahre außer dem Max-Planck-Institut hier in Mainz kein Forschungsinstitut im Land gehabt, keines. Wir sind gerade beim Neubau eines Max-Planck-Instituts gemeinsam mit der Universität Saarbrücken in Kaiserslautern, was ich sehr begrüße, auch wegen der Europauniversität und der Verzahnung dort in Saabrücken.

Wir haben zwei Fraunhofer-Institute, von denen eines gerade erweitert wird. Wir haben ein Institut für Mathematik, das wirklich exzellent ist. Wir haben dort – ich rede jetzt nur für Kaiserslautern, weil die gerade Jubiläum hatten – ein Institut für Künstliche Intelligenz.

In Mainz ist es Doris Ahnen und der Verantwortlichkeit der Boehringer Ingelheim Stiftung zu verdanken, dass wir ein Life-Sciences-Institut dort haben werden, das auf Weltniveau mitspielt.

Verehrte Damen und Herren, ja, wir strengen uns an, und wir müssen uns anstrengen, aber, nein, eine Kritik, als wären wir am Rande des Wegrutschens unserer Hochschulen und als gäbe es nur eine öde und leere Forschungslandschaft, ist maßlos, falsch, und Gott sei Dank wird sie von denen, die es angeht, nicht für bare Münze genommen, und wir können sie leider auch nicht für bare Münze nehmen, weil sie an der Realität vorbeigeht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich einen weiteren Punkt ansprechen, nämlich die soziale Situation und Stabilität in diesem Land Rheinland-Pfalz. Es war auch nicht immer so ganz einfach und wird auch in Zukunft nicht einfach sein, Stadt und Land ambulant und stationär gut zu versorgen. Aber schauen Sie sich doch einmal an, wie die Krankenhausplanung und das neue Krankenhausgesetz mit den Kostenträgern und mit der kommunalen Ebene – auch dort, wo die Kommunen nicht Träger sind – in diesem Hohen Hause umgesetzt worden sind. – Wo finden Sie Vergleichbares in der Republik?

Schauen Sie sich an, wie in diesem Land Rheinland-Pfalz eine Entwicklung in der Psychiatrie eingeleitet und umgesetzt worden ist, auf dem Weg zur gemeindenahen Psychiatrie. – Nein, wir sind noch nicht am Ende dieser

Entwicklung; denn es gibt die besorgniserregende Situation einer steigenden Zahl von Jugendlichen und Kindern, die psychisch erkrankt sind. Darüber müssen wir intensiv reden. Darauf gibt es keine schnellen Antworten, und dafür gibt es keine monokausalen Erklärungen. Aber das ist eine Herausforderung. Schauen Sie sich einmal an, was uns dort gelungen ist. Ich könnte diese Beispiele fortführen.

Ich glaube, ja, es gibt immer das eine oder andere, was besser sein könnte, und es ist Ihr gutes Recht und auch Ihre Pflicht, uns daran zu erinnern und uns zu mahnen. Aber einen solchen Generalverriss vorzutragen, wie wir ihn heute Morgen erlebt haben, dafür gibt es keinen Grund, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD)

Ich könnte diese Reihe – versprochen, gehalten – noch eine Zeitlang fortsetzen, Sie wissen das. Ich möchte aber aus Zeitgründen nur sagen, es könnte so manches besser und schöner sein, wer könnte das bestreiten? – Aber dass wir mit aller Kraft und unterm Strich auch erfolgreich dieses Land in den letzten fünf Jahren vorangebracht haben, lassen wir uns nicht in Abrede stellen, so wie wir es auch in den 15 Jahren zuvor vorangebracht haben, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD)

Erlauben Sie mir einen kleinen Blick nach vorne. Es bleibt dabei: Schule und Bildung, frühkindliche Bildung und Familienfreundlichkeit werden im Mittelpunkt unserer Bemühungen stehen. Dieser Haushalt sieht eine 6 %ige Steigerung in diesem Bereich vor. Bei einer Steigerung im Übrigen, die unter 1 % liegt, ist dies eine deutliche Priorität.

Wir werden die Förderung und Unterstützung des Mittelstandes unter Beachtung der Selbstständigkeit und Freiheit der Unternehmen auch weiterhin fortführen, und wir werden dabei mit Unternehmern und Arbeitnehmern und ihren Betriebsräten zusammenarbeiten. Es gibt guten Grund, sich in diesen Tagen über den einen oder anderen Erfolg zu freuen, der so erzielt werden konnte. Ich hoffe, dass dies noch vor Weihnachten spruchreif wird. Ich spreche von zwei oder drei Unternehmen, bei denen wir in den letzten Tagen und Wochen auch öffentlich über die Arbeitnehmerschaft große Sorge vernommen haben.

Meine Damen und Herren, wir werden auch weiterhin in die öffentliche Infrastruktur investieren, das heißt, in Straßen, Landstraßen und Bundesstraßen. Ich würde mir auch wünschen, dass wir vom Bund für mehr Straßenbaumaßnahmen Fördermittel bekämen. Das Signal sieht derzeit so aus, dass in ganz Deutschland sechs Neubaumaßnahmen gefördert werden, und wir hoffen, dass wir wenigstens mit einer Maßnahme dabei sind. Wir haben dazu einen Prioritätenkatalog vorgelegt, und wenn wir die Ortsumgehungen Konz-Köhen und Bad Bergzabern berücksichtigt wissen würden, wären wir die glücklichsten Menschen der Welt.

Aber ich rate Ihnen, versuchen Sie nicht, wieder Ihr altes Spiel zu spielen. Sie können uns glauben, dass auch wir

uns in der Politik auskennen. Ich rate Ihnen, nicht wieder Ihr Spiel mit dem Bund zusammen zu spielen, wie es die CDU derzeit vor Ort tut. Dort bekommen wir nur eine Maßnahme, und dann sagen Sie vor Ort, wir hätten jeweils jede Maßnahme, die notwendig ist, auf den ersten Platz setzen und bei allen Maßnahmen – im Westerwald, an der Mosel oder in Bad Bergzabern – sagen müssen, wir hätten euch auf den ersten Platz gesetzt, und die Bösen tun es nicht, und nun müssen wir einmal kräftig mit euch schimpfen. – Dies ist ein allzu kindisches Spiel, das sage ich Ihnen in aller Klarheit. Wir werden uns zu wehren wissen.

(Beifall der SPD)

Über den Hochmoselübergang sind wir uns einig. Zwei Drittel der Aufträge sind vergeben, wenn ich es richtig sehe. Ich bin froh, dass auch ein rheinland-pfälzisches Unternehmen in diesem Konsortium in der Ausschreibung erfolgreich war. Wir werden das vorantreiben. Das, was Herr Kollege Mertin und andere zu der Bedeutung dieses Projekts für Hunsrück und Eifel gesagt haben, ist keine Frage. Das gilt auch für die A 1. Sie wissen, dass wir uns intensiv bemühen, und das haben wir auch schon gemeinsam getan. Wir haben einen Staatsvertrag mit NRW abgeschlossen, da die Straße mehrmals die Landesgrenze übertritt, um schneller voranzukommen.

Natürlich wollen wir auch die Mittelrheinbrücke. Meine Damen und Herren von der CDU, dabei bin ich mir bei Ihnen nicht mehr so sicher. Immer wenn ein bisschen Gegenwind kommt, flattern Sie wie eine Fahne im Wind.

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Licht, CDU)

– Ja, sicher, Herr Licht! Sie flattern wie eine Fahne im Wind. Mehrere von Ihnen haben erklärt, man wisse doch nicht so genau, etc. Ich habe alles schriftlich, oder Sie müssten die Zeitung dementieren.

Ich bin sehr bei den Vorschlägen. Sie wissen, ich habe es mir auch persönlich zum Ziel gesetzt, die Erfahrungen mit Stuttgart 21 nicht einfach abblitzen zu lassen, sondern nach Wegen zu suchen, wie wir von Anfang an mehr Bürgerbeteiligung hinbekommen, um nicht am Ende einen Konflikt zu provozieren.

Wenn Dritte schon Rechte haben, die ordnungsgemäß zustande gekommen sind, ist ein solcher Konflikt, wie die Schlichterversuche von Herr Geißler gezeigt haben, nicht mehr zu lösen. Sie können die Situation ein wenig beruhigen, aber der Konflikt ist nicht mehr zu lösen. Deshalb müssen wir früher ansetzen. Aber ich bin auch bei Herbert Mertin, wenn es darum geht, wie wir es damit verbinden können, die Fristen eher kürzer anstatt länger anzusetzen. In Stuttgart hat es 20 Jahre gedauert, und man hat mir gesagt, das formale Verfahren hat weit über sieben Jahre gedauert. In dieser Zeit hätte man mehrfach eine ordentliche Bürgerbeteiligung machen können, und zwar mit einem klaren Anfang und einem klaren Ende sowie einem Beteiligungsvotum von Bürgern bis hin zu einem Bürgerentscheid.

(Dr. Weiland, CDU: Im formalen Verfahren ist das auch rechtlich möglich!)

– Ja, es ist aber nicht ausreichend, Herr Kollege Dr. Weiland. Ich habe es prüfen lassen, es ist nicht ausreichend. Im Raumordnungsverfahren können nur Betroffene angehört werden, aber wir brauchen darüber hinaus ein Bürgerverständnis, das auch diejenigen einbezieht, die partizipieren, und nicht nur diejenigen, die monieren, dass die Straße bei ihnen vorbeigeht. Ich glaube, wir müssen einen solchen Weg finden.

(Dr. Weiland, CDU: Ja!)

Die Vorschläge werden weiter ausgearbeitet, und ich bin gern bereit – das habe ich auch mit Herrn Staatsminister Hering besprochen –, dass wir das gemeinsam auch für die Mittelrheinbrücke tun, bei der wir erst einen Genehmigungsschritt erreicht haben, der ungewöhnlich ist, weil es sich um ein Weltkulturerbe handelt. Es ist ungewöhnlich, dass wir es machen dürfen gegenüber der UNESCO. Alles andere steht aber noch bevor. Wenn wir dafür eine entsprechende Rechtsgrundlage schaffen, können wir darüber reden, das ist überhaupt keine Frage. Ich bin auch zuversichtlich, dass wir eine große Mehrheit hinbekommen werden.

Meine Damen und Herren, ich hoffe, dass wir im Straßenbereich vorankommen. Ich bin aber nicht so zuversichtlich, dass wir im Herbst kommenden Jahres mit den Neubaumöglichkeiten zufrieden sein können, gerade was Bundesstraßen angeht.

Ein zweiter Punkt ist die Schiene. Ich glaube, wir können uns mit dem, was dort erreicht worden ist, sehen lassen, was da an S-Bahn- und an Nahverkehrsmöglichkeiten geschaffen worden ist. Da sei den Kommunen und den beiden Zweckverbänden auch Dank.

Zu dem Thema „Homburg – Zweibrücken“ möchte ich sagen, ich habe mich intensiv damit befasst. Ich habe die Bürgerinitiative aus Zweibrücken sonntags bei mir zu Gast gehabt. Ich habe mit dem Oberbürgermeister und vielen anderen geredet. Hendrik Hering hat erklärt – wir stehen dazu –, wir sind bereit, mit dem Saarland eine Kostenteilung für den saarländischen Anteil vorzunehmen. Logischerweise sind das 40 % der Kosten. 60 % übernimmt der Bund.

Wenn die Saarländer allerdings sagen, wir wollen das gar nicht, weil wir unsere 60 % Bundesmittel dort gar nicht einsetzen wollen, weil wir andere Prioritäten haben,

(Herr Dr. Altherr, CDU: Die haben doch auch keinen Nutzen davon!)

soll ich denen die 60 % Landesmittel abnehmen? Wie soll ich das hinkriegen?

(Dr. Altherr, CDU: Den Nutzen haben allein die Westpfälzer, nicht das Saarland!)

– Das stimmt doch überhaupt nicht, das ist doch gar nicht wahr. Wenn wir dort einen Kreisverkehr für eine schnelle Bahn hätten, hätten die Saarländer auch einen großen Nutzen. In dieser Beurteilung stimmt Peter Müller, mit dem ich darüber geredet habe, im Übrigen mit mir überein.

Ich kann doch nicht den Saarländern abnehmen, dass sie ihr Kontingent anders einsetzen. Wie soll denn das gehen?

(Beifall bei der SPD)

Also erzählen wir doch den Leuten nicht ein solches Zeug. An den Landesmitteln wird es nicht scheitern. Aber wir können nicht deren Bundeskontingent auszahlen. Das ist doch unmöglich.

(Pörksen, SPD: Völlig hirnverbrannt! –
Dr. Altherr, CDU: Das Saarland braucht
diese Verbindung nicht!)

Also erzählen Sie vor Ort nicht andere Dinge, als sie real durchgeführt werden können.

– Das Saarland will sie nicht.

(Dr. Altherr, CDU: Die brauchen sie auch nicht!)

Die wissen genau, sie brauchen sie so nötig wie wir auch. Momentan läuft der westpfälzische Verkehr über Kaiserslautern, und das Saarland und die Haltepunkte dort müssen interessiert sein, dass dieser Verkehr über Homburg nach Saarbrücken läuft.

(Weitere Zurufe des Abg. Dr. Altherr, CDU)

Sie wohnen näher dran, aber ich bin offensichtlich näher am Problem als Sie, Herr Kollege Dr. Altherr. Es stimmt einfach nicht!

(Beifall bei der SPD)

Wenn jemand ein CDU-Parteibuch hat, ist das immer wichtiger als die Interessen des ganzen Landes Rheinland-Pfalz. Seltsam, seltsam!

(Beifall bei der SPD –
Zurufe von der CDU: Ach ja!)

So ist es. Bleiben Sie doch bei unseren Interessen.

(Bracht, CDU: Das sagt ausgerechnet
dieser Mensch! –
Weitere Zurufe von der CDU)

Sagen Sie einmal, was wollen Sie von einer Landesregierung noch mehr, als dass sie sagt, wir sind bereit, Mittel zu übernehmen, die Kosten des Nachbarlandes wären? Was gibt es da noch herumzukritisieren? Was sollen wir noch tun? Enteignen, oder was sollen wir noch tun? Einmarschieren?

(Heiterkeit im Hause)

Die Feuerwehr von Althornbach beispielsweise oder so. Lassen Sie doch einmal die Kirche im Dorf. Ich bitte Sie darum, reden Sie mit Ihren Freunden dort, auch die FDP. Reden Sie mit Ihren Freunden! Die GRÜNEN kann ich nicht bitten, sie sind nicht hier.

(Ernst, CDU: Frau Thomas!)

Es ist ein besonderes Stück, dass die grüne Verkehrsministerin das ablehnt.

(Dr. Schmitz, FDP: Die sind auch gegen Krieg! –
Heiterkeit im Hause)

Man weiß allerdings nicht, wenn man die Schäfer schicken würde, ob es dann auch noch so wäre. Ich möchte nur sagen, wir sind gewillt, diesen Weg auch konsequent gehen.

Nun zum Thema „Flughäfen“. Es ist doch keine Frage, dass wir sowohl in Zweibrücken als auch auf dem Hahn natürlich die riesige Exportdelle gespürt haben. Wir haben sie eher unterdurchschnittlich gespürt, aber wir haben sie gespürt. Wir müssen versuchen, miteinander wieder dort herauszukommen. Wir kommen auch voran.

Wir haben eine neue Transportairline auf dem Hahn. Ich hoffe, dass wir weitere Schritte hinbekommen. Wir müssen weiter investieren, dass wird so sein. Wenn man mehr Transport macht, braucht man mehr Fläche auf dem Boden. Da wird man in den kommenden Jahren auch mehr investieren müssen. Aber für nichts gibt es nichts. Das geht jedem Unternehmer so. Übrigens, Unternehmer nehmen dafür auch Kredite auf. Wir werden diesen Weg gehen.

Übrigens zum Thema „Speyer“, das ist und bleibt ein Verkehrslandeplatz, nicht mehr und nicht weniger. Das hat der Minister richtiggestellt. Aber es begegnet mir immer wieder, deswegen wollte ich es auch noch einmal gesagt haben.

Über Bitburg weiß ich nichts.

(Zurufe von der SPD: Billen! –
Dr. Altherr, CDU: Zweibrücken!)

– Herr Billen ist leider nicht da. Er war vorhin einmal kurz da.

Für Zweibrücken gilt das Gleiche wie für den Hahn.

(Ernst, CDU: Es gibt eine Abgeordnete von Ihnen,
die weiß vielleicht auch irgendetwas!)

– Na, die kann es nicht wissen. Sie ist doch nicht Geschäftsführerin.

Ich möchte es doch gar nicht zerreden. Mir wäre es am liebsten von allem, wenn dort ein prosperierender Flugplatz entstehen würde. Aber ich glaube es nicht, das muss ich dazusagen. Deshalb kann ich Ihnen dazu keine Auskunft geben. Wir setzen daher in Zweibrücken auch auf die regionale Fliegerei. Wir setzen auf die Entwicklung für Gewerbe, Industrie und Tourismus. Da haben wir gute Ansätze. Ich hoffe, das wird erfolgreich sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nun zu den Wasserstraßen. Ich plädiere sehr dafür, dass Sie uns helfen, dass die Bundeswasserstraßenverwaltung nicht zerschlagen wird. Es wäre auf Dauer ein großer Nachteil. Ich habe mich gerade in den letzten Tagen mit Mitarbeitern und Verantwortlichen unterhalten. Diese Was-

serstraße ist von großer Bedeutung, und ich hoffe, sie gewinnt an Bedeutung. An der Mosel sind wir auf einem guten Weg, was die Schleusenausbaumaßnahmen angeht. Diese sind sehr teuer, deswegen verstehe ich, dass der Bund nur eine nach der anderen oder einmal mit einer Überschneidung die eine und die andere macht. Da sind wir auf einem ordentlichen Weg.

Zu den Wasserstraßen gehört natürlich auch das Stichwort Hochwasserschutz. Gott sei Dank ist uns in den letzten Tagen ein wirkliches Hochwasser erspart geblieben. Wir alle wissen nicht, was ist und was kommt. Vorhin wurde gefragt: Wo bringt ihr denn das Geld hin? – Wir haben in den letzten Jahren, was 2012 abgeschlossen wird, 660 Millionen Euro für den Hochwasserschutz eingesetzt, teilweise gemeinsam mit unseren Nachbarn und den Trägern zusammen. Es waren 660 Millionen Euro. Das sieht niemand. Wenn kein Hochwasser ist, sagt niemand, das ist aber eine tolle Investition. Aber es ist eine notwendige Investition.

Das Schadensrisiko liegt bei einem Großhochwasser bei 13 Milliarden Euro. 700.000 Menschen könnten allein am Rhein davon betroffen sein. Wo haben die das Geld hingebracht?

Vielleicht können wir einmal so weit seriös miteinander reden, dass wir zumindest einräumen, dass es auch um solche gigantischen Investitionen geht, die permanent unseren Haushalt auch fordern.

Nun zum Thema IT. Der Minister und der Staatssekretär haben gestern dazu etwas gesagt. Wir kommen voran. Ich hätte mir gewünscht, dass die Möglichkeiten, die technologisch vorhanden sind, von der Telekom und anderen in der Fläche besser genutzt worden wären. Wir müssen denen jede Investition – mit „wir“ meine ich auch die Bürgermeister und Bürgermeisterinnen vor Ort – wie die Würmer aus der Nase ziehen. Das ist nicht schön. Wir haben die Richtfunkstreckenmöglichkeiten. Ich hoffe, dass Sie kostendämpfend und intensiv fortwirken. Wir wollen bis zum Herbst 2011 damit durch sein.

Stichwort Dorferneuerung und Städtebausanierung. Ich habe gelesen, dass dies einer der Punkte ist, bei denen die CDU, wenn sie Regierungsverantwortung hätte – zumindest hat es Ihre Spitzenkandidatin gesagt –, Einsparungen vornehmen möchte. Es wurde gesagt, auf ein paar Brunnen könne man auch verzichten, die gefördert würden. Wenn man demografische Herausforderungen in den Mittelpunkt stellt, dann ist Dorferneuerung und Städtebausanierung eine Sanierung von innen nach außen, eine der entscheidenden Ansatzpunkte, dass wir die demografischen Veränderungen bewältigen können.

(Beifall der SPD)

Ich meine, indem man nur ein Ministerium schafft oder an ein anderes ein anderes Schild schraubt, wird es nicht funktionieren. Zu solchen Ansätzen gehört auch so etwas wie der Bergzaberner Hof.

(Zuruf von der CDU: Schlosshotel!)

– Ja, ich meine das Schlosshotel. Über Jahre hieß das Bergzaberner Hof. Wenn es noch so heißen würde, dann hätte sich kein Mensch dafür interessiert.

(Dr. Schmitz, FDP: Er hat es aufgewertet! –
Bracht, CDU: Zum Schloss ausgebaut!)

Ausweislich auch der Prüfungen des Planers der Stadt, Professor Dr. Dennhardt, der mir einen Brief geschrieben hat, ist einiges bezüglich der Fertigstellung des Ensembles deutlich geworden. Das Schloss gehört nicht mir, wie in der „BILD“-Zeitung stand. Da ist die Verbandsgemeinde und ein Altersheim drin. Man weiß nie, vielleicht kann man einmal dort hinkommen.

(Staatssekretär Dr. Klär: Das würde ich nicht machen!)

Wenige Meter weiter oben liegt das Gasthaus Engel einschließlich Städtisches Museum. Dazwischen ist der verfallene Bergzaberner Hof. Ohne dessen Herstellung, sagt Professor Dr. Dennhardt, der für die Stadt die entsprechenden Arbeiten vorbereitet, hätten wir keine Chancen gehabt, die Kriterien für das Bund-Länder-Programm für die Städtebausanierung zu erreichen. Bis zu 75 % Förderung für die Privaten, die dort drin sind, sind möglich. Das sind fast nur Private. Es ist verschachtelt und kaputt gewesen im Krieg. Das muss geordnet werden. Das weiß jeder. Ich will nur Zusammenhänge herstellen. Wenn es wirtschaftlich genutzt wird, ist es umso schöner.

Wir hätten es auch gemacht und machen müssen, wenn wir dort beispielsweise einen Ausstellungsraum daraus gemacht hätten. Sie haben es desavouiert. Sie haben versucht, mich zu desavouieren. Ich nehme das politisch hin. Ich habe dazu schon Stellung genommen. Ich will nur sagen, ich bin nicht bereit, nur einen Millimeter eine Skandalgeschichte oder irgendetwas zu akzeptieren. Es tut mir leid, dass hinsichtlich der Baukostenuntersuchung oder so etwas ein Stolperstein drin war. Wir hätten es daran nicht scheitern lassen, wenn es vorher gekommen wäre und wenn vorher deutlich gewesen wäre, dass es teurer wird.

Ich will das nur sagen, dass Sie nicht meinen, wir gehen wegen einer solchen Sache in Deckung. Bei dem Kloster Althornbach haben wir in der gleichen Größenordnung gefördert.

(Zuruf der Abg. Frau Schneider, CDU –
Eymael, FDP: Andere Voraussetzungen!)

– Lieber Herr Kollege Eymael, dank Ihrer Mitarbeit haben wir 90 % gefördert.

(Eymael, FDP: Ein völlig anderer Weg!)

– Genau die gleichen.

(Beifall der SPD –
Eymael, FDP: Das war ein ganz anderer Weg!)

Das waren genau die gleichen Voraussetzungen. Warum stehen Sie nicht dazu? Ich finde, es war unsere Pflicht wie an vielen anderen Stellen im Land. Wir haben

in Albersweiler einen klassischen Kanal saniert. 90 % Zuschuss haben wir erhalten.

Frau Schneider, vielleicht können Sie wieder schauen, ob Sie mich anschwärzen können. Es wäre sonst zur Kloake geworden, oder man hätte es zuschütten müssen. Das ist ein Kanal, der in der Zeit entstanden ist, als die Feste Landau gebaut worden ist. Darüber sind die Steine transportiert worden.

Ich will Ihnen sagen, ich stehe zu solchen Maßnahmen. Wenn wir Ja sagen, dann stehen wir dazu. Sie können Desavouierungsversuche machen, wie Sie wollen. Das war richtig, weil es notwendig war. Schauen Sie es sich an. Es ist ein Schmuckstück geworden.

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Dr. Altherr, CDU)

Keine Sorge, ich sage auch ein Wort zum Nürburgring. Frau Schneider, Sie müssen noch ein bisschen warten, bevor Sie wieder Ihre üblichen Geschichten – –

(Frau Schneider, CDU: Ich befürchte, dass es noch länger dauert!)

– Ob Sie es befürchten oder nicht, Sie werden es hinnehmen müssen.

(Pörksen, SPD: Das interessiert auch keinen!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will deutlich machen, dass wir nach wie vor zu einer Investition am Nürburgring stehen. Eingeräumt worden ist, dass dort Fehler gemacht worden sind. Dafür ist Verantwortung übernommen worden.

(Zuruf von der CDU: Von wem?)

– Wie lange sind Sie da? Da hätte ich voriges Jahr aufgepasst.

(Licht, CDU: Sollte man wenigstens keine Fehler fortsetzen! –

Dr. Weiland, CDU: Der Ministerpräsident als Oberlehrer! –

Weitere Zurufe von der CDU)

– Immer besser als Unterlehrer. Das hat Jochen Vogel immer gesagt.

(Zuruf des Abg. Ernst, CDU)

– Es ist gut. Ich verstehe, dass Sie nervös sind.

(Zuruf des Abg. Dr. Altherr, CDU)

– Ich verstehe das in vollem Umfang. Das kann ich mit Blick darauf verstehen, was Ihnen bevorsteht. Ich habe zwei schwere Jahre hinter mir. Ich kann verstehen, dass man aufgeregt und durcheinander ist wie ein Hühnerhof, wenn der Fuchs herumschleicht. Das ist so.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU –
Weitere Zurufe von der CDU)

– Nürburgring. Ich habe die Fehler eingeräumt. Wir haben dann alles getan, was in unserer Kraft steht.

(Bracht, CDU: Vorher nicht?)

– Herr Bracht, Sie sind ein besonders mutiger Zwischenrufer.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Ich sage nicht mehr, ein besonders mutiger.

(Schweitzer, SPD: Er wird noch häufiger bei uns vorkommen! –
Zuruf des Abg. Dr. Rosenbauer, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben alles, was in unserer Kraft steht, getan, um aus diesem Investment einen Erfolg zu machen. Wir haben beste Chancen, dass es ein Erfolg wird. Dass man heute manches anders machen würde, ist keine Frage. Aber der Weg wird der Region nutzen.

(Licht, CDU: Jetzt anders machen sollte!)

– Ja, jetzt, lieber Herr Licht, Sie sind wieder beim Schatten.

(Zurufe von der CDU)

Es ist ein Weg, der der Region nutzt und der auch den dortigen Gastronomen nutzt.

(Eymael, FDP: Die sehen das ganz anders! Gehen Sie dorthin und reden Sie mit denen!)

Ich war dort, und habe mit den Leuten gesprochen. Ich habe im Fernsehen eine Dame gesehen, die ein Hotel hat. Sie hat folgende Argumentation gebracht, die ich Ihnen jetzt nennen muss: Früher musste ich nicht im Internet werben, jetzt muss ich auch noch im Internet werben. – Das war die Kritik.

(Licht, CDU: Registrieren Sie die Briefe, die Ihnen Ihre eigenen Genossen schreiben? –

Zuruf des Abg. Eymael, FDP –

Zurufe von der CDU)

– Ja, ich habe es doch selbst gesehen. Das wird der Region nutzen. Daran gibt es überhaupt keinen Zweifel. Wir haben das auf einen vernünftigen und verantwortlichen Weg gebracht.

(Zurufe der Abg. Ernst, CDU, und Eymael, FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich wollte diese Punkte zur Infrastruktur ansprechen, weil es sich um Infrastrukturprojekte handelt. Das alles wird in den nächsten Tagen noch fortzusetzen sein, und zwar über die Innere Sicherheit beispielsweise, bei der wir gut aufgestellt sind.

(Eymael, FDP: Lächerlich!)

– Nein, das ist nicht lächerlich.

(Zuruf des Abg. Eymael, FDP)

– Gut, dann ist es doch schön. Wir stellen für das Protokoll fest, Herr Kollege Dr. Klär war in der Lage, den Herrn Kollegen Eymael zu belustigen. Das ist schön.

Meine Damen und Herren, ich will deutlich sagen, wir ringen und kämpfen mit den Kommunen in Rheinland-Pfalz darum, dass ihre Situation verbessert wird. Wir haben mit dem entsprechenden Entschuldungsfonds einen großen Schritt getan. Der Gegenwert beträgt 3,9 Milliarden Euro. Wir haben Veränderungen im Finanzausgleich vorgenommen. Wir sind dabei, eine generelle Überarbeitung des Finanzausgleichs vorzubereiten. Ich sage das auch, weil heute der Verfassungsgerichtshof in Koblenz über eine Klage des Landkreises Neuwied verhandelt. Genau das, was dort begehrt wird, nämlich eine generelle Überarbeitung, bereiten wir gerade vor. Aber es fällt kein Geld vom Himmel.

Ich bitte Sie um Unterstützung, dass das, was mit Herrn Schäuble ausgehandelt war, nämlich im Bereich der Gewerbesteuer Stabilität zu erreichen und für die Altersvorsorge eine entsprechende Hilfe vorzusehen, Realität werden kann. Das wären Hilfen, die die Kommunen brauchen.

Allein mit unserer Kraft schaffen wir es nicht. Da könnten wir auch noch Ihre 85 Millionen Euro drauflegen. Das würde überhaupt nichts ändern. So werden wir diese Problematik nicht lösen. Es hängt an den Sozialhaushalten. Das wissen Sie so gut wie wir. Das ist Bundesgesetzgebung. Das ist eine Bundesaufgabe, die die Kommunen wahrnehmen.

(Zuruf der Abg. Frau Thelen, CDU)

Dafür erhalten sie nicht ausreichend Geld.

(Beifall der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden unseren Weg in Verantwortung weitergehen. Wir werden uns darum bemühen, dieses Land Rheinland-Pfalz im Reigen der Regionen in Europa so aufzustellen, dass es weiterhin eine der erfolgreichen Regionen bleibt.

Wir werden alles tun, was in unserer Kraft steht, um dieses Land für die große Auseinandersetzung der kommenden Jahre attraktiv zu machen, wer nämlich gut ausgebildete Menschen, junge Familien und damit die Grundlage für ein gutes Wirtschaften bindet. Es wird darum gehen, dass wir mit den Menschen gemeinsam versuchen, dieses Land zu entwickeln und diesen Gedanken der Bürgergesellschaft weiterhin sehr stark in den Mittelpunkt zu rücken. 1,4 Millionen Menschen in Rheinland-Pfalz sind ehrenamtlich tätig. Das ist eine unglaubliche Chance. Die wollen wir auch nutzen, um diese Herausforderung „Demografie“ neben allen anderen Notwendigkeiten auch über diesen Weg mit zu bewältigen. Rheinland-Pfalz wird Herausforderungen zu bewältigen haben, aber wir können sie bewältigen. Ich glaube, mit dieser Gewissheit können wir ins kommende Jahr 2011 gehen.

Vielen Dank.

(Lang anhaltend starker Beifall der SPD)

Vizepräsident Schnabel:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben jetzt eine Kurzintervention der Kollegin Hedi Thelen von der CDU-Fraktion.

Abg. Frau Thelen, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Sie haben hier berichtet, Sie haben schon so manches einfach gemacht. Sie sollten es sich aber mit so manchen Zahlen nicht zu einfach machen. Wir haben den Eindruck, dass bei Ihnen ein Stück weit Methode darin besteht, bestimmte Zahlen zu nutzen, um ein positives Bild und eine positive Entwicklung dieses Landes zu zeichnen, die so einfach nicht gegeben ist. Diese Art, mit Zahlen umzugehen, stellt eine Täuschung der Mitbürgerinnen und Mitbürger hier in Rheinland-Pfalz dar. Deshalb ist es uns wichtig, dies zu korrigieren.

(Beifall der CDU)

Der Ministerpräsident hat eben noch einmal dargelegt, wie gut die Entwicklung von Rheinland-Pfalz ist, und hat das mit einer Steigerungsrate beim Bruttoinlandsprodukt belegt. Ich habe nicht ohne Grund nach den Fakten, nach den absoluten Zahlen, gefragt, weil es meiner Meinung nach jedem leicht einsichtig ist, jemand, der wenig hat und wenig dazubekommt, kann trotzdem eine hohe Steigerungsrate haben, und die, die schon viel haben und auch nicht mehr dazubekommen, haben eine niedrige Steigerungsrate. Zum Glück habe ich immer mein Heft vom Statistischen Landesamt dabei.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, da bin ich gespannt, wie Sie Ihre 4 %-Steigerung des Bruttoinlandsprodukts hier in Rheinland-Pfalz erklären. Nach Ausweitung dieser Zahlen, und zwar berechnet auf Erwerbstätige am Arbeitsort, weil ich nur durch diese Umrechnung Bundesländer miteinander vergleichen kann, ich die Entwicklung eines Landes mit der Entwicklung im Bund vergleichen kann, liegt Rheinland-Pfalz überhaupt nicht gut da. Es liegt permanent unter dem Schnitt von Deutschland.

(Ministerpräsident Beck: Es liegt überhaupt nirgendwo! Es steht gut da!)

Es liegt deutlicher noch unter dem Schnitt der alten Bundesländer. Ich will nur einmal einen Jahrgang mit den absoluten Zahlen benennen. Fangen wir mit 2005 an. Da hatte Rheinland-Pfalz ein Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen am Arbeitsort von 54.322 Euro vorzuweisen. Der bundesweite Schnitt lag bei 57.737 Euro, und der Schnitt der alten Bundesländer ohne Berlin lag bei über 60.000 Euro.

Wenn man sich dann noch die Veränderungen der Jahre anschaut – auch das wird hier freundlicherweise ausgewiesen –, kann man sich anschauen, was sich bundesweit und was sich in Rheinland-Pfalz getan hat. Da hat das Land 2005 schlechter abgeschnitten als der Bund, auch 2006, 2007, 2008. Das einzige Mal, als der Absturz genauso schlecht war wie bundesweit, war im Jahr

2009. Wie Sie allen Ernstes die Situation von Rheinland-Pfalz bei dem Bruttoinlandsprodukt positiv rechnen können, ist schon eine Zahlenakrobatik, mit der Sie bewusst die Menschen hier in Rheinland-Pfalz täuschen.

(Pörksen, SPD: Er hat von 2010 gesprochen! Wissen Sie, das ist doch ein Taschenspielertrick, den Sie hier betreiben! So ein Quatsch!)

Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU –
Pörksen, SPD: So ein Blödsinn! Wo ist denn die Zahl von 2010?)

Vizepräsident Schnabel:

Zu einer Kurzintervention hat Frau Kollegin Schneider von der CDU-Fraktion das Wort.

(Zurufe von der SPD)

– Meine Damen und Herren, das Wort hat die Kollegin Schneider.

Abg. Frau Schneider, CDU:

Herzlichen Dank, Herr Präsident! Herr Ministerpräsident, Sie haben jetzt hier die Katze aus dem Sack gelassen, zumindest, was Ihre Auffassung zum Thema „Schlosshotel Bad Bergzabern“ betrifft. Ihre Rede und Ihre Aussagen insbesondere auch zu diesem Thema waren Beweis und Indiz für die Arroganz der Macht dieser Landesregierung.

(Beifall der CDU –
Widerspruch bei der SPD)

Wenn bisher irgendjemand daran gezweifelt hat, dann hat spätestens diese Rede gezeigt, dass Sie sich den Namen „König Kurt“ wirklich redlich verdient haben.

(Pörksen, SPD: Ihre Schnöseligkeit!)

Sie stellen sich hier ans Rednerpult und vergleichen eine Kanalsanierung, von der alle profitieren, mit dem Bau eines Vier-Sterne-Plus-Hotels, das zwischenzeitlich bei Gesamtinvestitionskosten von 8,4 Millionen Euro liegt. Davor haben im Übrigen immer die Behörden gewarnt, als ein Gesamtkostenplan vorgelegt wurde, dass sich die Kosten weit über 100 % steigern werden. Das wurde alles ignoriert. Sie stellen sich dann hierhin und sagen: Uns doch alles egal. Wir hätten es eh gemacht. Interessiert uns doch nicht, was es für Vorschriften gibt, interessiert uns doch nicht, was in der Landeshaushaltsordnung steht. Was ist eine berufliche Prüfung? –

(Pörksen, SPD: Primitiv sind Sie auch noch!)

Herr Ministerpräsident, die ist gesetzlich vorgeschrieben. Sie stellen sich hier hin und sagen: Interessiert uns doch

nicht, brauchen wir nicht. Wir wollen einen Genossen versorgen. –

Herr Ministerpräsident, hier geht es darum, dass ein Parteigenosse von Ihnen den alleinigen Vorteil hat. Er wird nach zehn Jahren dieses Hotel, das jetzt schon bei Gesamtkosten von 8,4 Millionen Euro liegt, für 1,4 Millionen Euro zurückkaufen. Der Innenminister hat zwischenzeitlich bestätigt, dass bei der Vorbereitung der Verträge das Innenministerium mit involviert war. Sie waren der Antreiber. Sie waren der Auftraggeber. Sie haben den Auftrag gegeben.

(Pörksen, SPD: Was?)

Das haben Sie hier heute bestätigt.

(Zurufe von der SPD)

Es ist bodenlos, wenn sich ein Ministerpräsident hier hinstellt und eine Maßnahme für das Gemeinwohl mit einem Luxushotel vergleicht, in dem sich nicht viele Bürgerinnen und Bürger von Rheinland-Pfalz erlauben können, zu Abend zu essen, geschweige denn zu übernachten.

(Starker Beifall der CDU)

Vizepräsident Schnabel:

Das Wort hat jetzt der Kollege Schreiner von der CDU-Fraktion.

Abg. Schreiner, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin jetzt etwas enttäuscht. Ich hatte eigentlich gehofft, der Herr Ministerpräsident würde auf die Ausführungen von Frau Kollegin Schneider direkt antworten, aber augenscheinlich fehlt ihm dazu die Braute.

(Ernst, CDU: Er hat seine Karte vergessen!)

Worum geht es? – Wir haben in der letzten Stunde von Kurt Beck sein politisches Vermächtnis gehört; denn er weiß, wie die Wahl auch ausgeht,

(Pörksen, SPD: Das wissen wir schon!)

nach 2011 wird er nicht mehr Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz sein.

(Beifall bei der CDU)

In der Größenordnung von 15 bis 20 Kolleginnen und Kollegen der SPD werden uns verlassen müssen. Natürlich wird er – ganz Staatsmann – die Verantwortung dafür übernehmen; denn die Menschen in diesem Land wissen, eine SPD-Alleinregierung, eine Regierung Kurt Beck, können wir uns nicht länger leisten.

(Beifall der CDU)

Wir als CDU-Fraktion sind uns sicher, es gibt, – – –

(Pörksen, SPD: Eine Pfeife im Wald!)

– Herr Pörksen, es ist jetzt wichtig, weil es geht jetzt um die Kernrechte und Pflichten, die wir als Parlamentarier haben.

Ich bin davon überzeugt und mit mir meine Fraktion, dass wir in diesem Landeshaushalt ein Einsparvolumen von weit über 1 Milliarde Euro haben.

(Frau Schmitt, SPD: Warum haben Sie sie dann nicht auf den Tisch gelegt?)

Ich habe den Wunsch und die Hoffnung – am Schluss meiner Ausführungen komme ich darauf noch einmal zu sprechen –, dass Sie unsere Anträge als Ansporn nehmen und idealerweise ihnen zustimmen, weil wir damit die Nettoneuverschuldung mehr als halbieren und damit beginnen können, ab dem Jahr 2013 die Schulden, die Sie aufgehäuft haben, zurückzuzahlen.

Wir – das sage ich auch dazu – hätten uns mehr als dieses Einsparvolumen von mehr als 1 Milliarde Euro gewünscht. Ich bin mir auch sicher, so wie wir mehr gewollt hätten, hätten Sie als diejenigen, die den direkten Draht in die Landesregierung haben, Sie als Regierung SPD und Sie als Fraktion SPD, deutlich mehr gekonnt, als die gut 1 Milliarde Euro nachzuweisen.

Ich möchte zu Herrn Kollegen Mertin etwas klarstellen, der im Moment leider nicht anwesend ist, aber ich gönne ihm, dass er sich etwas zu essen holt.

(Pörksen, SPD: Das wissen Sie doch gar nicht!)

Es geht nicht an, dass wir in den nächsten zehn Jahren jedes Jahr nur 160 Millionen Euro versuchen zu sparen und uns ansonsten auf die faule Bärenhaut legen. Ich möchte jetzt unsere eigenen Einsparvorschläge nicht kleinreden, aber wenn wir den Pensionsfonds mit 500 Millionen Euro nicht berücksichtigen, wenn wir die haushaltsrechtsgemäße Veranschlagung des Hochschulpaketes nicht berücksichtigen und wenn wir die konjunkturbedingten Steuerermehreinnahmen nicht berücksichtigen, kommen wir auf ein Einsparvolumen – Herr Ministerpräsident Beck hat es genannt – in der Größenordnung von 424 Millionen Euro, das wir über globale Minderausgaben darstellen wollen.

(Pörksen, SPD: Ach, wie einfach!)

424 Millionen Euro echte, harte Einsparungen.

Wann, wenn nicht jetzt in den Zeiten eines konjunkturellen Aufschwungs, wollen wir die insgesamt rund 1,6 Milliarden Euro strukturelles Defizit, das wir bis 2020 abbauen wollen, abbauen?

(Pörksen, SPD: Hätten Sie doch Ihr Buch hier, damit ich das nachlesen kann!)

Wenn Sie die 1,6 Milliarden Euro durch zehn Jahre teilen, weiß ich auch, dass ich auf 160 Millionen Euro komme. Wir befinden uns aber gerade in einer Phase des konjunkturellen Aufschwungs. Der Regierung Merkel und Schwarz-Gelb in Berlin sei Dank. Wollen Sie auch in konjunkturellen Abschwungphasen, die uns zwangsläufig auch im kommenden Jahrzehnt treffen werden, 160

Millionen Euro einsparen, anstatt antizyklisch in diesen Jahren zu investieren? Ich meine, dass Sie das nicht tun dürfen und das auch nicht tun wollen. Dann müssen Sie aber jetzt – wann, wenn nicht jetzt – im konjunkturellen Aufschwung bereit sein, mehr zu tun.

Es ist mir wichtig, noch etwas anderes deutlich zu machen, weil Herr Kollege Hartloff gesagt hat, es sei alles unrealistisch, was die CDU-Fraktion fordert. Das hätte ich an seiner Stelle auch gesagt. Was hätte er denn sonst sagen sollen?

Hätten wir gar nichts an Forderungen auf den Tisch gelegt, so wie Herr Mertin sagt, damit uns die SPD nicht am Nasenring in Wahlkampfzeiten durch den Ring führen kann, hätten Sie gesagt, die CDU hat keine Alternativen. Jetzt legen wir Einsparvorschläge auf den Tisch des Hauses mit in der Summe über 1 Milliarde Euro. Da ist es klar, dass Sie sagen, das sei unrealistisch; denn die Alternative zu dem, uns vorzuwerfen, das sei unrealistisch, wäre gewesen, dass Sie sich die Frage gefallen lassen müssen, weshalb Sie das nicht selbst machen.

(Zurufe von der SPD)

Sie stehen in der Verantwortung und müssen es machen, dies nicht deshalb, weil Sie gerne sparen und wir Spaß daran haben zu sparen, sondern einzig und allein deshalb, weil wir Spielräume für die Zukunft brauchen. Wir brauchen Spielräume für echte Vorsorge. Wir brauchen Spielräume, damit unsere Kinder Chancen haben, nun Rücklagen für Dinge zu bilden, von denen wir heute noch gar nicht wissen, dass sie auf uns zukommen.

Herr Kollege Kühl, deshalb haben wir nicht sehr viel mehr getan, als die Hausaufgaben zu machen, von denen ich mir eigentlich gewünscht hätte, dass sie das Finanzministerium und die Haushaltsreferenten der Ministerien gemacht und sich bei der Haushaltsaufstellung im Kabinett zu eigen gemacht hätten. Das sind vier ganz einfache Prinzipien, die die Basis für die Bausteine sind, die wir zur Konsolidierung anwenden.

Das erste Prinzip ist, dass wir jeden Euro an konjunkturbedingten Steuerermehreinnahmen zur Senkung der Nettokreditaufnahme einsetzen. Jeden Euro! Es ist nämlich ein Fehler, aus konjunkturbedingten Steuerermehreinnahmen strukturelle Mehrausgaben zu finanzieren. Damit geht die Schere nur weiter auseinander. 130 Millionen Euro hatten Sie schon im Haushaltsentwurf eingestellt. 220 Millionen Euro kommen obendrauf. In der Summe sind das 350 Millionen Euro steuerbedingte Mehreinnahmen. Sie können sich bei Angela Merkel und der schwarz-gelben Bundesregierung bedanken, dass sie eine Politik machen, die dazu führt, dass in der Bundesrepublik Deutschland die Wirtschaft wieder anzieht und wir gut aus der wirtschaftlichen Krise herausgekommen sind. Ich erlaube mir zu behaupten, dass da Ihr eigener Beitrag eher bescheiden war.

(Unruhe bei der SPD)

Ich bin der felsenfesten Überzeugung, dass wir jeden dieser Euros verwenden müssen, um die Nettokreditaufnahme zu senken. Wir müssen unseren Widerstand anzeigen, wenn es darum geht, dass auch nur kleine

Teile der Steuermehreinnahmen für Ausgaben verwendet werden.

Das zweite ganz einfache Prinzip, über das wir uns auch im Rahmen der Rechnungsprüfungskommission immer lebhaft unterhalten, ist die Frage, wann wir in diesem Land eigentlich einen Überschuss erzielt haben. Die CDU-Fraktion hat dazu eine ganz klare Position. Wenn wir unsere regulären Einnahmen aus Steuern, Abgaben und aus dem, was wir an Einkünften ohne Nettokreditaufnahme und ohne neue Schulden haben, nehmen und wenn wir von diesen Einnahmen alle unsere Ausgaben bezahlt haben – das Personal und all das, was uns lieb und teuer ist und was wichtig ist, bezahlt ist – und danach einen Überschuss haben, sind wir berechtigt, aus diesem Überschuss Rücklagen zu bilden.

Ihre Art zu sagen, zu den Einnahmen zählen wir locker und leicht die Nettokreditaufnahmeermächtigung dazu, die uns der Landtag gewährt hat, und wenn wir nach der neuen Schuldenaufnahme und nach dem Einkassieren der Steuereinnahmen all das bezahlt haben, was uns lieb und teuer ist, und aus den Schulden einen Überschuss haben, können wir das natürlich gerne in eine Rücklage legen. Da haben Sie uns nicht auf Ihrer Seite. Deshalb sind wir auch aus grundsätzlichen Erwägungen heraus dafür, dass der Hochschulpakt ordentlich mit seinen Einnahmen und Ausgaben im Landeshaushalt etatisiert wird. Deshalb sind wir auch der Auffassung, dass die Zuführungen zum Pensionsfonds solange auszusetzen sind, solange wir in diesem Land keine Überschüsse erwirtschaften. Alles andere wäre fahrlässig und wäre vor allen Dingen den Menschen etwas vorgebracht.

(Beifall der CDU)

Es gibt einen dritten ganz einfachen Gedanken, der uns als CDU-Fraktion geleitet hat, obwohl in drei Monaten Wahlen sind, einen Sparhaushalt vorzuschlagen. Der dritte ganz einfache Gedanke ist der, dass uns im Jahr 2010 in Rheinland-Pfalz augenscheinlich der Himmel nicht auf den Kopf gefallen ist. Die Ausgabeermächtigungen sind augenscheinlich auskömmlich etatisiert. Deshalb ist es unsere Pflicht und Schuldigkeit, nicht 200 Millionen Euro draufzulegen, so wie Sie das in Ihrem Regierungsentwurf machen, sondern im Gegenteil zu sagen, wir schreiben die Haushaltsansätze zumindest einmal fort. Wenn wir an der einen oder anderen Stelle einen Schwerpunkt setzen wollen, beispielsweise Tarifierhöhungen abbilden wollen, ist es möglich, das durch Einsparungen an anderer Stelle nachzuweisen. Das ist Arbeit, weil das, wie gesagt, echte Einsparungen sind, aber das ist genau die Arbeit, die ich von den Ministerien und von der politischen Führung eines Ministerpräsidenten erwartet hätte, der es sich leisten kann, mit absoluter Mehrheit zu regieren.

Ich kann nur lachen, wenn ich die großen Worte höre, man würde bei den Verfügungsmitteln – also ganz oben bei den Ministern und beim Ministerpräsidenten – sparen. Wir reden jetzt ausdrücklich über den Haushalt des Ministerpräsidenten. Wenn ich mir die Verfügungsmittel im Kapitel des Ministerpräsidenten anschau, sind die im kommenden Jahr immer noch höher als das Ist. Er hat eben nicht gespart. Er hat die Verfügungsmittel im

Vergleich zum Ist sogar nach oben gesetzt. Ich muss sagen, es ist schon sehr mutig, sich hinzustellen und so mit einer Haushaltstrickserei zu versuchen, Reklame zu machen, wenn man sich gleichzeitig,

(Frau Mohr, SPD: Wer ist denn Weltmeister im Tricksen?)

– Frau Kollegin, zu den Abgeordnetenbezügen, die man sowieso bekommt, sein eigenes Gehalt auf 164.000 Euro im Jahr nach oben setzt.

Wenn wir als Abgeordnete einen Haushalt beschließen, der nachhaltig sein soll, müssen wir an einer Vielzahl von Stellen anfangen zu drehen. Wir haben uns den Haushalt genau angeschaut. Wir haben uns alle 8.000 Haushaltstitel genau angesehen und hinterfragt. Wir haben an 1.500 Stellen Veränderungen vorgenommen, auch wenn sie zum Teil klein sind. Wir haben die Hausaufgaben der Landesregierung gemacht. Beispielsweise haben wir dem Ministerpräsidenten die 7.000 Euro, die er sich in diesem Jahr mehr gönnt, nicht zur Verfügung gestellt.

(Pörksen, SPD: Nur einer!)

All diese Punkte in der Summe zusammengenommen, hätte ich mir von der Landesregierung gewünscht.

Auf diese Art und Weise hätte man den Haushalt im Vergleich zu diesem Jahr nicht aufblähen müssen. Man hätte ihn schlicht und ergreifend fortschreiben können. Die Mühe lohnt sich. Ich bin sehr froh. Ich bin nicht nur von Fraktionen dieses Hauses, sondern auch beispielsweise von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angesprochen worden. Sie möchte gern mit uns im Detail über die 1.500 Positionen diskutieren. Wir haben es Ihnen erspart, 1.500 Anträge in den Haushalt einzubringen.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Ich bin insofern sehr froh, dass wir – vom Finanzminister angefangen über die Fraktionen dieses Hauses – in den nächsten Monaten bis hin in die nächsten Jahre, weil dies ein langfristiges Projekt ist, zu einer Diskussion darüber kommen, bei welchen einzelnen Haushaltstiteln wir sparen können und müssen.

Der vierte Punkt lautet, dass wir wirtschaftlichem Denken in diesem Landtag zu seinem Recht verhelfen wollen. Ich bin davon überzeugt, dass die Wirtschaft immer wieder flankierende Maßnahmen der Gesellschaft und des Staates braucht, die von uns als Abgeordneten genehmigt sind.

Ich bin auch davon überzeugt, dass wir als Politiker und namentlich die SPD-Alleinregierung nicht der bessere Unternehmer sind. Wir müssen nicht glauben – Frau Schneider hat das Beispiel des Schlosshotels vorgetragen; auch über den Nürburgring ist im Rahmen der Diskussion viel geredet worden –, dort massiv als Staat einsteigen zu können, insbesondere dann, wenn wir eine Idee haben und feststellen, dass es dafür von Privatleuten, die gelernt haben, wirtschaftlich zu denken, keine Unterstützung gibt.

Zum wirtschaftlichen Denken und dem, was uns der Rechnungshof vorschlägt und was wir umsetzen müssen, gehört aber weit mehr. Ich nenne ein ganz einfaches Beispiel. Warum leistet sich das Land Rheinland-Pfalz, das auf Pump lebt, eine dreistufige Forstverwaltung, obwohl wir seit Jahren anders beraten werden? Es wäre überhaupt kein Problem, im Land Rheinland-Pfalz mit einer zweistufigen Forstverwaltung umzugehen. Das ist einer der Punkte, die nicht nur in Sitzungen des Rechnungshofs wohlfeil diskutiert werden, sondern sich auch im rheinland-pfälzischen Landeshaushalt niederschlagen müssen.

Herr Kollege Hartloff hatte unsere Idee einer demografischen Komponente von nur 0,6 % über 40 Jahre kritisiert. Wir sind für alles offen, was von Ihrer Seite an Ideen kommt, wie man dem Thema „Demografie“, was die Landesverwaltung angeht, gerecht wird.

Wenn wir heute einen Beamtenanwärter in den rheinland-pfälzischen Landesdienst einstellen, dann wissen Sie so gut wie ich, dass er uns viele Jahre, sofern er mit uns als Arbeitgeber zufrieden ist, erhalten bleiben wird. Deshalb ist es aus Sicht der CDU-Fraktion wichtig, dass wir uns schon jetzt Gedanken machen, wie der Personalkörper einer Landesverwaltung aussieht, wenn sich die Gesamtbevölkerung von 4 Millionen auf 3 Millionen Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz reduziert hat.

(Zuruf des Abg. Hartloff, SPD)

Ihre Antwort, dass man dann vielleicht mehr Beamte braucht, als wir heute haben, können meine Kolleginnen und Kollegen und ich in diesem Zusammenhang nicht nachvollziehen. Sie können gerne richtigstellen, wenn ich sie falsch verstanden habe.

Wenn die Bevölkerung – das ist unsere Position – von 4 Millionen auf 3 Millionen und die Zahl der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sinkt, dann soll auch spiegelbildlich die Landesverwaltung in dieser Größenordnung sinken. Das wären 0,6 % über 40 Jahre hinweg.

Wichtig dabei ist, dass es uns um die Landesverwaltung geht. Wir sparen dort in den Hauptgruppen 4, 5 und 6 – Personalkosten, Sachkosten und Zuweisungen – ausdrücklich nicht bei den Investitionen.

Herr Hartloff, hier würde ich Ihnen im Zweifelsfall recht geben. In einem Land mit Bevölkerungsschrumpfung ist es wichtig, dass man dort nach wie vor die nötigen Mittel haben muss, um die Investitionstätigkeit zu ermöglichen.

Ich nenne ein letztes Beispiel, wie man Geld sparen kann, ohne den Landeshaushalt nur fortzuschreiben. Das ist, wenn wir beim Einzelplan des Ministerpräsidenten sind, dessen Bürgerbüro. Es ist gelobt worden, wie toll es ist und dass man einen Ministerpräsidenten der kurzen Wege hat.

Wir als CDU-Fraktion nehmen für uns in Anspruch, dass unsere Ministerpräsidenten, die dieses Land groß gemacht haben, deshalb gut waren, weil sie immer den direkten Draht zu den Menschen hatten. Diese hatten kein Bürgerbüro. Das haben sie nicht gebraucht. Im Zweifelsfall würde ich mich als Ministerpräsident auch

freuen, wenn ich ein solches Bürgerbüro an meiner Seite hätte. In einem Land, in dem alles auf Pump finanziert ist, muss man den Worten Taten folgen lassen.

Wenn Herr Beck sagt, wir kehren die Treppe von oben, dann wäre es wünschenswert gewesen, wenn er an den Stellen, wie zum Beispiel seinem Bürgerbüro, den Rotstift zuerst angesetzt hätte, bevor er andere Ressorts zu entsprechenden Einsparauflagen auffordert. Sie wissen auch alle, dass wir als Abgeordnete immer wieder gern auf das Büro des Bürgerbeauftragten zurückgreifen, auch wenn es eine echte Doppelstruktur ist, die wir uns an dieser Stelle nicht leisten können.

Herr Hartloff, deshalb geht es uns nicht um den Minimalstaat, wie Sie es formuliert haben. Es geht uns darum, einen gerechten Staat zu bauen, der nicht nur das Hier und Jetzt in den Blick nimmt, sondern der auf Generationengerechtigkeit setzt und deshalb die nötigen Spielräume auch für die Generationen unserer Kinder ermöglicht.

Wir machen uns als CDU-Fraktion keine Illusionen, dass Sie unseren Haushaltsanträgen zustimmen. Sie haben es leider im Haushalts- und Finanzausschuss nicht getan. Ich nehme deshalb auch nicht an, dass Sie es hier tun werden.

Wir haben aber den Wunsch, dass unsere Haushaltsanträge für Sie als regierungstragende Fraktion und für die Damen und Herren in der Regierung und an der Spitze der Landesverwaltung bis zum März 2011 ein Ansporn sind, das Geld nicht mit vollen Händen aus dem Fenster zu werfen, wenn auch in Wahlkampfzeiten die Bereitschaft im Zweifelsfall gegeben ist.

(Zuruf des Abg. Noss, SPD)

Herr Kollege Hartloff, sie sollen für Sie ein Ansporn sein, die nötigen Einsparungen vorzunehmen und dieses Land zukunftsfähig zu machen. Wir haben die Notwendigkeit, in Milliardenhöhe einzusparen, weil nur jetzt in den Zeiten des konjunkturellen Aufschwungs eine realistische Chance besteht, von dem hohen strukturellen Defizit von knapp 2 Milliarden Euro herunterzukommen. Wann, wenn nicht jetzt, können wir das schaffen?

Deshalb möchte ich Sie bitten, mit der CDU-Fraktion diesen Weg zu gehen und den Bürgerinnen und Bürgern und den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern von morgen die hohen Schulden-, Zins- und Tilgungslasten zu ersparen.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Schnabel:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich rufe nunmehr auf:

Beratung des Einzelplans 01 – Landtag

Dieser Einzelplan soll gemäß Absprache im Ältestenrat ohne Aussprache behandelt werden.

Ich rufe nun auf:

Beratung des Einzelplans 08 – Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

In die Beratung werden die **Punkte 2 und 3** der Tagesordnung einbezogen:

**...tes Landesgesetz zur Änderung des Sparkassengesetzes
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 15/5098 –
Zweite Beratung**

**dazu:
Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr
– Drucksache 15/5196 –**

**Mittelstandsförderungsgesetz
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 15/5184 –
Erste Beratung**

Das Wort hat der Berichterstatter, Herr Abgeordneter Frank Puchtler. Bitte schön, Herr Puchtler.

Abg. Puchtler, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr hat den Gesetzentwurf in seiner 47. Sitzung am 25. November 2010 und der Rechtsausschuss in seiner 45. Sitzung am 9. Dezember 2010 beraten.

Die Beschlussempfehlung lautet: Der Gesetzentwurf wird angenommen. Von daher bitte ich das Plenum, der entsprechenden Empfehlung der Ausschüsse nachzukommen.

Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schnabel:

Die Fraktionen haben eine Grundredezeit von 30 Minuten je Fraktion vereinbart.

Bevor ich Herrn Abgeordneten Licht das Wort erteile, begrüße ich als Gäste auf der Zuschauertribüne Mitglieder des SPD-Ortsvereins im Wahlkreis 5, Bad Marienberg (Westerwald/Westerburg) und Mitglieder des FDP-Kreisverbandes Mainz-Bingen. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Das Wort hat Herr Kollege Licht.

Abg. Licht, CDU:

Vielen Dank, Herr Präsident. Ich gehe einmal davon aus, dass einige jetzt überrascht sind, weil es im Ablauf heute doch schneller geht; denn der Wirtschaftsminister ist bei der Beratung seines Einzelplans noch nicht anwesend. Ich gehe einmal davon aus, dass er bald eintreffen wird.

Meine Damen und Herren, ein Mittelstandsministerium auf dem Weg zum Mittelverwaltungsministerium – so könnte man den gesamten Haushaltsplan 08 umschreiben.

(Pörksen, SPD: Dazu braucht der Minister nicht hier zu sein!)

Wenn man ihn dann genauer betrachtet, kann man eigentlich nur zu diesem Fazit kommen; denn die Gesamtbetrachtung des Einzelplans 08 des Wirtschaftsministeriums, die Betrachtung der unternehmerischen Zielsetzung gehört insgesamt mit zur Bewertung hinzu. Es geht um die grundlegende perspektivische Begleitung eines Mittelstandslandes, ein Management von Großprojekten durch Sie, Herr Minister Hering, der logischerweise durch das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau im Grunde alle Befürchtungen nach dem Wechsel zur SPD-Alleinregierung bestätigt.

(Zurufe der Abg. Frau Mohr und Pörksen, SPD)

Meine Damen und Herren, welche Befürchtungen hat es gegeben? Die Befürchtungen laufen in dem eingangs beschriebenen Titel einfach zusammen: ein Mittelstandsministerium auf dem Weg zum Mittelverwaltungsministerium. Das kann man an den Zahlen ablesen.

In einem wachsenden Ausgabenvolumen von nunmehr insgesamt über 1,118 Milliarden Euro stecken nach Abzug von Personalkosten, LBM und anderen Dienststellen noch ganze 82,259 Millionen Euro Landesmittel. Das sind knappe 7,4 % – und damit schon wieder, wenn man den Plan betrachtet, 6 Millionen Euro weniger als im Ansatz des Jahres 2010.

In diese Betrachtung muss man mit einpflegen – und das zieht sich durch das, was wir hier bisher schon gehört haben, auch durch –, dass auf die gleichen globalen Minderausgaben von 2010 in Höhe von 15,244 Millionen Euro nun weitere 12 Millionen Euro nur in diesem Einzelplan 08 dazugepackt werden. Das Wirtschaftsministerium plant also schon jetzt für das Jahr 2011 über 27 Millionen Euro globale Minderausgaben ein. Schon jetzt wird das mit eingerechnet, aber wo genau, das wird im Wahljahr natürlich verschwiegen, meine Damen und Herren. Wo also werden Aufgaben gestrichen; denn es müssen ja welche gestrichen werden? Wo werden Zuschüsse gekürzt? Sie müssen ja welche kürzen.

(Pörksen, SPD: Dass gerade ihr das sagt, finde ich ja toll! –

Dr. Mittrücker, CDU: Habt ihr das jetzt gemacht oder wir?)

Wo befinden sich in den Hochglanzbroschüren, Herr Kollege Pörksen, nur die Ankündigungen? Wo sind die Plakate, nur die Plakate und nichts dahinter? Transparenz sieht anders aus, und das ist hier deutlich zu merken.

Also auch das kann man so zusammenfassen: Große Sprünge, und über 27 Millionen Euro dann doch nicht im Beutel. Das bekommen wir im Einzelplan 08 insgesamt zur Kenntnis. Mit diesem Schneid wird ein Mittelstandsminister zum Mittelverwaltungsminister degradiert. Eigentlich ist das die logische Folge.

(Schweitzer, SPD: Ach du je!)

Jetzt können Sie sich einmal Einzeltitel ansehen. Im Mittelstandsprogramm der Landesregierung finanziert der Mittelstand das auch noch selbst – komplett selbst in der Vergangenheit; Sie können das auf Seite 346 des Einzelplans nachlesen. Dort steht: „In den Haushaltsjahren 2009 und 2010 durften Zahlungen bis zur Höhe von 4,5 Mio. € durch die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz GmbH erfolgen. Diese Zahlungen sind dort nur möglich, weil Kredite vergeben worden sind und Zinsen gezahlt wurden. Damit wird dieses Programm also dann gefahren.“

(Hartloff, SPD: Sollten an die ISB keine Zinsen gezahlt werden? Ist das der Vorschlag?)

– Nein, nein. Wenn man keine eigenen Impulse zusätzlich setzt und sich nur darauf reduziert, Geld aus dieser Bank zu nehmen, dann ist das einfach eine verkürzte Darstellung von dem, was der Minister immer deutlich macht: der Mittelstandsminister von Rheinland-Pfalz zu sein. Das ist doch die Logik.

(Frau Mohr, SPD: Das ist Nicht-Logik!)

Dann geben Sie es doch gleich an die ISB. Damit brauchte es dann auch gar nicht mehr in dieser Form im Haushalt zu erscheinen. Das Programm wird im nächsten Jahr übrigens mit über 7 Millionen Euro veranschlagt. Diesmal zahlt der Nürburgring allein; denn Sie haben ja 350 Millionen Euro an die Gesellschaft verliehen, und wenn Sie jetzt nur 2 % Zinsen unterstellen, dann zahlt der Nürburgring allein dieses Mittelstandsprogramm.

Meine Damen und Herren, die ISB ist eine tolle Förderbank, das sage ich jetzt wirklich ohne jede Ironie. Wenn es sie nicht gäbe, müsste man sie in der Tat erfinden.

Das ist jetzt also die neue Broschüre der ISB: „Wirtschaftsförderung aus einer Hand“, ist da zu lesen. Diese Broschüre, das Servicehandbuch der ISB, lässt nur wenige Fragen offen. Sicher kann man nicht alles beantworten, also werden einige wenige Fragen offengelassen. Dies gilt beispielsweise für die Frage: Wie komme ich als Privatunternehmen zu einer 100%igen Landesbürgerschaft? Das steht nicht drin. Oder: Wie erhalte ich eine 100%ige Kreditierung der ISB/RIM ohne das Engagement einer Hausbank? – Auch das ist ungewöhnlich, aber es geht wohl. Das steht nicht drin. Oder: Wie erschleiche ich mir die Ratingnote 1, wenn ich einen Millionenkredit brauche? Auch das steht nicht darin. –

Oder etwa die Frage: Wie schafft man es, von einem monatlichen 50.000-Euro-Salär bzw. jährlichem 600.000-Euro-Beratungsauftrag zu einem Entwickler und als solcher zu einem Investor zu werden, um am Schluss das, was man mitentwickelt hat, ohne persönliche Haftung pachtweise zu übernehmen? –

(Frau Mohr, SPD: Quatsch!)

All das ist am Nürburgring passiert, auch mit Beratung und Begleitung der ISB, der RIM, der Landesregierung.

Auch eine solche Frage finden Sie in der Broschüre nicht beantwortet.

(Pörksen, SPD: Wie humorvoll, Herr Kollege!)

– Na ja, ein bisschen Ironie muss in dieser Geschichte noch drinstecken; denn das kann man fast nur noch mit Humor ertragen, was Sie sich da geleistet haben.

(Dr. Mittrücker, CDU: Wenn das Humor ist! Das ist Realität, blanke Realität!)

Oder wie ist es möglich, Grundstücke zu erwerben, um sie im Übergang vom Berater zum Entwickler an den Staat für einen mehr als zehnfachen Betrag zu veräußern? Auch das hätte ich gerne gewusst, wie das geht. Solche Fragen finden sich in dieser Broschüre natürlich nicht wieder. Nur wenn Sie dann auf die letzte Seite gehen, finden Sie den richtigen Hinweis, wie die Antwort lautet; denn auf der letzten Seite steht unten: „Wir machen es einfach“. – So werden diese Fragen beantwortet, meine Damen und Herren.

(Beifall der CDU –
Zuruf der Abg. Frau Mohr, SPD)

Als Minister haben Sie mit Ihrem Staatssekretär, heute Finanzminister, eben nichts unternommen, um das Geschachere beim Nürburgring zu verhindern. Das bringt der Untersuchungsausschuss in aller Deutlichkeit zutage. Sie haben nichts unternommen, obwohl Ihnen Stäbe Warnungen zugeschickt haben. Sie haben als Minister mehr unterlassen als unternommen.

Nun haben Sie, Herr Finanzminister, als Wirtschaftsminister den Finanzminister

(Pörksen, SPD: Was denn nun? –
Zuruf des Abg. Schweitzer, SPD)

Deubel in der Aufgabe beerbt und als Minister der Wirtschaft jetzt die federführende Verantwortung übernommen, haben aus dem Versagen ganzer Regierungsstäbe aber offensichtlich nicht die entscheidenden Lehren gezogen. Schon wieder werden entscheidende Fehler begangen. Daran könnte man nahtlos anknüpfen, dass auch der Ministerpräsident nicht verstanden hat, was zurzeit am Nürburgring immer noch passiert, wieder passiert oder neu passiert – wie auch immer Sie es betrachten wollen.

Die bewiesene Ausgangsbasis – und ich muss das mit ein paar Sätzen so deutlich machen, Herr Minister Herr – ist doch: Diese Regierung hat ohne Zweifel grob

fahrlässig eine Millioneninvestition auf der Basis manipulierter Daten mit einem Etikett „privat“ begonnen, obwohl zu keinem Zeitpunkt eine Bank oder ein echter Investor zur Verfügung stand. Das ist die Ausgangsbasis.

Und was war das Ziel? Neue Attraktionen und das private Engagement mit neuen Betrieben sollten im Ergebnis ein motorsportliches Defizit reduzieren.

So war die Ausgangsbasis. Durch den Motorsport sollten durch neues Engagement mehr Gewinne eingespielt werden, um diese Defizite abzudecken. Das war das Ziel. Die Formel 1 ist – wie wir wissen – in diesen Defiziten nur die Spitze des Eisbergs gewesen. Es wurde nie so genau hinterfragt. Es gab genügend Berater mit Wunschzielauftrag.

Nach dieser Katastrophe für die Region, auch finanziell für das Land, sind Sie dabei, ein zweites Mal entscheidende Fehler zu wiederholen. Ohne sich auch nur ansatzweise mit Wissen und Sorgfalt um den Motorsport zu kümmern, soll jetzt der Motorsport, also eigentlich defizitär, zur Grundlage der Gewinnmaximierung der Attraktionen wie der neuen Betriebe gemacht werden. Es wird genau umgekehrt. Aus dem, mit dem man gestern das Defizit abdecken wollte, wird jetzt die Goldgrube gemacht, um das, was man privat finanzieren wollte, jetzt neu mit Millionengewinnen zu versehen.

Die Konstrukte werden auf den Kopf gestellt. Das soll jetzt auf einmal gehen? – Fragwürdig hoch drei.

Meine Damen und Herren, Investoren von gestern werden zu Zinsgewinnlern und zu Pächtern von heute. Ohne Haftungsrisiko und ohne je im Motorsport engagiert gewesen zu sein, benutzen diese die Rennstrecke als Grundlage zur Auslastung der eigentlichen Privatbetriebe und – ich wiederhole es – auch zulasten der privaten Betriebe, die zurzeit am Nürburgring sind, die sich vor Jahren gegründet haben, nicht nur aus der Hotellerie, sondern die im Motorsport zu Hause sind. Schauen Sie es sich genau an.

Herr Minister, ich kann es Ihnen nicht ersparen. Sie können nicht wegschauen und Ihre Hände in Unschuld waschen oder abtauchen.

(Frau Mohr, SPD: Das macht er gar nicht!)

Das, was in den letzten Tagen aus den Debatten ersichtlich wird, ist, jetzt hat die Verantwortung der Private für eine öffentlich finanzierte Rennstrecke. Das kann nicht gut gehen. Ich sage es Ihnen noch einmal, kümmern Sie sich darum, was dort zurzeit geschieht. Es kann nicht gut gehen.

So ist es eben nicht nur die Betrachtung des Haushalts mit seinen Entwicklungen in den letzten Jahren, sondern auch das ständige Abtauchen, wenn es darum geht, sich für ein Unternehmerland Rheinland-Pfalz an die Spitze einer Bewegung zu setzen, selbst Bewegung zu sein, meine Damen und Herren.

Sie haben als Minister auch Bewegung zu sein.

Ich komme in der Chronologie der letzten Gesetze, die wir im letzten Jahr debattiert und diskutiert haben, zu dem Fazit, dass Sie als Minister mehr unterlassen als unternommen haben.

Meine Damen und Herren, auch am Flughafen Hahn. Eine Entwicklungsgesellschaft zu moderieren, ist zu wenig. Honorare und Pläne wurden finanziert. Private werfen derzeit das Handtuch, haben die Geschäftsführung verlassen. Nicht eine einzige Grundstücksvermarktung steht im Ergebnis. Die Gesellschaft, die dort gegründet wurde, hinter der wir alle im Lande und im Plenum standen, hat in ihrer Wirkung längst nicht das gezeigt, was Sie versprochen haben. Es hat auch etwas mit der Moderation zu tun, auf die man sich offensichtlich nur verlassen hat.

5 Millionen Euro stehen wieder im Gesamthaushalt für die Weiterentwicklung ohne Gegenbuchung. Das kann man auf Dauer nicht aushalten. Auch wegen des Kompetenzgerangels zwischen Innenministerium, Privaten, Gesellschaft am Ort, Entwicklungsgesellschaft Mainz usw. droht es wieder zu versanden.

Ich meine, Sie müssen viel stärker eingreifen und dürfen nicht nur moderieren.

Der Flughafen – das stellen wir alle immer wieder fest – braucht notwendiges privates Kapital.

Herr Minister, wenn es Ihnen in den laufenden Investorenverhandlungen nicht bald gelingt, mit echten Ergebnissen aufzuwarten, muss der Steuerzahler irgendwann wieder gefragt werden oder einspringen. Um solches zu vermeiden, sollten strategische Gespräche mit dem Land Hessen geführt und das zu erwartende Nachtflugverbot in Frankfurt abgestimmt und vorbereitet werden. Das steht vor der Haustür. Ich erwarte in den nächsten zwei Monaten vielleicht sogar eine Entscheidung, die sicher – das wollen wir alle – einen besonderen Schub am Hahn bedeuten kann. Aber es muss vorbereitet werden. Ich meine, es sollte mit dem Partner – die Hessen sind immer noch im Boot – deutlich mit vorbereitet werden.

Meine Damen und Herren, Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist es, Einrichtungen der Bildung, Wissenschaft, Forschung und Entwicklung, Orte der Verbindung von Unternehmensgeist und Erfindungsgeist anzuregen, zu fördern und auszubauen. Wo sind die zielgerichteten Wirtschaftsforen auf regionaler oder kommunaler Ebene, um Rheinland-Pfalz als Leistungsland zu entwickeln, als Ideenland zu kreieren? Wo sind diese, wenn ich die Hochglanzbroschüren einmal weglasse?

Die Landesregierung hat in der Entwicklung einer flächendeckenden Breitbandversorgung mehr unterlassen als unternommen. Sie haben sich wieder neue ehrgeizige Ziele gesetzt. Jetzt heißt es schon, im Herbst nächstes Jahr seien keine weißen Flecken mehr. Gestern sind die Gemeinden Burrweiler und Gleisweiler im „SWR“ vorgestellt worden. Hoffentlich gelingt das alles. Wir wünschen uns das alle.

(Pörksen, SPD: Das glaube ich euch nicht!)

In Wirklichkeit hat das Ministerium mehr moderiert und dies teuer finanziert. Auch das ist die Entwicklung und Beobachtung aus den letzten Jahren. Zum Beispiel eine Kernfrage der verschuldeten Kommunen, die Anerkennung von Breitbandversorgung im ländlichen Raum als wichtiger Bestand einer Daseinsvorsorge wie Wasser oder Strom, ist nicht gelöst; denn daraus resultieren die Einschränkungen möglicher Investitionen. Gemeinden dürfen sich, wenn die Kommunalaufsicht nein sagt, überhaupt nicht beteiligen. Auch das ist nicht gelöst. Hier hätte eine Lösung allen gutgetan.

Weniger Bürokratie und weniger Steuern, beides ist für die Unternehmen überlebenswichtig. Die Sicherung des Fachkräftebedarfs durch eine strategische Bildungspolitik ist unabdingbar. Darum sind in dem Bereich die Anträge auch aus der Opposition, von beiden Oppositionsfraktionen, wichtig zu nehmen. Genau in dem Bereich liegt sehr viel im Argen. Das stellen wir immer wieder fest. Das wissen Sie ganz genau.

Aus Sicht der CDU-Fraktion wird es notwendig, darüber hinaus den bestehenden Ausbildungspakt zu einem Weiterbildungspakt weiterzuentwickeln. Wir haben einen Ausbildungspakt, der sehr viel Gutes bewirkt hat.

(Ministerpräsident Beck: Das ist doch schon geschehen! Das ist doch schon unterschrieben!)

Ein Weiterbildungspakt in der Form, in der Schule/Wirtschaft noch einmal deutlicher zum zentralen Thema wird, ist so eben noch nicht verabredet.

(Ministerpräsident Beck: Das ist sogar von allen unterschrieben!)

Meine Damen und Herren, Qualifikation ist das Ziel im Weiterbildungspakt, Stolz auf Leistung das Ergebnis.

Rheinland-Pfalz ist das Mittelstandsland, richtig. 99,7 % der Betriebe werden dem Mittelstand zugeordnet. In der Begründung zum Mittelstandsförderungsgesetz ist das auch eindrucksvoll umschrieben.

Der Mittelstand steht darüber hinaus für nachhaltiges Denken und solides Wirtschaften. Mittelstand zeichnet sich durch Standorttreue aus. Er agiert weltweit oftmals als Marktführer, ist aber gleichzeitig fest in der Heimat verwurzelt. Mittelstand ist auch eine wichtige Säule der Großindustrie. Das darf man nie vernachlässigen. Das muss man in Rheinland-Pfalz immer wieder so erwähnen.

Unter Einbindung der Wirtschaft muss die Minimalisierung der Bürokratie im Blick behalten werden. So wäre beispielhaft bei der Einführung der EU-Dienstleistungsrichtlinie die Kammerlösung ein guter Start gewesen.

Herr Minister, Sie haben sich auch wieder im Sinne des Mittelstands eher als Unterlasser und nicht als Unternehmer gezeigt.

Das Gesetz soll evaluiert werden, wenn die neu geschaffenen Stellen in der ADD, also in der alten Bezirksregierung, zur Abteilung ausgewachsen sind.

Wenn Sie einmal Stellen geschaffen haben, wissen Sie doch selbst, wie schwierig es ist, eine solche Position wieder neu aufzugeben. Es ist auch in einer Überprüfung ungeheuer schwer, dies dann zu vollziehen.

Meine Damen und Herren, wir beraten parallel zum Haushalt ein Mittelstandsförderungsgesetz. Ein Minister mit Mut, Herr Hering, einer, der das Attribut Unternehmer verdient, hätte die Forderung der Wirtschaft aufgenommen, dass alle durch rheinland-pfälzische Rechts- und Verwaltungsvorschriften entstehenden Bürokratiekosten zu messen sind. Das haben Sie nicht aufgenommen. Wir werden über dieses Gesetz noch diskutieren. Wir werden sicher noch über Änderungen die Debatte führen.

(Staatsminister Hering: Informieren Sie sich mal beim Bund!)

Der Transparenz der Beurteilung wegen, ob dieses Gesetz überhaupt den Namen verdient, muss eine solche Forderung zwingend in das Gesetz.

Ich glaube, das haben Ihnen die Verbände deutlich gemacht.

Wirklich Mut würde es bedeuten, eine von der Wirtschaft formulierte ergänzende Forderung aufzunehmen – es wurde Ihnen ja auch schriftlich mitgeteilt, glaube ich –, also nicht nur die Kosten zu messen, sondern sich ein verbindliches Entlastungsziel von 25 % netto für die kommenden fünf Jahre vorzunehmen. Das wäre beispielsweise einmal eine Zielsetzung, die einem Wirtschaftsminister gut anstehen würde, wenn er sie übernehmen würde. Aber bis jetzt ist im Gesetz davon nichts zu sehen.

Herr Minister, ich fordere Sie auf, das aufzugreifen, oder schwant Ihnen Böses aus der Diskussion zum kürzlich beschlossenen Landestariftreuegesetz? Auch hier haben Sie nicht die mittelständische Wirtschaft, haben Sie nicht die Wirtschaft vertreten.

(Zuruf der Abg. Frau Mohr, SPD)

Meine Damen und Herren, so können in diesem Gesetz – man muss sich das einmal vor Augen führen – soziale, umweltbezogene oder innovative Aspekte in die Formulierung von Ausschreibungen neu aufgenommen werden. Meine Damen und Herren, ein Minister, der den Mittelstand fördern will und gleichzeitig ein solches Bürokratienentwicklungsgesetz befürwortet, ohne Intervention in all seinen Facetten, also durchweg, der wird zum Unterlasser und nicht zum Unternehmer.

(Pörksen, SPD: Oh!)

Mit diesem Schneid wird ein Mittelstandsminister eben nur zum Mittelverwaltungsminister, wie ich das eingangs schon sagte.

(Frau Mohr, SPD: So wie der Brüderle!)

Auf die Anträge der SPD brauche ich gar nicht einzugehen, da ich nicht erkenne, ob sie nur Überschrift sind

oder schon direkt in den 27 Millionen Euro, die Sie schon als Streichung vorgesehen haben, zu finden sind.

Die Entschließungsanträge der FDP „Zukunft des Flughafens Hahn sichern“ treffen volle Unterstützung bei uns, „Privatwirtschaft vor Staatswirtschaft“ ebenso, „Sichere Versorgung mit bezahlbarem Strom nachhaltig gestalten“, das brauche ich in den Verästelungen gar nicht aufzunehmen, auch das findet unsere Unterstützung.

Im Antrag zu den notwendigen Straßenverkehrsprojekten hätten wir gern noch einige Ergänzungen. Wenn Sie die Bereitschaft erklären, diese mit aufzunehmen, dann wären wir auch hier d'accord. Dem Antrag „Mittelrheinbrücke“ können wir in dieser Form heute so auch mit den Daten und den Fristen, die sie dort hineingeschrieben haben, nicht zustimmen.

Meine Damen und Herren, beim Sparkassengesetz habe ich schon in der ersten Lesung die Zustimmung signalisiert. Das ist auch nicht länger zu diskutieren. Das ist vernünftig. Dem Gesetz werden wir zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Schnabel:

Für die SPD-Fraktion hat das Wort Herr Kollege Sippel.

Abg. Sippel, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Licht, es ist sicher gut, Broschüren zu lesen, es ist noch besser, die Realitäten wahrzunehmen und ernst zu nehmen.

Ich glaube, wir können heute feststellen, dass Rheinland-Pfalz eine gute wirtschaftliche Entwicklung verzeichnen kann. Der Einzelplan 08 macht erneut deutlich, dass einerseits ein Spagat gelingt im Bemühen um Haushaltskonsolidierung – wir hätten uns das eine oder andere natürlich auch noch mehr gewünscht; wir wollen und müssen sparen –, und zum anderen wird sichergestellt, dass die aktive Wirtschaftspolitik des Landes fortgeführt werden kann, eine Wirtschaftspolitik, die über zwei Jahrzehnte hinweg dieses Land in die Spitzengruppe der Bundesländer in Deutschland geführt hat

(Beifall bei der SPD)

und die zu Beschäftigung geführt hat. Wir haben die dritt niedrigste Arbeitslosenquote in Deutschland. Das ist ein sehr positives Ergebnis.

Das Wirtschaftswachstum des Jahres mit 4,5 % ist ein Zeichen, dass wir aus der Krise gekommen sind. Wir haben das Ergebnis von 2008 fast wieder erreicht. Es ist ein gutes Ergebnis. Wir liegen mit diesem Wachstum auf Platz 3 ebenfalls in der Spitzengruppe der Länder in unserer Republik.

(Beifall der SPD)

Das Geschäftsklima in den Unternehmen – das ergibt sich aus den Befragungen der Kammern – ist äußerst positiv. Die Unternehmen in Rheinland-Pfalz wollen wieder investieren. Bei all dem entsteht Beschäftigung, ein ganz wichtiger Aspekt. Es werden Arbeitsplätze gesichert und viele neue geschaffen.

Das sind die Fakten. Da hat die Wirtschaftspolitik des Landes neben allen Erfolgen, die natürlich den Unternehmen, den Unternehmerinnen und Unternehmern, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zuzurechnen sind, auch ein gerütteltes Maß an Anteil.

Die Landesregierung pflegt den engen Kontakt. Herr Licht, das kann ich aus meinem Wahlkreis wirklich nur bestätigen: Wenn es ein Problem in einem Unternehmen gibt, dann ist die Landesregierung da und kümmert sich um die Probleme, nicht nur bei den großen Betrieben, sondern gerade auch bei den kleinen und mittelständischen Betrieben.

(Frau Mohr, SPD: Überall! –
Pörksen, SPD: Nicht nur bei dir!)

Da ist wirklich eine enge Anbindung, ein Engagement für die Unternehmen im Land erkennbar. Ich gehe einmal davon aus, das ist in Ihren Wahlkreisen genauso. Das ist auch der Vorteil eines Bundeslandes in unserer Größenordnung: Es gibt kurze Wege.

Über Jahre hinweg ist wirklich eine Vertrauensbasis entstanden, die zum Beispiel auch am ovalen Tisch zum Ausdruck kommt. Herr Licht, das ist ein ovaler Tisch für Ausbildung und Weiterbildung. Diese Notwendigkeit hat die Landesregierung längst erkannt, dass wir einen Fachkräftebedarf haben und einen Fachkräftemangel für die nächsten Jahre zu befürchten haben und wir gegensteuern müssen. Auch da gibt es zwischen den Sozialpartnern und der Landesregierung einen sehr engen und ausgiebigen Dialog.

Meine Damen und Herren, wir haben vorhin über die Wirtschaftsdaten des Landes geredet. Es wurde infrage gestellt, ob das Wachstum wirklich ein Wachstum sei. Ich will einige Zahlen aus dem Bericht des Statistischen Landesamtes bemühen. Das Statistische Landesamt führt aus, dass wir im Exportgeschäft in der Tat Zuwächse von fast 20 % in den letzten Monaten haben. Das ist eine stolze Zahl. Wir haben allerdings auch in der Inlandsnachfrage ein Plus von 7,2 %.

In vielen Bereichen liegen wir deutlich darüber: in der Chemie ein Zuwachs von 21,1 %, im Metallbau von 19,4 % und im Pharmabereich von 11,4 %.

Das ist eine gute Entwicklung, weil wir merken, dass die Binnenkonjunktur anzieht. Wir merken auch, dass selbst die Arbeitgeberseite anerkennt, dass wir höhere Lohnabschlüsse brauchen, um die Binnenkonjunktur zu festigen.

Wir haben bei der Industrieproduktionsquote seit Jahren einen Spitzenplatz. Auch das haben wir weiter gefestigt.

Im Einzelhandel gab es ernsthafte Probleme in den letzten Jahren. Es wurde aber auch vieles, was ein-

gebrochen war, wieder aufgeholt. Auch da befindet sich eine ganze Branche auf einem sehr guten Weg.

(Beifall der SPD und der FDP)

Deshalb besteht kein Grund, in Melancholie zu machen und ein Schreckensszenario an die Wand zu malen, sondern es gibt sehr positive Zeichen, dass wir die Krise hinter uns lassen. Wir sind noch nicht durch, aber es gibt gute Anzeichen, dass wir die Krise hinter uns lassen.

(Vizepräsidentin Frau Klamm übernimmt den Vorsitz)

Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund setzt der Etatentwurf des Einzelplans 08 die richtigen Akzente, sowohl in der einzelbetrieblichen Förderung als auch in der Stärkung der Wirtschaftsstruktur insgesamt. Rheinland-Pfalz fördert nicht nach dem Gießkannenprinzip, sondern wir streben passgenaue Lösungen an, die auf die Bedarfe der Betriebe und der Gesamtwirtschaft insgesamt passen.

Das gilt für die Bereitstellung von Eigenkapitalhilfen, von zinsgünstigen Darlehen, Bürgschaften und Wagniskapital genauso wie für die Förderung von Forschung und Entwicklung oder die Unterstützung von Innovationen, die in Rheinland-Pfalz, auch wieder gemessen am Bundesvergleich, eine enorme Wirtschaftskraft entfalten.

(Beifall der SPD)

Ja, die Zeit ist knapp, man muss ein bisschen draufdrücken.

Unser Mittelstandsförderungsprogramm ist neben der Regionalförderung das wichtigste Förderungsprogramm für die mittelständische Wirtschaft. Hier ist es gut, dass der Haushalt 2011 wiederum 55 Millionen Euro zur Verfügung stellt. Das ist fast das Niveau des Vorjahres. Es gibt natürlich die Verpflichtung, im Bereich der FAG-Mittel umzuschichten. Wir sind froh, dass die Haushaltsgröße dennoch in Höhe von 55 Millionen Euro erhalten bleiben konnte.

Hinzu kommen natürlich erhebliche Mittel aus der EU-Strukturförderung. Das sind 217,6 Millionen Euro, die uns zur Verfügung stehen, also viele Möglichkeiten, viele Handlungsinstrumente und Innovationen, in der Wirtschaft zu fördern, die Eigenkapitalquote zu verbessern, Bürgschaften auszureichen, also wirklich eine ganze Palette von Möglichkeiten. Die Landesregierung, das Land Rheinland-Pfalz nutzt diese Möglichkeiten auch sehr effektiv.

Meine Damen und Herren, eine gute Ausstattung mit schnellem Internet gehört heute zu einer selbstverständlichen Grundversorgung auch und gerade für die mittelständische Wirtschaft im ländlichen Raum. Wir begrüßen es ausdrücklich – es war unser Wunsch; wir haben auch ein entsprechendes Deckblatt und einen Entschließungsantrag eingebracht –, dass die Mittel für die Breitbanderschließung weiter erhöht werden, um 200.000 Euro originär und um weitere 800.000 Euro über Haushaltsansätze mit Deckungsvermerken.

Das ist eine weitere Breitbandmillion, die in das Land fließt, und das ist eine gute Botschaft. Es schafft mehr Handlungsspielraum für die Verbesserung unserer Infrastruktur.

(Beifall der SPD)

Wir haben den kreativen Ansatz in einem Entschließungsantrag auch gleich mitformuliert, wie diese Breitbandmillion eingebracht werden kann, und zwar im Wege eines Wettbewerbs. Wir wollen neue Hochleistungsnetze für unsere Kommunen erschließen, und im Rahmen des Wettbewerbs gilt es zu schauen, welche Netze passgenau auch für die Anliegen der Kommunen im ländlichen Raum geeignet sind. „NGN“ ist der Fachbegriff für neue Hochleistungsnetze, die zur Verfügung stehen. Es sind kabelgebundene Lösungen, aber es gibt auch das mobile Internet durch die LTE-Technik. Es gibt viele Möglichkeiten, und der Wettbewerb soll dazu dienen, diese Netze für unsere Kommunen zu erschließen.

Meine Damen und Herren, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft hängt maßgeblich von der Innovationskraft der Unternehmen im Land ab. In diesem Bereich steht das Land weiterhin für eine effiziente Innovationsförderung. Ich kann nicht erkennen, dass das Land zu wenig tut oder die Mittel nur verwaltet, wobei gegen eine gute Mittelverwaltung überhaupt nichts zu sagen ist. Ich finde es gut, dass die Mittel ordnungsgemäß verwaltet werden. Wenn sie dann gleichzeitig noch effektiv eingesetzt werden und zu Erfolgen führen, ist dies allemal ein Erfolg. Gerade im Bereich der Innovationsförderung können wir solche Erfolge in der Tat vermelden.

Die Innovationsförderung zielt darauf ab, zukunftsorientierte Innovationsfelder zu stärken und weiterzuentwickeln. Wir verfügen in Rheinland-Pfalz über eine enge Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft – auch ein Erfolgsweg, den wir weiter gehen sollten –, in Verbindung etwa mit Kompetenz-Clustern, die weiterentwickelt werden. Mit 10 Millionen Euro und zusätzlich 13 Millionen Euro aus EU-Regionalfördermitteln kann das Volumen in der Innovationsförderung um weitere 4 Millionen Euro deutlich gesteigert werden. Dies ist ein wichtiger und richtiger politischer Ansatz.

Meine Damen und Herren, gezielte Fördermittel in Forschung und Entwicklung sind eine Zukunftsinvestition für das Land, aber auch eine Hilfestellung für den Mittelstand. Der kleine bzw. mittlere Unternehmer hat in aller Regel nicht die Möglichkeit, eine eigene Forschungs- und Entwicklungsabteilung zu betreiben. Deshalb ist es gut, dass mit Landesfördermitteln gute Ansätze und viel Know-how, das im mittelständischen Bereich vorhanden ist, unterstützt werden.

(Frau Mohr, SPD: Aber keine Innovationsgutscheine, wie sie die CDU vorgeschlagen hat!)

Die Mittel hierfür sind gut angelegt, genauso wie die Mittel im Bereich der Tourismusförderung. Die Tourismusförderung bleibt ein wesentlicher Bestandteil der rheinland-pfälzischen Wirtschaftspolitik. Aus dieser Branche, aus diesem Sektor entsteht eine Wertschöpfung, ein Umsatz von 6,2 Milliarden Euro im Jahr. Damit werden 190.000 Arbeitsplätze gesichert. Dies ist eine

beachtliche Größe: Jeder zwölfte Arbeitsplatz im Land hängt von der Tourismusbranche ab. Deshalb sind Ausgaben für Marketingmaßnahmen im In- und Ausland gut angelegtes Geld, die Erfolg bringen. Wir sehen dies an den Gäste- und Übernachtungszahlen. Wir haben in Rheinland-Pfalz Zuwächse von 1,7 % in den ersten drei Quartalen erzielt. Das ist der beste Zuwachs der letzten zehn Jahre, eine erfreuliche Statistik, die auch zeigt, dass die Mittel gut angelegt sind.

Eine effiziente Tourismusförderung setzt natürlich auch voraus, dass wir klare Zielformulierungen haben. Diese Formulierungen beinhaltet die Tourismusstrategie 2015. Wir haben einen strategischen Handlungsleitfaden, der Trends im Tourismus aufgreift und die Angebote profiliert. Für Werbemaßnahmen und zur Leistungssteigerung im Tourismus sind zusätzlich 100.000 Euro vorgesehen, in der Summe knapp 4 Millionen Euro, und für den Tourismus insgesamt ein Ansatz von 10,4 Millionen Euro.

Gleiches trifft auf die Förderung von Messen und Ausstellungen zu, die der Wirtschaft des Landes ein wichtiges Schaufenster bieten. Rheinland-Pfalz ist Exportland. Über 52 % der Wirtschaftsleistung des Landes werden für den Export erbracht. Die Außenwirtschaftsförderung muss daher mit Nachdruck fortgeführt werden, und trotz knapper Haushaltsmittel ist es auch in diesem Bereich gelungen, den Ansatz um weitere 100.000 Euro aufzustocken.

Unsere Unternehmen brauchen gut ausgebildete Männer und Frauen. In Rheinland-Pfalz steht eine gute Bildung ganz oben auf der Prioritätenliste, und dies auch im Interesse der Wirtschaft. Wir sehen, dass auf dem Ausbildungsstellenmarkt nach vielen Jahren der Lehrstellenlücke mittlerweile ein Mangel an Auszubildenden herrscht und sich für die nächsten Jahre noch stärker abzeichnet. Dies gilt in gleichem Maße für den Fachkräftbedarf. Dieser Entwicklung müssen wir gegensteuern und Ausbildung, Bildung, Weiterbildung und Qualifizierung entsprechend fördern. Die Mittel im Einzelplan 08 im Bereich der Bildung und Weiterbildung wurden erhöht, in erster Linie natürlich aufgrund der Finanzierungshilfen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz. In diesem Bereich wurde der Ansatz von 5,2 Millionen Euro um fast 3 Millionen Euro auf 8,2 Millionen Euro erhöht. Dies sind in erster Linie Bundesmittel, aber auch das Land partizipiert mit 22 % dieser Aufwendungen. Es ist sicherlich richtig, in den Bereich der Fortbildung und Qualifizierung mit diesem erhöhten Ansatz zu investieren.

Dabei geht es auch um die Attraktivität des Handwerks. Ich bin froh, dass wir insgesamt auch die Ansätze für die Förderung des Handwerks ohne Einschränkung fortführen können.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, Rheinland-Pfalz steht wirtschaftlich gut da, und darüber sollten wir uns alle freuen. Dazu gibt es allen Grund: Die Wirtschaftspolitik der letzten Jahre hat eindeutig Früchte getragen. Ich habe bereits gesagt, es ist noch offen, wie wir die Krise endgültig meistern: ob wir sie nun endgültig zurücklassen

oder ob es neue Verwerfungen auf dem Finanzmarkt gibt, die uns durchaus vor Herausforderungen stellen können. Die rheinland-pfälzische Wirtschaft ist jedenfalls für den Wettbewerb gut gerüstet und hat mit der Landesregierung – mit Ministerpräsident Kurt Beck und seinem Kabinett – einen verlässlichen Partner an ihrer Seite.

(Frau Mohr, SPD: Sehr richtig!)

Der Haushalt des Einzelplans 08 ist ein Beleg dafür, dass wir auch weiterhin über gute Handlungsinstrumente für eine effektive Unterstützung der Wirtschaft in Rheinland-Pfalz verfügen.

Zu dem Teilbereich der Verkehrspolitik wird Herr Kollege Guth in der nächsten Runde etwas ausführen.

(Pörksen, SPD: Ausführlich muss er das nicht machen! – Vereinzelt Heiterkeit im Hause)

– In der gebotenen Kürze, aber mit der notwendigen Schärfe.

Ich komme noch kurz zum Sparkassengesetz, das heute verabschiedet wird. Die Änderungen sind notwendig, weil das Kreditwesengesetz im Jahr 2009 angepasst wurde. Es regelt neue Anforderungen an die Aufsichtsräte. Wir brauchen eine entsprechende Regelung auch für die Verwaltungsräte der Sparkassen im Sparkassengesetz. Danach ist es künftig auch für geborene Mitglieder möglich, auf ein Mandat im Verwaltungsrat zu verzichten. Korrespondierend dazu gibt es natürlich auch die Möglichkeit, ein geborenes Mitglied – also Oberbürgermeister und Landräte bzw. Landrätinnen – im Verwaltungsrat abuberufen. Diese Bestimmungen sind erforderlich, um die Kommunal- und Sparkassenaufsicht gegenüber der Bankenaufsicht des Bundes zu stärken. Deshalb gibt es zu diesem Gesetz keine Alternative, und wir stimmen ihm natürlich zu.

Meine Damen und Herren, das Mittelstandsförderungsgesetz steht ebenfalls heute auf der Tagesordnung. Damit packt die Landesregierung ein weiteres wichtiges Gesetzesvorhaben an. Rheinland-Pfalz ist ein mittelstandsfreundliches Land, und das zeigt auch der Etatentwurf. Die Landesregierung setzt den konsequenten Weg der Mittelstandsorientierung und der Festigung mittelstandsfreundlicher Strukturen fort, weil uns die Krise einmal mehr gezeigt hat, auf den Mittelstand in Rheinland-Pfalz ist Verlass. Der Mittelstand hat weitsichtig gehandelt und Produktionsprozesse und Arbeitsbedingungen angepasst, um das Personal und die Beschäftigung zu erhalten. Der Mittelstand schafft Wertschöpfung in der Region für die Region. Er stärkt die Kaufkraft vor Ort, zahlt Steuern und engagiert sich für unser Gemeinwesen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wir wissen, was der Mittelstand für dieses Land bedeutet: 99,7 % der Unternehmen gehören zu der Kategorie „Mittelstand“ mit bis zu 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und einem Umsatz von bis zu maximal 50 Millionen Euro. 99,7 % dieser Betriebe bilden das Rückgrat unserer Wirtschaft.

Sie erwirtschaften fast jeden zweiten Euro in Rheinland-Pfalz. Sie stellen über 730.000 sozialversicherungs-pflichtige Arbeitsplätze und übernehmen eine hohe Verantwortung für Staat und Gesellschaft. Deshalb ist es gut, dass die Landesregierung, dass wir als Landtag gute Rahmenbedingungen schaffen, um den Mittelstand in Rheinland-Pfalz weiter zu fördern. Das Mittelstands-förderungsgesetz ist gleichsam ein Grundgesetz, gleichsam das Programm für die Zukunft, ein Leitfadens, wie es gelingt, mittelständische Interessen zu wahren, den Mittelstand ganz konkret zu fördern.

Zunächst einmal – das ist auch eine Form der Entbürokratisierung – wurde das Gesetz von 26 auf 18 Paragraphen reduziert, entschlackt, ohne dabei den materiellen Gehalt zu reduzieren, im Gegenteil. Das Gesetz wurde um wichtige Gesichtspunkte ergänzt. Ich möchte das kurz ausführen.

In § 2 wird deutlich, dass die öffentliche Hand daran gebunden ist, künftig bei Regelungen, bei Planungen, bei Programmen und Maßnahmen und bei ihren Verwaltungsabläufen in besonderem Maße auf die Interessen des Mittelstandes Rücksicht zu nehmen. Das ist eine Lex generalis, ein Programmsatz, ein Grundsatz, der ganz konkret ausgefüllt werden muss.

Es sind nicht nur allgemeine Regelungen, die das Gesetz trifft, sondern ganz konkrete Regelungen, wenn es darum geht, die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft in Kompetenzbünden zu fördern, wirtschaftsnahe Einrichtungen der angewandten Forschung zu unterstützen, all das, was wir in Rheinland-Pfalz bereits praktizieren und was wir weiter ausbauen und aufrechterhalten wollen.

Meine Damen und Herren, ein Novum bietet das Mittelstandsförderungsgesetz in Form der Mittelstandsklausel. Alle Rechtsvorschriften, die komplette Rechtsmaterie des Landes, sind künftig darauf abzustellen, wie die Regelungen auf die Interessen des Mittelstandes wirken. Das ist erstmalig. Darüber hinaus schafft auch die zeitliche Befristung des Gesetzes und die Pflicht zur Evaluation die Möglichkeit, dynamische Prozesse, die in der Wirtschaft wirklich schnell vonstatten gehen, in die Rechtsmaterie mit einzubringen und zu berücksichtigen, dass solche Dinge auch in der Rechtsordnung Eingang finden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Mittelstandsförderungsgesetz trifft Regelungen für die Auftragsvergabe. Es gibt strukturelle Wettbewerbsnachteile bei einer Generalvergabe für mittelständische Unternehmen. Deshalb ist es Ansatz dieses Gesetzes, deutlich zu machen, dass bei öffentlichen Aufträgen Fachlose und Teillose mit der Möglichkeit vergeben werden, dass auch kleine und mittlere Betriebe sich an der Ausschreibung beteiligen können. Ich finde, das ist eine sehr gute und wichtige Regelung. Es wird im Großen und Ganzen praktiziert. Es gibt immer wieder Ausnahmen. Deswegen halte ich es für sinnvoll, dies auch in die Regelung mit aufzunehmen, genauso wie die Verpflichtung zu einer ordentlichen Zahlungsmoral, eigentlich eine Selbstverständlichkeit für die öffentliche Hand, dass Leistungen der Handwerker zeitnah und ordnungsgemäß vergütet werden. Aber es sind immer wieder Fälle

bekannt, dass dies nicht erfolgt, dass Handwerker ihre Leistungen erbringen, aber die Rechnungen nicht erstattet bekommen, also quasi vorfinanzieren müssen. Hier brauchen wir eine Regelung, dass die Kommunen verpflichtet werden, zeitnah auszuzahlen. Ansonsten besteht die Einschränkung, dass Fördergelder des Landes nicht fließen. Es ist die Bedingung an eine zeitnahe Zahlung von Rechnungen, um Förderungen zu erhalten.

Wichtig ist uns als SPD-Fraktion, dass wir mit dem Mittelstandsförderungsgesetz eine Überprüfungs-kultur für unsere Gesetzeslandschaft schaffen, dass wir die Geltungsdauer des Gesetzes beschränken und abprüfen, wie sich die Wirkung des Gesetzes entfaltet. Wichtig ist uns eine Transparenz, die dadurch geregelt ist, dass es einen Mittelstandsbericht geben wird, Mittelstandsfor-schung unterstützt wird und wir permanent und zeitnah über die Gesamtsituation des Mittelstandes in Rhein-land-Pfalz unterrichtet werden und die Möglichkeit ha-ben, unsere Entscheidungsprozesse anzupassen.

Sehr verehrte Damen und Herren, das Mittelstandsförderungsgesetz aus dem Jahr 1978 war bereits ein gutes, ein praktikables Gesetz. Dies bringen wir nun auf den neuesten Stand. Wir ergänzen es um wesentliche Bestandteile und freuen uns über die positiven Reaktionen aus den Kammern und den Wirtschaftsverbänden, die das Gesetz ausdrücklich unterstützen.

Rheinland-Pfalz ist und bleibt ein mittelstandsfreundliches Land. Die Ergebnisse und Erfolge sprechen für sich. Wir schaffen mit dem Gesetz gute Voraussetzungen, dass diese Erfolgsgeschichte weitergeht und es sich lohnt, Unternehmerin oder Unternehmer am Standort Rheinland-Pfalz zu sein.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die FDP-Fraktion hat das Wort Herr Kollege Eymael.

Abg. Eymael, FDP:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir freuen uns über diesen kräftigen wirtschaftlichen Aufschwung, den wir derzeit in Deutschland, aber auch in Rheinland-Pfalz erleben. Es ist ein gutes Ergebnis, wenn man über mehr als 4 % Wachstum zum derzeitigen Zeitpunkt berichten kann. Man muss allerdings wissen, wir hatten auch eine Reduzierung des Bruttoinlandsprodukts von mehr als 5 %. Wir haben also nicht ganz das erreicht, wohin wir wollen.

Dennoch möchte ich für diese Leistung der Wirtschaft und den Unternehmen in Rheinland-Pfalz gratulieren, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die auch verstärkte Kraftanstrengungen unternehmen mussten, dass es wieder so geworden ist.

Ich freue mich, dass wir nach wie vor bei der Arbeitslosigkeit an drittbesten Stelle mit der Tendenz nach oben

liegen. Auch das ist positiv. Darüber sollte man sich wirklich einmal freuen, ganz egal, ob die Bundesregierung oder die Landesregierung das zu verantworten haben. Wir alle freuen uns darüber, dass es so ist.

(Beifall bei FDP und SPD)

Herr Ministerpräsident, insofern wollte ich das noch einmal gerade rücken. In uns haben Sie einen Befürworter von positiven wirtschaftlichen Daten. Das wollte ich noch einmal deutlich machen.

Jetzt geht es darum, dass diese Arbeitsplätze in der Tat nicht nur erhalten bleiben, sondern auch in der Zukunft neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Ein Indikator ist da immer wieder die Exportquote, die jetzt mit 52,5 % hoch ist. Damit werden letztlich auch viele Arbeitsplätze mit abgesichert.

Ich möchte noch einmal das wiederholen, was Herr Mertin heute Morgen gesagt hat. Wir legen ein klares Bekenntnis zum Chemieland Rheinland-Pfalz ab, zur Chemieindustrie in Rheinland-Pfalz. Wir legen ein klares Bekenntnis zu unserer metallverarbeitenden Industrie, zu unserer Maschinenbauindustrie, zu unserer Ernährungsindustrie, zu unserer Fahrzeugindustrie ab. Ich sage das in aller Deutlichkeit, weil das alles nicht so selbstverständlich bei anderen ist.

Gerade die Industrie, die natürlich auch ihren Mittelstand hat, hat erheblich dazu beigetragen, dass sich die Wirtschaftsdaten dementsprechend wieder erholt haben und wir über diese 4,5 % Wachstum berichten können. Deshalb wollen wir sie auch in der Zukunft unterstützen.

Wir wollen auch, dass diese Unternehmen weiterhin forschen können und weniger populäre Forschungsfelder nach wie vor hier bleiben. Eine Auswanderung dieser Forschungskapazitäten wollen wir nicht. Jetzt sage ich, unsere Chemieindustrie ist im Verhältnis zu anderen Bundesländern im Grundsatz aufgeblüht. Wie sieht es denn in Hessen und in Nordrhein-Westfalen aus? Das war anders. Dort ist sie weitestgehend abgezogen. Vor dem Hintergrund also ein klares Bekenntnis unsererseits und ein klares Bekenntnis zu den vielen Tausend Arbeitsplätzen. Die Chemieindustrie stellt die meisten Arbeitsplätze im industriellen Bereich im Land Rheinland-Pfalz. Das muss man wissen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wichtig ist, dass in diesem Haushalt Rahmenbedingungen geschaffen werden, dass dieser wirtschaftliche Aufschwung entsprechend begleitet werden kann und diese Erfolgswerte fortgesetzt werden können. Wir begrüßen ausdrücklich die hohe Investitionsquote in diesem Haushalt von über 30 %. Das ist mit Grundlage, dass investive Ausgaben Priorität vor konsumtiven Ausgaben haben und investive Ausgaben letztlich mit dazu beitragen, dass es eine wirtschaftlich positive Entwicklung gibt und damit wiederum neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Wir haben es mit rund 420 Millionen Euro an Investitionen für Wirtschaft und Verkehrsinfrastruktur zu tun, wobei dann noch die Regionalisierungsmittel über 400

Millionen Euro hinzukommen. Diese müssen natürlich gezielt und punktgenau eingesetzt werden, unseres Erachtens vor allem für die Entwicklung der Privatwirtschaft; denn wir stehen nach wie vor als Partei für die soziale Marktwirtschaft. Ich sage das ohne Wenn und Aber. Unser Wachstum, unser Wohlstand, unsere Freiheit haben wir der sozialen Marktwirtschaft zu verdanken, auch wenn bei Meinungsumfragen heute der überwiegende Teil der Bevölkerung glaubt, der Sozialismus sei besser.

Wir sagen Nein, wir stehen für die soziale Marktwirtschaft. Ich betone, wir stehen für die soziale Marktwirtschaft als ein erfolgreiches Wirtschaftssystem.

(Beifall der FDP und bei der CDU –
Zuruf des Abg. Ramsauer, SPD)

Es gibt eine Umfrage, wonach 55 % der Deutschen für Sozialismus und nur 35 % für die soziale Marktwirtschaft sind.

(Ramsauer, SPD: Was ist das für eine Umfrage?)

Das sage ich in aller Klarheit.

Meine Damen und Herren, es ist mehrfach zum Ausdruck genommen, dass Mittelstand ein Thema in Rheinland-Pfalz ist. Ich will deutlich machen, dass das, was als Mittelstandsförderungsgesetz vorgelegt worden ist, in den einzelnen Punkten sicherlich diskutiert werden muss. Ich sage, die große Richtung stimmt. Wir werden im Ausschuss darüber diskutieren.

Herr Minister Hering, Sie wissen, dass es den einen oder anderen Punkt gibt, bei dem wir anderer Auffassung sind. Das gilt zum Beispiel dafür, wie man kommunale Eigenbetriebe im Verhältnis zur privaten Wirtschaft behandelt. Es ist Gott sei Dank deutlich erkennbar, dass die Regierung Privatwirtschaft vor Staatswirtschaft stellt. Das gilt zumindest für dieses Gesetz. Es war im Laufe der Legislaturperiode nicht immer so. Es gab ein paar Projekte, die mehr mit Staatswirtschaft als mit Privatwirtschaft zu tun hatten.

Herr Ministerpräsident, lassen Sie mich zwei Anmerkungen zum Schlosshotel machen. Sie haben das immer wieder mit Kloster Hornbach verglichen. Übrigens, das Kloster Hornbach ist nicht in Althornbach, sondern in Hornbach. Sie hatten vorhin immer wieder in Ihrer Rede von Althornbach gesprochen.

(Ministerpräsident Beck: Entschuldigung, es war ein Versprecher!)

Es ist wunderbar ausgebaut worden. Es gab allerdings sechs private Interessenten, es gab private Investoren. Es gab eine Wirtschaftlichkeitsprüfung. Es gab eine baufachliche Prüfung. Es gab private Investitionen.

(Frau Mohr, SPD: Andere Zeit!)

Es mussten nicht die Löffel, Messer und Gabeln finanziert werden. Das ist von Privaten investiert worden.

(Ministerpräsident Beck: Bei der gleichen Förderung!)

– Ja, es ist anders als in Bergzabern abgelaufen. Das will ich doch noch einmal klarstellen.

(Beifall der FDP)

Ich freue mich, dass das hervorragend läuft. Herr Ministerpräsident, Sie waren in Hornbach. Das läuft hervorragend. Er investiert und baut noch mal 40 Doppelzimmer auf eigene Kosten. Das brummt ohne Ende.

(Ministerpräsident Beck: Es lohnt sich! – Ramsauer, SPD: Hauptsache gut gess'!)

– Gut gess' hatten wir auch. Das läuft.

Ich will noch auf zwei, drei andere Projekte eingehen, die mir Kummer machen. Das ist zum Beispiel die Entwicklung der Flughäfen.

Herr Minister, wir wissen beide, dass das nicht einfach ist. Im Grundsatz sind private Investitionen kaum möglich. Ich habe gerade heute gelesen, dass private Investitionen in Zweibrücken fehlgeschlagen sind. Das sind Entwicklungen, dass das Land letztendlich als Betreiber zwei Flughäfen unterhält. Das geschieht mit einem riesigen Defizit. Dieses Defizit muss immer wieder vom Land getragen werden. Unseres Erachtens war der Ausstieg von Fraport nicht richtig. Man hätte sie in der Verantwortung belassen müssen; denn Fraport hat zum Verlustausgleich jährlich zwischen 15 und 20 Millionen Euro beigetragen. Das muss jetzt alles das Land mittragen.

Allein über Entwicklungsgesellschaften funktioniert das auch nicht. Das zeigt die Entwicklungsgesellschaft am Hahn. Außer Spesen ist bisher nicht viel gewesen. Das macht uns schon Sorgen. Wir stehen hinter den Konversionsprojekten. Daran gibt es keinen Zweifel. Wir wollen den Erfolg haben. Es ist eine schwierige Zeit für die beiden Flughäfen.

Es wird für die Low-Cost-Fliegerei insgesamt eine schwierige Zeit werden. Davon gehe ich fest aus. Im Flugbereich werden wir mehr auf den Cargosektor Wert legen müssen. Das ist der einzige Bereich, bei dem mittel- und langfristig Erfolge erzielt werden können.

Man muss die Unterschiede zwischen Hahn und Zweibrücken sehen. In Zweibrücken haben wir das Vier-Säulen-Modell, das einen anderen Ansatz verfolgt, nicht nur den Flugbetrieb, wie das in Hahn der Fall ist.

Wir hätten uns gewünscht, dass es beim Hahn private Betreiber und Investoren geben würde. Dies gibt es bis zum heutigen Zeitpunkt nicht. Beim Flughafen in Zweibrücken sieht es ähnlich aus.

Beim Nürburgring haben wir jetzt eine private Betreiber-gesellschaft. Das ist eine GmbH mit 200.000 Euro. Wenn die Insolvenz kommt, ist es ein Problem. Wir haben dann die 330 Millionen Euro im Haushalt und keiner weiß, wie es da oben weitergehen soll.

Ich war mehrfach vor Ort. Ich habe dort mit vielen Leuten gesprochen. Ich glaube, dass dieses ring^owerk und der Boulevardbereich nicht wirtschaftlich geführt werden können. Beide Teile können in dieser Form nicht wirt-

schaftlich geführt werden. Mit der Gastronomie, der Grünen Hölle und dem Feriendorf ist es etwas anderes. Das muss man differenziert sehen. Aber mit diesen beiden Kernbereichen wird es enorm schwer werden.

Wie der Pächter das letztlich ausgleicht und woher er die Millionen nimmt, weiß ich nicht. Ich höre einiges von Eintrittsgeldern, Besucherzahlen und von Verlusten bei Cash Settlement & Ticketing GmbH. Herr Hering, daher können die angegebenen Pachtzahlungen nicht herkommen. Sie müssen anderswo herkommen, und zwar egal woher. Ich glaube, daher kommen sie eher weniger.

Wir wollen insgesamt den Erfolg des Nürburgrings. Die Rennstrecke ist erfolgreich. Die eigentliche Rennstrecke wird bisher erfolgreich betrieben. Ich hoffe, dass es so bleibt. Ich höre, es gibt schon gerichtliche Auseinandersetzungen mit dem neuen Betreiber und den Altbetreibern am Nürburgring. Das ist alles nicht so einfach. Es gibt dort Koppelungsgeschäfte. Die Mieten und Pachten werden hochgetrieben. All das ist heute schon Gegenstand des Anstoßes am Nürburgring. Das ist ein wichtiges Projekt. Die Probleme müssen gelöst werden, dass es auf eine Erfolgsspur kommt.

Ich will zum Thema „Bürokratie“ zwei bis drei Anmerkungen machen. Im Mittelstandsförderungsgesetz steht, dass jedes Gesetz auf die notwendige Bürokratiebelastung für den Mittelstand abgeklopft werden muss. Ich gebe Herrn Kollegen Licht recht. Das Tarifreuegesetz ist ein Monster an Bürokratie.

(Frau Mohr, SPD: Stimmt doch gar nicht!)

– Ja, Moment, Frau Kollegin, wenn Sie es natürlich nicht kontrollieren und einen Zettel an das Unternehmen zum Unterschreiben geben und ansonsten nichts passiert, dann gebe ich Ihnen recht, ist es relativ einfach. Wenn Sie eine vernünftige Kontrolle haben wollen, die es zum Beispiel beim Entsendegesetz und beim Mindestarbeitsbedingungengesetz nicht gibt und Sie es wirklich kontrollieren wollen, dann kommt auf die Betriebe eine Menge Arbeit zu. Wenn es legal nachvollzogen werden muss, dann haben Sie ein großes bürokratisches Monstrum, das Sie bewerkstelligen wollen, und zwar, ohne den entsprechenden Nutzen zu haben. Sie werden zu erheblichen Problemen in der Umsetzung des Ganzen kommen. Vor dem Hintergrund waren wir damals dagegen. Wir sind nach wie vor dagegen.

Bezüglich der Wirtschaftsförderung im Land ist zu sagen, sie ist gut aufgestellt. Die ISB ist als zentrales Organ der Wirtschaftsförderung noch in sozialliberaler Zeit entstanden. Das geschah damals mit Anteilen der Landesbank Rheinland-Pfalz. Damals hat man noch etwas für Anteile an der Landesbank bekommen. Heute muss man Milliarden hinterherschicken. Das war auch aus liberaler Sicht damals eine gute Maßnahme der Privatisierung. Das ist langfristig von Erfolg gekrönt. Das zeigt sich heute.

Natürlich war die SPD auch dabei. Herr Ministerpräsident, Sie haben das damals mehrfach gesagt. Ich weiß, dass Sie auch dabei waren. Ich weiß, dass es bei den Koalitionsverhandlungen mit ein Petitum von uns war. Sie haben es mitgetragen. Das ist klar. Das mussten Sie

damals auch. Vor diesem Hintergrund ist es auch Ihr Erfolg. Wir freuen uns über gemeinsame Erfolge in der Vergangenheit. Wer weiß, wie es weitergeht.

(Beifall bei der FDP –
Zuruf von der SPD: Man darf die Hoffnung
nicht aufgeben!)

Vor dem Hintergrund sage ich, es war der richtige Schritt. Diese 230 Millionen Euro, die als Stammkapital über die ISB geflossen sind, sind gut angelegt. Die mittelständische Wirtschaft profitiert davon auch in Krisensituationen. Das gilt beispielsweise für den Bereich der Existenzgründungsförderung mit Risikokapital, zinsgünstigen Darlehen, stillen Einlagen usw. Das gilt für alles, was es in diesem Bereich gibt. Das brauchen wir, um die Privatwirtschaft anzukurbeln. Das dient als Anschubfinanzierung und Unterstützung, um wirtschaftlichen Erfolg zu erzielen, neue Arbeitsplätze zu schaffen und neue Betriebe zu gründen.

Herr Ministerpräsident, Sie haben heute Morgen davon gesprochen, wir hätten so viele Betriebe wie noch nie.

Aber wir haben bei den Existenzgründern immer noch ein gewisses Defizit. Wenn Sie als Industrienation insgesamt Erfolg haben wollen, brauchen Sie eine Quote zwischen 12 % und 14 %. Die haben wir noch nicht ganz erreicht. Es gibt andere Länder und Nationen, die da noch besser sind als wir. Ich meine, die Grundlage dazu ist gegeben. In der Regel ist es in konjunkturell schwächeren Zeiten so, dass Sie mehr Existenzgründungen haben als in guten wirtschaftlichen Zeiten. Aber nichtsdestotrotz, die ISB ist da, um hier auch Hilfestellung zu leisten.

Das Gleiche gilt für Wirtschaftsförderungsmaßnahmen, sei es mit dem Mittel der Messförderung, oder es sei mit Mitteln der Außenwirtschaft grundsätzlich. Ich unterstütze die Außenwirtschaftsaktivitäten auch des neuen Ministeriums. Obwohl man dort personell gegenüber meiner Zeit jetzt meines Wissens eine Verdreifachung des Personals vorgenommen hat, hat es eine Verdreifachung des wirtschaftlichen Erfolgs leider noch nicht gegeben.

(Frau Mohr, SPD: Das kann ja wohl nicht sein!)

Für Außenwirtschaftsaktivitäten – Personal im Außenwirtschaftsreferat – sind angeblich sechs Leute beschäftigt. Ich weiß es nicht. Ich bekomme es erzählt. Es ist aber egal. Wenn sie Erfolg haben, ist es ja gut. Aber der dreifache Erfolg wird es noch nicht ganz sein. Daran können sie noch ein bisschen arbeiten.

Der Tourismus spielt eine wichtige Rolle. Obwohl der Tourismus in Rheinland-Pfalz nur etwa 6 % des Bruttoinlandsprodukts ausmacht, ist er doch ein Bereich von enormer Wichtigkeit, weil die Arbeitsplätze, die dort geschaffen worden sind, nicht verlagert werden können. Die werden im mittelständischen Bereich in der Gastronomie und Hotellerie geschaffen. Das ist das Schöne daran, wenn wir da stark sind, diese Arbeitsplätze sind sicher hier vor Ort. Aber da müssen natürlich unsere Fremdenverkehrsregionen mithelfen, sie entsprechend

attraktiv zu halten. Da gibt es große Unterschiede im Land Rheinland-Pfalz. Da gibt es auch Nachholbedarf.

Herr Ministerpräsident, gerade in dem Bereich, in dem Sie immer Urlaub machen, gibt es auch noch Nachholbedarf, im Bereich Untermosel zum Beispiel. Ich will nur einmal ein Beispiel herausnehmen. Das gilt aber genauso jetzt nach wie vor für Mittelrheinstrukturen und andere. Die Fremdenverkehrsregionen, die in den letzten Jahren neu aufgebaut worden sind, haben Vorteile und jetzt auch die höchsten Zuwächse, wie zum Beispiel Rheinhessen, wo die neuen Strukturen sind.

Nach 20 bis 25 Jahren braucht man wieder eine Art neue Struktur auch im Bereich der Hotellerie, der Gastronomie, im Wellnessbereich, im Gesundheitsbereich und was alles an Angeboten da ist. Ich glaube aber, das ist erkannt. Insbesondere im Verdrängungswettbewerb müssen wir in Rheinland-Pfalz gewinnen. Es gibt einen Riesenverdrängungswettbewerb inländisch. Da müssen wir gewinnen.

(Beifall der FDP)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend noch ein paar Anmerkungen zum Verkehr machen.

(Licht, CDU: Welchem?)

Den Fremdenverkehr hatte ich eben schon angesprochen, aber jetzt komme ich zum integrierten Verkehrskonzept grundsätzlich und der Verkehrsentwicklung in diesem Land. Wir stehen zum Straßenbau. Ich sage das in aller Deutlichkeit und in aller Klarheit. Wir wollen auch im Bundesautobahnbau Lückenschlüsse beseitigen: A 1, Westaufstieg oder Moselaufstieg, Trier, A 64, B 50 mit Hochmoselübergang.

Die A 65 Trier/Lauterburg wird auch ein Thema, das uns schon Jahrzehnte beschäftigt. Wir brauchen Kapazitätserweiterungen insbesondere auf unseren beiden großen Autobahnen, nämlich der A 6 und der A 61. Wir brauchen meines Erachtens durchgängig dreistreifige Fahrbahnen. Das ist noch viel zu wenig, was wir bisher haben.

(Beifall bei der FDP und der Abg. Frau Thelen, CDU)

Das ist aber alles ein Wunsch auch an die Bundesregierung, an Herrn Ramsauer. Wir brauchen nach wie vor den Mainzer Ring und als Ausbaukonzept für bessere Verbindungen endlich auch einmal ein Konzept für den Norden des Landes. Ich denke da an die A 3/A 45, Ausbau B 8, B 414, B 255.

(Staatsminister Hering: Gibt es!)

– Ja, da gibt es jetzt eins. Ja gut, wenn ein Konzept da ist, ist es ja schon einmal gut, aber es ist noch – – –

(Staatsminister Hering: Wir bauen schon!)

– Das ist ja wunderbar. Die B 10 brauche ich hier wohl weniger zu erwähnen.

Ich stelle aber auch fest, dass die Schlaglochpisten in Rheinland-Pfalz mehr werden.

(Frau Mohr, SPD: Die Winter werden härter!)

Das gilt insbesondere für die Landesstraßen.

(Ramsauer, SPD: Klimawechsel!)

– Die Schlaglochpisten liegen nicht am Klimawechsel, sondern schon zu Beginn des Winters jetzt bei den ersten Schneefällen gibt es Riesenaufbrüche, dass die Flickstellen aus dem vergangenen Jahr teilweise jetzt schon wieder aufbrechen und wir Riesenlöcher haben.

(Mohr, SPD: Die Winter werden härter!)

Deswegen wird natürlich auch der Erhalt der Landesstraßen im Vordergrund stehen, also Um- und Ausbau des bisherigen Systems. Ob da das Geld mit 95 Millionen Euro reicht, wage ich zu bezweifeln. Ich glaube, wir brauchen wieder eine Landesstraßenoffensive in der Zukunft; denn gerade die Landesstraßen verbinden im ländlichen Raum. Wenn die Menschen dort wohnen, dann wollen sie auf vernünftigen Straßen zur Arbeit fahren, sonst ziehen sie aus dem ländlichen Raum vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung weg. Das ist ein Problem. Deswegen brauchen wir vernünftige Straßen im ländlichen Bereich. Ich hoffe, dass das auch noch mit diesen geringeren Ansätzen möglich ist.

Der Rheinland-Pfalz-Takt ist eine Erfolgsstory seit 1994, ein integriertes Verkehrssystem mit Regionalverkehren auf der Schiene. Trotz einmaliger Kürzung der Regionalisierungsmittel von 38 Millionen Euro konnte letztlich ein attraktives Angebot erhalten bleiben. Ich glaube, es wird wichtig sein, dass man die Nachfrage noch mehr steigert als in der Vergangenheit, das Angebot attraktiv hält, vielleicht sogar noch verbessert; denn durch die Ausschreibungen werden voraussichtlich Mittel eingespart werden. Deswegen sollte das Konzept mit Reaktivierung von Bahnstrecken mit noch besserem Zugmaterial, der weiteren Sanierung von Bahnhöfen, in dem einen oder anderen Fall vielleicht auch noch kürzere Taktzeiten, mehr Zugkilometer, weiter verfolgt werden. Das alles sind die Stichworte, die Sie, Herr Minister, auch kennen.

Wir haben als FDP-Fraktion dann noch einen kleinen Wunsch, einen klitzekleinen Wunsch. Wir haben eine sehr erfolgreiche S-Bahn im Rhein-Neckar-Bereich. Wir haben dazu jetzt auch einen Antrag eingebracht, dieses klitzekleine Stück – der Herr Ministerpräsident hat es heute Morgen schon angesprochen – zwischen Homburg und Zweibrücken. Das fehlt in der Tat dort. Die Leute fühlen sich dort vom SPNV abgehängt.

(Zuruf des Staatsministers Hering)

– Ja, aber heute Morgen war interessant, der Herr Ministerpräsident hat heute eine Aussage gemacht, dass er bereit wäre, einen Teil der Mittel aufzubringen. Darüber müssen wir im Ausschuss noch einmal reden, wie das genau gemeint war. Unmögliches können wir auch nicht fordern. Das ist selbstverständlich. Es geht im Grundsatz aber darum, die Investitionskosten werden irgendwo bei zehn bis zwölf Millionen Euro liegen. Die dürften nicht

das Problem sein. Das Problem werden eher die Betreiberkosten sein, die jährlich anfallen. Ich schätze einmal, sie werden in einer Größenordnung von zwei Millionen Euro bis drei Millionen Euro oder bei einer Million Euro liegen. Darüber sollten wir einmal vernünftig reden, wie wir vielleicht gemeinsam ein vernünftiges Konzept hinkommen, um auch die Zweibrücker anzubinden.

(Beifall der FDP)

Das wäre dann sozusagen das i-Punktchen für den Rheinland-Pfalz-Takt, auch für den Rheinland-Pfalz-Takt 2015.

Meine Damen und Herren, zum Abschluss noch einen Satz: Dem Sparkassengesetz werden wir zustimmen.

(Ramsauer, SPD: Das ist aber gut!)

Ich bedanke mich.

(Beifall der FDP)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank, Herr Kollege Eymael.

Ich darf als Gäste im Landtag Vertreter des Schülerunternehmens „Traubenmarke“ vom Schulzentrum Oberwesel, Landfrauen aus Wolfsheim sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verbandsgemeindeverwaltung und der Verbandsgemeindewerke Eisenberg begrüßen. Herzlich willkommen hier in Mainz!

(Beifall im Hause)

Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Guth das Wort.

Abg. Guth, SPD:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich werde das Notwendige zur Verkehrspolitik mit der gebotenen Kürze sagen, so wie es mir Kollege Pörksen auferlegt hat.

Aber bevor ich zur Verkehrspolitik komme, möchte ich doch noch etwas zu den Ausführungen des Kollegen Licht von der CDU-Fraktion sagen. Lieber Herr Kollege Licht, es war das übliche Genörgel. Es wird an der einen Stelle zu wenig gemacht, aber an der anderen Stelle zu viel Geld ausgegeben. Der Nürburgring kam wieder vor. Es wurde keine Antwort auf die drängenden Fragen der Zeit gegeben, wie es mit der Wirtschaftspolitik hier im Land weitergehen soll.

(Dr. Mittrücker, CDU: Och! –
Licht, CDU: Hören Sie nicht!)

Es gab keine Antworten. Sie haben gerade gehört, wie das Land Rheinland-Pfalz, wie die SPD-Landesregierung mit der Wirtschaftskrise umgegangen ist. Ministerpräsident Kurt Beck hat berichtet, dass allein durch diese Maßnahmen – Bürgschaftsprogramm und ISB – 7.000 Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz gerettet werden

konnten. Von Ihnen kam keine Antwort dazu. Von der CDU-Fraktion gab es bei dem Beitrag zur Wirtschaftspolitik keine Antwort auf die Frage, wie wir mit den jungen Leuten umgehen, die weiterqualifiziert werden müssen, wie wir mit den Migranten umgehen, die ins Berufsleben überführt werden müssen, was wir mit den Langzeitarbeitslosen machen. Mein Kollege Sippel hat gerade einen Strauß von Möglichkeiten aufgezeigt, was die Landesregierung in diesem Bereich macht. Von Ihnen gab es keine Antwort auf diese drängenden Fragen der Zeit.

(Beifall bei der SPD –
Ramsauer, SPD: Hast Du eine Antwort
erwartet von denen?)

– Nein, ich habe keine erwartet.

Lieber Herr Kollege Eymael, Ihre Ausführungen waren da schon etwas differenzierter.

Zum Landestarifreugesetz muss ich aber noch etwas sagen. Sie haben gerade wieder das Landestarifreugesetz kritisiert. Das Gesetz haben wir im zurückliegenden Plenum ausführlich beraten. Es kann aber doch auch nicht im Interesse der FDP sein, dass Handwerksbetriebe Leute für 3, 4 oder 5 Euro die Stunde beschäftigen, dadurch einen Auftrag bekommen und andere Handwerksbetriebe dadurch ausgeschlossen werden, die ihre Leute ordentlich bezahlen.

(Beifall der SPD –
Eymael, FDP: Das will doch niemand!)

– Lieber Kollege Eymael, das kann auch nicht im Interesse der FDP sein.

Sie haben die möglicherweise notwendige Bürokratie kritisiert. Wir haben gesagt, wir schauen uns das ein Jahr lang an. Wir gehen davon aus, dass keine bürokratischen Aufwendungen erforderlich sind. Aufgrund der Erfahrungen aus anderen Bundesländern wissen wir das. Wenn das aber trotzdem so sein sollte, sind wir gerne bereit, darüber noch einmal zu reden und Nachbesserungen vorzunehmen.

Jetzt aber zu der von Ihnen mit Spannung erwarteten Rede zur Verkehrspolitik, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Zu den Kernaufgaben einer guten Wirtschaftspolitik gehört natürlich auch eine gute Verkehrspolitik, die hier in Rheinland-Pfalz praktiziert wird. Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist wesentlicher Bestandteil eines fortschrittlichen und dynamischen Wirtschaftsstandorts. Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur sichern die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen, gewährleisten eine Stärkung strukturschwacher Räume und sind wesentliche Voraussetzung für Wachstum und Beschäftigung. Investitionen in unsere Infrastruktur sind deshalb Investitionen in unsere Zukunft.

Wir sichern die Mobilität in unseren ländlichen Räumen – Kollege Eymael, da sind wir uns einig – und sichern so

die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Rheinland-Pfalz. Auch in der Zukunft stehen wir für weitere deutliche Verbesserungen der Verkehrsanbindungen im Lande. Unsere Straßenprojekte sind von besonderer regionaler und überregionaler Bedeutung.

Einige bedeutsame Maßnahmen des Bundes, die durch unseren Landesbetrieb Mobilität mit umgesetzt werden, sind der Lückenschluss auf der Eifel-Autobahn A 1 und der Hochmoselübergang. Die B 50 wird im Jahr 2011 den Flughafen Hahn und die Region autobahnähnlich an das Rhein-Main-Gebiet und die Verkehrsadern Europas anbinden. Die Planungen für die Rheinbrücke im Raum Wörth/Karlsruhe laufen. Mit den Maßnahmen auf der A 60 und dem Mainzer Ring stärken wir die Verkehrssituation in unserer Landeshauptstadt, und der vierspurige Ausbau der gesamten B 10 zwischen Pirmasens und Landau entlastet die Region erheblich und sichert einen beschwerdefreien Verkehrsfluss.

Basis dieser Maßnahmen ist der Bundesverkehrswegeplan, der bereits in der rot-grünen Regierungszeit beschlossen wurde. Ich sage das ganz bewusst, weil beispielsweise die GRÜNEN auch diesem Bundesverkehrswegeplan zugestimmt haben, aber heute bei der sich nächstbietenden Gelegenheit draußen herumlaufen und sagen, da sind wir dagegen, und da sind wir dagegen, obwohl sie das mit beschlossen haben. So kann man auch keine Verkehrspolitik betreiben.

(Beifall der SPD und der FDP –
Eymael, FDP: Hochmoselübergang!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, viele Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer überwinden zur Arbeit große Strecken. Für die Unternehmen ist eine gute Verkehrsanbindung ein entscheidender Wirtschaftsfaktor. Deshalb bleibt auch der Erhalt und Ausbau des Landesstraßennetzes für uns von zentraler Bedeutung. Der Ausbau der Straßen hat höhere Priorität vor dem Neubau.

Der Haushalt unseres Landesbetriebs Mobilität hat 2011 ein Volumen von 251,3 Millionen Euro. Das als Anlage zu Kapitel 08 06 ebenfalls dargestellte Landesstraßenbauprogramm ist Teil des Wirtschaftsplans des LBM und hat wie in den Vorjahren ein Gesamtvolumen von 95 Millionen Euro.

Ich will ganz kurz differenzieren, wie sich die Zahlen zusammensetzen. Für Erhaltung, Um- und Ausbau stehen 66,9 Millionen Euro für rund 360 Maßnahmen zur Verfügung, davon für die Fahrbahnen ca. 52 Millionen Euro, für Knotenpunkte 2,3 Millionen Euro, für Bauwerke 6 Millionen Euro und für Radwege – das wird Sie auch interessieren – auch über 6 Millionen Euro. Für den Neubau von Landesstraßen sind rund 12,6 Millionen Euro für zehn Maßnahmen vorgesehen. Das ergibt das Gesamtvolumen von 95 Millionen Euro.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will es nicht versäumen, an dieser Stelle den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Straßenmeistereien und Autobahnmeistereien ein dickes Lob und Anerkennung auszusprechen.

(Beifall im Hause)

Der vergangene Winter 2009/2010 war recht hart und lang. Jetzt sind die Räumfahrzeuge teilweise schon seit Ende November wieder im Einsatz. Es erwartet uns offensichtlich noch einmal ein langer und harter Winter. Also ein großes Lob und Anerkennung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Straßenmeistereien und Autobahnmeistereien an der Stelle.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit den Programmen im Bereich des Radwegebaus hat die Landesregierung riesige Schritte gemacht, das Land umfassend erschlossen und eine sinnvolle Alternative zum motorisierten Verkehr geschaffen. Auch touristisch sind die Radwege mittlerweile ein voller Erfolg und bringen eine jährliche Wertschöpfung nach Rheinland-Pfalz. Diesen Weg wollen wir auch mit dem neuen Bauprogramm fortsetzen. Wie gesagt, über 6 Millionen Euro stehen hierfür wieder bereit.

Zu den Flughäfen ist schon einiges gesagt worden. Herr Kollege Eymael, auch wir unterstützen den weiteren Ausbau der rheinland-pfälzischen Flughäfen mit den Schwerpunktlughäfen Hahn und Zweibrücken. Der Flughafen Hahn ist Jobmotor und Leuchtturm für die ehemals schwache Region. Wir wollen weiter dranbleiben und im Dialog mit den Menschen vor Ort den Flughafen und die Region weiterentwickeln und den Ausbau der B 50 und die Reaktivierung der Hunsrückbahn dabei umsetzen. Das beständige Engagement von Wirtschaftsminister Hendrik Hering und Innenminister Karl Peter Bruch bei der Weiterentwicklung des Flughafens und der Region zeigen hierbei deutliche Wirkung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit großer Sorge sehen wir allerdings die Einführung der Luftverkehrsabgabe der schwarz-gelben Bundesregierung. Die Luftverkehrsabgabe schadet den Airlines und belastet die Passagiere finanziell. Dies haben die Unternehmen und die Flughäfen bereits bestätigt. Insbesondere die Regionalflughäfen, wie der Flughafen Hahn, sind von dieser Luftverkehrsabgabe stark betroffen. Die jetzt von Ryanair angekündigte Einstellung von Flugverbindungen mit dem neuen Sommerflugplan 2011 ist leider eine Folge dieser Entscheidung der schwarz-gelben Bundesregierung. Das schadet dem Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz.

Noch ein letzter Satz zum Schienenverkehr, liebe Kolleginnen und Kollegen. Der Schienenverkehr ist für Rheinland-Pfalz von großer Bedeutung. Mit der Einführung des Rheinland-Pfalz-Taktes im Jahr 1994 haben sich die Fahrgastzahlen nahezu verdoppelt. Mit dieser positiven Entwicklung liegt Rheinland-Pfalz in Deutschland an der Spitze. Diese Entwicklung werden wir als SPD-Landtagsfraktion weiter unterstützen. Mit dem Rheinland-Pfalz-Takt 2015 kann mit gleichen Finanzmitteln bis zum Jahr 2015 eine Erhöhung der Zugkilometer von derzeit 33 Millionen auf 40 Millionen Zugkilometer erfolgen. Das ist eine abermalige Steigerung um 20 %.

Richtig und wichtig sind auch sinnvolle und finanzierbare Reaktivierungsmaßnahmen. Wir unterstützen Verkehrsminister Hendrik Hering bei seinem Engagement zur Reaktivierung der Hunsrückbahn und der Bahnstrecke Heimbach – Baumholder. Die Zellertalbahn Monsheim –

Langmeil bleibt für uns ein Ziel. Frau Kollegin, an die Eifelquerbahn denken wir auch noch.

(Beifall der Abg. Frau Schmitt, SPD)

Erlauben Sie noch wenige Sätze zur Binnenschifffahrt. Ministerpräsident Kurt Beck hat bereits angesprochen, dass wir mit großer Sorge den Privatisierungswahn der schwarz-gelben Bundesregierung bei unserer Wasser- und Schifffahrtsverwaltung sehen.

(Eymael, FDP: Oh, oh!)

In Rheinland-Pfalz sind von diesen Überlegungen über 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betroffen.

(Eymael, FDP: Es wird doch keiner entlassen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können gerne darüber diskutieren und reden, ob man den Grünschnitt an den Gewässerrandstreifen in private Hände gibt und damit private Firmen beauftragt, aber bei der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung – bei der Wasser- und Schifffahrtsdirektion in Mainz und bei den vielen Außenstellen in Rheinland-Pfalz – geht es um Hochwasserschutz, um eine sichere Befahrung unserer Binnenschifffahrtsstraßen und um den Wirtschaftsfaktor, den die Binnenschifffahrt in diesem Bereich leistet. Darüber dürfen wir nicht diskutieren. Da dürfen wir auch nicht wackeln. Das ist ein Stück Daseinsvorsorge und Wirtschaftspolitik, die wichtig für unser Bundesland Rheinland-Pfalz sind.

(Beifall der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, noch ein letzter Satz: Zur Akzeptanz von Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen in der Bevölkerung gehört auch aktiver und passiver Lärmschutz. Wir setzen uns deshalb für eine Verkehrspolitik ein, die sich an der Verbesserung der Lebensqualität der Menschen, den Bedürfnissen des Wirtschaftsstandorts und am Natur- und Klimaschutz orientiert. Wir werden uns weiter auf allen Ebenen für den effektivsten Lärmschutz für die Menschen in Rheinland-Pfalz einsetzen.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die Landesregierung hat Herr Staatsminister Hering das Wort.

Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Was ist ein erfolgreicher Wirtschaftsstandort? An einem erfolgreichen Wirtschaftsstandort

– finden die Menschen Arbeit,

– hat man eine niedrige Arbeitslosenquote,

– wächst die Wirtschaft stärker als in anderen Regionen,

- entstehen neue zusätzliche Arbeitsplätze,
- werden mehr neue Existenzen als an anderen Standorten gegründet und
- ist es ein Anliegen der Wirtschaft und der Politik, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftlichen Erfolg in Einklang zu bringen.

Wenn wir diese Kriterien zugrunde legen, können wir erfreulicherweise feststellen, dass Rheinland-Pfalz ein sehr erfolgreicher Wirtschaftsstandort ist.

(Beifall der SPD)

Wir haben mit 5,2 % die drittniedrigste Arbeitslosenquote. Sie haben die Äußerungen der Bundesagentur für Arbeit bezüglich der Perspektive für die Jahre 2011 und 2012 lesen können. Man geht davon aus, dass die Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz unter die 5 %-Marke sinken wird. Das heißt, wir haben heute schon einige Landkreise mit einer Arbeitslosenquote von 3 %

(Beifall des Abg. Eymael, FDP)

und teilweise 4 %. Wir kommen in vielen Regionen des Landes in den Bereich einer Vollbeschäftigung, die aufgrund der hohen Flexibilität des Arbeitsmarktes bei 3 % bis 4 % angenommen wird.

Wir sind das Bundesland, das am stärksten wächst. Wir hatten im ersten Halbjahr ein Wirtschaftswachstum von 4,5 %. Das ist Platz 3 in Deutschland. Nur zwei Länder hatten ein höheres Wirtschaftswachstum.

Betrachten wir uns einmal, wie wir aus der Krise herausgekommen sind. Wir waren als exportstarkes Bundesland von der Finanz- und Wirtschaftskrise stärker betroffen als andere Bundesländer. Erfreulicherweise können wir heute bilanzieren, dass es nur zwei Bundesländer in Deutschland gibt, die einen besseren Wert haben, wenn wir das Bruttosozialprodukt vor der Krise mit heute vergleichen.

Das sind Brandenburg und Berlin. Diese hatten unter der Krise nicht so stark zu leiden. Deswegen können wir mit einem gewissen Stolz sagen, dass wir zumindest unter den alten Bundesländern dank einer gemeinsamen Anstrengung von Wirtschaft, Politik und Verbänden am besten durch die Wirtschaftskrise gekommen sind.

(Beifall bei der SPD)

Wir können auch deswegen stolz sein, weil sich das bewährt hat, wofür unser Ministerpräsident steht, nämlich eine Politik der Kooperation, bei der von der Politik Verantwortung übernommen, aber auch an das Verantwortungsbewusstsein der Wirtschaft appelliert wird.

Der Grundgedanke von sozialer Marktwirtschaft ist, dass nicht nur auf den wirtschaftlichen Erfolg geschaut, sondern auch Verantwortung von Unternehmen und Gewerkschaften übernommen und eine Politik konzipiert wird, bei der der Gedanke der Kooperation und der gemeinsamen Verantwortung gelebt wird.

Das hat sich eindrucksvoll in Rheinland-Pfalz mit dem Pakt für Rheinland-Pfalz bewährt. Auch deswegen sind wir besser durch die Krise gekommen als andere Bundesländer.

(Beifall bei der SPD)

Dank der erfreulichen Tatsache, dass die Wirtschaft wächst, gehört auch dazu, dass wir mit der Tariftreue und dem Tariftreuegesetz einen Beitrag leisten wollen, dass alle am wirtschaftlichen Erfolg partizipieren. Nach unserem Verständnis gehört zu einem erfolgreichen Wirtschaftsstandort aber auch, dass nicht einige wenige außen vor sind, die mit Dumpinglöhnen abgespeist werden.

(Beifall bei der SPD)

Herr Eymael, Sie haben eine konstruktive Rede gehalten. Ich bin für viele Hinweise und Anmerkungen und auch dafür dankbar, dass Sie eindrucksvoll betont haben, wie wichtig das Bekenntnis zum Industriestandort ist. Es ist ein ganz zentrales Anliegen auch dieser Landesregierung, den Industriestandort Rheinland-Pfalz zu stärken; denn die Länder, die wirtschaftlich erfolgreich sind, wie Rheinland-Pfalz, Bayern und Baden-Württemberg, sind auch die Bundesländer mit einem hohen Anteil an Industrieproduktion.

An der Aussage ist etwas dran, dass ein Wirtschaftsstandort dauerhaft nicht davon leben kann, dass wir uns gegenseitig die Haare schneiden – bei einigen ist das sowieso nicht ertragreich – und Versicherungspapiere verkaufen. Irgendwo müssen die Werte produziert werden, die Auftraggeber für Dienstleistungen sein können. Aus dieser klugen Erkenntnis heraus haben wir den Industriestandort gestärkt.

Das Land Rheinland-Pfalz ist attraktiv. Uns ist eine Vielzahl von Ansiedlungen aus anderen Bundesländern gelungen. Eines der erfolgreichsten Beispiele konnten wir erfreulicherweise letzte Woche – einige waren anwesend – mit Ministerpräsident Kurt Beck in Ludwigshafen feiern, nämlich dass die Firma Vögele nach Rheinland-Pfalz gekommen ist. Sie hat klar zum Ausdruck gebracht, dass sie in Rheinland-Pfalz ideale Standortbedingungen und ein ideales Miteinander der Verantwortlichen in Politik von den Kommunen bis zum Land vorgefunden hat. Das ist ein Paradebeispiel dafür, wie in Rheinland-Pfalz Wirtschaftspolitik gemacht wird.

(Beifall bei der SPD)

Leider ist Frau Thelen nicht anwesend. Mich hat verwundert, dass sich eine Sozialpolitikerin darüber moniert, dass das Bruttoinlandsprodukt

(Licht, CDU: Nein, sie hat nur etwas festgestellt! –
Dr. Mittrücker, CDU: Das ist doch
überhaupt nicht wahr!)

pro Kopf in Rheinland-Pfalz geringer als in anderen Bundesländern ist.

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

– Doch, das hat sie kritisiert. Seien Sie doch nicht so nervös.

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

– Doch, Sie sind nervös.

(Zurufe von der CDU)

Herr Licht, es gibt viele Gründe, die Nervosität der CDU in dieser Woche zu verzeihen. Hören Sie doch einfach einmal zu!

Ich halte es schon für bemerkenswert, wenn eine Sozialpolitikerin moniert, dass das Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz etwas geringer ist als im Vergleich mit anderen Bundesländern. Obwohl wir einen höheren Anteil von Industrieproduktionen, eine geringere Arbeitslosenquote und ein höheres Wirtschaftswachstum als andere Länder haben, kann man sich die Frage stellen, warum einige Länder ein höheres Bruttoinlandsprodukt pro Kopf haben. Es gibt dafür auch Gründe.

Bei uns werden mehr Menschen zu Hause gepflegt. Deswegen verzichten Menschen darauf, einer Arbeit nachzugehen, weil sie glauben, der sozialen Verantwortung gerecht werden zu müssen. Wir haben viele Landwirte, die ihren Betrieb weiterführen, weil sie ihn ererbt haben und wissen, dass sie vielleicht nicht so viel verdienen können – teilweise haben sie gute Berufsausbildungen –, als wenn sie woanders arbeiten gehen würden.

Wir haben viele Rentner und Pensionäre, die nach Rheinland-Pfalz kommen, weil sie sagen, dass es in diesem Land eine hohe Lebensqualität gibt. Wir sind stolz auf diese Menschen, die andere zu Hause pflegen, die landwirtschaftliche Betriebe führen und die als Rentner und Pensionäre zu uns kommen, obwohl wir wissen, dass dies in der Statistik dazu führt, dass wir ein geringeres Bruttoinlandsprodukt pro Kopf haben. Wir sind trotzdem stolz darauf, ein attraktives Land zu sein und Menschen mit solcher Verantwortung zu haben.

(Beifall der SPD)

Deswegen sollte man vorsichtig sein, wenn man hervorragende Wirtschaftsdaten hat, im Land Rheinland-Pfalz irgendetwas zu suchen, an dem man herumkritisieren kann.

Herr Eymael, der Ansatz von Ihnen ist besser gewesen, nämlich zu sagen: Rheinland-Pfalz ist ein guter Wirtschaftsstandort. Wir haben Erfolg. Auch wenn wir in der Opposition sind, werden wir nicht versuchen, die Fakten herumzudrehen, sondern bekennen uns zu den Fakten, die in Rheinland-Pfalz gelten. –

(Beifall bei der SPD)

Herr Licht, Sie haben von dem Wirtschaftsverwaltungsminister gesprochen. Zum einen halte ich sehr viel davon, dass man das Vermögen, das man anvertraut bekommt, ordnungsgemäß verwaltet. Das gilt im Großen und im Kleinen, ob man Verantwortung für Kassen hat, die vom Volumen her überschaubar sind oder das Ge-

genteil der Fall ist. Das sollte man ordnungsgemäß machen. Das ist die Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Politik, um Verantwortung übernehmen zu können.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD –
Licht, CDU: Und sich nicht aus der Verantwortung stehlen, das sollte man auch nicht!)

– Sie werden das mit Ihrer Fraktionsführung für kleinere Kassen auch tun müssen.

Wir sind in Deutschland auch das Land des modernen Mittelstands. Wir haben viele innovative Politikinstrumente gerade in den letzten Jahren vorangebracht. Andere Bundesländer schauen auf Rheinland-Pfalz und wollen unsere Informationsmaterialien haben, weil sie das umsetzen wollen. Die lebensphasenorientierte Personalpolitik, das Wirtschaftsförderungsgesetz, das wir neu auf den Weg bringen, und die Innovationsförderung sind Beispiele einer innovativen Wirtschaftspolitik, für die sich andere Bundesländer interessieren, die in Rheinland-Pfalz gemeinsam mit der Wirtschaft gestaltet werden.

Dazu gehört eben auch das Mittelstandsförderungsgesetz, das wir heute einbringen. Nach nunmehr über 30 Jahren war es notwendig, es dem aktuellen Stand anzupassen. Wir formulieren dort, was wir uns unter einer modernen Wirtschaftspolitik im 21. Jahrhundert vorstellen. Dazu gehört – das war 1978 kein Schwerpunkt –, verstärkt auf Innovationsförderung zu setzen, indem wir den Prozess der wissenschaftlichen Erkenntnis bis hin in die mittelständischen Betriebe hinein effizienter gestalten, auch in guter Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftsministerium der Kollegin Ahnen. Gemeinsam können wir prüfen, wie unsere Forschungsinfrastruktur noch mittelstandsfreundlicher ausgebaut werden kann, um diesen Prozess zu verbessern. Deswegen kommen wir davon weg, nur Investitionsförderung zu betreiben, sondern bauen verstärkt Cluster und Netzwerke auf. Das Netzwerk „Metall, Keramik, Kunststoff“ und das Cluster Nutzfahrzeuge sind Beispiele für diese Politik.

Herr Licht, wir haben mit als einziges Bundesland die Mittelstandsklausel in das Gesetz eingeführt. Wir werden zukünftig bei jedem Gesetz und jeder Verordnung prüfen, welche Auswirkungen diese Regelung auf den Mittelstand hat. Das ist viel sinnvoller als das, was die Normenkontrollkommission im Bund betreibt. Dort werden viele Menschen bezahlt und damit beschäftigt, Statistiken zu führen. Konstruktiv ist dort bisher wenig herausgekommen. Wir hingegen betreiben eine zielorientierte, praktische Politik für die Unternehmen in Rheinland-Pfalz.

(Beifall der SPD)

Zur Fachkräftesicherung konnte der Ministerpräsident den Kollegen Licht aufklären. Das, was Sie gefordert haben, wird in Rheinland-Pfalz seit einem halben Jahr umgesetzt. Wir haben den Pakt für Ausbildung konsequent zu einem Pakt für Fort- und Weiterbildung zur Fachkräftesicherung ausgebaut und haben diese Vereinbarung mit der Wirtschaft zunächst für das Jahr 2013

getroffen; dann werden sich die Maßnahmen genau konkretisieren.

Dann haben Sie die Ausschreibungskriterien im Tariftreuegesetz moniert und behauptet, das sei Bürokratismus.

(Licht, CDU: Ja!)

Wir haben zur besseren Lesbarkeit des Gesetzes das übernommen, was im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen im Bund formuliert und von Ihrer Bundeskanzlerin unterschrieben wurde. Was im Bund als Gesetz veröffentlicht wurde, haben wir wortwörtlich in dieses Gesetz übernommen. Wenn Sie das als Bürokratismus bezeichnen, was der Bund vorgibt und was für die Wirtschaft gilt – und was wir zur besseren Lesbarkeit übernommen haben –, dann brauchen Sie sich nicht hier im rheinland-pfälzischen Landtag zu beschweren, sondern müssen sich bei Ihrer Bundeskanzlerin wegen dieser Formulierung beschweren.

(Licht, CDU: Hier sind Sie der Ansprechpartner!)

Wir halten das allerdings, im Gegensatz zu vielem anderen, was in Berlin beschlossen wird, für eine vernünftige Regelung, die diese Bundesregierung auf den Weg gebracht hat, eine der ganz wenigen.

(Beifall der SPD –

Frau Mohr, SPD: Das hat er ja nicht gewusst!)

– Wir haben Herrn Licht schon einmal darüber aufgeklärt, aber bei manchem tritt der Lernerfolg erst beim dritten oder vierten Mal ein. Wir werden uns auch weiterhin Mühe geben, das auch Ihnen, Herr Licht, beizubringen.

Wir haben die hohe Investitionsquote im Einzelplan 08 betont. In der Tat ist das ein Investitionsmotor für das Land. Die Investitionsquote beträgt mehr als ein Drittel des gesamten Haushaltsvolumens dieses Einzelplans, immerhin ein Volumen von 420 Millionen Euro, im Kernhaushalt 275 Millionen Euro. Mit den Ansätzen des Landesbetriebs Mobilität kommen wir auf ein Investitionsvolumen von 420 Millionen Euro. Darauf konzentrieren wir uns auch: möglichst viele Mittel für Investitionen zu nutzen, um die Infrastruktur im Land zu verbessern. –

Es ist uns auch gelungen, 2009/2010 im Straßenbau in Rheinland-Pfalz 100 Millionen Euro pro Jahr mehr zu investieren als in den vergangenen Jahren, auch dank einer guten finanziellen Ausstattung, die wir vom Bund bekommen haben. Sie haben einige wichtige Projekte angesprochen: den Hochmoselübergang. – Wir haben zu diesem Projekt immer gestanden. Wir haben dafür gesorgt, dass die Planung überarbeitet wird. Wir haben das Baurecht bekommen und haben beim damaligen Bundesminister Tiefensee, bei der damaligen Bundesregierung ein Sonderkontingent für Rheinland-Pfalz von 160 Millionen Euro erreicht. Ansonsten wäre der Hochmoselübergang nicht finanzierbar gewesen.

Wenn wir aber weitere Projekte betrachten, dann haben wir leider nicht mehr dieselbe Situation wie bei der vorletzten Bundesregierung. Zuvor hatten wir erreicht, dass

wir dann, wenn wir in Rheinland-Pfalz ein Baurecht für Bundesmaßnahmen erhalten haben, dann auch die Finanzmittel bekamen. Jetzt haben wir aufgrund besonderer Anstrengungen bei der Verwaltung bei sechs verschiedenen Maßnahmen Baurecht: in Konz-Köhen, in Bad Bergzabern, in Kastellaun, in Impfingen, an der B 10 – ich könnte weitere Maßnahmen nennen.

(Zuruf des Abg. Eymael, FDP)

Aber wir befinden uns in der Situation, dass entgegen aller Aussagen von Fachleuten der Bundesverkehrshaushalt nicht gekürzt werden kann. Wir brauchen ein Investitionsvolumen von 6 Milliarden Euro, um die Straßeninfrastruktur in einem guten Zustand zu erhalten und notwendige Ergänzungen durchzuführen. Nun hat man dort eine Kürzung um 1 Milliarde Euro vorgenommen. Das ist auch für den Wirtschaftsstandort Deutschland unverantwortlich. Nach dieser Kürzung können Straßen nicht im jetzigen Zustand erhalten werden. An die Umsetzung von Neubaumaßnahmen ist überhaupt nicht zu denken. Deswegen muss die Politik der Bundesregierung in diesem Punkt – in vielen anderen Punkten auch, aber speziell in diesem – geändert werden. Alles andere wäre für ein Flächenland wie Rheinland-Pfalz unverantwortlich.

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Licht, CDU)

– Ja, Herr Licht, das würden Sie besser an anderer Stelle monieren, statt hier nur heruzukritisieren, wenn dort Kürzungen vorgenommen werden, die auch verhindern werden, dass wir in Kastellaun bauen können, in Ihrer Heimat. Dort haben wir Baurecht und könnten die Straße bauen, wenn der Bund uns die Genehmigung geben würde. Wir haben dieses Projekt in seiner Priorität ganz nach oben gesetzt, weil es bereits am längsten Baurecht hat. In normalen Zeiten würden dort im nächsten Jahr die Bagger rollen. Ich bin einmal gespannt, ob unter den sechs oder sieben Maßnahmen, die im Bund nur auf den Weg gebracht werden können, eine aus Rheinland-Pfalz sein wird. Normalerweise, in normalen Zeiten, müsste hier mit vier oder fünf Maßnahmen begonnen werden. Dass dies nicht geschieht, behindert und schädigt den Wirtschaftsstandort Deutschland.

(Beifall der SPD –
Licht, CDU: Wir sind wieder bei demselben Maß wie vor dem Konjunkturprogramm! Nicht mehr und nicht weniger!)

– Herr Licht, ich habe auch unter SPD-Verkehrsministern gesagt: Dieses Niveau ist deutlich zu niedrig. Das muss entsprechend der Pällmann-Kommission angepasst werden. Endlich hatten wir ein angemessenes Niveau. Das ist in unverantwortlicher Weise abgesenkt worden.

Auf Ebene der Verkehrsminister habe ich erreicht, dass eine Kommission erneut feststellen wird, wie hoch der Bedarf an Verkehrsinfrastruktur ist und was wir in Deutschland brauchen; denn es geschieht ein Weiteres: Auch im Bereich der Wasserstraßen wird massiv gekürzt. Auch die Maßnahmen an der Mosel, die fest zugesagt worden sind, sind infrage gestellt worden. Kolle-

ge Ramsauer hat mir einen Brief geschrieben, in dem stand, zu diesen Fragen könne man sich nicht abschließend äußern – ob Moselschleusen ausgebaut werden können oder nicht. Auch diese Maßnahmen sind zentral für das Land Rheinland-Pfalz.

Ich bin dem Ministerpräsidenten dankbar, der angeregt hat, dass wir eine Konferenz für die Entwicklung des Verkehrsmediums Wasserstraße gestalten, das in Rheinland-Pfalz eine ganz hohe Bedeutung hat, denn vier der zehn größten Binnenhäfen in Deutschland befinden sich in Rheinland-Pfalz. Wir haben wichtige Werften und Hafenbetriebe. Auch das ist für den Wirtschaftsstandort wichtig. Bei dem momentanen Bundeshaushalt müssen wir aber befürchten, dass wir diese Investitionen nicht auf den Weg bringen können.

Ja, darüber kann man sich wirklich aufregen, sodass einem fast die Stimme wegbleibt. Man hat sich bemüht, das Baurecht zu bekommen, und kann nicht handeln, weil die Mittel fehlen.

Der Rheinland-Pfalz-Takt ist angesprochen worden. Das ist eine Erfolgsstory. Wir werden sie fortschreiben. Mit dem innovativen Konzept „Rheinland-Pfalz-Takt 2015“ können wir zusätzlich 10 Millionen Zugkilometer mit demselben Geld bestellen. Damit können wir die Qualität deutlich verbessern: Ruftaxisysteme, Rufbussysteme werden innovative Instrumente sein, die wir weiterentwickeln, um auch im ländlichen Raum öffentlichen Personennahverkehr zu ermöglichen. –

Herr Licht, dann haben Sie ausgeführt, wir würden im Bereich Wirtschaftsförderung die Mittel zurückfahren. Wir haben sie in der Krise deutlich gestärkt. Wir haben vor allen Dingen die Förderinstrumente unbürokratischer und zügiger ausgestaltet. Wir können Ihnen auch beweisen, dass sich das ganz konkret in Zahlen ausgewirkt hat. Wir haben uns genau angeschaut, wie wir Investitionstätigkeit von Unternehmen fördern können, indem wir ihnen die Möglichkeit verbessern, zügig und unbürokratisch an die Förderdarlehen der ISB zu kommen. Die Zahlen sind beachtlich.

Das Darlehensvolumen hat 2006 115 Millionen Euro betragen. 2007 waren es 325 Millionen Euro. Es hat im Jahr 2010 bis zum 30. September 209 Millionen Euro betragen. Wir gehen aufgrund der massiv gestiegenen Investitionstätigkeit in der Wirtschaft und den besseren Fördermodellen, die wir auf den Weg gebracht haben, davon aus, dass wir im Jahr 2011 450 Millionen Euro Förderdarlehen für die mittelständische Wirtschaft bereitstellen können. Das ist fast eine Verdreifachung des Darlehensvolumens. Es ist intelligente Wirtschaftsförderung, mit wenigen Zinszuschussmitteln enorme Hebel für die Investitionstätigkeit in der Wirtschaft auszulösen. Das ist intelligente Wirtschaftspolitik, wie sie in Rheinland-Pfalz umgesetzt wird, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Ich könnte Ihnen auch Programme wie Innovationsförderung nennen. Wir haben einen Innovationsfonds auf den Weg gebracht. Wir haben in Rheinland-Pfalz 20 Millionen Euro bereitgestellt, um die Möglichkeit zu geben, uns mit Eigenkapital an Existenzgründungen zu betei-

gen, weil wir mehr Existenzgründer im Hightechbereich am Standort Deutschland brauchen. Für uns ist es ein Instrument von sozialer Gerechtigkeit.

Es kann nicht sein, dass jemand, der eine hervorragende Ausbildung und eine überzeugende Geschäftsidee hat, einen Businessplan vorlegt, der vom Grunde tragfähig ist, aber aufgrund seiner sozialen Herkunft und der Tatsache, dass er sein Studium hat finanzieren müssen, seine ersten Schritte in Forschungsinstituten machen konnte, nicht das notwendige Eigenkapital hat, um Existenzgründer zu werden. Wir brauchen dieses Potenzial dieser kreativen Menschen, die aufsteigen wollen und besonderen Ehrgeiz mit sich bringen. Deswegen haben wir die Entscheidung getroffen, Möglichkeiten zu schaffen, uns für fünf oder zehn Jahre an solchen Unternehmen mit Eigenkapital zu beteiligen. Auch das ist innovative Wirtschaftspolitik, und sie kommt dem Gesichtspunkt von sozialer Gerechtigkeit nahe und beweist, wirtschaftlicher Erfolg und soziale Gerechtigkeit kann man mit guter Politik in Einklang bringen. Das tun wir in Rheinland-Pfalz.

(Beifall der SPD)

Ich will aufgrund der Zeit einige Punkte stichpunktartig erwähnen. Stichwort Tourismus. Auch dort investieren wir in der Förderung 10 Millionen Euro. Dort haben wir 190.000 Arbeitsplätze. Mit der Tourismusstrategie 2015 haben wir ein durchdachtes Konzept vorgelegt, um das Potenzial des Tourismus zu steigern.

Außenwirtschaft: Exportquote 52 %. Auch das sind klare Zahlen für den Erfolg.

Herr Licht, ich will, weil Sie es angesprochen haben, auf den Flughafen Hahn zu sprechen kommen.

Bei dieser Landesregierung ist es vollkommen unstrittig, dass es bei der Nachtflugerlaubnis beim Flughafen Hahn bleibt. Das ist eine Errungenschaft, ein Wettbewerbsvorteil, den der Flughafen Hahn hat. Niemand denkt daran, hier Einschränkungen vorzunehmen.

Wer sich für den Flughafen Hahn einsetzt, könnte das, insbesondere wenn er Mitglied der CDU ist, auch dadurch tun, dass mit dem Wortbruch in Hessen aufgehört wird. Dort hat man Menschen ein Nachtflugverbot im Rhein-Main-Gebiet versprochen. Darauf aufbauend haben wir am Hahn investiert. Wenn dieser Wortbruch beendet würde, könnten wir am Hahn besser planen, könnten wir jetzt schon viele Airlines dort angesiedelt haben und hätten eine Reihe von Problemen nicht. Wir haben eine Reihe von Problemen am Flughafen Hahn wegen des Wortbruchs einer CDU-Landesregierung in Hessen.

(Beifall der SPD)

Herr Licht, seien Sie sicher, wir sind darauf vorbereitet, wenn hoffentlich den Bürgerinteressen nachgekommen wird, dass die Gerichte ein Nachtflugverbot verhängen werden. Wir haben die entsprechenden Vorbereitungen getroffen. Wir haben jetzt schon einige Frachtairlines, die zusätzlich an den Flughafen Hahn gekommen sind. Wir sind dort an die Kapazitätsgrenzen gestoßen. Wir

haben im November das höchste Frachtvolumen seit der Geschichte des Flughafens Hahn gehabt. Wir haben weitere Anfragen.

Wir werden investieren müssen, um solchen Anfragen nachzukommen. Auch diese Kraft werden wir aufbringen.

Deswegen wäre es falsch zu sagen, eine Lernfähigkeit wäre bei Ihnen nicht vorhanden. Es mag in manchen Fällen etwas dauern, aber in gewissem Umfang ist Lernfähigkeit vorhanden. Mittlerweile sind Sie auch dafür, dass die Luftverkehrssteuer dem Hahn schadet, und Sie sind dafür, dass die Luftverkehrssteuer ausgesetzt wird. Da hätten Sie früher Widerstand geleistet.

Herr Bracht, ich habe Ihnen damals von hier aus gesagt, hätten Sie die Erlaubnis gehabt, für die CDU zur Luftverkehrsabgabe statt Herrn Dr. Rosenbauer zu sprechen, wäre früher die vernünftige Erkenntnis gekommen. Sie haben damals dieses Instrument noch verteidigt, das sich nachteilig für Regionalflughäfen auswirkt. Das sehen wir am Flughafen Hahn, jetzt in Weeze, Memmingen und auch im Ansatz bei anderen Flughäfen.

Das war wirtschaftspolitisch eine Katastrophe, die in Berlin entschieden wurde. Man hätte entschiedener Widerstand leisten müssen, auch seitens Ihrer Partei. Vielleicht wäre dieser Unsinn zu verhindern gewesen. Wir müssen jetzt diese Nachteile ausbügeln. Wir werden das schaffen. Aber es sind unnötig Probleme für den Flughafen Hahn bereitet worden.

(Beifall der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Rheinland-Pfalz ist ein erfolgreicher Wirtschaftsstandort. Für uns ist wichtig, dass die Befragung der Unternehmen im Land, der Beteiligten der Wirtschaft, ergeben hat, 80 % der Befragten sind mit dem Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz zufrieden und gehen davon aus, die Situation wird im Jahr 2011 gleich gut oder sogar besser werden. Sie sind auch mit der Wirtschaftspolitik im Land zufrieden. Das bestätigt uns, in einer innovativen Wirtschafts- und Verkehrspolitik weiterzumachen. Sie war erfolgreich. Dafür sprechen die Fakten. Wir werden dafür sorgen, dass sie auch in den nächsten Jahren für den Standort Rheinland-Pfalz im Interesse der Menschen erfolgreich sein wird, damit sie einen Arbeitsplatz haben und für ihre Arbeit einen angemessenen Lohn bekommen. Das gehört beides für einen Wirtschaftsstandort dazu.

In diesem Sinne, vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die CDU hat Frau Kollegin Schäfer das Wort.

Abg. Frau Schäfer, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Anforderungen an eine moderne Landwirtschaft

sind gestiegen. Sie steigen stetig. Sie sollen qualitätsorientiert arbeiten. Betriebsmanagement und professionelles Arbeiten ist angesagt. Marketing und Kundenbetreuung ist gefragt. Verbraucherorientierung, umweltschonende Bewirtschaftung, Landespflege, Tiergesundheit, Flexibilität mit neuen Einkommensmöglichkeiten, die genutzt werden sollen, all das ist gefragt und trotzdem, oder besser, immer noch ist die Landwirtschaft der Garant für eine Versorgung der Bevölkerung mit gesunden Lebensmitteln.

(Beifall der Abg. Frau Schneider, CDU)

Ich möchte an dieser Stelle im Namen der CDU-Fraktion einen Dank an all die Landwirtinnen und Landwirte richten, die bereit sind, diese wichtige Aufgabe zu übernehmen, nicht nur in boomenden, sondern auch in landwirtschaftlichen Bereichen, in denen die Preisentwicklung nicht gerade positiv ist.

(Vizepräsident Bauchhage übernimmt den Vorsitz)

Die grünen Berufe haben wieder Zulauf, besonders in der Weinwirtschaft, aber auch in anderen landwirtschaftlichen Bereichen. Gerade die Jungen sind sehr engagiert. Sie haben Spaß und wollen Qualität liefern. Auch hier noch einmal unseren direkten Dank an die Junglandwirte, die Landjugend, aber auch an die Frauen, die Landfrauen, die in besonderer Weise zu dieser modernen Landwirtschaft beitragen.

(Beifall der Abg. Frau Thelen, CDU –
Unruhe im Hause)

Wenn jetzt die Kolleginnen und Kollegen im Saal ein kleines bisschen zuhören könnten, dann wäre das umso besser.

Vielen Dank.

Was ist nun die Aufgabe der Politik? Was steht im Haushalt? Was brauchen wir an Maßnahmen, um die Landwirtschaft hier zu unterstützen?

Wir müssen die Rahmenbedingungen schaffen, damit eine solche moderne Landwirtschaft wettbewerbsfähig ist. Wir brauchen gesunde Lebensmittel. Wir stehen auch zu ihrer Aufgabe, mit zum Erhalt unserer Kulturlandschaft beizutragen. Das ist die Botschaft, die wir heute senden sollen. Wir, die Gesellschaft, brauchen die Land- und Weinwirtschaft.

(Beifall der CDU)

Aber wir wissen auch, mit welchen Belastungen unsere Landwirtschaft zu kämpfen hat. Das ist zum einen die Preisentwicklung, von der ich gerade gesprochen habe, etwa in Bereichen wie Milch- oder Schweineproduktion, um die einmal zu nennen.

Es sind Naturkatastrophen, Hagel, Kälte-, Hitzeschäden, Auflagen und Bürokratie als Hemmschuh, Wettbewerbsfähigkeit ist hier das Stichwort, Beeinflussung der Landwirtschaft durch Umweltschutzmaßnahmen, Hochwasserschutz, Vogelschutzgebiete, Ausgleichsmaßnahmen beispielsweise, Stichwort Flächenverbrauch.

Es gibt Antragstaus bei Bodenordnungsmaßnahmen, veraltete Richtlinien im Wegebau, Auszahlungspraktiken. Wir haben uns erst in der letzten Sitzung des Ausschusses berichten lassen können oder müssen, dass es ein Problem mit der Junglandwirteförderung durch eine stark verzögerte Auszahlung gegeben hat, bei der eine Vorfinanzierung nachgefragt wird.

Es gibt auch das Problem, dass immer mehr Fördermaßnahmen im Umwelthaushalt zu finden sind oder die eigentlich für die Landwirtschaft zur Verfügung stehenden Fördertöpfe auch anders genutzt werden können. Ich nenne beispielsweise das LEADER-Programm, ein sehr gutes und tolles Programm, aber es kommt der Landwirtschaft direkt eher weniger zugute.

Insgesamt, um auf den Haushalt im Konkreten zu kommen, muss der Haushalt transparenter werden. Die Zielsetzungen und Perspektiven sind nur schwer zu erkennen. Das hängt zum einen mit der Frage der Kofinanzierung aus der EU zusammen, zum anderen aber auch mit der gegenseitigen Deckungsfähigkeit, die den kompletten landwirtschaftlichen Bereich im Haushalt durchzieht.

Wichtig ist aber auch, dass es eine unbürokratische und flexible Hilfestellung gibt, dass die geleistet werden kann. Wir sehen, dass Richtlinien überarbeitet werden müssen. Auf Initiative der CDU-Fraktion, ich glaube, es sind jetzt zwei Jahre her, ist erreicht worden, dass die Richtlinien zur Junglandwirteförderung verbessert wurden, und deshalb inzwischen die Junglandwirte dieses Programm auch sehr gut nutzen.

(Beifall der CDU –

Frau Schmitt, SPD: Was hatten Sie gegen deren Verbesserungen?)

Vielleicht zu dem Thema „Bürokratie und Auflagen“: Ich erinnere mich und auch Sie gerne an den viel beworbenen Coup der SPD vor fünf Jahren. Dann nenne ich einmal das Stichwort Clearingstelle.

Es ist ziemlich ruhig um diesen Apparat geworden. Wir haben angefragt, und es hat sich gezeigt, dass einzelne Probleme sicher gelöst werden konnten, die – sage ich einmal – mit gutem Willen auch ohne eine solche Stelle hätten aus dem Weg geräumt werden können. Aber Nachhaltigkeit ist es nicht. Nachhaltigkeit erreicht man, indem man das Übel an der Wurzel anpackt.

Deshalb unterstützen wir auch den Antrag zum Bürokratieabbau bei Cross-Compliance. Der Kern ist, dass die Direktzahlungen für die rheinland-pfälzischen Landwirte sichergestellt werden sollen. Das heißt, dass wir die erste Säule deutlich stärken sollten.

Grundsätzlich sollte auch gelten – da sollten wir alle hier in diesem Haus versuchen, Einfluss zu nehmen –, dass die 1 : 1-Umsetzung aller EU-Vorgaben auch umgesetzt werden kann. Deshalb ist es auch erforderlich, dass wir im Grundsätzlichen Wege dort beschreiten, wo die Probleme anstehen.

Wir sehen, dass die Landwirtschaft zusätzlich Aufgaben für die gesamte Gemeinschaft übernimmt. Das betrifft

unter anderem die Pflege der Kulturlandschaft, das setzt sich immer mehr als Aufgabe der Landwirtschaft um. Diese Leistungen sollten auch honoriert werden. Deshalb haben wir auch einen Antrag als CDU-Fraktion eingebracht, um zu erreichen, dass nicht nur die Eigendarstellung einer Landesregierung in den Blick genommen wird mit sehr schönen Veranstaltungen oder Workshops, sondern dass endlich die Umsetzung des Programms im Grundsätzlichen angegangen wird. Dafür schlagen wir zwei regionale Schwerpunkte für den Beginn vor: Mittelrhein und Mosel. –

(Beifall der CDU)

Ich mache jetzt einmal ein bisschen schneller, sonst ist die Zeit herum.

Ein weiteres Anliegen der Landwirtschaft ist die Bodenordnung. Hier kommt es immer wieder zu Problemen. Offiziell gibt es wohl keinen Antragstau, aber uns wird berichtet, dass es sehr wohl hängt und die Verfahren zu lange dauern. Da ist die Frage, woran es liegt, ob die Mitarbeiterzahl stimmt. Da hören wir von Krankheiten. Es muss sichergestellt werden, dass die Verfahren auch zügig durchgeführt werden können.

Optimierungsbedarf gibt es im Bereich der landwirtschaftlichen Wege, des Wegebbaus. Hier ist das Problem, dass die Richtlinien veraltet sind und die Förderung nicht mehr angemessen ist. Die Fahrzeuge werden größer und schwerer als früher. Die Antwort des Staatssekretärs im Ausschuss: Wir prüfen noch einmal ein Jahr. – Da schlagen wir vor, dass Sie sich mit anderen Bundesländern vernetzen, in denen das Problem auch besteht. Sehen Sie zu, dass man das zügig umgesetzt bekommt.

Wir haben noch einen weiteren Antrag, für den ich ganz kurz noch werben möchte. Das ist der Antrag zur Agrarforschung. Es hat eine Aufkündigung des Vertrags mit dem Land Hessen zur Nutzung der Forschungseinrichtung in Geisenheim gegeben. Das Vorgehen der Landesregierung hierzu ist für uns nicht nachvollziehbar. Hier haben Sie die Tür für eine gemeinsame Kooperation zugemacht. Das ist nicht gut.

(Beifall der Abg. Frau Schneider, CDU)

Wir brauchen jetzt ein schlüssiges Konzept der Agrarforschung in Rheinland-Pfalz. Für den Weinbau war die Kooperation mit der renommierten Forschungseinrichtung in Geisenheim ein Gewinn. Jetzt müssen wir aber zusehen, dass wir zügig ein neues eigenes Konzept aufbauen.

(Beifall der CDU –
Glocke des Präsidenten)

Vielleicht noch einen einzigen Satz: Wir müssen dazu klären, welche Einrichtungen und Standorte in Rheinland-Pfalz mit welchen Aufgaben betreut werden

(Glocke des Präsidenten)

und welche Mittel dafür bereitgestellt werden können. Diese Mittel sind jetzt erst einmal ersatzlos gestrichen.

(Glocke des Präsidenten)

Insofern sind verlässliche Rahmenbedingungen gefordert.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Anklam-Trapp von der SPD-Fraktion.

Abg. Frau Anklam-Trapp, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Unser schönes Land Rheinland-Pfalz ist geprägt von Landwirtschaft und Weinbau, von seinen Sonderkulturlandschaften mit dem Gemüsegarten in der Pfalz und dem Obstbau in Rheinhessen, der Milchviehwirtschaft im Westerwald und in der Eifel.

Rheinland-Pfalz ist ein Flächenland, und daher nimmt jede Bürgerin und jeder Bürger, ob aus Städten oder aus ländlichen Regionen, die Entwicklung in der Landwirtschaft ganz bewusst und in einem ganz besonderen Maße wahr.

Die Äcker und die Weinberge sind Taktgeber der Jahreszeiten für die Menschen. Daher wird darauf geachtet, wie es diesem Berufsstand geht, wie es den Landwirten, den Bauern und Winzern ergeht.

Weil wir unser Land Rheinland-Pfalz weiterentwickeln wollen, müssen wir gerade die ländlichen Räume weiter zukunftsfähig machen. Genau das tun wir mit unserer SPD-geführten Landwirtschaftspolitik und unserem Minister Hendrik Hering an der Spitze, nachhaltig und verlässlich, was uns die berufsständischen Vertreter der Verbände auch jüngst wieder in den Haushaltsberatungen bestätigt haben. Dieses Lob nehmen wir natürlich gern dankend an.

Ganz wichtig, wir halten Linie. Wir arbeiten weiter daran, die ländlichen Räume zu entwickeln, und das mit den verschiedenen Instrumenten. Das ist und bleibt auch in diesem Haushaltsjahr unser Ansatz.

(Beifall der SPD)

Hierbei geht es nicht allein um die Produktion von hochwertigen Nahrungsmitteln und die Wettbewerbssteigerung der landwirtschaftlichen und der Weinbaubetriebe, sondern es geht uns hierbei natürlich auch um die Identifikationsstiftung für unser ganzes Land.

Das ist auch deutlich an der positiven Entwicklung unseres heimischen Tourismus zu erkennen. Man ist stolz auf das, was man hat, und zeigt es gern. Mit diesem

Selbstverständnis lädt man dabei mehr und mehr Gäste nach Rheinland-Pfalz ein.

(Zuruf der Abg. Frau Schneider, CDU)

Das bedeutet für uns ein Plus an Arbeitsplätzen und ein Plus an Wirtschaftskraft und damit oftmals ein zweites Standbein für unsere landwirtschaftlichen Betriebe.

(Beifall der SPD)

Durch die zielgerichtete Unterstützung der Landwirtschaft und Weinbaubetriebe setzen wir weitere Schwerpunkte für die zukunftsgerichtete Entwicklung unserer Landwirtschaft. Wir sind verlässlicher Partner bei der Festlegung von Rahmenbedingungen, die sich wie ein roter Faden durch den Haushalt ziehen, damit die Praxis draußen im Land die notwendigen Investitionsentscheidungen der Zukunft treffen kann.

Klar ist, dass ein Großteil der landwirtschaftlich zur Verfügung stehenden Mittel, Gelder aus der EU und vom Bund, Aufstockungen von Landesmitteln sind. Der Haushalt im Jahr 2011 weist im Bereich Landwirtschaft und Weinbau daher ein deutlich erhöhtes Gesamtvolumen aus.

Ich nehme die gute Nachricht des Einzelplans 08 einmal vorweg: Bis auf die notwendige und oftmals besprochene Konsolidierung für die Haushaltsmittel der Forschungsanstalt Geisenheim, die wir in diesem Haus bereits mehrfach erörtert haben, gibt es im Haushalt 2011 über keinen weiteren großen Sparposten für die Landwirtschaft und den Weinbau zu berichten. Unsere heimische Landwirtschaft und der Weinbau sind auch künftig vom Strukturwandel gekennzeichnet, und dazu möchte ich kurz ein paar Zahlen nennen. Vor knapp zehn Jahren ist die Anzahl der Betriebe in Rheinland-Pfalz von 35.000 auf 23.000 Betriebe zurückgegangen. Gewachsen ist in diesem Zeitraum immerhin der ökologische Landbau, dessen Betriebe sich in dieser Zeit in der Fläche quasi verdoppelt haben. Der ökologische Landbau hat seine Nische, seine Daseinsberechtigung gefunden und ist in Rheinland-Pfalz fest etabliert.

Die Unterstützung in der Umstrukturierung der Landwirtschaft bedeutet auch eine politische Ausrichtung in Rheinland-Pfalz. Wir legen dabei den Schwerpunkt auf den Bereich Bildung und Qualifizierung. Gerade auf Antrag der Landjugend, der mehrfach begründet wurde, setzen wir auch weiterhin intensiv auf die Ausbildung und auf die Weiterentwicklung aller grünen Berufe. Wir wollen qualifizieren, wir wollen fit machen für die Zukunft, für morgen.

(Beifall der SPD)

Es wird die Herausforderung auch in der Landwirtschaft sein, genügend Betriebsnachfolger und genügend qualifiziertes und gutes Fachpersonal für die Landwirtschaft und den Weinbau zu haben. Dies wird ein klarer Standortvorteil sein. Zu diesem Berufsbild gehört aber auch ein Mehr an Wertschätzung und Respekt für das, was diese Menschen in Ausübung dieser Berufe für uns alle herstellen und die Landschaft in unserer regionaltypischen Form erhalten. Zu mehr Aus- und Weiterbildung

gehört auch die Fachausbildung, und ich nenne beispielhaft den mittlerweile etablierten und – entgegen allen Unkenrufen – sehr erfolgreich entwickelten dualen Weinbaustudiengang in Neustadt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, heute kann man sagen, der Weinbaustudiengang in Neustadt – ein Erfolgsmodell made in Rheinland-Pfalz.

Zu mehr Ausbildung im Bereich der grünen Berufe und zur Unterstützung, die sich im Haushalt wiederfindet, nenne ich ein kleines, aber sehr wirksames Projekt, das wir in der Grünen Woche in Rheinland-Pfalz besucht haben, nämlich die DEULA. Als größeres Projekt existieren der Innovationstransfer und die Professionalisierung im Weinbau, das mit einem durchaus würdigen Betrag unterstützt wird.

Neben der soeben angesprochenen guten fachlichen Praxis sind die absatzfördernden Maßnahmen ein besonders wichtiges Instrument, das in diesem Haushalt eine Unterstreichung erfährt. Wir haben im Weinbau in diesem Jahr etwa 30 % Minderernte. Nachweislich müssen wir auf dem deutschen Markt darum kämpfen, dass wir im Lebensmitteleinzelhandel die Regalflächen gegen die Importweine behaupten. Die Minderernte bedeutet, dass die Preise in den Kellereien und auf den Fassweinemärkten ansteigen; denn die Menge ist knapper geworden. Aber schon morgen müssen wir darum ringen, genau diese Regalflächen wieder für unseren eigenen Absatz zu erhalten.

(Schweitzer, SPD: So ist es! –
Pörksen, SPD: Das ist wohl wahr!)

Deswegen müssen wir mehr und mehr in die absatzfördernden Maßnahmen investieren, und dies tut diese Landesregierung mit ihrem Haushalt und mit unserem Minister Hendrik Hering.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, Weinmarketing in Rheinland-Pfalz ist Marketing und Standortwerbung. Eine weitere wichtige Hürde ist die Umsetzung der EU-Weinmarktreform, die uns weiter beschäftigen wird. Auf Einladung unseres Ministerpräsidenten Kurt Beck und Herrn Staatsminister Hering gab es in diesem Jahr einen weiteren wichtigen Schritt, nämlich den Mainzer Weingipfel im September dieses Jahres. Wir wollen die Anpflanzrechte, wir wollen keine weitere Ausdehnung der Anbauflächen. Wir wollen im Einvernehmen mit dem Berufsstand eine Novellierung des Bezeichnungsrechtes, und zwar in Verbindung mit Qualität und Ertrag, bezogen auf die Fläche und in Verknüpfung mit der Region.

In meiner Einleitung sprach ich von wichtigen identitätsstiftenden Maßnahmen. Dazu gehört gerade bei dem jahrtausendalten Kulturgut Wein die geschichtliche Auseinandersetzung und die Vermittlung wichtiger Informationen an unsere Gäste, an Interessierte, an Touristen und an Schulklassen. Ich freue mich ausdrücklich über die auf Antrag unserer Fraktion zusätzlich bereitgestellten Mittel zum Zweck der Gründung einer Zustiftung in

Höhe von 50.000 Euro für die Unterstützung der Arbeit im Weinbaumuseum in der schönen Stadt Oppenheim.

(Beifall der SPD)

Sehr geehrte Frau Schäfer, für die Stärkung von Landwirtschaft und Weinbau ist die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit ein wichtiger Faktor. Das sehe ich genauso wie Sie. Auch bei den jüngsten Gesprächen, die wir mit den berufsständischen Vertretern, mit Bauern, Winzern, mit der Landjugend, mit den Kammern und den Junglandwirten, geführt haben, haben wir ausdrücklich auf die Junglandwirte- und die Jungwinzerförderung hingewiesen, für uns in der Tat ein echtes Erfolgsmodell. Ich glaube, in der Abstimmung haben Sie sich damals enthalten. Sie sind unserem Vorschlag nicht gefolgt. – Wie schade eigentlich; denn gerade das ist für unsere SPD-Fraktion eine gute Möglichkeit, wenn es um die Umstrukturierung, um weniger Betriebe und um mehr Qualifizierung geht.

Zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit im Bereich Landwirtschaft und Weinbau, insbesondere im ländlichen Raum, gehört für uns die Breitbandversorgung, die in diesem Haushalt eine ganz wichtige Bedeutung erfährt.

Die Ausgleichszulage unterstützt die Gebiete und gewährleistet die Einkommenssicherung derer, die mit schwierigen Weinbau- und topografischen Lagen zu kämpfen haben.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Ich möchte noch kurz das Erfolgsmodell Rheinland-Pfalz mit der Einführung des Schulobstprogramms streifen. Wir haben es in Rheinland-Pfalz getan, viele andere Länder nicht. Ich kann nur sagen, das haben wir gut gemacht, wir haben es gut umgesetzt, und es ist eine gute Sache, dass an den rheinland-pfälzischen Schulen Schulobst gereicht wird.

(Beifall der SPD)

Dies setzen wir auch gern in der Zukunft fort.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Die Landwirtschaftspolitik und die Weinbaupolitik unter der Führung von Herrn Minister Hendrik Hering werden im Land von den berufsständischen Vertretern – von den Verbänden und Organisationen – als eine nachhaltige, praktikable und sinnvolle Politik gelobt. Diesem Lob schließe ich mich gern, auch im Namen meiner Vorsitzenden Monika Fink, an.

(Beifall der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe in meiner kurzen Rede die rote Linie unserer oftmals über alle Parteigrenzen hinweg gemeinsam getragenen Landwirtschafts- und Weinbaupolitik und einige Anträge zu erläutern versucht.

(Frau Schneider, CDU: Rote Linie ist gut! Das liegt an der Ausschussvorsitzenden!)

Der Haushalt eröffnet Spielräume, und diese vorhandenen Spielräume sind nach Möglichkeit zu nutzen, und

zwar zum Wohle aller Menschen in unserem schönen Flächenland Rheinland-Pfalz.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Bauchhage:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Walter Strutz von der FDP-Fraktion.

Abg. Strutz, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist ein gutes Signal für den Berufsstand, aber auch ein gutes Signal für Rheinland-Pfalz, dass die Debatte über die Landwirtschafts- und Weinbaupolitik in diesem Haus von großem Konsens und dem Willen zur Zusammenarbeit über die Fraktionsgrenzen hinweg geprägt ist. Es ist ein gutes Signal für den Berufsstand und für Rheinland-Pfalz, dass mit einem erhöhten Gesamtvolumen dieses Haushaltes das sichergestellt werden kann, was gemeinsames Anliegen aller Fraktionen in diesem Haus ist, dass wir nämlich auch angesichts der neuen Agrarpolitik und angesichts der erheblichen Einwirkungen, die Brüssel zunehmend auf die Gestaltung auch der Rahmenbedingungen in Landwirtschaft und Weinbau ausübt, trotzdem noch in der Lage sind und bleiben werden, für unsere bäuerlichen Familienbetriebe und für die Entwicklung unseres schönen Bundeslandes Rheinland-Pfalz eigene Akzente zu setzen und Zukunftsvorsorge zu betreiben.

Ja, Landwirtschaft und Weinbau gehören zum Kern des rheinland-pfälzischen Mittelstandes, und das, was in der Debatte vorhin im Zusammenhang mit der Diskussion um das Mittelstandsförderungsgesetz und zu der mittelständischen Struktur unseres Landes gesagt wurde, gilt in gleicher Weise und mehrfach unterstrichen auch für die Notwendigkeit, die mittelständische Bedeutung und die mittelständischen Strukturen der Land- und Forstwirtschaft und des Weinbaus in Rheinland-Pfalz zu unterstützen und zu erhalten.

Rheinland-pfälzische Produkte aus Landwirtschaft und Weinbau genießen auch über die Landesgrenzen hinweg ein hohes Ansehen, ja, sie genossen aufgrund der Rahmenbedingungen für Landwirtschaft und Weinbau als selbstständiger Sektor in den vergangenen Jahre eine erhebliche Unterstützung, was die Weiterentwicklung angeht. Ja, Landwirtschaft ist ein innovativer Wirtschaftssektor in Rheinland-Pfalz.

(Vereinzelt Beifall bei der FDP)

Bis zum Jahr 2000 war die europäische Landwirtschaftspolitik auf Versorgungssicherheit mit Nahrungsmitteln und Einkommenssicherheit ausgerichtet. Inzwischen ist jedoch ein grundlegender Politikwechsel eingetreten. Angesichts der Zeit möchte ich es nur an einem Beispiel deutlich machen, nämlich an dem Bereich der Milchwirtschaft. Gerade im Milchsektor ist aufgrund des

Auslaufens der Milchquotenregelung im Jahr 2015 von einem weiteren Ausscheiden der Betriebe auszugehen.

Die Folge für uns in Rheinland-Pfalz wird sein, dass in den Höhegebieten unseres Landes mit erheblich größeren Problemen bei der Erhaltung und Pflege der rheinland-pfälzischen Mittelgebirgsregionen zu rechnen sein wird.

(Beifall bei der FDP)

Lassen wir es noch einmal Revue passieren: Die Förderung der benachteiligten Gebiete – immerhin 62 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Rheinland-Pfalz – ist nicht nur eine Aufgabenstellung für diejenigen, die in diesen Regionen arbeiten und ihr Einkommen erzielen. Der Erhalt dieser Höhegebiete, die Weiterentwicklung und Pflege dieser Landschaft, ist ein Stück Zukunftssicherung und auch Lebensqualitätssicherung für alle, die in Rheinland-Pfalz ihre Heimat haben.

Deswegen ist es umso wichtiger, die sogenannte Ausgleichszulage als Förderinstrument weiterzuentwickeln, ja, ich sage auch, weiter auszubauen; denn auf diesem Markt und in der Produktion, also dort, wo die Milchviehbetriebe noch eine Zukunft haben wollen, muss aufgrund der Spezialisierung und der notwendigen Investitionen mittlerweile ein viel höheres Einkommen erwirtschaftet werden als noch vor einigen Jahren. Deshalb fordert meine Fraktion, die Prosperitätsgrenze bei der Ausgleichszulage im Jahr 2011 von derzeit 75.000 Euro deutlich auf 120.000 Euro anzuheben.

(Beifall bei der FDP)

Wenn wir auch in einzelnen Bereichen durch die Diskussion im Landwirtschaftsausschuss wissen, dass es mögliche Finanzierungsempässe geben kann, so wissen wir auf der anderen Seite aber auch, dass es insbesondere im Entwicklungsprogramm PAUL aus den Schwerpunkten 3 und 4 – ich spreche hier den LEADER-Bereich an – die Möglichkeit gibt, den Kommunen, denen die Mittel zur Kofinanzierung fehlen, vielleicht doch eine Chance einzuräumen, gemeinsame Entwicklungsprojekte voranzutreiben.

Ein wichtiger Punkt ist noch – aber auch da besteht Konsens –, dass alles unternommen werden muss, gerade auch gegenüber der EU, dass wegen der Benachteiligung der Landwirtschaft in den Höhegebieten im Rahmen der neuen EU-Abgrenzungspolitik die jetzige Gebietskulisse unbedingt beizubehalten ist.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte noch zwei Stichworte zum Weinbau nennen. Es ist ein für uns alle erhebender Moment zu sehen, wie sich die Qualität und die Akzeptanz rheinland-pfälzischer Weine in den letzten Jahren entwickelt haben und wie die Marktpositionen auch glücklicherweise im Lebensmitteleinzelhandel zurückerobert werden konnten.

Ja, auch der Weinbau als mittelständisch strukturiertes Element unserer Wirtschaft trägt entscheidend zur Erhaltung unserer geschlossenen Kulturlandschaft bei. Deswegen ist es wiederum nicht nur ein Interesse des be-

troffenen Berufsstandes, sondern es ist ein Interesse von allen, die in Rheinland-Pfalz leben, dass wir hier die Rahmenbedingungen unterstützen, die dafür sorgen, dass auch in Zukunft Weinbaupolitik betrieben werden kann, das vor dem Hintergrund, dass wir gemeinsam dafür sorgen müssen, dass die hohen Qualitätsanforderungen an die Weinproduktion, aber auch die hohen Anforderungen, die unser Bezeichnungsrecht mit sich bringt, nicht durch Dritte verwässert werden.

(Beifall bei der FDP)

Vor dem eben geschilderten Hintergrund darf ich noch auf unsere beiden Entschließungsanträge hinweisen und Sie um Unterstützung bitten. Ich darf mich bei der CDU schon dafür bedanken, dass sie bei dem Cross-Compliance-Bürokratieabbauantrag ihre Zustimmung signalisiert hat. Ich darf aber auch noch einmal sagen, dass es uns wirklich wichtig erscheint, gerade noch einmal in die Höhegebiete unseres Landes mit diesem Entschließungsantrag ein Signal auszusenden, dass wir für die milchviehhaltenden Betriebe auch in diesem Hause eine gemeinsame Phalanx bilden und dass, wie wir es beklagt haben, wie die Bürokratie bei den Betrieben aus Industrie und Handel sozusagen Ressourcen verschüttet und uns nicht die Möglichkeit gibt, alle Potenziale auszuschöpfen, Gleiches mit Sicherheit auch gilt, wenn man das Thema „Cross Compliance“ sieht und welche Anforderungen damit verbunden sind.

Deswegen wäre es schön, wenn Sie uns auch die Zustimmung zu diesen beiden Entschließungsanträgen geben würden.

Danke sehr.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Bauckhage:

Als Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag begrüße ich Jusos aus dem Wahlkreis 31 Nierstein/Oppenheim. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Weiter begrüße ich ganz herzlich Bürgerinnen und Bürger aus dem Landkreis Trier-Saarburg. Herzlich willkommen in Mainz!

(Beifall im Hause)

Das Wort hat Herr Staatsminister Hering.

Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Bedeutung von Landwirtschaft und Weinbau kann man nicht an der Höhe des Bruttoinlandsprodukts festmachen. Die Bedeutung ist weitaus größer und weitaus wichtiger für unser Land. Winzer und Landwirte tragen zum Erhalt der Kulturlandschaft bei. Damit sind sie identitätsstiftend für die Menschen in den Regionen.

Im Tourismus hätten wir keine 190.000 Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz ohne Landwirtschaft und Weinbau.

Wir sind stolz, dass wir insbesondere die vielen kleinen Familienbetriebe und bäuerlichen Betriebe haben. Wir sind stolz auf diese Leistungsträger, wenn sie auch – um die Debatte von eben aufzugreifen – vielleicht nicht so stark zum Bruttoinlandsprodukt pro Kopf beitragen. Dennoch sind wir stolz, dass wir gute Landwirte und Winzer in unserem Land haben, die hervorragende Leistungen erbringen. Leistung kann man eben nicht immer nur an Geld und Statistik festmachen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Strukturwandel in der Landwirtschaft wird weitergehen. Er wird aufgrund der Tatsache, dass die Milchquote im Jahr 2015 ausläuft, sogar mit größerer Dynamik weitergehen. Auch die neue Förderperiode mit geänderten Förderbedingungen ab dem Jahr 2013 wird ihren Beitrag zum Strukturwandel in der Landwirtschaft leisten.

Uns ist es ein Anliegen – dankenswerterweise auch aufgrund eines großen Konsenses der Parteien im Landtag –, dass wir diesen Strukturwandel positiv begleiten und auch zukünftig die Voraussetzungen schaffen, dass bei uns im Land hochwertige Lebensmittel und Weine produziert werden, die Kulturlandschaft erhalten bleibt und wir auch höhere Standards im Bereich Umwelt, im Bereich des Erhalts der Kulturlandschaft und im Bereich Tierschutz haben, wo wir die Voraussetzungen schaffen, dass trotz dieser hohen Standards wirtschaftlich rentierliche Betriebe geführt werden können.

Wenn wir diese Ziele wollen, dann müssen wir auch ein verlässlicher Partner für Landwirte und Winzerinnen und Winzer sein. Wenn wir wissen, die Herausforderungen werden in den nächsten Jahren aufgrund des Strukturwandels sehr groß sein, so haben wir die Entscheidung getroffen, wir sind verlässlicher Partner. Wir werden in diesem Bereich keine finanziellen Kürzungen vornehmen. Deswegen ist es auch gelungen – ich finde, das ist auch eine große Leistung –, dass das Gesamtvolumen im Bereich Landwirtschaft und Weinbau sogar gesteigert werden konnte. Sie werden in Deutschland wenige Länder finden, in denen das der Fall ist. Das ist unsere Politik der Verlässlichkeit. Wir haben zugesagt, diesen Strukturwandel zu begleiten und verlässlicher Partner zu sein. Hier halten wir Wort, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Zu diesem Worthalten gehört insbesondere, dass wir die einzelbetriebliche Förderung auf hohem Niveau erhalten. Seit Jahren ist es unser Ansatz gewesen zu sagen, wir müssen die zukunftsfähigen und wettbewerbsfähigen Betriebe stärken. Deswegen fördern wir auf hohem Niveau. Die einzelbetriebliche Förderung umfasst immerhin ein Volumen von über 40 Millionen Euro.

Wir sind stolz auf unsere Junglandwirteförderung. Es ist die höchste in Deutschland. Wir hatten im Jahr 2006 15 Landwirte, die von der Junglandwirteförderung Gebrauch gemacht haben. Wir hatten im Jahr 2010 bis zum heutigen Tag bereits 70 Fälle gehabt. Wir sind stolz, dass 70 junge Landwirte die Entscheidung getroffen haben, an die Zukunftsfähigkeit ihrer Betriebe zu

glauben und zu investieren. Das honorieren wir gerne mit einer Förderung von bis zu 15.000 Euro zusätzlich zu den anderen Maßnahmen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die neue europäische Förderperiode ab dem Jahr 2013 ist angesprochen worden. Wir brauchen weiterhin eine starke erste Säule. Wenn wir erwarten, dass Landwirte und Winzer höhere Standards im Bereich Umwelt- und Tierschutz akzeptieren, dann müssen wir den zusätzlichen Aufwand, den sie gegenüber anderen Regionen in der Welt haben, mit denen sie im Wettbewerb stehen, ausgeglichen werden. Deswegen brauchen wir eine starke erste Säule. Wir brauchen weiterhin die Ausgleichszulage. Die von der Natur benachteiligten Gebiete, insbesondere in der Mittelgebirgslandschaft, müssen weiter besonders unterstützt werden. Da wollen wir eine verlässliche Politik von Europa haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind für eine umweltschonende Landwirtschaft. Das wird daran dokumentiert, dass mithilfe der Mittel von Europa die Mittelansätze um 5 Millionen Euro auf 24 Millionen Euro im Jahr 2011 gesteigert werden konnten. Frau Schäfer, Sie haben angesprochen, dass viele Mittel in nicht landwirtschaftliche Bereiche gehen. Das ist für die ELER-Mittel ausdrücklich vorgesehen, dass andere Bereiche berücksichtigt werden können.

Ich hoffe, dass die Kolleginnen und Kollegen aus dem Kabinett nicht so genau zuhören. Sie wissen es aber. Es gibt nur zwei Bundesländer in Deutschland, bei denen ein so hoher Anteil der ELER-Mittel unmittelbar zugute kommt wie in Rheinland-Pfalz. Da gibt es die klare Aussage, wir haben das zugesagt, wir haben Wort gehalten. Hier gibt es eine klare Politik der Landesregierung, was zugesagt wurde, wird auch eingehalten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Leider sind im Bereich des Bundes die GAK-Mittel gekürzt worden. Das führt zu einer Mittelreduzierung für das Land Rheinland-Pfalz von 4,2 Millionen Euro. Wir haben allerdings die Kofinanzierungsmittel weitgehend im Haushalt belassen, um damit einen gewissen Ausgleich für die Mittel zu leisten, die der Bund gekürzt hat.

Wir stärken den Bereich der Aus- und Weiterbildung. Wir sind stolz, das Bundesland zu sein, in dem Ausbildung, Beratung und Versuchswesen in einem Bereich zusammengefügt sind. Bei uns wird die Berufsausbildung in den grünen Berufen von der Landwirtschaftsverwaltung durchgeführt. Das führt zu einer praxismgerechten Ausbildung in diesem Bereich. Das wollen wir beibehalten und stärken. Wir sind froh über den großen Erfolg des Weinbaustudiengangs in Neustadt.

Frau Schäfer, wir werden im Ausschuss – das habe ich Ihnen zugesagt – im nächsten Jahr über eine Neuausrichtung der Weinbauforschung in Deutschland diskutieren können. Wir halten es für notwendig, dass die Weinbauforschung besser abgestimmt wird zwischen allen

Einrichtungen, die wir in Deutschland haben. Wir sind weiterhin im Dialog mit Geisenheim. Für mich war es sonderbar, dass wir in den letzten Gesprächen 700.000 Euro angeboten haben – 500.000 Euro waren mittelfristig zur Finanzierung der Grundkosten gedacht, rund 200.000 Euro betrafen die Projektförderung –, dass man das aber so nicht haben will.

(Frau Schneider, CDU: Wenn man so mit Vertragspartnern umgeht, braucht man sich nicht zu wundern, Herr Minister!)

Wir werden mit Sicherheit andere Partner finden, die gern mit uns kooperieren werden und die rund 700.000 Euro sinnvoll einsetzen. Ich bin nach wie vor guter Dinge, dass das zukünftig mit Geisenheim möglich sein wird. Wir werden den Anstoß für eine bessere Koordinierung der Weinbauforschung in Deutschland geben.

Wir wissen, dass wir unsere Anstrengungen auf dem Exportmarkt weiter ausbauen müssen. 90 % der Weine, die aus Deutschland exportiert werden, stammen aus Rheinland-Pfalz. Hier sind wir dafür, dass zukünftig europäische Mittel nicht nur für Drittlandsmarken eingesetzt, sondern auch in Europa genutzt werden können. Es spricht nichts dagegen, dass wir mit europäischen Mitteln an der Stelle Werbung für europäische Weine machen, an denen kein Wein angebaut wird, in Polen, in Skandinavien oder in anderen Ländern. Wir sind stolz auf unsere Landwirtschaft und auf den Weinbau. Wir werden weiter verlässlicher Partner dieses wichtigen Bereiches in Rheinland-Pfalz sein.

Ich bedanke mich für eine sehr konstruktive Diskussion im Ausschuss. Es hilft der Landwirtschaft und dem Weinbau, dass diese Politik mit einem großen Konsens im Landtag betrieben werden kann. Das ist mit einer Grundvoraussetzung, erfolgreich für diese Berufsgruppe Politik zu machen. Das wollen wir weiter tun. Im Haushalt haben wir dafür die Voraussetzungen geschaffen.

Wir sind das Bundesland, das in einer schwierigen Phase keine Kürzungen im Bereich Landwirtschaft und Weinbau vorgenommen hat. Das Gegenteil ist der Fall. Das Volumen wurde erhöht. Das zeugt von verlässlicher Politik für diese wichtigen Berufszweige.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, aufgrund der Redezeit der Landesregierung hat jede Fraktion noch sieben Minuten Redezeit. Gibt es Wortmeldungen? – Frau Schneider hat sich gemeldet, Sie haben das Wort.

(Pörksen, SPD: Ich wollte eigentlich einen schönen Abend haben!)

Abg. Frau Schneider, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Pörksen, ich werde versuchen, dazu beizutragen, dass der

Abend schön für Sie wird. Deshalb habe ich mich noch einmal zu Wort gemeldet.

(Pörksen, SPD: Das glaube ich nicht, wenn Sie am Rednerpult sind, ist das ausgeschlossen!)

Aller Voraussicht nach werde ich die sieben Minuten nicht ausreizen, keine Angst.

Unserer Fraktion war es wichtig, gerade nach den Ausführungen des Ministers auf die Bedeutung des Weinbaus in Rheinland-Pfalz einzugehen. Wir alle – in diesem Punkt kann ich zustimmen – sind uns fraktionsübergreifend der Bedeutung der Landwirtschaft und des Weinbaus in Rheinland-Pfalz bewusst, auch wenn zugegebenermaßen vielleicht die Schwerpunktsetzung an dem einen oder anderen Punkt, je nachdem, welche Fraktion es vorträgt, etwas differenzierter ist.

Herr Minister, ich möchte noch einmal auf das Thema „Forschung“ im Bereich des Weinbaus eingehen. Sie haben es so dargestellt mit Blick auf gemeinsame Forschung in Geisenheim, als wenn das Land Rheinland-Pfalz großzügig auf Hessen zugegangen wäre und ein Angebot gemacht hätte, das die Hessen abgelehnt haben. Sie wissen, diese Entscheidung von Hessen hat eine Vorgeschichte. Die kann man nicht einfach unter den Teppich kehren.

(Pörksen, SPD: Da liegt schon so viel von Ihnen unter dem Teppich!)

Der Staatsvertrag zwischen Rheinland-Pfalz und Hessen bzw. der Forschungsanstalt Geisenheim wurde gekündigt. So geht man mit Vertragspartnern nicht um. Wir haben genau diesen Punkt im Parlament und im Ausschuss angesprochen. Wir befürchten, das könne dazu führen, dass die Tür zugeschlagen ist. Genau das ist eingetreten. Das spielte bei unseren Haushaltsgesprächen mit den Weinbaupräsidenten eine große Rolle. Der Präsident von der Mosel hat sich kürzlich erst zu diesem Thema geäußert und gesagt, dass wir große Bedenken haben, dass uns Know-how in der Weinbauforschung verloren geht.

Sie haben in der letzten Plenarsitzung zugeben müssen, dass das Land Rheinland-Pfalz noch kein Konzept hat. Es wird zurzeit erstellt. Das war die falsche Reihenfolge. Ich kann nicht einen Vertrag kündigen und kein eigenes Konzept haben. Jetzt haben wir zur Kenntnis genommen, dass dies erarbeitet werden soll. Wir haben einen entsprechenden Antrag gestellt.

Ich möchte meine Verwunderung zum Ausdruck bringen. In der letzten Sitzung haben wir über einen Haushaltsbegleit Antrag der drei Fraktionen, der von der CDU-Fraktion initiiert wurde, zum Thema „Esca-Erkrankungen“ gesprochen. Wir haben die Landesregierung aufgefordert, ein länderübergreifendes Forschungskonzept zusammenzustellen, weil es nicht sein kann, dass wir an verschiedenen Standorten in diesem Bereich forschen. In der letzten Ausschusssitzung mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass die Landesregierung festgestellt hat, dass vier verschiedene Einrichtungen in diesem Bereich forschen und dieser Antrag, den wir eingebracht haben, anscheinend nicht bearbeitet wurde. Auf diese Art und

Weise können wir mit der Forschung in einem für unser Bundesland wichtigen Bereich wie der Weinbaupolitik nicht umgehen.

(Beifall der CDU)

Herr Minister, ich bitte Sie wirklich nachhaltig, dass Sie auch gemeinsam mit Ihren Kollegen bei der Agrarministerkonferenz ein Konzept erarbeiten, das den Namen „Forschungskonzept“ dann auch verdient.

Meine Kollegin Schäfer ist bereits auf die Bedeutung der Kulturlandschaft eingegangen. Auch das Thema „Erhalt der Kulturlandschaft“ beschäftigt uns im Agrarausschuss immer wieder, weil wir um die Bedeutung der Arbeitsplätze im Bereich des Weinbaus und der Landwirtschaft wissen. Heute wurde auch einiges zum Thema „Weinbaustudiengang in Rheinland-Pfalz“ gesagt. Ich möchte dies jetzt nicht weiter vertiefen. Herr Minister, ich möchte Ihnen hier auch noch etwas auf den Weg mitgeben. Dieses Problem begegnet uns nämlich seit einigen Wochen, dass es nicht nur Befürchtungen gibt, sondern massive Probleme, die uns vonseiten der Fachschulen vorgetragen werden, dass immer mehr nicht nur der Eindruck entsteht, sondern es in der Realität so aussieht, dass alle Mittel in den Bereich des Studiengangs gehen und die Fachschulen ausbluten. Wir haben hier nicht nur massive Bedenken seitens von Neustadt, sondern auch aus dem Bereich Bad Kreuznach.

Ich erinnere auch an die Diskussion mit dem Staatssekretär bei der Techniker Ausbildung in Bad Kreuznach, dass uns zugesichert wurde, dass die Einrichtung eines Weinbaustudiengangs nicht zulasten der Fachschulen und zulasten der beruflichen Ausbildung geht. Hier möchte ich Sie bitten, dass das auch hausintern entsprechend noch einmal besprochen wird. Wir werden uns in einer der nächsten Ausschusssitzungen auch damit beschäftigen müssen, weil es nicht sein kann, dass durch die Einrichtung des Fachhochschulstudiengangs, des dualen Studiengangs, jetzt andere berufliche Ausbildungen im Bereich der Landwirtschaft und im Bereich des Weinbaus leiden müssen.

Letzter Punkt: Bürokratieabbau. – Die FDP hat dankenswerterweise auch zu dem Thema „Cross Compliance“ einen Antrag eingebracht, dem wir zustimmen werden. Ich möchte aber auch hier noch einmal an eine große Ankündigung erinnern, die hier in diesem Parlament vor einigen Jahren stattgefunden hat. Das war kurz vor einer Landtagswahl, 2006. Da hatte man den Bürokratieabbau in Rheinland-Pfalz im Bereich der Landwirtschaft und des Weinbaus seitens der SPD entdeckt und hatte dann eine Clearingstelle für Weinbau eingerichtet mit der Zusicherung am Anfang, Probleme zu regeln und dann vielleicht auch einen Beitrag zum Bürokratieabbau zu leisten. Herr Minister, in einer der letzten Ausschusssitzungen haben wir dann auch erfahren müssen, dass da außer Spesen bisher nicht viel gewesen ist. Wenn wir das Thema „Bürokratieabbau“ ernst nehmen, dann müssen wir hier den Worten auch Taten folgen lassen.

Das war es. Herr Pörksen, ich hoffe, ich habe Ihnen den Abend verschönt.

Herzlichen Dank.

(Beifall der CDU –
Schweitzer, SPD: Um Himmels willen! –
Pörksen, SPD: Das wird sich herausstellen!)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat noch einmal Herr Staatsminister Hering.

(Pörksen, SPD: Der kann das jetzt ausgleichen!)

**Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr,
Landwirtschaft und Weinbau:**

Einige wenige Anmerkungen dazu. Wir haben jeden Vorschlag zum Bürokratieabbau, der aus der Landwirtschaft, deren Verbänden oder auch aus dem Parlament gekommen wäre, dort, wo das Land selbst Entscheidungskompetenzen hat, umgesetzt. Wir haben Förderlinien vereinfacht. Wir haben sie deutlich dort entschulkt, wo wir Verantwortung haben. Frau Schneider, ich wüsste keinen Vorschlag, der von Ihnen eingebracht wurde – ich kenne auch keinen –, den wir nicht umgesetzt hätten, wo ein ganz konkreter Vorschlag gemacht wurde, wo das Land selbst Kompetenzen hat, Umsetzungen vorzunehmen.

Wenn wir zu Cross Compliance kommen, das sind Vorgaben von Europa. Ich erwarte von der jetzigen Bundesregierung, dass nicht nur Ankündigungen gemacht werden, dort würden Veränderungen gemacht. Ich erwarte, dass eine zukünftige Bundesregierung in Verhandlungen mit Europa das zum Dollpunkt macht, dass endlich Vereinbarungen bei Cross Compliance kommen. Das, was wir Landwirten von Europa aus zumuten, ist unzumutbar an Aufwand. Das muss geändert werden. Die Entscheidungskompetenz liegt in Europa. Da ist insbesondere die Bundesregierung gefragt, endlich zu handeln und sich in der Frage in Europa durchzusetzen.

(Beifall der SPD)

Bezüglich der Weinbauforschung ist schon interessant, wie intensiv hier die Interessen von Hessen vertreten werden.

(Zuruf der Abg. Frau Schneider, CDU)

– Das ist schon interessant. Wir geben in Rheinland-Pfalz für Weinbauforschung deutlich mehr Geld aus als alle anderen Bundesländer. In Neustadt sind mehr Menschen mit Forschung beschäftigt als anderswo. Sie erzielen mehr Drittmittel als andere. Ich würde auch einmal erwarten, dass eine CDU-Landtagsfraktion das anerkennt, was in Neustadt von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geleistet wird.

(Pörksen, SPD: Sehr richtig!)

Das ist hervorragend. Wir sind stolz darauf, was Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort leisten.

(Beifall der SPD –
Ramsauer, SPD: So ist das!)

Dann ist die Verhandlungsposition von Geisenheim schon bemerkenswert gewesen. Sie haben gesagt, es muss alles so bleiben wie bisher, Punkt! Darüber können wir verhandeln, Punkt!

(Frau Schneider, CDU: Nein, Sie haben den Vertrag gekündigt, ohne mit denen zu sprechen, Punkt!)

– Ja, wir hatten den Vertrag gekündigt. Das gute Recht ist, von Kündigungsmöglichkeiten Gebrauch zu machen und die Zielsetzungen neu zu verhandeln. Es kann nicht sein, dass 80 % der Zuschüsse nur ausgegeben werden, um Grundkosten zu finanzieren. Wir wollen als Zuschussgeber für ein Institut auch mitentscheiden, wohin geforscht wird, welche Projekte umgesetzt werden. Eine apodiktische Aussage, es muss bei 80 % Grundförderung bleiben und nur 20 % Projektförderung, halten wir für den falschen Weg. Wir werden Ihnen ein Konzept vorlegen und darüber diskutieren.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD –
Schweitzer, SPD: So ist das!)

Dann werden wir sehen, was passiert. Wir wollen, dass die Weinbauforschung in Deutschland gestärkt wird. Mir ist im Grunde egal, ob es in Neustadt, Bernkastel-Kues, in Baden-Württemberg oder Hessen geschieht, es muss effizient geschehen. Effizienz kann man daran festmachen, wer am meisten Drittmittel erzielt. Wir in Neustadt erzielen mehr Drittmittel als andere. Deswegen sind wir stolz auf die Einrichtung von Neustadt.

Wenn Hessen unser Geld überhaupt nicht haben will, dann werden wir andere Partner finden, die das Geld sinnvoll einsetzen. Die Tür ist offen. Wir sind zur Kooperation mit Hessen bereit, rund 700.000 Euro dort jedes Jahr zu investieren. Wie gesagt, wir werden weiter verhandeln, aber wir werden auch in der Lage sein, andere Partner zu finden, die das Geld sehr gern annehmen werden.

(Frau Schneider, CDU: Was ist mit der Fachschule?)

– Eines ist klar, uns sind Fachschulen mindestens genauso wichtig wie der Studiengang. Auch Fachschulen werden gestärkt werden. Wir werden das Personal auch dort stärken, wie wir es im Studienbereich des Weinbaus stärken werden. Wir sind stolz auf das, was in Fachschulen geleistet wird. Wir sind froh, dass wir dort steigende Schülerzahlen haben. Wir werden den gestiegenen Schülerzahlen auch die entsprechenden Lehrer zur Verfügung stellen. Wir haben dort bisher eine gute Ausstattung und werden dort, wo notwendig, in Bad Kreuznach oder zukünftig jetzt auch in Bernkastel-Kues entsprechend nachsteuern. Der Hintergrund Ihrer Anfrage ist, es gibt einige wenige Personen, die überall gefragt sind. Sie können zur selben Stunde eben nur an einem Standort Unterricht halten. Das zeugt nur davon, dass wir hervorragende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben. Wir haben bereits neue eingestellt und werden diesen Bereich auch weiter erfolgreich führen.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Aufgrund der Redezeit der Landesregierung hat jede Fraktion zusätzlich noch fünf Minuten Redezeit. Gibt es noch Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

(Zuruf von der FDP: Frau Schneider!)

– Sie dürfen, Sie haben noch fünf Minuten, genau sechs.

(Frau Schneider, CDU: Nein!)

Ich weise darauf hin, dass die zweite Beratung des Sparkassengesetzes – Punkt 2 der Tagesordnung – bis zur Abstimmung zum Landeshaushaltsgesetz unterbrochen ist.

Ich weise weiterhin darauf hin, dass es für das Mittelstandsförderungsgesetz einen Überweisungsvorschlag an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr – federführend – und an den Rechtsausschuss gibt. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Dann wird so verfahren.

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich rufe nunmehr auf:

Beratung des Einzelplans 06 – Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen

Die Grundredezeit beträgt 20 Minuten je Fraktion.

Das Wort hat Frau Abgeordnete Thelen von der CDU-Fraktion.

Abg. Frau Thelen, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister Hering, es hat mich jetzt schon überrascht, dass Sie sich hier echauffieren, wenn man als sozialpolitische Sprecherin auf die eher unterdurchschnittliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Rheinland-Pfalz hinweist.

(Pörksen, SPD: Das war ja falsch, was Sie erzählt haben! Sie haben zu 2010 gar nichts gesagt! Schwindel war das!)

– Nein, nein. Es war absolut richtig. Es waren die Zahlen des Statistischen Landesamtes aus Rheinland-Pfalz. Offensichtlich tun Ihnen die Fakten weh. Das kann ich ja verstehen, Herr Pörksen. Ich schicke sie Ihnen aber gern auch noch einmal schriftlich.

Herr Minister, ich habe nicht den Eindruck, dass man hier Sozialpolitik mit Scheuklappen betreiben darf.

Für uns von der CDU ist nach wie vor die beste Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, möglichst viele Arbeitsplätze für die Menschen in Rheinland-Pfalz zu schaffen und sie in Arbeit zu bringen. Das ist das Beste, was wir sozialpolitisch für die Menschen hier tun können.

(Ramsauer, SPD: Deshalb haben wir auch so viele Arbeitsplätze wie noch nie!)

– Auch bei anderen haben die Arbeitsplätze zugenommen, Herr Ramsauer.

Sie haben nach wie vor das Problem, dass Rheinland-Pfalz mit anderen Bundesländern wie Brandenburg und Schleswig-Holstein am Ende der Skala steht, wenn es um die Arbeitsplätze pro Einwohner geht, sodass Rheinland-Pfalz um die letzten Plätze kämpft. Ich sage Ihnen, wir brauchen dringend mehr Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz. Dann wird sich auch die Situation im Bereich der Sozialpolitik sicherlich positiv entwickeln.

Ich will an der Stelle auch auf die Ausbildungssituation eingehen, weil das alles sehr eng miteinander zusammenhängt. Sie wissen, wir haben über 130.000 Menschen mehr, die jeden Tag auspendeln, um außerhalb des Landes ihrer Arbeit nachzugehen, als die, die einpendeln. Es mag für einen erwachsenen Menschen, der mobilisiert ist, gehen, wenn er – ich sage jetzt einmal – von Plaidt aus 40 Kilometer nach Norden fährt, um in Bonn zu arbeiten. Für junge Menschen, die einen Ausbildungsplatz suchen, ist das sehr viel schwieriger. Gerade für den Ausbildungsmarkt ist es wesentlich wichtiger, die Arbeitsplätze im Land Rheinland-Pfalz zu schaffen.

Es kommt ein weiterer Punkt hinzu. Das ist die langfristige oder auch mittelfristige Entwicklung. Sie wissen alle, dass wir im vergangenen Jahr zum ersten Mal einen negativen Zuwanderungssaldo hatten. Das heißt, es sind mehr Rheinland-Pfälzer aus Rheinland-Pfalz weggezogen, als Menschen von außerhalb zu uns kamen. Herr Hering, deshalb hinkt auch immer Ihre Erklärung, dass das an den vielen Zuwanderern liegt, die Rheinland-Pfalz so schön finden. Wir hatten aber diese negative Zuwanderungsbilanz.

Wir haben auch eine Alterung der Gesellschaft. Mit diesem Spannungsbogen und den Kosten der Mobilität erhöhen wir den Druck auf Menschen wegzuziehen. Je mehr ich für den Sprit bezahlen muss, den ich benötige, um in Bonn, Köln, Karlsruhe oder sonst wo zu arbeiten, umso eher müssen sich unsere Mitmenschen überlegen, ob sie nicht zu diesem Arbeitsplatz ziehen. Das wird die Situation von Rheinland-Pfalz weiter belasten.

Deshalb sage ich, der erste Appell der Sozialpolitiker muss in Richtung Wirtschaftspolitik erfolgen, da wir unser Land im Konkurrenzkampf mit den Bundesländern um Arbeitskräfte gut aufstellen müssen, um nicht nachher als Verlierer dazustehen.

(Beifall der CDU)

Deshalb vorweg einige grundsätzliche Ausführungen. Woher kommen wir? Wir haben das heute Morgen in der Generaldebatte schon gehört. Wir haben Ende 2008 eine fürchterliche Rezession gehabt, die 2009 andauerte. Das Konjunkturpaket II hat uns ein Stück herausgeholt. Wir haben 2010 deutlich bessere Zahlen, als wir alle zu hoffen gewagt hatten. Wir haben außerordentlich gute Perspektiven für 2011. Trotzdem schlägt sich dies nicht entsprechend positiv im Sozialetat der Landesregierung nieder.

Man kann sagen, okay, daran kann man sehen, wie schwierig die Situation ist, die wir eben beschrieben haben, weshalb man weiter mit steigenden Mitteln rechnet. Diese Mittel sind erheblich. Im Jahr 2008 hatten wir 1,512 Milliarden Euro Bruttoausgaben, und wir haben in diesem Jahr Bruttoausgaben von 1,688 Milliarden Euro veranschlagt. Wir haben also erhebliche Steigerungen bei den Ausgaben von 176 Millionen Euro seit 2008. Auch bei den Nettoausgaben haben wir fast 100 Millionen Euro mehr, die wir ausgeben müssen. Das spricht dafür, dass sich die Situation eher verschlechtert.

Ich frage mich, wie das werden wird, wenn wir eher wieder mit einem wirtschaftlichen Abschwung und einer Rezession zu rechnen haben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir brauchen eine Sozialpolitik, die sowohl das Wohl der Betroffenen im Blick hat als auch eine dauerhafte Tragfähigkeit und Akzeptanz des sozialen Sicherungssystems mit sich bringt. Da haben wir den Eindruck, dass Sie diese Verantwortung in unserem Land nicht so wahrnehmen, wie wir das für erforderlich halten.

Schauen wir uns die Seniorenpolitik an. Alle Experten sind sich einig, dass wir aufgrund der demografischen Entwicklung sehr flexible Wohnmodelle in der Zukunft brauchen, um den Menschen auf dem Weg der Einschränkungen eine möglichst lange, möglichst umfangreiche Selbstständigkeit zu erhalten. Zwischen dem ganz normalen Leben zu Hause und dem späteren vielleicht in einer voll stationären und voll betreuten Einrichtung muss es also ganz viele lebensnahe und an den individuellen Bedürfnissen der alten Menschen orientierten Lösungen und Angebote geben. Wir wollen natürlich so lange wie möglich die Selbstständigkeit der Menschen und ihren Verbleib zu Hause erhalten, aber wir wollen vor allen Dingen nicht Entwicklungen solcher Wohnmodelle behindern.

Da haben wir den Eindruck, dass mit dem Landeswohnformen- und Teilhabegesetz, wodurch das alte Heimaufsichtsrecht abgelöst wurde, eher Erschwernisse zu befürchten sind. Wir haben erste Hinweise von Organisationen, die betreute Wohnformen anbieten, dass sie sich großen Anforderungen der Heimaufsicht gegenübersehen. Es sind für diese Wohnform jetzt Genehmigungsverfahren notwendig, die in der Vergangenheit nicht notwendig waren. Deshalb sehen wir uns in unserer Skepsis, in unseren Befürchtungen bestätigt und sehen auch aus diesen Gründen die Entwicklung in der Seniorenpolitik in Rheinland-Pfalz eher kritisch.

Als Trost für die Menschen haben Sie einen unglaublich umfangreichen Aktionsplan für Senioren vorgelegt. Ich sage, das ist eine Sammlung von sehr wunderbaren Wünschen, zu der wir uns fragen, wo eigentlich die Mannschaft im Ministerium ist, die das alles umsetzen soll. Das ist aber nicht das, was wir uns unter verantwortlicher Seniorenpolitik und auch nicht unter verantwortlicher Sozialpolitik vorstellen.

Wir bleiben nach wie vor bei unserer Forderung nach einem Seniorenbericht und fordern nicht einen Aktionsplan. Ein Seniorenbericht muss zunächst einmal die

Situation in Rheinland-Pfalz unter die Lupe nehmen und muss erkennen, wie die Lebenswirklichkeit der Menschen ist, wo ihre Bedürfnisse sind, wo die Defizite sind und sehr konkret an den festgestellten Situationen sehr konkrete Maßnahmen vereinbaren, zeitlich planen und finanzieren. Dann werden wir meiner Meinung nach die Lebenswirklichkeit für unsere Seniorinnen und Senioren in Rheinland-Pfalz wirklich auf zukunftsfeste Füße stellen können.

(Beifall der CDU)

Schauen wir uns Ihre Politik für behinderte Menschen an. Hier streben Sie mit Macht und auch mit Druck auf viele Einrichtungen eine Dezentralisierung an. Das klingt zunächst noch recht harmlos und eigentlich ganz modern, aber in der Praxis heißt das, Sie lassen keine weiteren Plätze in Einrichtungen zur Betreuung behinderter Menschen mehr zu, auch wenn schwerst mehrfach behinderte Menschen dringend Plätze in Rheinland-Pfalz suchen.

(Frau Staatsministerin Dreyer: Das ist unwahr!)

– Ich kann Ihnen die Einrichtung nennen, die vergeblich darum gebeten hat. Das ist nicht nur eine in Rheinland-Pfalz.

Sie fordern eine Auflösung der sogenannten großen Einrichtungen in Minieinrichtungen, wobei Sie dem schwedischen Modell mit maximal sechs Plätzen nachhängen.

Angehörige finden unverhofft ihre schwer behinderten erwachsenen Kinder nicht mehr in ihrer vertrauten Wohngruppe in der Einrichtung wieder – Beispielfälle haben wir selbst von Betroffenen vorgetragen bekommen –, sondern in einer betreuten Wohnung im Ort, wo die Erwachsenen, die Angehörigen dieser Menschen, die auch Betreuer sind, erfahren müssen, dass es eben nur noch stundenweise eine Betreuung für diese Menschen im Ort gibt und sie auch nur noch mit erheblichem Aufwand die zentralen Angebote der Einrichtung wahrnehmen können. Da haben wir auch den Eindruck, dass nicht zwingend das Wohl der Betroffenen im Mittelpunkt Ihrer Arbeit steht. Gerade dieses Wohl der Betroffenen fordert ganz ausdrücklich die UN-Konvention zum Schutz der Rechte behinderter Menschen.

(Beifall der CDU)

Natürlich ist die Inklusion ein wichtiges Ziel, aber sie darf nicht an den Interessen der Menschen vorbei oder sogar zum Teil gegen die Interessen der Betroffenen gerichtet werden.

(Beifall der CDU)

Unseres Erachtens überziehen Sie mit der Art Ihrer Umsetzung die Erwartungen und auch die Zielsetzungen dieser UN-Konvention. Wir sind auch der Auffassung, dass Sie diese Einrichtungen, die viele Menschen mit Behinderungen nicht nur versorgen, ihnen Wohnung geben und sie betreuen, sondern ihnen auch ein Stück Familie und Heimat geben, in unseren Augen mit der finanziellen Entwicklung ziemlich allein lassen.

Sie ist vage, weil seit 17 Jahren vergeblich versucht wird, eine neue Rahmenvereinbarung zu verhandeln. Das kann nicht im Sinne der Einrichtungsträger und der betroffenen und zu betreuenden Menschen sein. Sie brauchen auch hier Planungssicherheit. Nur dann kann man dauerhaft eine gute Hilfestruktur aufbauen.

Um zu klären, wie es gehen könnte, hat man einige Modelleinrichtungen ausgesucht und getestet. Man war über die kostenmäßigen Entwicklungen sehr überrascht, weshalb auch dies nicht dazu gedient hat, bei der Verhandlung weiterzukommen.

In einer Kreistagsitzung am letzten Montag hat der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Kreistag Mayen-Koblenz vor dem Hintergrund der enormen Kostenentwicklungen im Bereich der Jugendhilfe und der Hilfen für behinderte Menschen festgestellt, dass die Dezentralisierung der Heimplätze in Zukunft Kosten spare. Ich habe jetzt doch den Eindruck, dass vielleicht eher die Kosten als das Wohl der Menschen im Mittelpunkt stehen. Ich hoffe sehr, dass Sie das heute noch einmal klarstellen.

Allen Beteiligten ist bewusst, dass der Weg, den Sie zum Teil mit Gewalt gehen wollen, zu erheblichen Mehrkosten führt.

(Ministerpräsident Beck: Ich frage nur, ob wir hier über Kreistagsangelegenheiten befinden sollen!)

– Herr Ministerpräsident, auch wenn Sie sagen, dass es Bundesgesetze sind, führt dieser Paradigmenwechsel in der Umsetzung der Bundeshilfen zu einer extremen Mehrbelastung auch der an den Kosten mitbeteiligten Kommunen. Jeder, der in den Räten der Landkreise und kreisfreien Städte sitzt, kann dies an seinen Haushaltsplänen ablesen.

Das ist eine Entwicklung, bei der ich mich frage, wohin sie führen soll und welche Antwort Sie den Kommunen geben. Hier ist ein Grad erreicht, der meines Erachtens schon ganz vehement, was die Konnexität angeht, relevant ist und dringend diskutiert werden muss.

(Beifall bei der CDU)

Ich will zum Schluss noch ganz kurz auf ein Thema zu sprechen kommen, das mich umtreibt, weil ich bei einem Träger engagiert bin, der versucht, Hilfen zu organisieren und anzubieten. Wir haben eine Unmenge an Projekten und Modellen, und zwar befristete, regionale und örtliche. Es werden hier und da immer wieder einmal durchaus gute Dinge gemacht, aber punktuell und in der Regel vorübergehend. Oft müssen wir hinterher enttäuschte Menschen zurücklassen, weil die Dinge nicht auf Dauer fortgeführt werden

(Staatsministerin Frau Dreyer: Na ja!)

und sich keine Teilnehmer finden, die die Finanzierung weiter tragen. Die Träger sind aufgrund dieser immer wieder vorgenommenen Befristungen der Modellprojekte überhaupt nicht in der Lage, ihre Mitarbeiter in nennenswertem Umfang auf Dauer zu beschäftigen. Das heißt, Sie sind ein Stück weit dafür mitverantwortlich,

dass viele in den sozialpolitischen Arbeitsfeldern nur mit befristeten Arbeitsverhältnissen arbeiten können. Das ist nicht die Art von Nachhaltigkeit, wie wir uns die Sozialpolitik vorstellen.

(Zuruf der Abg. Frau Ebli, SPD)

Wir brauchen für Probleme, die erkannt werden, durchaus hier und da ein Modell, um zu klären, ob der eine oder der andere Lösungsweg besser ist, um das Problem zu lösen. Eines muss aber vorher klar sein. Wenn wir erkennen, dass das Modell A besser ist, müssen wir bereit, gewillt und in der Lage sein, dieses Modell landesweit umzusetzen. Ansonsten müssen wir die Finger davon lassen. Es ist zu schade, für Strohfeuer Geld zu verbrennen.

(Schreiner, CDU: Dafür brauchen die Kommunen das Geld!)

– Dafür brauchen die Kommunen das Geld. Ganz genauso ist das.

Ich will zum Abschluss gerade auch an diesem Punkt noch einmal auf den Antrag der FDP eingehen, der sehr deutlich den Finger in die Wunde und darauf Wert legt, dass die Maßnahmen auch auf ihre Effizienz und Wirkungsweise hin untersucht werden.

Es reicht wirklich nicht, wenn wir in dem dicken Subventionsbericht eine Unzahl von Maßnahmen vorgelegt bekommen, und in dem als Beleg dafür, dass es sinnvolle Maßnahmen waren, nur darauf hingewiesen wird, wie viele Teilnehmer und Teilnehmerinnen in den Maßnahmen gesessen haben.

Ob diese Teilnehmer mit der Maßnahme das erreicht haben, was sie erreichen sollten, ist völlig offen. Das ist nicht die Art von nachhaltiger und effizienter Sozialpolitik, wie wir sie uns vorstellen.

Wir brauchen für eine gute bürgernahe Sozialpolitik gute engagierte Aufgabenträger vor Ort. Dazu zählen die Kommunen. Die Kommunen brauchen hierfür eine vernünftige Finanzausstattung. Die haben sie nicht. Das führt auch zu einem Kostendruck, beispielsweise – Sie haben es auch vorgetragen bekommen – auf die Kräfte, die wir in der Umsetzung des Kinderschutzgesetzes dringend brauchen und die als sozialpädagogische Familienhelferinnen in die Familien gehen. Die Aufgabenträger vor Ort drücken auf die Preise, sodass uns die Träger sagen, dass sie unter den Bedingungen diese Aufgaben kaum noch wahrnehmen können.

Das ist eine Entwicklung, die uns nicht zufriedenstellen kann, die kontraproduktiv ist und die die gute Sozialpolitik und die gute Arbeit mit den Menschen eher verhindert.

Zum Schluss noch ein Satz zum Thema „Integration“, weil ich meiner Kollegin noch ein paar Minuten Zeit lassen möchte. Wir sind der Auffassung, dass eine gelingende Integration eine der wichtigsten gesellschaftlichen Aufgaben der nächsten Jahre ist. Wir brauchen eine gute Integration, damit die Menschen aktiver Teil

unserer Gesellschaft werden. Hier gilt das Gleiche wie für viele andere Querschnittsaufgaben auch.

Wir sind der Auffassung, dass diese Aufgabe in allen Aufgabenfeldern der Politik mit bearbeitet werden muss. Auch hier haben wir den Eindruck, dass es nicht unbedingt um mehr Mittel, sondern um effizient eingesetzte Mittel gehen muss. Das sind unsere Ziele.

Ich danke Ihnen.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dröscher von der SPD-Fraktion.

Abg. Dröscher, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Politik gestaltet die Rahmenbedingungen für das Zusammenleben der Menschen in unserer Gesellschaft. Unser Landeshaushalt schreibt wesentliche Bereiche dieser Rahmenbedingungen für die Menschen in Rheinland-Pfalz fest. Der Einzelplan 06, über den wir gerade reden, muss im Zeichen der Schuldenbremse auch daraufhin beurteilt werden, ob er diese Gestaltungsaufgabe leisten kann. Meine Antwort lautet: Ja. –

Der Einzelplan 06 ist in seinem Entwurf von Kontinuität, Effizienz und Zukunftsorientierung geprägt. Deshalb zunächst einmal ein herzliches Dankeschön an die Ministerin und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die diesen Entwurf vorgelegt haben.

Dafür spricht auch, dass es keinen Änderungsantrag der CDU, sondern nur einen Änderungsantrag der FDP, den Frau Thelen schon erwähnt hat, gibt.

Sozialdemokratische Sozialpolitik in Rheinland-Pfalz ist von sozialer, solidarischer und fairer Verantwortung geprägt. Ihre Schwerpunkte liegen im Bereich der Familie. Hier weise ich noch einmal auf das Landesgesetz zum Schutz des Kindeswohls, auf die im Haushalt mit einem erheblichen Betrag enthaltenen Hilfen zur Erziehung und die Beratungen – insbesondere erlebe ich das im Bereich der Schuldnerberatung – hin.

Ein Punkt lässt sich mit anknüpfen, dass wir nämlich in diesem Haushalt den Bereich der Kinderarmut und die Arbeitslosigkeit der Eltern im Bereich der Arbeitsmarktpolitik ansprechen. Wir kommen nachher noch darauf zurück. Die Sozialdemokraten wenden sich eindeutig gegen Dumpinglöhne und kämpfen für Mindestlöhne.

Ein weiterer Punkt ist die Solidarität der Generationen. Der Aktionsplan „Gut leben im Alter“ und die Initiative „Menschen pflegen“, die seit vielen Jahren ein Schwerpunkt ist, wurden erwähnt.

Frau Thelen, die Kritik an dem Landesgesetz über Wohnformen und Teilhabe und an dem Aktionsplan „Gut leben im Alter“ muss ich zurückweisen. Ich denke, dass

Sie den Aktionsplan nicht ausreichend gelesen haben; denn in diesem wird ganz eindeutig eine Bestandsaufnahme mit hineingenommen. Dieser Aktionsplan soll die Basis für das Erarbeiten von Maßnahmen für eine Politik der verantwortlichen Solidarität der Generationen und nicht nur eine Bestandsaufnahme sein. Ich denke, wir haben im Parlament ausreichend darüber gesprochen.

Hinsichtlich des Landesgesetzes über Wohnformen und Teilhabe habe ich von der einen kritischen Geschichte gelesen. Wir haben bei der Erarbeitung des Gesetzes ganz eindeutig auch Räume für die Öffnung in diesen Bereichen vorgenommen. Ich denke, dass sich auch diese Fälle lösen lassen. Es ist aber verständlich, dass Sie diese Kritik aufgreifen.

Ich will noch die Demenzkampagne erwähnen, die in Zukunft eine große Rolle spielen wird, wenn unsere Gesellschaft angesichts der demografischen Entwicklung größere Aufgaben bekommen wird.

Sie haben auch die Probleme der Menschen mit Behinderungen angesprochen, Frau Thelen. Unser Leitbild heißt hier: „Leben wie alle – mittendrin von Anfang an“. Wir setzen die UN-Konvention in einem Aktionsplan um. Wir waren gemeinsam in einem Heim in Scheuern, liebe Frau Thelen, lieber Herr Dr. Schmitz, und dort hat man uns gesagt, Menschen mit Behinderungen brauchten eine leichte Sprache. Dieser Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention bringt das beispielhaft. Ich empfehle allen Kolleginnen und Kollegen, dort einmal hineinzuschauen.

Die Integrationsbetriebe im Land sind ebenfalls ein wichtiger Schritt. Wir haben zurzeit 69, wenn ich das richtig eruiert habe, mit über 700 Stellen. Auch das Budget für Arbeit und das persönliche Budget wirken daran mit, dass Menschen mit Behinderungen wirklich eine Normalisierung erleben können. Rheinland-Pfalz, so wird gesagt, ist das Budgetland. Ich denke, das ist ein erfolgreicher Weg.

Dass wir etwa 600 Millionen Euro für Eingliederungshilfe ausgeben, ist ein anderer Aspekt. Ich meine, dass hier auch darüber nachgedacht werden muss, wie das in Zukunft laufen kann.

Ein weiterer Punkt ist eine gute Gesundheitsversorgung im ganzen Land. Ich verweise auf den Masterplan zur ärztlichen Versorgung auch im ländlichen Raum, auf die Förderung der Selbsthilfe, auf unser Geriatriekonzept, das die Krankenhauslandschaft verändern wird, auch in Richtung eines bewussteren Umgangs mit den Bedürfnissen älterer Patienten. Der Bereich Aufklärung ist hier besonders zu erwähnen. Ich werde nachher auch noch ein Wort zur Landeszentrale für Gesundheitsförderung sagen.

Ich denke, wir müssen den Bereich der Prävention immer weiter in den Mittelpunkt stellen. Diesbezüglich vermissen wir immer noch ein Bundespräventionsgesetz.

Auf die Themen „Menschen mit Migrationshintergrund“ und „Gleichstellung“ will ich jetzt nicht näher eingehen;

das wird meine Kollegin Ingeborg Sahler-Fesel nachher noch tun.

Ein Wort noch zur Dezentralisierung, die Sie angesprochen haben. Ich selbst bin, liebe Frau Thelen, in einen solchen Prozess der Dezentralisierung bei einem großen Träger mit eingebunden und habe dort mehrfach auch Gespräche zwischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, innerhalb der Leitungsebene, mit den Eltern und auch mit Betroffenen moderiert. Diese Prozesse sind sensibel. Sie haben gesagt, es werde gegen die Interessen der Betroffenen gearbeitet. Manchmal muss man erst feststellen, wo die Interessen der Betroffenen überhaupt liegen. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie für Eltern ist es oft schwierig loszulassen. Ich wünsche mir da manchmal ein bisschen mehr Mut. Das haben wir in Scheuern auch sehr kontrovers diskutiert.

Ein Bereich ist mir besonders wichtig, nämlich die Arbeitsmarktpolitik. Hierfür haben wir ein Finanzvolumen von etwa 30 Millionen Euro, gemeinsam mit ESF-Mitteln. Es existieren über 500 Projekte mit ca. 45.000 Teilnehmern. Schwerpunkte sind der Fachkräftenachwuchs, benachteiligte Jugendliche – zum Beispiel in den Projekten „Jobfüxe“ und „Fit für den Job“ –, die Qualifizierung von Arbeitskräften und die Erwerbsbeteiligung Älterer, von Frauen und von Menschen mit Migrationshintergrund. Hierfür gehen allein 17 Millionen Euro an Projekte mit SGB-II-Empfängern, einbezogen sind dabei ESF-Mittel. An dieser Stelle haben wir im Moment ein großes Problem; denn unsere Kofinanzierungspartner haben sich aus dieser Kofinanzierung verabschiedet. Es gab Kürzungen im SGB II in der Größenordnung von über 60 Millionen Euro. Ich glaube, morgen findet die Bundesratssitzung statt, in der sich vielleicht herausstellen wird, dass wir doch noch einmal ein bisschen Rückenwind bekommen.

Das bedeutet, es fehlen fast 20 % der Mittel. Bei der Eingliederungshilfe wirkt sich das zu 30 % aus. Bei Maßnahmen vor Ort – das ist meine Erfahrung – können sogar bis zu 80 % fehlen. Professor Sell hat beim 20-jährigen Jubiläum der Landesarbeitsgemeinschaft von einem „wichtigen Einschnitt“ gesprochen. Eine solche Mittelkürzung hat es im Bereich der Arbeitsmarktmittel bisher noch nie gegeben; das ist wahr. Diese mehr als 60 Millionen Euro sind ein mehr als doppelt so hoher Betrag als jener, den wir selbst – als eines der wenigen Bundesländer, das überhaupt eigene Mittel in diesem Bereich einsetzt – bereitstellen können. Es ist selbstverständlich, dass wir das nicht ausgleichen können. Das gefährdet die Zukunft der Jobcenter. Es ist eine massive Reduzierung des Eingliederungsanteils, und in meinen Augen ist es eine soziale Zeitbombe.

Von den etwa 70.000 SGB-II-Empfängern sind knapp 10.000 – ich habe mir die Zahl vorhin noch herausuchen lassen – bis zum November in solchen zusätzlichen Arbeitsgelegenheiten beschäftigt gewesen, die man im Volksmund auch Ein-Euro-Jobs nennt. Die Betroffenen erhalten in diesen Tagen, Mitte Dezember, zum letzten Mal ihre ca. 150 Euro MAE, das ist die Mehraufwandsentschädigung. Danach ist für die meisten Schluss.

Für den Kreis Bad Kreuznach kann ich sagen, dass die etwa 1,5 Millionen Euro, die im Jahr 2010 zunächst noch vorhanden waren, auf 300.000 Euro reduziert werden. Das wird noch schwieriger werden. Ich werde gleich noch einmal darauf zurückkommen. Das wird nämlich gegen null gehen.

Eine meiner Mitarbeiterinnen hat mit Betroffenen gesprochen und eine Umfrage gemacht. Es ist nun ein durchaus interessanter Zufall, dass es 101 Rückmeldungen gab, also so viele, wie wir Abgeordnete sind. Auch das Verhältnis von 69 männlichen Teilnehmern und 32 weiblichen kommt ungefähr hin. Alle Altersgruppen waren vertreten, wenige Befragte waren unter 25 und wenige über 60 Jahre. Der Schwerpunkt lag in den mittleren Jahren. Von den 69 Männern, das muss man noch sagen, waren 42 alleinlebend. Das weist auch ein bisschen auf die Lebenssituation dieser Menschen hin.

Von den 101 Teilnehmern, die sich zurückgemeldet haben, hatten 68 einen Schulabschluss. Über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügten 54 Teilnehmer: 13 weibliche und 41 männliche. 45 der Teilnehmer, also etwas weniger als die Hälfte, waren bereits länger als fünf Jahre lang arbeitslos.

76 dieser 101 Teilnehmer waren der Meinung, dass ihre Tätigkeit sehr sinnvoll und dem Gemeinwohl durchaus zuträglich gewesen sei. Nun muss ich zugeben, dass ich kein absoluter Freund von Ein-Euro-Jobs bin. Das ist für mich die zweitbeste Lösung. Eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit, unabhängig davon, wie wir sie organisieren – Frau Thelen war dabei und hat gehört, was Professor Sell sich darunter vorstellt –, wäre das Beste. Aber immerhin haben wir diesen Menschen eine sinnvolle Tätigkeit gegeben. 21 Teilnehmer hielten sie für „mäßig sinnvoll“, nur vier Teilnehmer für „überflüssig“. Auf die Frage, welchen Stellenwert diese Tätigkeit hatte, haben immerhin 87 Teilnehmer gesagt, sie hätten das Gefühl gehabt, dass sie gebraucht würden; eine ganz spannende Geschichte.

Für die Bedeutung der Mehraufwandsentschädigung – immerhin etwa 150 Euro im Monat – haben 63 Teilnehmer angegeben, die Mittel würden dringend für den Schuldendienst, für ungedeckte Kosten der Unterkunft und für Energiekosten gebraucht. Auch der strukturierte Tagesablauf war sehr wichtig.

Zuletzt: Vier Teilnehmern wurde eine aufbauende, weitere Fördermaßnahme angeboten. Das heißt, fast alle diese Menschen werden jetzt im Dezember nach dem Auslaufen der Maßnahmen auf der Straße stehen.

Ich habe das so ausführlich gebracht, weil uns diese Zeitbombe in den Kommunen und im Land natürlich auch Probleme in Bezug auf Schulden, Mietnebenkosten, die nicht bezahlt werden können, und kommende Obdachlosigkeit bringen wird.

Das ist eine Erfahrung, die wir überall machen. Ich denke, dass wir gegen diesen Kahlschlag dringend gemeinsam etwas tun müssen.

Ich will auf das Sparpaket nicht näher eingehen, das bei uns in der Diskussion in den Bereichen befristeter Zu-

schlag, ALG II, Zuschuss Rentenversicherung, Elterngeld usw. eine Rolle gespielt hat.

Ich will noch einige Worte zum sogenannten Bildungs- und Teilhabepaket sagen. Diese ausdrücklich nur personalisierten Gutscheine oder Kostenübernahmeerklärungen sind zum einen ein konkurrierendes System zu vorhandenen Dingen. Es ist zum anderen ein erheblicher bürokratischer Aufwand, der ebenfalls die Kosten belasten wird.

Jetzt komme ich noch einmal zu dem, was ich vorhin schon gesagt habe. Das hat dazu geführt, dass die ARGE bei uns im Kreis gesagt hat, diese 300.000 Euro sind auch nicht mehr übrig, die werden gebraucht, um den zusätzlichen Verwaltungsaufwand zu bezahlen. Das heißt, im Kreis Bad Kreuznach, den ich als Beispiel habe, wird es nach derzeitigem Stand keine neue AGH und damit auch keine Mehraufwandsentschädigung geben.

Nun zurück zum Einzelplan 06. Wir als die die Landesregierung tragende Fraktion beurteilen den Entwurf des Einzelplans 06 als unter diesen schwierigen Bedingungen gelungenen Ansatz, weil er sowohl Einsparungen vornimmt, aber gleichzeitig in diesem Politikfeld, das uns sehr wichtig ist und das für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft eine große Rolle spielt, keinen, im Gegensatz zur Bundesregierung, sozialen Kahlschlag betreibt. Ich habe einige Beispiele dazu aufgezeigt.

Ich will nicht näher auf den Bereich „Soziale Stadt“ eingehen, der auch wegfällt. Das ist beim Innenministerium angesiedelt. Aber insgesamt darf man sagen, die Landesregierung spart in diesem Einzelhaushalt nicht in den Bereichen, die die wichtigen Projekte und Initiativen beinhalten, sie nimmt aber realistische Einsparungen in Bereichen vor, die aufgrund der allgemeinen Entwicklung einen Rückgang erfahren.

Ich will noch kurz auf drei Punkte eingehen, bei denen es uns gelungen ist, Umschichtungen oder Schwerpunkte zu setzen und auszubauen, einmal beim Masterplan Ärzteversorgung. Hier gibt es ein absehbares Verteilungsproblem zwischen Stadt und Land. Der Masterplan, der gemeinsam mit Partnern aus dem Berufsfeld zur Stärkung der ambulanten hausärztlichen Versorgung erarbeitet worden ist, ist mit 400.000 Euro eine gezielte Förderung und hat gezielte Fördermöglichkeiten in diesem Bereich. Das begrüßen wir als Fraktion sehr.

(Beifall bei der SPD)

Der zweite Punkt, auf den ich eingehen möchte, weil er in der Kritik der Opposition war, ist die Gesundheitswirtschaft. Ich denke, dass die Landesleitprojekte und die regionalen Projektideen, die gebündelt werden, eine gute Voraussetzung für eine gute wirtschaftliche Entwicklung bei uns im Land sind; denn die Gesundheitswirtschaft wird in Zukunft eine immer größere Rolle spielen. Gesundes Wachstum, gesunde Zukunft soll die Botschaft sein. Hier wurden für die Initiative 700.000 Euro eingestellt, weil wir davon ausgehen, dass sie sehr positive beschäftigungswirksame Effekte haben wird.

Ein dritter Punkt ist ein ganz kleiner, aber hier haben wir als Fraktion dafür gesorgt, dass mit einem kleinen Betrag, mit 20.000 Euro, im Bereich der LZG die hervorragende Arbeit im Bereich der Beratung und Prävention gesichert werden kann, da die in den Kliniken wachsende Bewusstseinsbildung, dass Hygienemaßnahmen eine ganz wichtige Geschichte sind, durch Schulungen usw. unterstützt werden.

Es bleibt also dabei, was wir schon am Anfang gesagt haben, es wird im Einzelplan 06 gespart, aber mit Augenmaß und sozialer Verantwortung.

Zum Ende will ich noch kurz auf die vorliegenden Anträge eingehen, zunächst einmal auf den Entschließungsantrag der FDP „Sozialpolitik wirksamer gestalten – wissenschaftliche Grundlagen stärken“. Diese Entschließung werden wir ablehnen, weil wir der Meinung sind, dass die Kreativität der Projekte dadurch eingeschränkt würde.

Da sind wir unterschiedlicher Meinung. Herr Dr. Schmitz wird versuchen, mir nachher das Gegenteil zu beweisen. Frau Thelen hat es auch schon angesprochen. Wir sind der Meinung, dass die Kreativität benötigt wird, um diese Dinge in Projekten voranzutreiben. Das wollen wir nicht mit einer überbordenden Kontrollmechanik, mit einem Kontrollmechanismus verhindern. Deshalb werden wir diesen Antrag ablehnen.

Änderungsanträge liegen einmal von der FDP, die Zuweisung aus den Mitteln des Europäischen Sozialfonds betreffend, vor. Das wurde schon im Ausschuss abgelehnt. Das werden wir auch ablehnen.

Dann haben wir noch fünf Änderungsanträge unserer Fraktion, die die Gesundheitsförderungselbsthilfe – das ist der Bereich, den ich gerade beschrieben habe – und auch Zuschüsse zur Förderung der Integration und Betreuung von Menschen mit Migrationshintergrund betreffen. Diese Anträge haben wir eingebracht, um diesen gut entwickelten Entwurf des Einzelplans 06 an der einen oder anderen Stelle noch ein bisschen abzurunden. Ich denke, dass das damit gelungen ist.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und denke, dass Frau Sahler-Fesel zu den fehlenden Punkten nachher noch etwas sagen wird.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Als Gäste auf der Zuschauertribüne begrüße ich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Finanzamts Simmern-Zell. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich gehe nicht davon aus, dass Sie von der Steuerfahndung sind.

Dann begrüße ich Mitglieder der Stadtkapelle Hermeskeil. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Wenn Sie wollen, können Sie draußen gleich noch konzertieren.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Peter Schmitz von der FDP-Fraktion.

Abg. Dr. Schmitz, FDP:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan 06 mit insgesamt 1,688 Milliarden Euro ist ein gewichtiger Block im Gesamthaushalt, und wir sprechen nicht zum ersten Mal über die Gesamtsumme, Aufteilung, Effizienz und Effektivität. Aber Effizienz und Effektivität werden in der Sozialpolitik immer wichtiger; denn die Vorstellung, dass wir die von allen prognostizierten zunehmenden Probleme, eine Gesellschaft, die an vielen Ecken und Enden Schwierigkeiten hat: zunehmende Entsolidarisierung, zunehmende Schwierigkeiten im Integrationsbereich von Menschen mit Behinderung, erheblich zunehmende Zahl von älteren Menschen mit Pflegebedarf, eine deutlich zunehmende Zahl von Menschen mit Behinderung, die gottlob auch immer älter werden – – – Wer glaubt, diese Zahlen durch alljährliche Anpassungen nach oben beherrschen zu können, der wird notwendigerweise scheitern müssen. Diese Dinge fortschreiben zu wollen, ohne Veränderungen an Effizienz und Effektivität vorzunehmen, heißt notwendigerweise zu scheitern.

(Beifall bei der FDP)

Das ist etwas, das Sie bitte als Grundmelodie meiner Ausführungen zum Einzelplan 06 bedenken sollten. Es geht um die einzelnen Punkte, aber es geht vor allem um die Aussichten, die eine Sozialpolitik hat, wenn sie einfach sagt: Weiter so wie bisher. –

Herr Ministerpräsident, ich habe heute Morgen in Ihren Ausführungen mit großem Interesse den Schwerpunkt gehört, den Sie Bürgergesellschaft genannt haben.

Ich glaube in der Tat, das ist die zentrale Frage in der Sozialpolitik neben dem, was – wie bisher – alle schon übereinstimmend gesagt haben, wir brauchen eine gute Wirtschaftspolitik als gute sozialpolitische Grundlage. Absolut klar und richtig für uns alle. Wir brauchen eine gute Bildungspolitik als Grundlage für eine gute Sozialpolitik. Auch das ist in Ordnung für uns alle. Aber wir brauchen mehr. Wir brauchen etwas, das die Gesellschaft, die stärker auseinandergeht, strukturell, in staatlich angeleiteten Strukturen, wieder zusammenführt.

Das ist etwas, das weit über parteipolitische Betrachtungen hinausgeht und in den nächsten Jahren die Musik machen wird. Davon bin ich absolut überzeugt, egal wer hier in Rheinland-Pfalz und anderswo das Sagen hat.

Ich werde mich bemühen, so wie wir das über fünf Jahre gemacht haben, auch heute die Dinge balanciert vorzutragen und nicht zu überziehen in einer überkritischen

Bewertung, auf der anderen Seite auch nicht das holde Lied der absoluten Regierungshörigkeit zu singen, das wir ja auch immer wieder vorgeträllert bekommen.

Ich will durchaus anerkennen, dass es viele sozialpolitische Bereiche gab, die wirklich gelungen sind. Herbert Mertin hat heute Morgen über das Universitätsmedizin-gesetz gesprochen. Meine Damen und Herren, wenn man es schafft, ohne Privatisierung und ohne massive Personaleinschnitte durch strukturelle Veränderungen von einem Negativsaldo von 25 Millionen Euro pro Jahr in schwarze Zahlen zu kommen, dann sollte das den Applaus des ganzen Hauses wert sein.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, liebe Kollegin Hedi Thelen, da bin ich in der Bewertung etwas anderer Meinung, ich finde, auch das Heimgesetz hat ein Lob verdient. Es war ja ein sehr holperiger Start ins Heimgesetz. Die Partner fühlten sich, was die Zeitschiene der Bearbeitungsfristen anging, ganz arg vor den Kopf gestoßen, was sie auch zum Ausdruck gebracht haben.

Es hat das funktioniert, was die sozialpolitische Diskussion im Ausschuss und auch unter den Beteiligten prägt, eine hohe konstruktive Bereitschaft, etwas zu verbessern und dann gemeinsam mit einzelnen Punkten zu verabschieden, die wir vonseiten der unterschiedlichen Fraktionen mit unterschiedlichen Schlussbewertungen eingebracht haben.

Wir haben dieses Gesetz mitgetragen. Wir sehen die Probleme gerade in den kleineren Wohnformen, die jetzt bei diesem Gesetz die Innovationsgeschwindigkeit hemmen, so will ich es einmal formulieren, aber wir sehen es nicht als K.o.-Faktor für dieses Gesetz.

Wir finden auch das Kindswohlggesetz insgesamt gut als eine Fraktion, die im Datenschutzbereich und im Bereich der Aufhebung der ärztlichen Schweigepflicht erhebliche Bedenken hatte, die mit der Evaluation im Januar hoffentlich ausgeräumt werden.

Wir haben auch unter dem Aspekt der Effizienz und Effektivität unsere Probleme mit dem Gesetz, aber wir hätten nicht zugestimmt, wenn wir es nicht in der Gänze richtig gefunden hätten. Deshalb will ich das auch auf der Habenseite der Landesregierung verbuchen.

Meine Damen und Herren, aber noch einmal zurück zum Eingang meiner Ausführungen. Wir werden zunehmende Probleme mit geringerem Mitteleinsatz lösen müssen. Das heißt, wir brauchen intelligente neue Ansätze, wir brauchen pfiffige Lösungen. Ein Weiter wie bisher, wo man für jedes Problem neue Strukturen erarbeitet, ohne bereit zu sein, Inventur im Bisherigen zu machen, kann nicht funktionieren. Das ist für mich ein zentraler Webfehler dieses Einzelplans 06 über die Betrachtung dieses Jahres 2011 hinaus.

Der Webfehler liegt über die ganzen letzten Jahre und Jahrzehnte, auch noch in Zeiten unserer Mitverantwortung, darin, dass man neue sozialpolitische Problemfelder benennt, sie Lösungen zuführt, aber nicht in der Lage ist zu sagen: Den Bereich haben wir gelöst, und

den Bereich haben wir gelöst, und den Bereich haben wir gelöst, und da können wir Mittel kürzen, Strukturen zurückfahren, da können wir Sachen in die Selbstständigkeit der Bevölkerung oder freier Trägerstrukturen entlassen.

(Pörksen, SPD: Machen Sie das einmal!)

– Herr Pörksen, nein, der Hinweis, machen Sie das einmal, das ist diese Generaldiskussion, die ich jetzt auch bei 20 Minuten mangels Zeit nicht führen will.

(Pörksen, SPD: Gut!)

Sie kennen das Spiel, wir kennen es alle. Herbert Mertin hat dazu das Gebotene gesagt, ich will das nicht wiederholen. Das hieße, eine unfaire Diskussion zwischen einer Fraktion, die die Regierung im Kreuz und die absolute Mehrheit hat, und einer Fraktion mit zehn Mitarbeitern und entsprechend geringer Mittel- und Personalausstattung zu führen. Diese Auseinandersetzung wäre undemokratisch. Ich glaube nicht, dass Sie das wirklich einfordern.

Meine Damen und Herren, ich darf jetzt über diese Grundsätze hinaus auch darauf hinweisen, dass nicht nur die Habenseite beeindruckend war, es war auch das Negativsaldo beeindruckend, wenn ich an die Peinlichkeiten rund um das Nichtraucherschutzgesetz denke, wenn ich daran denke, dass der eigene Verfassungsgerichtshof die Regierung in dieser Gesetzgebung zurückgepfiffen hat, weil die absolute Mehrheit und die Regierung mit dem Kopf durch die Wand wollten.

Obwohl die Opposition vorher gesagt hat, das kann juristisch nicht gut gehen, war man sich sicher, das wird schon funktionieren. Es hat nicht funktioniert.

Der zweite Anlauf war besser, weil der zweite Anlauf von dem Konsens geprägt war, zu dem wir hier alle im sozialpolitischen Raum bereit sind.

Ein weiteres Beispiel dafür, dass Dinge so grundsätzlich nicht funktionieren, dass ein Weiter so nicht wirklich sinnvoll sein kann, ist ein Bereich, der jetzt wieder langsam in den Medien hochkommt, der spätestens nach den Silvesterfeierlichkeiten wieder Schlagzeilen produzieren wird, nämlich das berühmt berüchtigte Komasaufen, seriöser, der problematische Umgang von Kindern und Jugendlichen mit Alkohol. –

Wir haben uns zu Beginn dieser Legislaturperiode durchaus gegen Widerstände in der eigenen Fraktion zu einem übergreifenden Antrag bereit erklärt, der die Landesregierung über ganz viele Einzelmaßnahmen aufgefordert hat, alles Menschenmögliche zu tun, um diesen erheblichen gesundheits- und lebensgefährdenden Missständen kein Ende zu bereiten – das wird nicht gehen –, aber den Trend zu drehen und zurückzukommen zu einem anderen Umgang mit Alkohol, der zumindest auch in diesen Jahren wirklich Drogencharakter hat.

Das ist leider misslungen. Jahr für Jahr steigen die Zahlen an. Wir haben jetzt für das Jahr 2009 – ich hoffe, ich irre nicht – einen Zuwachs, on top, noch einmal, von

11 % beim Komasaufen. Da saufen bald alle, wenn das so weitergeht. Das ist katastrophal.

Das ist nicht das Zentrum der Sozialpolitik, aber das zeigt, wo die Grenzen der Sozialpolitik erreicht sind, wo sich auch die Landesregierung einmal hinstellen und sagen müsste: Wir bekommen das nicht hin mit unseren Mitteln. – Ich erwarte einfach dieses Stück Ehrlichkeit in der Sozialpolitik, die aufräumt mit dem Glauben und der Haltung, dass Politik alle Probleme dieser Welt zu lösen in der Lage ist.

(Beifall der FDP –
Pörksen, SPD: Wer macht denn so etwas?)

– Herr Pörksen, wir werden entweder gemeinsam gegen die Wand laufen oder gemeinsam eine Umkehr im Denken erreichen.

(Pörksen, SPD: Da bin ich ja sehr dafür!)

Ein weiterer Bereich, in dem wir die Ohmacht der Politik sehen – ich mache der Regierung nicht zum ersten Mal ein Kompliment; das ist kein vergifteter Pfeil, ich meine es sanft, zynisch ehrlich, wenn es so etwas überhaupt gibt –, ist das Problem des Ärztemangels in der Fläche. Durch den Regierungswechsel auf Bundesebene ist diesem jetzt erst einmal seine Brisanz genommen.

(Frau Staatsministerin Dreyer: Das stimmt so nicht!)

– Frau Ministerin, zuständig sind Sie weiterhin, richtig, Danke schön für den Hinweis. Das kann ich unterstreichen.

(Frau Ebli, SPD: Er kann es nicht lassen!)

Sie werden weiter Probleme haben, solange Sie eine Gesundheitspolitik nicht durchzusetzen in der Lage sind, entweder indem Sie einer Gesundheitspolitik à la FDP und Vernunftteil der CDU zustimmen,

(Heiterkeit der Staatsministerin Frau Dreyer)

nämlich eine stärker eigenverantwortliche – CSU erwähne ich nicht – und wettbewerblich geprägte Gesundheitspolitik, die aufhört mit diesen Überregulierungen und der Vorstellung, dass man das von oben nach unten durchregulieren kann, oder Sie werden Ihr Konzept einer Gesundheitspolitik durchsetzen müssen, die Sie Bürgerversicherung nennen, die eben ein Abgaben- und Steuersystem zentralistischen Charakters beinhaltet.

Eines dieser Systeme wäre die Lösung, aber eines wird kommen müssen. Ein Weiter wie bisher, bei dem jeweils die eine Seite die andere Seite torpediert, wird der Bevölkerung nicht helfen. Einer wird nachgeben müssen. Normalerweise, dem Volksmunde nach, ist das der Klügere. Nehmen Sie sich daran ein Beispiel.

(Pörksen, SPD: Dann haben Sie ja keine Chance!)

– Herr Pörksen, nicht nur vor dem Zither spielenden Ochsen oder was immer da im Raume stand.

Meine Damen und Herren, ein Riesenproblem – damals haben Sie auch schon dazwischengerufen –

(Pörksen, SPD: Ich?)

war die Pleite beim MDK. Das darf man auch noch einmal in Erinnerung rufen.

Immer wieder der warnende Zeigefinger der Opposition, fraktionsinterne Anhörungen, die ein klares Ergebnis hatten: So kann das nicht funktionieren, und am Schluss kam die Notbremse der Ministerin, die am Rande des Legalen Schlimmeres verhindert hat, und jetzt eine bundesgesetzliche Regelung, die immer noch nicht richtig gut ist, aber besser als das, was vorher war.

(Zuruf der Staatsministerin Frau Dreyer)

– Ja, es ist immer noch nicht gut, aber es ist besser als das vorher, und da müssen Sie sich fragen lassen, warum Sie der ersten Lösung überhaupt zugestimmt haben, Frau Ministerin.

Größtes Problem der Sozialpolitik im Konkreten in Rheinland-Pfalz ist der Bereich der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, von Ausländern, und auch das Problem, bei dem wir am längsten auf Erfolge warten, ohne dass sie sich einstellen.

Frau Ministerin, ich habe bei der Vorstellung Ihres Integrationsplans gesagt: Drucken Sie Ihre Vier-Farb-Prospekte weiter. Organisieren Sie Ihre zum Teil nicht zustande gekommenen Beiräte, und suchen Sie mit Ihren Methoden – mit Netzwerken, mit Regionalkonferenzen, mit Beauftragten und mit Beiräten – den Erfolg. Sie alle haben ihren Sinn, und ich möchte daran nichts kaputtreden. Aber ich werde Sie jedes Jahr fragen – und das tue ich auch jetzt –: Wie steht es um die Quote der Ausländer ohne Schulabschluss? Wie steht es um die jungen Menschen aus dieser Bevölkerungsgruppe ohne Ausbildungsplatz, und wie steht es um die Arbeitsplatzsituation, um die Teilhabe und um die Sozialtransferquoten? –

Meine Damen und Herren, ich greife nur einen Punkt heraus, weil wir heute keine integrationspolitische Debatte führen. Solange wir in der Gesamtbevölkerung über den Daumen 6,5 % oder 7 % Menschen ohne Schulabschluss haben, solange wir bei Menschen mit Migrationshintergrund ca. 12,5 % oder 13 % ohne Abschluss haben, und solange wir bei ausländischen Kindern und Jugendlichen 16 % ohne Schulabschluss haben – das muss man sich einmal klarmachen, in einer virtuellen Stadt mit 10.000 Einwohnern wären bei dieser Bevölkerungsgruppe 1.600 Menschen ohne jeden Schulabschluss, das ist doch ein Wahnsinn, das ist doch Dritte Welt –, solange wir diese Zahlen haben, müssen wir akzeptieren, dass in der Integrationspolitik der Weg zum Erfolg noch nicht gefunden worden ist. Wir hören immer wieder: Wir sind auf dem Weg der Besserung, wir hören Verbesserungen im Zehntelprozentbereich. Es ist einmal ein Jahr um drei Zehntel besser geworden, und im nächsten Jahr gibt es wieder den Rückfall wie bei der Echternacher Springprozession. Dies ist ein ganz trauriges Kapitel rheinland-pfälzischer Sozialpolitik.

Wir hoffen sehr, dass Sie Mittel und Wege finden werden, um diese tickende Zeitbombe zu entschärfen, die für die Betroffenen tickt, die aber auch für die aufnehmende Bevölkerung tickt.

Damit ich richtig positioniert bin, möchte ich ganz deutlich machen, dass der allergrößte Teil der zu uns Zugewanderten gut integriert ist und sich selbst sehr viel Mühe gibt. Aber ich möchte auch deutlich machen, dass für die – seien es 10 % oder 15 % – der von mir in den Mittelpunkt des Problems gestellten Gruppe eine Politik mit helfen, helfen, helfen, mit fördern, fördern, fördern, wie sie die SPD betreibt, offensichtlich nicht funktioniert. Es fehlt an klaren Kontrollen, und es fehlt auch an Sanktionierungen, über deren konkrete Ausgestaltung wir miteinander reden können, und zwar nicht gegen diese Menschen, sondern mit diesen Menschen, aber mit klaren Ergebnisprofilen, die überprüfbar sind.

(Beifall der FDP und der Abg. Frau Thelen, CDU, – Pörksen, SPD: Da klatscht komischerweise auch die CDU! Dass Frau Thelen klatscht, wundert mich nicht!)

– Ja, klatschen Sie auch einmal! Klatschen Sie auch einmal.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

– Warum nicht, Herr Pörksen? – Es hätte Ihnen doch in seiner Ausgewogenheit an und für sich gefallen müssen. Sie hätten einmal die Gelegenheit gehabt, mit Frau Thelen zu klatschen, das wäre ein echter Durchbruch gewesen.

Meine Damen und Herren, ich erlaube mir in dieser Grundsatzaussprache auch, zum wiederholten Mal etwas zum Stil von Politik zu sagen. Ich weiß, dass im Ministerium inzwischen Konsequenzen gezogen wurden. Aber dass man über einen Zeitraum, der so lang war, dass die Beschwerden aus den Trägerstrukturen immer deutlicher wurden und der Name immer häufiger fiel, über einen Zeitraum, in dem sich ein Mitarbeiter den unehrenhaften Beinamen „Der Beißer“ erarbeitet hatte, einen Umgang mit Strukturen pflegt, indem Druck aufgebaut wird, mit persönlichen Drohkulissen, ist etwas, das ich immer wieder sagen werde, so lange, bis es abgestellt ist; denn dies widerspricht gerade einem Sozialministerium in seinem von uns einzufordernden Handeln in einem Maße, dass es für mich vollkommen inakzeptabel ist.

(Beifall der FDP)

Meine Damen und Herren, ich möchte einen weiteren Punkt ansprechen. Wie wollen wir eine vernünftige Sozialpolitik hinbekommen, wenn uns der Ministerpräsident heute Morgen, stolz in die Brust geworfen, – es war kurz vor dem Zither spielenden Ochsen – sagt, wir haben 4,5 % Wirtschaftswachstum im ersten Halbjahr 2010 erzielt, aber der schriftlich vorgelegte Einzelplan 06 führt dagegen aus – und unser Ministerpräsident Beck gründet darauf auch seine Maßnahmen, das ist das Problem –: Bei einem prognostizierten Wachstum von 1,4 bis 2 % für das Jahr 2010 ist im Bereich des SGB II mit einer weiteren schwachen Erholung zu rechnen, ver-

bunden mit einer leichten Erholung auf dem Arbeitsmarkt. –

Das sind komplett falsche Zahlen. Sie sind komplett überholt. Die Maßnahmen, die Sie treffen, gründen auf falschen Zahlen, und das ist ein Punkt, den man nicht durchgehen lassen kann.

Meine Damen und Herren, last but not least,

(Pörksen, SPD: Das ist gut!)

es wird nach wie vor zu viel Geld in Projekte gesteckt, bei denen man sich gerade im Wahljahr sagt, dass man sie den Betroffenen jetzt nicht entziehen kann. – Diese Diskussion hatten wir schon einmal vor fünf Jahren geführt, Frau Ministerin, und zwar bei Bereichen, bei denen wir in der Opposition auch nicht sagen werden: Nehmt den Menschen das Geld weg, aber durchaus bei Bereichen, in denen ich mich frage, ob es wirklich zentral und wichtig ist. Dies gilt beispielsweise für die gigantische Beratungskulisse, die wir im Bereich der Pflege haben. Ich habe schon des Öfteren ausgeführt, wie viele Beratungsstellen und -möglichkeiten es gibt, und trotzdem leisten wir uns immer noch Millionen Euro für zusätzliche Beratungsstrukturen. Sie wurden schon einmal gerichtlich abgeräumt, und dann sollten sie faktisch abgeräumt werden, aber sie sind immer noch da. Sie scheinen Ewigkeitsgarantie zu haben. Es ist sozusagen die rheinland-pfälzische Variante der Sektsteuer.

(Pörksen, SPD: Was sagen Sie denn zu den Bildungsgutscheinen?)

Meine Damen und Herren, Ähnliches gilt für den Bereich der Gesundheitswirtschaft. Ich bin ein glühender Verfechter für den Aufbau gesundheitswirtschaftlicher Strukturen, damit Sie mich nicht falsch verstehen. Ich bin entsetzt darüber, wie wenig die Landesregierung bei einer Kleinen Anfrage weiß, wie viele Patienten beispielsweise grenzüberschreitend aus dem Ausland zu uns kommen, um unseren Krankenhäusern Deckungsbeiträge zu erwirtschaften, gerade im Bereich strukturschwacher Gegenden wie der Südwestpfalz, Neuerburg, Bitburg-Prüm und in anderen Regionen. Ich bin entsetzt, wie wenig man von diesen wichtigen Dingen weiß.

Aber das, was man unter dem Begriff „Gesundheitswirtschaft“ zusammenfasst, ist doch zum größten Teil die alte Leier: Regionalkonferenzen, Netzwerkbildung, Projektchen hier, Projektchen da, damit niemand sagen kann, die Landesregierung tue nichts. – Die Landesregierung tut alles. Die Landesregierung lässt nichts aus. In der Sozialpolitik gibt es nichts, was denkbar ist, was die Landesregierung nicht macht. Die Landesregierung vergisst nur, dass Sozialpolitik – damit komme ich zum Beginn meiner Ausführungen zurück – zukünftig effizienter und effektiver werden müsste; denn nach 23 Jahren sozialdemokratischer Sozialpolitik, wie Herr Kollege Dröschner immer wieder sagt, ist es ein trauriges Kapitel

(Glocke des Präsidenten)

– ich komme zum Ende –, dass man immer mehr Geld braucht, um sozialpolitische Probleme zu beherrschen,

anstatt sie verzichtbar zu machen in der politischen Bekämpfung.

Danke sehr.

(Beifall der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Sahler-Fesel von der SPD-Fraktion.

Abg. Frau Sahler-Fesel, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte doch zu dem kleinen, aber wichtigen Haushalt der Frauen kommen, der mit knapp 4,9 Millionen Euro ebenfalls im Einzelplan 06 angesiedelt ist.

(Schweitzer, SPD: Jawohl, die Frauen gehören in den Haushalt!)

Ich möchte zu Beginn klarstellen, dass wir daran sehen, dass es in diesem Haushalt eine klare Schwerpunktsetzung seitens der Landesregierung gibt. Dies ist ein ganz klares Bekenntnis zur Frauenförderung, und es zeigt die Verlässlichkeit der Landesregierung in der Weiterführung der Projekte und der Förderung; denn der Haushalt ist in seinem Bestand gehalten worden, auch wenn es Herrn Dr. Schmitz nicht passt. Es ist besonders für die Projektträger wichtig, dass diese Verlässlichkeit im Haushalt enthalten ist. Trotz des Sparhaushaltes ist sogar noch leicht draufgesattelt worden. Es sind rund 100.000 Euro hinzugekommen, und die Projekte werde ich gleich darstellen.

Ich möchte auch betonen, dass Frau Staatsministerin Dreyer im Gegensatz zu der Bundesfamilienministerin, die auch an den Frauen spart, in Rheinland-Pfalz nicht an den Frauen spart, sondern dass Gelder für die Frauen eingestellt werden. Es geht darum, eine chancengerechte und gleichberechtigte Teilhabe von Mädchen und Frauen gerade im wichtigen Feld des Arbeitsmarktes zu erreichen.

(Beifall der SPD)

In diesem Bereich haben wir immer noch einen Förderungsbedarf, auch wenn wir in diesem Hause oft genug hören, dass doch längst alles gleich ist. Aber es geht doch gerade darum, dass die Frauen auch die Chance haben, genauso viel und genauso gutes Geld zu verdienen wie die Männer. Wir sehen in diesem Haushalt die wichtigen Bereiche der Wiedereingliederungsmaßnahmen und der Qualifizierungsmaßnahmen für die Frauen abgebildet, aber auch der Berufswahlorientierung, die in unseren Ausschüssen immer wieder ein sehr wichtiges Thema ist; denn damit steht und fällt der weitere Werdegang nicht nur der Mädchen, sondern auch der Jungen. Der Berufswahlorientierung kommt eine große und wichtige Aufgabe zu, aber auch dem Mentorinnenprogramm, in dem junge Frauen andere Frauen in MINT-Projekten unterstützen und auch die Beratung von Migrantinnen mit übernehmen.

Ein weiteres breites Feld nimmt die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen ein. Das Interventionsprojekt RIGG ist ein Projekt, welches Anerkennung nicht nur in unserem Land findet.

(Unruhe im Hause)

Vizepräsident Bauckhage:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie sich unterhalten wollen, bitte ich Sie, das draußen zu machen. Das Wort hat Frau Sahler-Fesel. Der Lärmpegel ist im Moment sehr hoch.

Abg. Frau Sahler-Fesel, SPD:

Ich bin ganz sicher, das Thema „Frauen“ findet bei jeder Frau und jedem Mann in diesem Hohen Hause besonders gutes Gehör, sodass ich dann in dem Sinne auch weitersprechen kann.

(Vereinzelte Beifall bei der SPD –
Pörksen, SPD: Da haben Sie völlig recht,
Frau Kollegin!)

– Danke schön. In diesem Kontext der Gewalt in engen sozialen Beziehungen liegen die Finanzierung und Förderung der Frauenhäuser, die mit rund 1,35 Millionen Euro den größten Brocken in diesem Frauenhaushalt einnehmen, aber auch die Förderung der zwölf Notrufe in diesem Land und der Interventionsstellen. Sie sind ein Beispiel dafür, wie verlässlich gearbeitet wird. Ganz klar muss man hier noch einmal gerade am Beispiel der Interventionsstellen sagen, es gibt Absichtserklärungen, dass es in der Regierungserklärung heißt, wir wollen die Anzahl erhöhen, wir wollen flächendeckend diese Interventionsstellen einrichten. Genau das ist in Rheinland-Pfalz passiert. Die Interventionsstellen sind flächendeckend im ganzen Land eingerichtet worden.

(Beifall bei der SPD)

Es ist also angekündigt und umgesetzt worden. Das ist die wichtige Botschaft, die wir gerne hier verkünden können. Man kann sich darauf verlassen, dass wir nicht nur eine Ankündigungspolitik machen, was wir zum Teil von der Opposition gehört haben, sondern dass wir wirklich das umsetzen, was wir ankündigen.

Aus dem Hause heraus wurde ein Antrag umgesetzt, der auch zu mehr Geld geführt hat, nämlich die Prostituiertenberatungsstelle. Alle Fraktionen in diesem Hause waren sich einig, dass eine solche Einrichtung geschaffen wird. Sie ist geschaffen und in Koblenz angesiedelt worden und hat ihre Arbeit aufgenommen.

Ein ganz wichtiges neues Feld ist die Online-Beratung für junge Migrantinnen in Krisensituationen. Das ist eine ganz wichtige Aufgabe, die wir gerade auch im Bereich der Enquete-Kommission diskutiert haben, wo sie entsprechende Beachtung gefunden hat. Es wurde sehr positiv von den Anzuhörenden vermerkt, dass es ein Projekt ist, das tatsächlich hilft, weil man gerade den Frauen, die Schwierigkeiten haben, helfen kann, aus

dem Familienbereich herauszukommen und Hilfe zu bekommen, ohne dass sie aus dem Haus gehen müssen, und dass die Netzwerke entsprechend aufgebaut werden. Auch wenn Herr Dr. Schmitz keine Netzwerke mag, so muss ich von Frauenseite her sagen, gerade Netzwerke sind unheimlich wichtig, damit die Frauen überhaupt Hilfe finden, die Frauen auch weiterkommen und die Förderung und die Hilfeleistung überhaupt einsetzen können.

In diesem Zusammenhang möchte ich kurz auf unseren Entschließungsantrag „Förderung der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund“ eingehen. Dazu möchte ich nur sagen, während die CDU ihrem geplatzten Traum vom problemlosen Multikulti hinterherweint, handelt die SPD. Wir sehen und wissen, Integration ist eine zentrale Zukunftsaufgabe. Diese zentrale Zukunftsaufgabe ist im Handlungskonzept des Landes Rheinland-Pfalz beschrieben, nämlich im Integrationskonzept des Landes Rheinland-Pfalz „Verschiedene Kulturen – Leben gemeinsam gestalten“. Dazu braucht es Geld. Dazu stellen wir zusätzlich 200.000 Euro in diesen Haushalt ein, um die Umsetzung dieses Integrationskonzeptes und natürlich die Umsetzung der Empfehlungen der Enquete-Kommission mit anzukurbeln und zu bewegen. Was nützen die besten Ideen und Empfehlungen, wenn es dafür kein Geld gibt. Meinen herzlichen Dank, dass dafür 200.000 Euro bereitgestellt werden.

(Beifall bei der SPD –
Schweitzer, SPD: Sehr richtig!)

Zum Abschluss möchte ich sagen – – –

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD –
Fuhr, SPD: Applaudiert hat er auch!)

– Ich bedanke mich für den Applaus. Es ist immer das Problem, dass der Bereich Frauen dann immer wieder ein klein wenig zur Lachnummer wird. Es ist ein ganz ernster und wichtiger Bereich. Dem trägt die Landesregierung Rechnung. Dafür möchte ich mich ausdrücklich bedanken.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte mich auch ausdrücklich dafür bedanken, es liegen nämlich keine weiteren Anträge von einer Fraktion in diesem Bereich vor. Das spricht für die Zufriedenheit des ganzen Hauses mit diesem Bereich. Auch dafür bedanke ich mich.

Ich bedanke mich bei dieser Landesregierung dafür, dass dieser Haushalt so vorgelegt wird, dass die Maßnahmen umgesetzt werden. Ich freue mich auf die weiteren Beratungen dieser Anträge.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat Frau Kollegin Hayn für die CDU-Fraktion. Sie haben noch drei Minuten Redezeit.

Abg. Frau Hayn, CDU:

Ich spreche ein wenig schneller.

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Hälfte des Frauenhaushaltes, nämlich 2,8 Millionen Euro, entfällt auf Gewaltprävention und Hilfe für Betroffene.

Gewalt gegen Frauen verstößt gegen den Grundsatz der Menschenwürde. Wir unterstützen als CDU-Fraktion selbstverständlich die Programme, Projekte und Zuschüsse und danken den Institutionen, Frauenhäusern, Notrufen und Beratungsstellen, die sich täglich dafür einsetzen, Frauen nachhaltig zu unterstützen, die Gewalt erfahren haben oder durch sie bedroht sind.

(Beifall bei der CDU)

Aus besonderem Anlass möchte ich noch die Organisation SOLWODI erwähnen, besonders ihre Begründerin, Schwester Lea Ackermann, die sich in großartiger Weise dafür eingesetzt hat, dass Mädchen und Frauen, die von Menschenhandel und Zwangsprostitution bedroht werden oder davon betroffen sind, geholfen wird.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Sie hat dafür zahlreiche Auszeichnungen bekommen, das Bundesverdienstkreuz und jetzt kürzlich den Kinderschutzpreis des Kinderschutzbundes Rheinland-Pfalz.

Den Themenkomplex „Frauen und Erwerbsleben“ hat Frau Sahler-Fesel auch gestreift, die Wiedereinstiegsprogramme „Frau und Beruf“ und „Plan W – Wiedereinstieg hat Zukunft“ begrüßen wir, auch die Maßnahmen zur Berufsorientierung. Erwähnenswert finde ich das Ada-Lovelace-Projekt, in dem Mädchen animiert werden sollen, sich für naturwissenschaftliche Studiengänge zu entscheiden.

Alle Jahre wieder haben wir im Ausschuss die Diskussion um den Girls' Day. Die CDU-Fraktion ist der Ansicht, dass es gut wäre, auch einen parallelen Boys' Day einzuführen; denn es täte unserem Land auch gut, wenn Jungen an typische Frauenberufe herangeführt würden, an erzieherische Berufe und pflegerische Berufe. Wir wissen auch, dass in den Schulen, besonders in den Grundschulen, Männer Mangelware sind. Es täte gut, wenn Jungen Gefallen daran finden würden, eine Ausbildung zum Grundschullehrer zu machen, um auch in den weiblich dominierten Schulen auf Jungen adäquater eingehen zu können.

Liebe SPD, da müssen Sie sich noch aus Ihrer ideologischen Zwangsjacke befreien.

(Beifall bei der CDU –

Pörksen, SPD: Ach nein, jetzt sind Sie aber frech! –
Hartloff, SPD: Wie kommen Sie denn darauf, dass wir eine anhaben?)

Dass die Jungen Verlierer im Bildungssystem sind, auch dieses Thema haben wir des Öfteren behandelt. In der neuen PISA-Studie wird diese Tatsache leider wieder bestätigt. Es wird bescheinigt, dass Jungen zum Beispiel

in puncto Lesefähigkeit den Mädchen um ein ganzes Schuljahr hinterherhinken und somit als Risikoschüler gelten.

(Vizepräsidentin Frau Klamm übernimmt den Vorsitz)

Der uns allen bekannte, eben auch schon zitierte Professor Sell fordert einen Innovationsschub im Unterricht und mahnt bessere Unterrichtsqualität an.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns gemeinsam an der Lösung dieses Problems arbeiten. Es ist erfreulich, wie gut Mädchen dank vielfältiger Förderung in Schule, Ausbildung und Studium abschneiden und welche guten Perspektiven sie haben.

(Glocke der Präsidentin)

Wir dürfen es aber nicht zulassen und können es uns auch nicht leisten, dass die Hälfte unserer Bevölkerung ins Hintertreffen gerät und sich als Verlierer empfindet. Wir brauchen gut ausgebildete Frauen und Männer.

(Glocke der Präsidentin)

Das liegt auch in der Verantwortung eines Gleichstellungsausschusses.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die Landesregierung hat nun Frau Staatsministerin Dreyer das Wort.

Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Herren und Damen Kollegen! Ich freue mich, dass wir heute den Einzelplan 06 so intensiv diskutieren. Ich möchte den rheinland-pfälzischen Bürgerinnen und Bürgern sagen, dass wir mit der Vorlage dieses Haushaltes und seinen Ergänzungen ganz gewiss eine haushaltssolide, solidarische, gerechte und zukunftsorientierte Sozialpolitik in diesem Land absichern.

Wir führen Bewährtes und Notwendiges fort und setzen neue Akzente. Darauf möchte ich eingehen.

Vorab allerdings möchte ich ein paar notwendige Erklärungen abgeben. Der Riesenbatzen dieses Haushalts – rund 1,5 Milliarden Euro – sind Aufgaben, die unter sogenannten verpflichtenden Leistungen laufen. Die allermeisten stehen im Zusammenhang mit unseren ganz großen Leistungsgesetzen, mit dem Sozialgesetzbuch II, V – Krankenhausfinanzierung – VIII, IX und XII und natürlich mit den entsprechenden Ausführungsgesetzen auf Landesebene.

Ich erwähne die Sozialgesetzbücher, weil sie aus meiner Sicht wichtige Säulen in unserem Sozialstaat sind, die

wir auf Landesebene und kommunaler Ebene gestalten können. Ich meine, diese gestalten wir gut in unserem schönen Land.

Für die Landesregierung ist klar, dass diese Gelder immer zielgerichtet und effizient eingesetzt werden müssen. Dafür haben wir Strukturen geschaffen. Dafür stehen wir in Prozessen, um strukturelle Veränderungen fortzuführen und weiterzuentwickeln, die dem Lebensentwurf der Menschen entsprechen und es ermöglichen, dass die Mittel verantwortungsvoll verausgabt werden.

Manchmal stört mich der Duktus in dem einen oder anderen Antrag, dass Sozialausgaben immer nur als Ausgaben diskutiert werden, die die Handlungsfähigkeit unseres Staates einschränken. Sozialausgaben sind für uns Investitionen in die Menschen. Menschen darin zu unterstützen, selbstbestimmt zu leben und selbstbestimmt zu partizipieren, egal ob alt, chronisch krank oder sonst benachteiligt, sind Investitionen nicht nur in eine bessere Lebensqualität, sondern in die Fähigkeit der Menschen, damit sie in die Lage versetzt werden, sich in unsere Gesellschaft einzubringen und bei der Bruttowertschöpfung ihren eigenen Beitrag leisten zu können. So möchte ich gern Sozialpolitik betrachtet sehen.

Es gibt ein einziges Feld in der Sozialpolitik, bei dem das inzwischen anerkannt wird. Das ist die Gesundheitswirtschaft. Das ist erst der Fall, seitdem wir bei der Gesundheit über Gesundheitswirtschaft diskutieren. Es wird anerkannt, dass es ein großer Teil der Wertschöpfung in unserer Gesellschaft ist, dass Menschen zwar Hilfe und Unterstützung brauchen, aber andererseits dadurch Arbeitsplätze und Werte geschöpft werden. Das gilt für viele andere Bereiche im Sozialwesen auch.

Es ist verkürzt, wenn wir bei Sozialausgaben nur über Sparen sprechen. Es ist verkürzt, wenn wir nur darüber sprechen, Menschen zu unterstützen und ihre Lebensqualität zu stärken. Wir müssen darüber sprechen, was sie unter wirtschaftlichen Aspekten für unsere Gesellschaft bedeuten. Sie bedeuten sehr viel. Sie bedeuten nicht nur in Geld ausgedrückt sehr viel, sie bedeuten auch sozialer Zusammenhalt. Für Rheinland-Pfalz kann ich ganz gewiss sagen, dass wir ein ausgesprochen gutes soziales Klima haben und über einen hohen sozialen Frieden verfügen. Der trägt erheblich zur wirtschaftlichen Sicherheit dieses Landes bei.

(Beifall bei der SPD)

Herr Dr. Schmitz hat es provoziert. Ich hätte es aber auch so gesagt. Ich glaube, dass wir einen anderen Weg gehen und wir eine andere Auffassung als das haben, was zurzeit auf der Bundesebene zu sehen ist. Wir sind der Auffassung, dass die großen Lebensrisiken – dazu gehört das Thema „Gesundheit“ – solidarisch abgesichert werden sollen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD –
Dr. Schmitz, FDP: Wir auch!)

– Nein. Die Bundesregierung geht einen Weg der Privatisierung. Sie hat ihn ganz klar eröffnet. Ich sage ganz deutlich, das haben die rheinland-pfälzischen Abgeord-

neten und ihre Spitzenkandidaten von CDU und FDP im Bundestag so beschlossen.

(Dr. Schmitz, FDP: Propaganda ist das!)

– Herr Dr. Schmitz, Sie haben vorhin eine klare Aussage eingefordert. Wir kämpfen für das andere System.

(Dr. Schmitz, FDP: Das ist Vorkasse!)

– Herr Dr. Schmitz, ich habe überhaupt nicht von Vorkasse gesprochen.

(Zuruf des Abg. Dr. Schmitz, FDP)

– Ich spreche jetzt gerade hier. Ich habe nicht zur Vorkasse gesprochen. Ich sage sehr klar, Sie haben vorhin die Frage gestellt und gesagt, dass man sich für das eine oder andere System entscheiden muss. Sie haben sich entschieden. Stehen Sie dazu. Wir wollen weiter für die Bürgerversicherung, für die solidarische Absicherung der Gesundheit kämpfen.

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Eymael, FDP)

Zu Frau Thelen möchte ich gerne etwas sagen. Wir sprechen heute nicht mehr über die Sozialhilfe von vor zehn Jahren, wo es besonders um die laufenden Hilfen für Arbeitslose ging. Das wissen Sie. Wenn wir von konjunkturellem Aufschwung und von der guten wirtschaftlichen Lage in Rheinland-Pfalz sprechen, dann ist es nicht verwunderlich, dass das keinen unmittelbaren Zusammenhang mit unserem Sozialetat hat. Das müssten Sie wissen. Der große Teil des Geldes geht in die Bereiche schwerbehinderter Menschen, behinderter Menschen und älter werdender Menschen. Der Demografiefaktor ist der Faktor, der unseren Haushalt am meisten betrifft. Das kann man sehr schön an den Fallzahlen der behinderten Menschen sehen. Wir sind Gott sei Dank in einer Zeit nach der Nazizeit, in der behinderte Menschen erstmals alt werden. Es kommen junge behinderte Menschen hinzu. Das ist der Punkt, dass wir mit dieser Frage kämpfen, wie wir die Struktur der Eingliederungshilfe und der Altenhilfe entwickeln können, um dieser großen Fallzahl, die auf uns zukommt, entsprechend begegnen zu können. Sie hat gar nichts mit der Konjunktur zu tun. Der Sozialetat wird heute durch andere Fakten der Finanzen ausgedrückt.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD –
Pörksen, SPD: Sehr wahr!)

Ich nenne einen Vergleich. Im Ausschuss streiten wir über die Effizienz von Arbeitsmarktmitteln. Das sind in meinem Haushalt rund 17 Millionen Euro plus rund 13 Millionen Euro ESF-Mittel. Der Gesamthaushalt beträgt aber 1,6 Milliarden Euro. Da wird die Musik gespielt, und nicht bei den 30 Millionen Euro ESF- und Arbeitsmarktmitteln. Ich sage das ganz klar, weil die Diskussion an der Sache vorbeigeht. Das ärgert mich inzwischen ein Stück weit.

Herrn Dr. Schmitz will ich sagen, ich glaube, als Ministerin habe ich noch nie einem Menschen gesagt, ich könnte für eine Zeitlang verhindern, dass ein Kind ein Koma-

trinker ist, oder ich könnte jedes Problem lösen. Natürlich ist das nicht der Fall. Als Ministerin bin ich trotzdem in der Verpflichtung zu sagen, wenn es ein gesellschaftliches Problem gibt, dann müssen wir schauen, was wir anbieten können, um die jungen Leute präventiv davor zu schützen und Eltern zu unterstützen. Das tun wir. Wir werden es aber nicht verhindern können, dass Kinder zu Komasaüfern werden.

(Dr. Schmitz, FDP: Sie verstehen aber, dass sich Erfolge – – –)

Das ist unser Ansatz und unsere Politik. Sie können natürlich sagen, wenn die Zahlen nicht besser werden, dann lassen Sie den Rest auch bleiben. Wir sagen, wir müssen trotzdem aufklären und uns um diese Jugendlichen bemühen. Das tun wir, und zwar auch mit diesem Haushalt.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD –
Zuruf des Abg. Dr. Schmitz, FDP)

Ich sage noch einen weiteren Satz. Sie reden von der Bürgergesellschaft. Wir haben gesagt, wir sind nicht ganz sicher, ob wir das Gleiche meinen. Der Ministerpräsident hat es angesprochen. Wir sind mit Baden-Württemberg und Bayern das Bundesland mit den meisten Menschen, die ehrenamtlich aktiv sind. Das ist kein Zufall. Das ist vielleicht die Mentalität der Menschen hier im Land. Wir machen viel für das Ehrenamt. Es gibt keinen sozialen Bereich, bei dem wir nicht versuchen, die Strukturen seit Jahren dahin zu bewegen, dass sie aus einem Hilfemix zwischen Professionellen und Ehrenamtlichen bestehen können. Das ist unser Ziel. Dabei ist es egal, ob es um den Bereich Hospiz oder die Pflege geht oder ob es den Aktionsplan betrifft. Der Aktionsplan „Gut leben im Alter“ basiert auf Partizipation der Seniorinnen und Senioren, auf Selbstbestimmung. Sie sollen bestimmen, wohin der Hase läuft und wie sie sich in die Gestaltung einbringen können. Das ist unser Ansatz. Ich bin dezidiert der Auffassung, dass wir diesen ganzen Bereich nur dann gut steuern können, wenn wir es schaffen, das Ehrenamt so mit dem Hauptamt zu verknüpfen, dass es funktioniert. Dann können wir an der Stelle Geld sparen.

Ich möchte einige Sätze zu einzelnen Arbeitsfeldern sagen. Das Ministerium ist sehr breit aufgestellt. Ich will nur kleine Kernpunkte ansprechen, um es nicht überstrapazieren. Beim ersten Punkt möchte ich noch einmal auf die Arbeitsmarktpolitik eingehen. Es klingt in meinen Ohren zurzeit wirklich ein bisschen zynisch, dass wir mit Blick auf Landesprojekte über befristete Modelle sprechen. Es ist bei uns selten der Fall, dass wir ein Modell einfach so machen und nichts daraus folgern. Herr Dröscher hat es dargestellt. Zurzeit brechen bei uns landesweit die Projekte weg. Das werden wir ab Januar in ganz intensivem Maße erleben. Wichtigen Einschnitt hat es Professor Dr. Sell genannt. Herr Dröscher hat es gesagt. Es ist mehr als das. 2.000 Menschen sind in den Projekten beschäftigt. Viele Tausende werden qualifiziert. 60 Millionen Euro allein in Rheinland-Pfalz – das ist ein Drittel der Mittel im SGB II-Bereich – werden durch die Bundesregierung gestrichen. Das ist aus meiner Sicht absolut unverantwortlich. Es ist nicht das erste Mal, dass ich das erlebe. Frau von der Leyen hat mit

großem Tamtam die Mehrgenerationenhäuser gegründet.

(Pörksen, SPD: Schöner Reifall!)

Alle Länder sind Frau Schröder gegenüber Amok gelaufen. Jetzt wird das Programm weiter fortgesetzt. Es gibt viele andere Beispiele, bei denen der Bund einsteigt, ohne die Länder wirklich mitzunehmen. Am Ende stehen wir da und haben die Wahl, ob wir das auffangen können oder nicht. Wir können es nicht. Die Einschnitte sind diesmal so massiv. Das gilt ebenfalls für den Bereich der „Sozialen Stadt“. Das möchte ich ausdrücklich sagen. Die Einschnitte sind so massiv, dass das Land nicht in der Lage ist, das auffangen zu können. Ich möchte, dass klar ist, dass das nicht unsere Politik ist, sondern die Politik der Bundesregierung.

(Beifall bei der SPD)

Wir sehen in der Arbeitsmarktpolitik nach wie vor, dass wir eine Verpflichtung gegenüber den Langzeitarbeitslosen haben. Deshalb sind die Langzeitarbeitslosen nach wie vor einer unserer großen Schwerpunkte. Es handelt sich dabei um rund 108.000 arbeitslos gemeldete Menschen. Jeder Einzelne ist zu viel. Rund 63 % davon sind ALG-II-Empfänger, wo die größten Einschnitte vorgenommen werden. Aber natürlich haben wir in der ESF-Förderperiode, die jetzt im Moment gerade dran ist, auch unsere Schwerpunkte neu gesetzt. Wir haben den Schwerpunkt „Langzeitarbeitslose“ beibehalten, aber wir haben den Schwerpunkt „Fachkräftebedarf“ natürlich aufgegriffen. Deshalb fordern wir auch in Zukunft kontinuierlich betriebliche Weiterbildung. „Quali-Check“ ist ein Beispiel, übrigens auch sehr erfolgreich. Er läuft seit ungefähr einem Jahr. Wir haben 1.400 „Quali-Checks“ inzwischen an Menschen vergeben, die sich dann freiwillig weiterbilden, was wir auch wirklich wünschen und brauchen. Natürlich investieren wir ins Erwerbspotenzial, das heißt, Frauen, ältere Menschen und auch die Sonderprogramme vor allem für alleinerziehende Mütter, aber auch Väter, sind für mich auch noch einmal ein ganz wichtiger Schwerpunkt.

Zur Gesundheitswirtschaft möchte ich nicht viel sagen, aber wir haben bewusst einen Teil unserer Haushaltsmittel dahin geschoben. Weil ich es vorhin schon angesprochen habe, es ist einer der großen boomenden Märkte. Wir geben da nicht einfach Projekte oder so etwas aus, Herr Dr. Schmitz. Die Landesleitprojekte wie „ThrombEVAL“ oder „Wundnetz Rheinland-Pfalz“ oder das Netzwerk „Adaptora“ beruhen alle auf dem gleichen Gedanken, nämlich eine Versorgungskette im Land Rheinland-Pfalz wirklich gut zu organisieren. Vorbild bei uns ist eigentlich die Schlaganfallversorgung, bei der wir angefangen vom niedergelassenen Bereich über die Entwicklung von Medikamenten, über den Rettungsdienst, über das Krankenhaus, über die Rehabilitation eine wirklich gute Versorgungskette in Rheinland-Pfalz entwickelt haben. Das wollen wir auch bei anderen Krankheitsbildern. Wir haben in diesen Projekten wirklich von der Pharmazie über die Medizintechnik, über die Krankenhäuser, über die niedergelassene Ärzteschaft alle drin. Ich glaube, deshalb ist das ein sehr guter Ansatz. Ich bin auch ganz gespannt auf die Ergebnisse und

bin ganz sicher, dass auch das ein großer Erfolg werden wird.

Ich möchte noch einige Sätze zu „Gesundes Rheinland-Pfalz“ sagen. Herr Dr. Schmitz, Sie haben es ja gesagt, auch da haben wir jetzt die Situation, dass die meisten Rahmenbedingungen natürlich auf der Bundesebene getroffen werden. Die Länder haben umfassende Vorschläge zum Thema „Fachkräftebedarf der Zukunft“ und auch zur Umstrukturierung des Gesundheitssystems gemacht. Wir haben da vom Bundesgesundheitsminister noch nicht viel gehört. Wir sind gespannt darauf. Ich meine, nach der letzten Reform könnte man auch sagen, er lässt sich besser noch ein bisschen Zeit. Man weiß ja nicht, was dann kommt. Aber ich möchte schon noch betonen, dass wir das, was wir als Land tun können, beherzt anpacken. Ich nenne noch einmal den Masterplan zur hausärztlichen Versorgung, der erste, der in einem westlichen Bundesland erstellt worden ist. Wir sind im Moment in der Weiterentwicklung.

Ich nenne die 400.000 Euro, die als neuer Ansatz jetzt in unserer Gesundheitswirtschaft ausgewiesen sind, mit denen wir die Weiterentwicklung des Masterplans unterstützen wollen, nämlich in dem Sinne, dass wir auch Anreize und Hilfen schaffen wollen, wenn Ärzte und Ärztinnen bereit sind, sich im ländlichen Bereich niederzulassen.

Ich nenne das Thema „Krankenhaus“. Ich glaube, wir haben bewiesen, dass wir die Krankenhausinfrastruktur sehr gut weiterentwickelt haben. Ich nenne auch sehr stolz das Konjunkturprogramm II, weil es seinesgleichen in der Bundesrepublik Deutschland sucht, und dass wir in eineinhalb Jahren in 40 Krankenhäusern mit 82,5 Millionen Euro zusätzlicher Mittel Maßnahmen zum Fortschritt unserer Krankenhäuser umgesetzt haben. Da gab es viel Lob. Es gab sehr viel Kooperation.

(Vizepräsident Schnabel übernimmt den Vorsitz)

Wir sind stolz darauf, dass wir das so toll haben abwickeln können. Ich glaube, wir sind damit auch einen ganz großen Schritt in der Versorgung weitergekommen.

(Beifall bei der SPD)

Ich könnte noch etwas zur Selbsthilfeorganisation, zum öffentlichen Gesundheitsdienst und zur Prävention sagen. Alles das wäre wichtig, aber wir haben heute Haushaltsberatungen. Deshalb möchte ich auf den nächsten Schwerpunkt eingehen. Das ist das Thema „Initiative ‚Menschen pflegen‘“. Da bin ich jetzt doch gerade einmal ein bisschen erstaunt gewesen. Es sind nur drei Punkte, die ich ansprechen wollte.

Der erste Punkt davon sind unsere Pflegestützpunkte. Sorry, Herr Dr. Schmitz, wenn Sie die eben gemeint haben. Etwas anderes kann ich mir nicht vorstellen. Es geht um die Pflegestützpunkte bei der Beratungsstruktur. Wenn wir bundesweit um etwas beneidet werden, dann ist es deshalb, dass wir 135 Pflegestützpunkte im Land haben, wo die Menschen, die älter werden, eine Anlaufstelle haben, in der sie rundum Beratung erlangen und sich unabhängig orientieren können, wie sie ihr

Leben in Zukunft weiter organisieren, wenn Pflege plötzlich ein Thema ist.

(Dr. Schmitz, FDP: Rundumwohlfühlpaket!)

Ich finde es eine wunderbare Sache, und ich bin auch absolut der Auffassung, auch wenn es an der einen oder anderen Stelle noch Reibungsverluste gibt, dass etwas Besseres nicht vorstellbar ist, als diese Pflegestützpunkte zu haben. Ich bin sehr froh, dass zumindest in meiner Fraktion das uneingeschränkt so gesehen wird, dass wir dieses Angebot für unsere Senioren und Seniorinnen in Zukunft umso dringender brauchen.

(Beifall der SPD)

Ich möchte etwas zu dem Thema „Fachkräfte“ sagen, weil wir in der Vergangenheit einen ganz besonderen Schwerpunkt darauf gelegt haben. Wir haben die Ausbildung im Bereich der Altenpflege novelliert. Wir sind das einzige Bundesland in Deutschland, das ein Umlagesystem in der Altenpflege hat. Daraus resultierend haben wir in den letzten vier Jahren eine Steigerung der Zahl der Schülerinnen und Schüler in Altenpflegeschulen von über 30 % gehabt. Ich glaube, das ist auch ein tolles Ergebnis in einer Zeit, in der wir wissen, dass wir in Zukunft mehr Pflegefachkräfte brauchen. Ich glaube, da sind wir auf einem ausgezeichneten Weg.

Ich möchte weiterhin nennen, dass wir auch nicht stillstehen, wenn es um das Thema geht, wie sich dieser ganze medizinische und pflegerische Bereich weiterentwickelt. Ich nenne nur ein für mich sehr wichtiges Modellprojekt. Das ist die neue Aufgabenaufteilung im Krankenhaus – ein umstrittenes Projekt in Rheinland-Pfalz, aber mit so viel Empathie in den Krankenhäusern durchgeführt –, bei der man überprüft, wie in Zukunft eigentlich Pflege-, Servicekraft und Arzt zusammenarbeiten. Wer macht eigentlich was? Es ist wichtig, weil wir die Fachkräfte der Zukunft auch noch einmal neu organisieren müssen, damit wir überhaupt klarkommen. Ich glaube, deshalb ist das auch einer der ganz wichtigen Schwerpunkte in diesem Bereich.

Zu „Gut leben im Alter“ habe ich schon etwas gesagt. Deshalb kann ich das jetzt überspringen.

Wichtig ist mir noch, etwas zum Thema „Menschen mit Behinderungen“ zu sagen. Liebe Frau Thelen, das kann ich auch nicht stehen lassen, was Sie gesagt haben. Es gibt in Rheinland-Pfalz keinen behinderten Menschen oder eine Einrichtung, die gegen ihren Willen dezentralisiert wird. Das ist ausgeschlossen. Das sage ich hier ganz klar. Ich möchte auch noch einmal sagen, Sie sind aus meiner Sicht immer so diffus. Auf der einen Seite sprechen Sie von Inklusion. Auf der anderen Seite erlebe ich Sie auch in Veranstaltungen, bei denen Sie zur Behindertenpolitik sprechen. Da scheinen Sie wirklich sehr offensiv hinter diesem Gedanken zu stehen. Im Parlament werfen Sie mir regelmäßig vor, dass ich über die Köpfe der Leute hinweggehe und zu viel Macht in dieser Sache ausgeübt werde. Das ist nicht wahr. Es gibt keinen Dezentralisierungsprozess von den Großeinrichtungen,

(Dr. Schmitz, FDP: Dann lügen die alle!)

der nicht mit den Beteiligten gemeinsam gemacht wird. Dass es da Probleme gibt und wir in diesen Konferenzen auch immer wieder Menschen haben, die artikulieren, dass sie Ängste haben und in bestimmten Dingen unsicher sind, das ist doch klar. Aber dafür gibt es die Konferenzen, um diese Probleme zu besprechen.

(Zuruf der Abg. Frau Thelen, CDU)

– Wie bitte?

(Frau Thelen, CDU: Sie erpressen die Einrichtungen!)

– Das ist doch vollkommener Unsinn, Frau Thelen. Wenn ich die Einrichtungen erpressen wollte, dann hätten wir ein Gesetz gemacht. Reden Sie doch nicht so ein Zeug. Das ist einfach vollkommen nebensächlich, und es macht mich auch wütend, weil wir Prozesse machen, die Zeit brauchen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Die brauchen Geduld, die brauchen Man- und Womanpower. Wir machen es, weil wir die Leute mitnehmen wollen, und nicht, weil wir von oben sagen: Hier ist ein Gesetz, und Sie haben das zu tun. –

Also, ich bitte Sie, ich bin oft genug vor Ort, und ich bin oft genug in diesen Einrichtungen gewesen. Ich kann das sehr gut einschätzen. Ich schließe nicht aus – ich treffe die Eltern auch sehr oft –, dass es Ängste gibt, was das betrifft. Aber wir versuchen, diese Ängste wirklich aufzugreifen und das gemeinsam mit den Leuten zu gestalten. Ich bin mir sehr sicher, dass wir hier auf einem ganz guten Weg sind.

Ich war neulich im Sozialausschuss des Städte- und Landkreistages – auch das möchte ich noch einmal sagen –, weil es um das Thema „Kosten“ ging. Wir haben sehr gut miteinander diskutiert. Wir haben einen gemeinsamen Beschluss gefasst, dass sie sich an unserem Modellprojekt beteiligen werden, weil sie sagen, sie finden natürlich immer einen Einzelfall – gerade auch in Ihrem Sozialamt, da haben wir auch interne Informationen bekommen –, der teuer ist, wenn er nicht in einer Einrichtung ist. Aber wenn Sie fair damit umgehen, wenn die Kommune die ganze Gruppe der behinderten Menschen und ihre Hilfeleistungen nimmt und dann eine Rechnung aufmacht, dann kommen Sie am Ende zum Ergebnis, dass es keinesfalls teurer ist, wenn man in stärker ambulantisierter Verhältnisse geht.

Wir können das gern im Ausschuss irgendwann noch einmal diskutieren. Die Zeit rast. Ich muss jetzt auch zum Ende kommen. Ich verwahre mich nur dagegen, dass hier behauptet wird, dass die Landesregierung den Leuten etwas aufdrückt. Wir sind absolut partizipativ aufgestellt. Wir betreiben großen Aufwand, um die Prozesse gut zu gestalten. Ich bin ganz sicher, dass das tatsächlich auch vor Ort gelingt.

Ich überspringe, dass es jetzt auch im Bund Fortschritte gibt, weil ich dafür einfach nicht mehr die Zeit zur Verfügung habe.

Ich möchte aber gerne noch etwas zur Familienpolitik sagen. Das ist mit 114 Millionen Euro auch kein kleiner Posten. In meiner heutigen Rede möchte ich das ins Verhältnis setzen zum Thema „Armut“, weil die Armuts- und Reichtumsberichterstattung bei uns auch eine große Rolle spielt.

Sie wissen alle, dass von Armut gefährdet häufig Familien mit vielen Kindern oder die Alleinerziehenden sind. Das sind dieselben Gruppen, die wir bei den steigenden Kosten bei den Hilfen zur Erziehung haben. Die Hilfen zur Erziehung liegen inzwischen bei über 52 Millionen Euro. Die Tendenz ist steigend, obwohl wir immer weniger Kinder haben.

Ich betone, dass wir als Land eigentlich alles tun, was wir können, um diese Familien zu unterstützen. Dies nicht nur durch Einzelfallhilfen durch die Kommunen, durch Familienferienmöglichkeiten oder die Stärkung von Familienkompetenzen, aber wir werden am Ende nicht wirklich zum Ziel kommen, wenn wir nicht endlich begreifen – das geht noch einmal an die Adresse der CDU und der FDP –, dass die meisten dieser Menschen in absolut prekären Verhältnissen leben und arbeiten.

Wenn es so weitergeht – die „ILO“ hat jetzt wieder eine neue Auswertung gemacht –, dass der prekäre Arbeitsmarkt in Deutschland weiter so wächst, werden wir das Thema „Alleinerziehende und Armut in Familien“ nicht in den Griff bekommen. Das bestätigt uns inzwischen eigentlich jeder weltweit. Das bestätigen uns inzwischen sogar der Deutsche Juristentag und der Deutsche Industrie- und Handelstag. Es gibt eigentlich so gut wie niemanden mehr als Selbsthilfeorganisation, der uns nicht völlig fern steht, der bestreiten würde, dass eine Weiterentwicklung des prekären Arbeitsmarktes in dieser Form wirklich in eine dermaßen sozialarme Situation in Deutschland führt, wie das der Fall ist. Das lesen wir ab an der Förderung von Familien, an den Hilfen zur Erziehung. Das sind Auffangmodelle genau für solche Lebenssituationen. Deshalb kämpfen wir weiter dafür und appellieren an Sie, dass man endlich etwas tut gegen dieses Thema prekärer Arbeitsmarkt und die ideologische Haltung zumindest zur Begrenzung von Leiharbeit endlich eindämmt oder aufhebt.

(Beifall der SPD)

Meine sehr geehrten Herren und Damen, zur Migration und Integration haben Frau Sahler-Fesel und heute Morgen auch Herr Mertin eigentlich alles gesagt. Unsere Haltung ist da sehr klar. Herr Schmitz, ich teile auch nicht das, was Sie gesagt haben. Wir legen Ihnen irgendwann noch einmal die Zahlen vor. Natürlich haben wir Erfolge im Bereich Kinder ohne Abschluss, auch wenn man damit nicht zufrieden sein kann. Wir haben Erfolge beim Thema „Ausbildung“ im Zusammenhang mit Migranten, auch wenn man nicht damit zufrieden sein kann. Man kann aber sehr schön sehen, dass die Entwicklungen positiv sind und sich die Investitionen und der Weg, den wir in Rheinland-Pfalz gehen, durchaus gelohnt haben.

Es tut mir leid, aber die Frauen kommen zum Schluss. Sie haben eben zwei engagierte Rednerinnen im Parlament erlebt, die die allerwichtigsten Punkte genannt

haben. Frau Hayn, ich kann mich in der Haushaltsdebatte nicht an dem Thema „Girls'Day“ abarbeiten.

(Frau Pepper, SPD: Sehr gut!)

Das will ich auch nicht. Ich meine, es ist auch nicht relevant genug. Wir haben dazu eine klare Meinung. Wichtig ist, dass die Frauen in unserem Haushalt nach wie vor eine außerordentlich wichtige Rolle spielen. Das soll in der Zukunft auch so bleiben.

Ich meine, insgesamt haben wir einen guten Einzelplan 06, der gute und wichtige Schwerpunkte beinhaltet. Wir können sehr beruhigt sagen, dass wir auch im Jahr 2011 eine gute Grundlage haben, um Rheinland-Pfalz als soziales Rheinland-Pfalz weiterzuentwickeln.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Schnabel:

Ich höre gerade, der FDP steht keine Redezeit mehr zur Verfügung. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Ich rufe nun auf:

Beratung des Einzelplans 14 – Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz

Das Wort hat

(Schweitzer, SPD: Ohne Aussprache!)

Herr Kollege Weiner von der CDU-Fraktion.

Abg. Weiner, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Positive vorneweg: Wir freuen uns, dass die Anregung der Klima-Enquete-Kommission, ein Kompetenzzentrum für Klimawandelfolgen einzurichten, umgesetzt wird. Wir freuen uns auch mit den Naturschutzverbänden, dass es beim Programm „Natura 2000“ jetzt die Bewirtschaftungspläne gibt. Das waren aber auch schon die wenigen Lichtblicke im letzten Haushalt von Frau Umweltministerin Conrad.

(Pörksen, SPD: Dann können Sie sich wieder setzen!)

Beim Artenschutz, beim Naturschutz und beim Hochwasserschutz gibt es wenig Dissens. Herr Pörksen, darüber müssen wir auch nicht streiten. Es gibt aber auch etliche große Negativpositionen der Umweltministerin.

Da gibt es die ideologisierte Energiepolitik mit ständigen Schlammschleudern in Richtung Bundesregierung. Später komme ich darauf noch zurück.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Frau Ministerin Conrad, Ihr fehlender Sparwille und Ihre hemmungslose Schuldenmacherei passen in das Ge-

samtkonzept der Landesregierung: Prestigeprojekte, Prospekte, Publikationen, Kampagnen. Nach außen hin tun Sie sparsam, tatsächlich wird aber immer noch in die Vollen gegangen, werden Schulden zulasten kommender Generationen gemacht, das ausgerechnet im Umweltressort, wo man doch eigentlich auf Nachhaltigkeit setzen sollte.

(Schweitzer, SPD: Ein Einsparvorschlag von Ihnen jagt den anderen! –

Frau Brede-Hoffmann, SPD: Wir warten schon seit fünf Jahren! Seit fünf Jahren hätten wir ihn gerne gehört!)

– Ja, dazu komme ich gleich. Warten Sie nur ab.

Hier ein paar Beispiele für die hemmungslose Ausgabenpolitik. Seite 18, „Veröffentlichungen und Broschüren“, Ist-Ausgabe 2009: 87.000 Euro, Ansatz für 2011: 208.000 Euro. Das ist eine Steigerung um 139 %.

Ein weiteres Beispiel: Seite 66, „Veröffentlichungen, Kongresse, Tagungen“, Ist-Ansatz 2009: 58.000 Euro, Ansatz 2011: 230.000 Euro. Das ist eine Steigerung um schlappe 300 %.

(Dr. Rosenbauer, CDU: Hört, hört!)

Seite 86, noch einmal 2 Millionen Euro für Veranstaltungen und Broschüren. Das wurde schön verpackt in die nette Formulierung „Maßnahmen zur Stärkung des Bewusstseins für nachhaltigen und effizienten Energieeinsatz“. Im Kleingedruckten steht dann, um was es wirklich geht. Es geht um Tagungen, Internetauftritte und Kampagnen. Das könnte man noch klarer benennen. Das sind die schönen Einladungen, deren Hauptzweck darin besteht, dass sich die Umweltministerin mit einem Jugendfoto und einem Grußwort präsentieren kann. Das sind die Veranstaltungen, bei denen die Landesregierung sich selbst lobt und sich von ausgewählten Rednern hofieren lässt, mit denen sie das ganze Land in allen Ressorts inzwischen überzieht.

Neben der Öffentlichkeitsarbeit ist die Landesregierung noch in zwei anderen Punkten absolute Spitze. Jeder Minister in dieser Landesregierung gibt mehr Geld für Berater aus als zu CDU-Zeiten die ganze Regierung.

(Pörksen, SPD: Als die CDU? Das glauben Sie doch wohl selber nicht?)

Seite 17, „Kosten für Sachverständige“. In den Erläuterungen nennt man dies verstärkte Inanspruchnahme von externem Sachverstand.

(Ramsauer, SPD: C4 haben wir aber nicht genommen!)

– Ich will Ihnen nur sagen, wie das bei Ihnen aussieht. Sie zahlen das auf Kosten der Steuerzahler.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Auch bei Ihnen gilt: Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen!)

„Kosten für Sachverständige und Publikationen“. Das ist sogar eine Mischposition. Der Ansatz steigt von 250.000

Euro auf 650.000 Euro. Da wurden schlappe 400.000 Euro draufgesattelt.

Seite 82 – nur damit Sie einmal die Größenordnungen sehen –, „Kosten für Sachverständige“, Ist-Ausgabe 2009: 1,3 Millionen Euro, Ansatz 2011: 2 Millionen Euro. Das ist eine Steigerung um stolze 700.000 Euro. Das alles nur in einem Ressort.

Man setzt die Ausgaben an vielen Stellen um 50 %, 100 % oder gar um 300 % nach oben, um dann auf Seite 53 mit einer globalen Minderausgabe das Sparen vorzutauschen. Meine Damen und Herren, echter Sparwille sieht anders aus.

(Ramsauer, SPD: Halten Sie eine Finanzrede oder eine umweltpolitische Rede?)

Ein Beispiel: In der Forstpolitik wäre weniger mehr.

– Ich weiß, das tut Ihnen weh. Sonst wären Sie nicht so unruhig.

In der Forstpolitik wäre weniger sogar positiv. Jahrelang wurde unten bei den Revieren rationalisiert und zusammengelegt, wodurch die Entfernungen vergrößert wurden, und mit der Einsparregelung von 1,5 % wurde das Personal reduziert. Die Folgen sind jetzt erkennbar: größere Entfernungen und Überalterung des Personalkörpers. – Wenn fast alle frei werdenden Stellen nicht mehr besetzt werden, entsteht das Problem, dass von unten keine jungen Kräfte nachkommen können. Oben hat man jedoch weiter üppig gelebt. So üppig, dass sogar der Rechnungshof das gemerkt hat. Er hat klipp und klar gesagt, dass eine komplette Verwaltungsebene zu viel vorhanden ist. Statt eines dreistufigen soll ein zweistufiger Aufbau genügen.

Meine Damen und Herren, durch die Zusammenlegung der beiden oberen Ebenen ließen sich hohe Summen sparen. Genau dies will die CDU tun.

(Beifall der CDU –
Zuruf der Abg. Frau Fink, SPD)

Wir sind auch davon überzeugt,

(Frau Fink, SPD: Was machen wir mit den Leuten?)

dass durch mehr Eigenverantwortung der Reviere flexibler, kreativer, sparsamer und wirtschaftlicher verwaltet werden kann als durch dirigistische und hierarchische Entscheidungsstrukturen.

Wir sagen Ihnen auch, was wir mit dem gesparten Geld machen würden.

(Unruhe bei der SPD)

Wir würden zum einen Teil das gesparte Geld zum Abbau der Neuverschuldung nutzen.

(Schweitzer, SPD: Ihr habt bisher nur mehr ausgegeben!)

Wir würden zum zweiten Teil das gesparte Geld in die Bildung investieren und zum dritten Teil die Reviere stärken sowie die 1,5 %-Regel aussetzen.

(Zurufe von der SPD)

Damit wollen wir Spielräume für mehr Ausbildung und die Einstellung junger Nachwuchskräfte sowie die wachsenden Aufgaben der Forstämter im Hinblick auf die Biomassennutzung, die Umweltbildung und den Klimawandel schaffen.

(Zuruf von der SPD: Halten Sie versehentlich die Rede von Herrn Schreiner?)

Das Sparen, die Bildung und die Stärkung der Reviere sind klare Positionen der CDU.

Meine Damen und Herren, nachher wird meine Kollegin Frau Dorothea Schäfer noch aufzeigen, was die CDU beim Verbraucherschutz verbessern wird. Ich komme deshalb gleich von der Forst- zur Energiepolitik.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Frau Ministerin, es ist nicht erkennbar, wie Sie die Voraussetzungen für eine dezentrale Energieversorgung mit regenerativen Energien schaffen wollen. Sie jammern über die Laufzeitverlängerung, haben sie aber selbst mitverschuldet.

(Zurufe von der SPD)

Die zehn Jahre seit dem rot-grünen Atomausstieg – das habe ich Ihnen schon zum zweiten Mal gesagt – haben Sie verschlafen. Sie haben viel zu lange ignoriert, dass es mehr braucht als Windräder und Fotovoltaik.

(Zuruf des Abg. Schweitzer, SPD)

Sie haben ignoriert, dass Sonne und Wind nicht ganzjährig zur Verfügung stehen und man deshalb mit noch so vielen Fotovoltaikanlagen kein einziges Kern- oder Kohlekraftwerk stilllegen kann. Sie haben sich und anderen etwas vorgemacht, Jahre versäumt und beginnen erst jetzt richtig damit, sich Gedanken über notwendige Netzausbauten, intelligente Stromnetze und Energiespeicher zu machen.

Ein Sonderproblem ist die Geothermie.

Frau Ministerin, diese ist Ihnen gleich zwei Mal entglitten, und zwar zum einen, weil jetzt das Wirtschaftsministerium dafür zuständig ist, und zum anderen weil es der dortige Staatssekretär Schweitzer völlig verkehrt anpackt. Mit der Schlichtung in Stuttgart haben alle gesehen, wie zügig so etwas geschehen kann, wenn es politisch gewollt ist. Sie hingegen wollen keine Schlichtung.

Herr Ministerpräsident, Sie wollen sich nur noch über den Wahltermin retten. Sie haben zwölf Monate der Verunsicherung der Menschen in der Südpfalz ins Kraut schießen lassen.

(Schweitzer, SPD: Was reden Sie denn für ein Zeug? Haben Sie die Rede im Lotto gewonnen?)

Sie brauchen Monate, um einen Schlichter zu finden. Jetzt gehen Sie wieder rückwärts und wollen keine Schlichtung mehr, sondern nur noch eine Mediation.

(Ramsauer, SPD: Hier gab es einen Herrn Gebhart, dem ging alles nicht schnell genug!)

Sie erweisen damit der Geothermie einen Bärendienst. Sie nehmen die Sorgen der Menschen nicht ernst, die nachts erschrecken, wenn die Betten wackeln.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU ist nach wie vor davon überzeugt, dass die Geothermie das Potenzial hat, einen Beitrag zur künftigen Energieversorgung zu leisten.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Energiepolitik kann man aber nicht gegen die Menschen machen. Man muss sie für die Menschen machen. Wenn eine Technik noch nicht ausgereift ist, dann darf man sie noch nicht in großem Stil in der ganzen Südpfalz zulassen, sondern muss erst einmal die Kinderkrankheiten kurieren.

(Ramsauer, SPD: Dann lesen Sie mal die Rede des Herrn Dr. Gebhart nach!)

– Herr Ministerpräsident, von Ihnen hört man dazu reichlich wenig. Sie verstecken sich hinter dem baumlangen Staatssekretär.

(Pörksen, SPD: Hinter Ihnen kann man sich nicht verstecken!)

Sie haben heute in Ihrer Rede versprochen, bei den Rheinquerungen Schlichtungsverfahren à la Stuttgart einzusetzen zu wollen. Wir fordern Sie hiermit auf, dies auch bei der Geothermie zu tun.

(Ministerpräsident Beck: Was sollen wir?)

Die Menschen in der Südpfalz erwarten ein faires Verfahren und klare Ergebnisse vor Beginn der Landtagswahlen. Wenn dies Ihr Schlichter in zwei Monaten nicht schafft, fragen Sie einmal bei Heiner Geißler nach.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, jedermann in unserem Land weiß, wie schwierig und langwierig es ist, eine Straße zu bauen. Das ist auch bei der Hochspannungstrasse ähnlich. Das dauert von der Planung bis zur Inbetriebnahme 10 bis 15 Jahre. Darin liegt das Problem.

Frau Ministerin Conrad, Sie waren bis jetzt noch nicht einmal in der Lage, uns zu sagen, wo welche neuen Leitungen gebaut werden sollen. Der FDP-Antrag legt den Finger genau in Ihre Energielücke. Wenn Sie so gut wären, wie Sie immer tun, dann legen Sie uns doch einmal Ihre neuen Stromnetzplanungen vor. Nennen Sie uns doch einmal einen Zeitplan, bis wann welche Netze, welche Speicher, welche virtuellen Kraftwerke und welche erneuerbaren Energien in der Lage sind, Kohle- und Kernkraftwerke zu ersetzen!

Entweder Sie können es nicht, oder Sie wollen es nicht. Sie tun über die Bundesregierung empört, haben aber keine Alternative. Der Umbau in Richtung erneuerbarer Energien wird Geld kosten.

Das Energiekonzept der Bundesregierung hat den Charme,

(Pörksen, SPD: Was hat das, Charme?)

dass es auch sagt, woher das Geld kommt. Die Bundesregierung will nämlich das Geld bei den Energiekonzernen abschöpfen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Frau Ministerin Conrad, das wollen Sie nicht. Deshalb müssen Sie den Menschen vor der Wahl sagen, woher Sie das Geld nehmen wollen, um das Altlager Asse zu sanieren, die Netze zu ergänzen, Speicher zu bauen, die Effizienz zu verbessern und die erneuerbaren Energien voranzutreiben.

Wie wollen Sie die neuen Energien vorantreiben und finanzieren, wenn Sie nicht einmal zuhören – mit noch mehr Schulden, Steuererhöhungen oder dreifach hohen Strompreisen?

Alein die jährlichen Kostensteigerungen infolge der Fotovoltaiksubventionen treiben den Strompreis innerhalb weniger Jahre von 20 Cent auf 30 Cent pro Kilowattstunde in die Höhe. Wenn Sie dann noch mehr draufsatteln, werde viele Haushalte ihre Stromrechnung nicht mehr bezahlen können und Arbeitsplätze verloren gehen.

Ich vermute, dass Sie auch heute wieder nicht sagen werden, wie Sie den Umbau in Richtung erneuerbarer Energien finanzieren wollen. Sie können es nicht, oder Sie wollen es nicht. Sie kritisieren nur die Bundesregierung, haben aber kein eigenes Konzept dafür. Der Antrag der FDP fordert genau das von Ihnen ein, was Sie seit Monaten in den vielen Energiedebatten schuldig geblieben sind.

Meine Damen und Herren, die CDU wird dem FDP-Antrag zustimmen.

Danke schön.

(Beifall der CDU –
Pörksen, SPD: Das hätten Sie auch gleich sagen können!)

Vizepräsident Schnabel:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Langner das Wort.

(Pörksen, SPD: Jetzt kommt ein Energiebündel!)

Abg. Langner, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Weiner, wir haben heute des

Öfteren darüber gesprochen, dass man in einer solchen Debatte auch eine Bilanz der letzten fünf Jahre ziehen kann. Im Grunde genommen zieht sich das, was Sie auch heute wieder gezeigt haben, wie ein roter Faden durch Ihre Politik in den letzten fünf Jahren, was die Umwelt- und den Energiebereich anbelangt. Sie bauen immer einen großen Popanz auf und stellen irgendwelche Dinge dar, die angeblich nicht richtig laufen, sind aber selbst an der eigenen Substanzlosigkeit nicht zu übertreffen.

(Beifall der SPD)

Sie gaukeln immer irgendwelche scheinbaren Aktivitäten vor. Der Gipfel war für mich heute, dass Sie sich dann, als es um das Konzept ging, auf einen Antrag der Kollegen der FDP berufen haben. Etwas Eigenes von Ihnen kenne ich nicht, habe ich noch nie gelesen und haben Sie auch heute an dieser Stelle nicht vorgestellt. Das, was Sie immer an scheinbaren Aktivitäten vorgaukeln, ist pure Augenwischerei.

(Beifall der SPD)

Vor uns liegt ein Haushalt, der den allgemeinen Einsparvorgaben unterliegt. Auch hier kann ich Ihnen deutlich widersprechen; denn der Einzelplan 14 muss und wird sich diesen Sparvorgaben anpassen. Das bedeutet, dass wir Rückgänge im Personalbereich haben. Aus den Gesprächen mit den Beschäftigten aus den unterschiedlichen Bereichen weiß ich, dass sich alle dieser Zwänge bewusst sind.

Meiner Fraktion erscheint es notwendig, dass wir die Schritte immer wieder erklären und eine klare Personalentwicklung haben. Die Politik muss in der Lage sein, Aufgaben zu definieren und diese mit dem notwendigen Personal zu versehen.

Wir können nicht von den Beschäftigten immer mehr fordern, eine gleichbleibende Qualität anmahnen und darüber erschrocken sein, wenn diese von einem immer kleiner werdenden Personalbestand nicht mehr geleistet werden kann.

Herr Weiner, in dem Zusammenhang ist es bemerkenswert – Herr Kollege Hartloff hat das heute Morgen schon angesprochen –, dass Sie globale Minderausgaben von 31 Millionen Euro vorschlagen. Dabei sparen Sie gewisse Bereiche aus, die personalintensiv sind, wie zum Beispiel die Bildung und die Polizei.

(Zuruf des Abg. Weiner, CDU)

Herr Weiner, was bedeutet das für die übrigen Bereiche? Was wollen Sie wirklich einsparen, die Forstabteilung im Ministerium? Sind das die 31 Millionen? Ich werde mich morgen bewerben, wenn man an dieser Stelle so viel verdienen kann.

Die zweite Frage ist: Wohin wollen Sie mit den Leuten? Wollen Sie diese hinauswerfen und entlassen? – Sie werfen einfach einmal etwas in den Raum hinein. Es stecken aber keine Substanz und kein Konzept dahinter.

Sie können überhaupt nicht klar sagen, wie Sie es umsetzen wollen. Das ist doch das Problem.

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Frau Schäfer wird gleich noch etwas zum Verbraucherschutz sagen. Frau Schäfer ist dafür bekannt, dass sie im Ausschuss oder auch hier im Plenum immer sehr deutlich darauf hinweist, wie wichtig Kontrollen für den Verbraucherschutz sind, und dann anmahnt, dass beim Landesuntersuchungsamt kein Stau stattfindet, dass Proben zeitnah bearbeitet werden müssten usw.

Ich komme noch einmal auf die 31 Millionen Euro Einsparungen zurück. Der Verbraucherschutzbereich wurde explizit nicht ausgespart. Das bedeutet, Sie müssten auch in diesem Bereich Personalkürzungen vornehmen. Sie müssten dann in Kauf nehmen, dass eben weniger Leute dafür zuständig sein würden. Wenn Sie Ihre eigenen Anträge ernst nehmen, ist das an dieser Stelle so.

(Zuruf des Abg. Weiner, CDU)

Nur können Sie sich dann nicht auf der anderen Seite hinstellen und meinen, Sie könnten die Regierung anpinkeln

(Pörksen, SPD: Pfui Teufel!)

und sagen, da werde nicht genügend getan. Sie müssen sich vorwerfen lassen, dass Ihnen an dieser Stelle die Ernsthaftigkeit fehlt. Wenn es darauf ankommt, wollen Sie den Verbraucherschutz in Wahrheit beschneiden. Das ist das Resultat dieses Antrags: Sie wollen Kontrollen zurückfahren. Das ist das Resultat. Sie lassen den Verbraucher im Regen stehen. Das ist Ihre Verbraucherschutzpolitik – nicht unsere.

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Weiner, CDU)

Dann ist es schon verwunderlich, wenn Sie in dem einzigen Entschließungsantrag, den Sie heute eingebracht haben, die Verbraucherzentrale auffordern wollen, ein Konzept vorzulegen, um Beratungslücken zu schließen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe die Arbeit der Verbraucherzentrale in den letzten fünf Jahren sehr gut kennengelernt, und ich weiß, wie flexibel und wie kurzfristig die Kolleginnen und Kollegen der Verbraucherzentrale auf neuen Beratungsbedarf reagieren. An dieser Stelle sei auch noch einmal daran erinnert: Rheinland-Pfalz liegt im bundesweiten Vergleich auf Platz 1 des Verbraucherschutzindex. Ich glaube, dass wir vor diesem Hintergrund Nachhilfe ausgerechnet von Ihnen überhaupt nicht brauchen.

(Beifall der SPD)

Im Gegensatz dazu, Frau Schäfer, bekommen die Verbraucherzentralen von uns neue Planungssicherheit. Wir stellen den Verbraucherzentralen neues, zusätzliches Geld zur Verfügung, und wir geben eine Verpflichtungsermächtigung für die nächsten Jahre in Höhe von 1,7 Millionen Euro.

(Weiner, CDU: Fresh money!)

Das bedeutet: Die SPD redet nicht immer nur schön, sie handelt. Die Verbraucherzentralen erhalten damit wichtige Voraussetzungen, um langfristig Experten an sich zu binden und damit die Qualität der Beratungen zu verbessern. Das hilft den Menschen in Rheinland-Pfalz. Wir wollen auch das Angebot in der Fläche erweitern. Die Wege zur Verbraucherberatung werden mit der SPD in Rheinland-Pfalz kürzer.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ein besonderes Anliegen meiner Fraktion und der Landesregierung bleibt der Tierschutz. Insofern ist es, denke ich, ein richtiges Signal an die zahlreichen Aktiven in diesem Bereich, dass der Bau von Tierheimen bis ins Jahr 2013 mit 1,6 Millionen Euro bezuschusst wird. Somit werden zahlreiche notwendige Maßnahmen in den Kommunen ermöglicht.

Viel Zustimmung hat die SPD-Fraktion von den Natur- und Umweltverbänden für den vorliegenden Haushalt erhalten. Die Grundlagenuntersuchungen und die Landschaftspflege im Naturschutz erhalten gegenüber 2010 zusätzliche Mittel in Höhe von 400.000 Euro. Insbesondere Bewirtschaftungspläne – Herr Weiner hat es dankenswerterweise auch angesprochen –, die von den Natur- und Umweltverbänden immer wieder gefordert werden, können damit vermehrt erstellt werden. Auch bei den Naturschutzmaßnahmen gibt es eine Erhöhung um 350.000 Euro. Über 3 Millionen Euro können auf diese Weise in Rheinland-Pfalz für den Naturschutz ausgegeben werden. Dies nutzt der Natur, aber auch den Menschen. Es ist ein Beitrag für die Attraktivität von Rheinland-Pfalz. Auch der Tourismus wird davon profitieren. Dazu zählt sicher auch die Erhöhung der Zuschüsse an die Naturparke in Rheinland-Pfalz.

(Beifall bei der SPD)

Sicherlich stellt auch die gleichbleibende Übernahme von Verantwortung durch die Landesregierung für das Freiwillige Ökologische Jahr ein gutes Signal für die Natur- und Umweltverbände dar. Ich selbst habe kürzlich zusammen mit Ministerin Margit Conrad ein Gespräch mit „FÖJlern“ aus Rheinland-Pfalz geführt.

(Eymael, FDP: Oh!)

Es war erkennbar, dass die Politik der Bundesregierung ob der Abschaffung der Wehrpflicht zu der großen Sorge führt, wie die allgemein nützliche Arbeit der „FÖJler“ fortgeführt werden kann. Die SPD in Rheinland-Pfalz steht für diesen Freiwilligendienst, und wir zeigen auch mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf, dass wir bereit sind, finanziell dazu beizutragen.

Meine Damen und Herren, wir unterstützen den Betrieb Landesforsten auch im kommenden Haushalt mit über 73 Millionen Euro, und wir bilden in Rheinland-Pfalz weiterhin junge Menschen im Forstbetrieb aus. Dieses Engagement der Landesregierung verdient Anerkennung. Meine Fraktion weiß um die Problematik des Altersdurchschnitts bei Landesforsten. Wir wissen, was die Kolleginnen und Kollegen im Forst leisten und welche vielfältigen Aufgaben sie bis hin zur Waldpädagogik übernehmen. Da ist es gut, dass wir bei Landesforsten

2011 zwölf Stellenhebungen vornehmen können. Die SPD will, dass der Wald auch in Zukunft einen hohen Stellenwert genießt. Deshalb werden wir auch weiterhin sehr genau auf die zukünftige Personalentwicklung in diesem Bereich schauen.

Da der Wald ein wichtiger Speicher für den Wasserhaushalt ist, komme ich damit zum nächsten Bereich, zum Hochwasserschutz. Auf den ersten Blick könnte der Eindruck entstehen, dass unser Engagement in Rheinland-Pfalz in diesem Bereich nachlässt. Aber weit gefehlt. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern sind wir unseren Verpflichtungen in den letzten Jahren in hohem Maße nachgekommen. Wir haben in Rheinland-Pfalz wichtige Schutzmaßnahmen auf den Weg und zum Abschluss gebracht. Wir haben auch die Diskussion vor Ort ausgehalten, wenn es um den Bau von Poldern ging. Wir haben uns nicht in die Büsche geschlagen, als es darauf ankam, für die Rheinanwohner Rückhaltebecken auszuweisen und zu bauen, damit die Wahrscheinlichkeit größerer Schäden geringer wird. Aber hören wir auch nicht auf, weiterhin Projekte in Angriff zu nehmen.

(Beifall der SPD)

Der Bau für den Hochwasserschutz in Koblenz-Lützel ist dafür ein Zeichen, aber auch der Baubeginn des Polders in Mechttersheim. Weitere Projekte wie in Lahnstein hat die Ministerin bereits angekündigt. Auch die „Aktion Blau“, die neben ökologischen Aspekten auch praktischen Hochwasserschutz an kleineren Flüssen bedeutet, werden wir in Rheinland-Pfalz mit Erfolg fortsetzen.

Meine Damen und Herren, außerdem nehmen wir 2011 mehr Geld für die Verstärkung von Deichen in die Hand. Wir wollen fast 11 Millionen Euro in diesen Bereich investieren. Dies ist auch ein Resultat der Enquete-Kommission „Klimawandel“.

(Frau Mohr, SPD: Sehr schön!)

In diesem Zusammenhang ist es gut, dass wir das Klimakompetenzzentrum etablieren, auch im Haushalt etablieren. Es war Wille des Parlaments, dass wir die Folgen in Rheinland-Pfalz im Blick haben und Antworten auf die Gefahren geben können, die durch den Klimawandel für Landwirtschaft, Waldbau und eben auch die Bevölkerung entstehen. Wir wollen Handlungsanweisungen für die unterschiedlichen Akteure geben können, die sich auf steigende Temperaturen und Wetterextremeinstellungen einstellen wollen oder müssen.

Kommen wir zum Schluss zum Bereich Energie. Seit 2006 gehört dieses wichtige Zukunftsthema in den Kompetenzbereich des Umweltministeriums, und auch hier bietet es sich natürlich an, am Ende der Legislatur eine kleine Bilanz zu ziehen. Der Haushaltsansatz mit 11,3 Millionen Euro kann gegenüber dem Vorjahr nochmals leicht gesteigert werden. Hier lohnt sich ein Rückblick: 2007 waren es „nur“ 6,8 Millionen Euro. Meine sehr geehrten Damen und Herren, dies zeigt: Wir machen in Rheinland-Pfalz ernst mit der Energiewende. Wir treiben den Ausbau der erneuerbaren Energien voran.

(Eymael, FDP: Koste es, was es wolle!)

Wir unterstützen die Bürgerinnen und Bürger bei ihrem Engagement, den Energieverbrauch deutlich zu senken. Wir setzen gezielte Akzente, indem wir Pilotprojekte fördern und somit in Rheinland-Pfalz Innovationen vorantreiben.

(Beifall der SPD)

Wir halten unser finanzielles Engagement in diesem wichtigen Politikfeld trotz Sparvorgaben auf hohem Niveau, weil wir wissen: Die Atomenergie ist nicht die Lösung der Zukunft.

(Beifall der SPD)

Gerade wir in Rheinland-Pfalz müssen in lokalen und regionalen Strukturen denken. Gerade wir in Rheinland-Pfalz müssen die Stadtwerke vor Augen haben. Wir in Rheinland-Pfalz müssen die Arbeitsplätze bei Unternehmen aus der Branche der erneuerbaren Energien im Blick haben.

Die SPD in Rheinland-Pfalz tut dies, auch mit dem vorliegenden Haushalt, und das ist gut so.

(Beifall bei der SPD)

Herr Weiner, lassen Sie mich auch noch etwas zur Geothermie sagen, die Sie eben angesprochen haben. Wir haben im Ausschuss noch einmal darüber diskutiert.

Ich habe mir noch einmal herausgesucht, was die CDU in der Vergangenheit zum Thema „Geothermie“ alles gesagt hat.

(Frau Mohr, SPD: Das interessiert mich! –
Zuruf des Abg. Weiner, CDU)

Da haben wir Anträge der CDU-Fraktion. 25. Februar 2008 oder 9. Juli 2009.

(Weiner, CDU: Da haben wir noch gedacht, das läuft problemlos!)

Als Begründung hieß es, in der Erdwärme liegt eine Zukunftschance für unser Land, oder, Rheinland-Pfalz hat hervorragende geologische Voraussetzungen für die Nutzung der Geothermie, oder eine Pressemeldung vom 18. Juli 2008 des Herrn Kollegen Gebhart:

(Schweitzer, SPD: Was ist das denn?)

Die Erdwärme kann eine rheinland-pfälzische Antwort auf die Herausforderung des Klimawandels sowie der hohen Energiepreise sein.

(Frau Mohr, SPD: Toll!)

Es gibt nur wenige Gegenden in Deutschland, die so gut geeignet für die Nutzung der Erdwärme sind wie speziell der Oberrheingraben. –

(Schweitzer, SPD: Hört, hört! –
Zuruf des Abg. Weiner, CDU)

– Herr Weiner, auch an dieser Stelle kein Konzept, keine Substanz. Sie springen gerade immer auf das auf, was

aus Ihrer Sicht up to date ist, wo Sie meinen, Sie können irgendwelche billigen Stimmen gewinnen. Das wird sich auch am 27. März für Sie nicht auszahlen.

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Weiner, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für die SPD-Fraktion sind Naturschutz, Verbraucherschutz und Energiepolitik ein zentrales Anliegen. Wir arbeiten zum Wohl der Menschen in Rheinland-Pfalz. Wir handeln aktiv und stehen zu unserer Verantwortung.

Die vorgelegten Sparvorschläge der Opposition zeigen, für CDU und FDP spielt dieses Ressort keine Rolle, neue Ideen, Fehlanzeige.

Aber die Bürgerinnen und Bürger können sich auf uns, auf die SPD, verlassen. Mit großem Engagement, mit hoher Kompetenz und den richtigen Konzepten haben Naturschutz, Verbraucherschutz und verantwortliche Energiepolitik hier eine Heimat in Rheinland-Pfalz.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Schnabel:

Für die FDP-Fraktion hat Frau Kollegin Schellhaaß das Wort.

Abg. Frau Schellhaaß, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz und allen angegliederten Einrichtungen, die zum Ministerium gehören, für ihre Arbeit im ablaufenden Jahr, die stets gute Zusammenarbeit und das stets angenehme Klima, auch wenn man hin und wieder unterschiedlicher Meinung ist, danken.

(Beifall der FDP und des Abg. Schweitzer, SPD)

Dennoch muss ich sagen, dass im Einzelplan 14 unter dem „Haushaltsmantel“ viel Bewegungsspielraum ist, schon gar, wenn man bedenkt, dass alles gegenseitig deckungsfähig ist und die Bemühungen, die Schuldenaufnahme zu verringern, nur an wenigen Stellen zu sehen sind. Herr Weiner hat schon einiges dazu gesagt.

Ein klassisches Beispiel ist der Umgang mit 2,8 Millionen Euro Mehreinnahmen – kein Pappenstiel –, die jetzt nachträglich, nach Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs, vom Bund kommen. Er zahlt mehr für Maßnahmen zur Wiederherstellung der Durchgängigkeit an Gewässern im Bereich der zweiten Schleuse der Mosel.

Wer nun meint, der Fehlbetrag des Haushalts und somit die Kreditaufnahme des Landes würden nun selbstverständlich um 2,8 Millionen Euro verringert, der irrt.

Bemerkenswert ist die Schlussfolgerung der Landesregierung und auch der SPD-Fraktion aus der nicht eingeplanten Mehrerstattung. Sie lauten, die dadurch frei werdenden Mittel stehen zusätzlich zur Verfügung.

Ja, wo bitte sehr, wenn man mehr und mehr Schulden macht, steht denn zusätzlich etwas zur Verfügung, wenn eine Position sich verringert bzw. eine Erstattung sich erhöht? – Verwendet werden soll der nicht erwartete Geldsegen nun zugleich für mehr Darlehen an die ohnehin schon hoch verschuldeten Kommunen für Maßnahmen zur Erhaltung der Gewässergüte. Solche Maßnahmen sind wie alle anderen Maßnahmen des Einzelplans 14 grundsätzlich nicht verkehrt. Die Frage ist bei alledem, ob wir es uns leisten können und man die heute jungen Leute damit belasten darf. Die FDP-Fraktion versteht unter Solidarität mit der jungen Generation etwas anderes.

(Ministerpräsident Beck: Belastet die Leute mit sauberem Wasser!)

Bei den Bemühungen einzusparen, gibt es eine lobenswerte Ausnahme – Landesforsten. Ich sagte es im Ausschuss schon. Mein besonderer Dank geht an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die das ermöglichen haben und weiter ermöglichen. Ein Lob verdient Landesforsten auch für die Übersichtlichkeit der Darstellung des Haushaltskapitels. Hier sieht man die Früchte der Einführung kaufmännischer Buchhaltung, die Transparenz und Übersichtlichkeit erhöht und damit auch Sparbemühungen unterstützt.

Hier sind wir bei einem Mangel des Landeshaushalts insgesamt. Immer noch keine Doppik.

Schon lange und dringend müsste das Landesuntersuchungsamt die kaufmännische Buchführung haben. Ich frage mich, ob man mit Kameralistik überhaupt ein aussagekräftiges Controlling schaffen kann. Alle handelsüblichen Controllingsysteme für Labore sind auf kaufmännische Buchführung angelegt. Für das Landesuntersuchungsamt müssen also entweder teure individuelle Anpassungen an die Kameralistik eingekauft worden sein, oder es gibt manuelle Schnittstellen mit entsprechend vielen Fehlern, oder die Aussagekraft lässt zu wünschen übrig. Das dürfte für den Mitarbeiter unbefriedigend sein; denn für Mitarbeiter ist es auch immer angenehm, wenn sie informiert sind, mitdenken können und dürfen.

(Beifall bei der FDP)

Kommen wir zum Rheinland-Pfalz-Kompetenzzentrum für Klimawandelfolgen in Trippstadt. Den **T i t e l** muss ich schon ablesen.

Die FDP hatte im letzten Jahr dafür plädiert, ein entsprechendes Zentrum an einer Universität anzusiedeln, weil sonst teure Doppelarbeit anfällt. Wir sehen uns bestätigt. Knapp eine halbe Million Euro neu ist in den Landeshaushalt eingestellt. Dafür ließe sich an einer Universität sehr viel mehr machen.

Ich will allerdings eine Position erwähnen, die Herr Langner eben auch erwähnt hat. Für Tierheime und

Tierschutz dürften wir ruhig etwas mehr im Haushalt haben. Was Ehrenamtliche auf diesem Gebiet leisten, ist wirklich sehr viel Dank und Beifall wert und geht bei vielen über ihre Kräfte.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der SPD – Ministerpräsident Beck: In Berlin sind Sie gegen alle unsere Initiativen im Tierschutz!)

Das Ergebnis für die Tiere ist nicht befriedigend.

Nun aber zum Thema „Erneuerbare Energien“. Auch hier finden wir nur eine Fortschreibung der letzten Haushaltspläne und damit nichts Neues.

Herr Langner, ich sehe kein konkretes Konzept der Landesregierung dazu, wie das Ziel des Umstiegs auf erneuerbare Energien erreicht werden kann. Wir haben bisher immer nur zu hören bekommen, wogegen die SPD ist,

(Widerspruch von der SPD)

aber ein konkretes Konzept, wie der Umstieg auf erneuerbare Energien zu schaffen ist und wie konkret das funktionieren soll – – –

(Zurufe von der SPD)

– Wo ist denn das Konzept, bitte sehr?

Sie fördern hie und da. Sie fördern nicht einmal technologieneutral, sondern das ist – – –

(Frau Raab, SPD: Null Emissionsland!)

– „Null Emissionsland“ ist doch schon der reine Blödsinn.

(Zurufe von der SPD)

– Moment.

Entweder man kann irgendwo sehr gut erneuerbare Energien produzieren, warum dann null Emission? Dann produziere man doch bitte mehr

(Heiterkeit bei Ministerpräsident Beck und Abg. Dr. Mittrücker, CDU)

oder es ist verdammt teuer.

– Herr Ministerpräsident, lachen Sie nicht zu früh. Hören Sie den nächsten Satz an.

Oder es ist irgendwo sehr teuer. Dann überlasse man es denen, die es besser können. Aber null ist eine absolut willkürliche Zahl.

(Pörksen, SPD: Es ist schon nach 19:00 Uhr!)

Weltweit ist dies sicher sinnvoll, wenngleich man dort sogar minus braucht und nicht null.

(Hartloff, SPD: Das Geschäft mit Nullen ist schwierig!)

Aber null konkret für Rheinland-Pfalz ist nicht unbedingt sinnvoll, sondern – wie gesagt – willkürlich.

(Beifall bei der FDP)

Die neue dena-Studie zeigt deutlich die Notwendigkeit des Netzausbaus als Voraussetzung des Umstiegs.

In der Sitzung des Umweltausschusses im April 2008 habe ich bereits danach gefragt, wie die Landesregierung die Notwendigkeit zum Netzausbau beurteilt. Die Landesregierung stellte dazu fest, es würden keine neuen Trassen benötigt.

Es geht lediglich darum, die Kapazität zu erhöhen. Dazu reiche es, die Spannungsebene auszubauen und zusätzliche Leiterseile einzuziehen, sodass im Bereich der Übertragungsnetze keine Engpasssituationen drohen.

(Dr. Schmitz, FDP: Aha!)

Von Energieversorgern hören wir andere Aussagen.

(Pörksen, SPD: Die machen, was sie wollen!)

Liebe Kollegen, die FDP will Sicherheit in der Versorgung mit bezahlbarer und umweltfreundlicher Energie.

(Dr. Schmitz, FDP: Jawohl!)

Umbau ja, aber wenn die Sicherheit der Versorgung gefährdet ist, sind auch Wirtschafts- und Arbeitsplätze gefährdet.

(Pörksen, SPD: Vor allem in den Atomkraftwerken ist die Sicherheit hoch!)

– Ein überstürzter Umbau wird allemal teuer, Herr Pörksen.

(Beifall der FDP)

Wir möchten konkret von der Landesregierung wissen, genau wie die CDU auch, wo sie im Hinblick auf die Umstellung auf erneuerbare Energien den Netzaus- und -umbau für erforderlich hält, wie sie ihn auf den Weg bringen will und wo es Probleme mit Genehmigungen gibt.

(Dr. Schmitz, FDP: Jawohl!)

Wir haben von einem Antrag auf Netzausbau erfahren, bei dem sich das Antragsverfahren mittlerweile über sieben Jahre hinzieht.

(Frau Mohr, SPD: Wo? –
Dr. Schmitz, FDP: Aha!)

– In Rheinland-Pfalz.

(Pörksen, SPD: Wo? –
Ministerpräsident Beck: Wo?)

– Da müsste ich ja die Firma nennen, das will ich jetzt nicht.

(Pörksen, SPD: Wir wollen einen Ort hören und nicht die Firma! –

Dr. Schmitz, FDP: Das darfst du gar nicht!)

– Ich sage das Frau Conrad nachher, aber nicht hier im Plenum.

Es geht uns nicht nur um Hoch-, sondern vor allem um Höchstspannungsleitungen. Auch Hemmnisse dafür, dass die Unternehmen die Leitungen im Niederspannungsbereich ausbauen können, sind zu beseitigen. Sie brauchen, wenn sie Strom aus Fotovoltaik aufnehmen sollen, sehr viel mehr Leitungen im Niederspannungsbereich, sehr viel mehr Kapazitäten, als wenn sie die Häuser nur versorgen wollen.

(Dr. Schmitz, FDP: Eben!)

Es macht nicht viel aus, wenn Sie ein Haus in der Straße dranhaben, aber wenn alle Häuser in der Straße schön nach Süden liegen, dann bekommen Sie Probleme.

(Dr. Schmitz, FDP: Bitte, da haben wir es ja!)

Damit haben Sie die Erklärung dafür, warum der eine oder andere keinen Anschluss bekommen kann und das dann noch nicht einmal schriftlich bekommt.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Was tut die Landesregierung dafür, dass die erforderlichen Netzstrukturen ausgebaut werden?

Wenn reichlich Strom von Wind und Sonne in der Region angeboten wird, müssen die Verbraucher ihre Anlagen anschalten.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Wenn Strom knapp ist, müssen sie sie abschalten. Dass das kommen muss, ist bekannt, Stichwort „Smart Grids“ und „Smart Net“.

Die notwendigen zeitvariablen Strompreisdifferenzierungen sind heute schon möglich. Ein notwendiger Verhaltensanreiz für Stromverbraucher und Stromproduzenten kann damit gesetzt werden. Aber was tut die Landesregierung dafür, die zeitliche Steuerung von Stromeinspeisungen und Stromverbrauch voranzubringen?

(Zuruf des Ministerpräsidenten Beck –
Kuhn, FDP: Ihr seid schwierig!)

– Herr Ministerpräsident, Herr Langner hat gesagt, Sie kümmern sich um alles, wir nicht.

Auch an die Kosten für die Stromkunden ist zu denken.

(Ministerpräsident Beck: Sollen wir die auch bezahlen?)

– Für die Stromkunden werden erneuerbare Energien teuer.

(Pörksen, SPD: Ich bin für Strom abstellen, jetzt!)

Die garantierten Einspeisevergütungen von bisher 3,5 Cent pro Kilowattstunde sind immerhin 15 % auf den Preis.

(Zuruf der Abg. Frau Mohr, SPD)

Die Kosten eines notwendigen Netzausbaus kommen hinzu. Das will die SPD und wollen die GRÜNEN alles global und generell und sofort.

(Pörksen, SPD: Oh wie schrecklich!)

Das bedeutet Einkommensverteilung von unten nach oben.

(Dr. Schmitz, FDP: Aha!)

Ist das Ihre Solidarität?

(Beifall der FDP –
Ramsauer, SPD: Was?)

Zu einem Gesamtkonzept des Umstiegs auf erneuerbare Energien in Rheinland-Pfalz fehlt noch viel.

(Pörksen, SPD: Sie haben einen Kurzschluss! –
Schweitzer, SPD: Ich bekomme richtig Angst!)

In unserem Entschließungsantrag haben wir die Punkte noch um einiges mehr beschrieben. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, stimmen Sie unserem Antrag „Sichere Versorgung mit bezahlbarem Strom in Rheinland-Pfalz nachhaltig gestalten“ zu.

(Beifall der FDP)

Vizepräsident Schnabel:

Für die Landesregierung hat Frau Staatsministerin Conrad das Wort.

(Ramsauer, SPD: Jetzt kommt die Powerfrau!)

Frau Conrad, Ministerin für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Umweltpolitik, für die diese Landesregierung steht, stellt sich den Herausforderungen der heutigen Zeit. Einmal ist das natürlich der Klimawandel, aber es ist auch die demografische Entwicklung, die wir im Auge behalten müssen, weil Umweltpolitik auch Ver- und Entsorgungsinfrastruktur bedeutet.

Umweltpolitik steht immer auch für den Schutz und für Verantwortung für die Lebensgrundlagen, und sie bedeutet gerade in unserem Land ein Stück Lebensquali-

tät, aber auch ein Stück Identifikation und Heimat in unseren Kulturlandschaften.

Umweltpolitik in Rheinland-Pfalz ist sich natürlich der Verantwortung für den Wirtschafts- und Industriestandort in unserem Land bewusst. Umweltpolitik und erst recht auch Energie- und Klimaschutzpolitik setzen natürlich auch Impulse für Innovation und ein qualitatives, umweltverträgliches Wachstum.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in diesem Sinne gestalten wir die Umweltpolitik, die Energie- und Klimaschutzpolitik in Rheinland-Pfalz seit vielen Jahren. Das sind die Leitgedanken und die Handschrift, wie sie sich auch in diesem Haushaltsplan niederschlagen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will das in besonderer Weise bei dem Thema, das offensichtlich hier so kontrovers diskutiert worden ist, bei dem Thema „Energie- und Klimaschutzpolitik“ unterstreichen.

Wir haben in diesem Bereich Verantwortung für die globale Klimaveränderung und für Klimaschutz zu verbinden mit bezahlbaren und wettbewerbsfähigen Preisen, zu verbinden mit Versorgungssicherheit, aber auch mit dem Ausbau der Eigenerzeugung in unserem Land und damit der Schaffung von Wertschöpfung und Arbeitsplätzen.

Wir sind in diesem Bereich gerade in den letzten Jahren ausgesprochen erfolgreich. Rheinland-Pfalz ist auf dem Weg zu einem Energieland. Dies wird deutlich, wenn ich Ihnen nur zwei Zahlen nenne.

Noch 2003 wurden 70 % unseres Stromverbrauchs in unser Land importiert. Im Jahr 2008 – das sind die letzten Zahlen – werden bereits 55 % unseres Stromverbrauchs im eigenen Land produziert.

(Frau Mohr, SPD: Eben!)

Verantwortlich dafür sind im Wesentlichen zwei große Investitionen. Das ist der Zuwachs an erneuerbaren Energien. Jede vierte Kilowattstunde Strom, die in Rheinland-Pfalz produziert wird, wird bereits über erneuerbare Energien erzeugt.

Das ist vor allen Dingen auch der Ausbau der Effizienztechnologie schlechthin. Das ist die Kraft-Wärme-Kopplung, weil wir mittlerweile einen Anteil am Stromverbrauch von Kraft-Wärme-Kopplungs-Strom von ca. 31 % haben. Das ist ein Spitzenwert in der ganzen Bundesrepublik.

(Beifall der SPD)

Das heißt, nur diese beiden Zahlen zeigen, wir sind auf einem guten Weg. Das sind alles Bausteine dafür, dass sich Arbeitsplätze und Innovationen in Rheinland-Pfalz entwickeln, und dies in Märkten, die nicht zuletzt zu den Leitmärkten und Wachstumsmärkten weltweit gehören.

Unsere Energiepolitik – ich sage das hier ganz deutlich – kommt ohne Atomkraft aus. Wir halten unumwunden an dem Ausstieg aus der Atomenergie fest, weil das die

Grundlage dafür ist, dass wir diese Ziele miteinander erfolgreich in Zukunft verbinden können.

(Beifall der SPD)

Herr Weiner, zu Ihrer Energiepolitik, wie Sie sie hier konzipiert haben, brauche ich gar nicht viel zu sagen.

(Pörksen, SPD: Sehr richtig!)

– Herr Pörksen, vielen Dank für diese Unterstützung dabei.

(Heiterkeit des Abg. Schweitzer, SPD)

Ich sage es einmal, es ist vielleicht einfach nicht verstanden.

(Weiner, CDU: Ja, ja!)

Wir wissen, wenn ich nur die großen Linien, die Ihre Partei in Regierungsverantwortung jetzt fährt, betrachte, dann haben wir nicht mehr sehr viel gemeinsam in der Energiepolitik, weil Sie das, was bisher Konsens war in der Bundesrepublik, aufgekündigt haben.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Das war der Ausstieg aus Atomenergie und der Einstieg in erneuerbare Energien und Effizienztechnologien und deren Ausbau. Das haben Sie aufgekündigt.

(Beifall der SPD)

Wir kümmern uns um genau diese Fragen, im Übrigen nicht erst seit heute. Man muss eben auch ein bisschen hinschauen.

Was die Integration der erneuerbaren Energien betrifft, so unterstützen wir sogenannte intelligente Netze, intelligente Technologien und intelligente Messsysteme. Dann schauen Sie doch einmal, was unter anderem in Kaiserslautern mit Unterstützung der dortigen Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen wie den Fraunhofer-Instituten an Technologieentwicklung gefördert wird.

(Zuruf des Abg. Weiner, CDU)

Gehen Sie einmal in andere Regionen, oder kommen Sie zu unseren Fachveranstaltungen. Rheinland-Pfalz ist doch eine Adresse, wenn es darum geht, moderne Energietechnologien und insbesondere die Integration der erneuerbaren Energien zu kommunizieren und Impulse für Technologieförderungen und Entwicklungen zu setzen.

(Beifall der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen verstehe ich die Debatte nicht, und ich verstehe auch nicht, dass Sie sagen, wir hätten etwas versäumt. – Nein, Sie merken überhaupt nicht, wo wir eigentlich schon stehen. Das ist Ihr Problem dabei, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall der SPD –
Pörksen, SPD: Sehr wahr!)

Ich bin meinem Kollegen David Langner dankbar, dass er auch etwas zur Geothermie gesagt hat. Ich möchte auch von meiner Seite ein ernstes Wort dazu sagen.

(Zuruf des Abg. Dr. Rosenbauer, CDU)

Am Anfang waren bei diesem Thema die Erwartungen sehr hoch. Es ist auch richtig, dass wir nicht gewusst haben und wir auch nicht von Fachleuten darüber informiert wurden, denen an dieser Stelle wahrscheinlich auch nichts vorzuwerfen ist, dass bei dieser neuen Technologie auch Erdbeben ausgelöst werden können. Aber eines haben wir nicht getan: Wir haben sie nicht einfach ziel- oder kopflos oder gar überschäumend vorangetrieben, sondern wir haben mit aller Vorsicht gehandelt. Herr Weiner, eines, was Sie heute gesagt haben, lasse ich nicht gelten. Ich lasse nicht gelten, dass die Landesregierung die Sorgen der Menschen vor Ort nicht ernst nimmt.

(Pörksen, SPD: Das ist verlogen!)

Das ist einfach verlogen, und das stimmt nicht. Das wissen Sie ganz genau.

(Beifall der SPD –
Pörksen, SPD: Sehr wahr! –
Weiner, CDU: Sie lassen sich zu viel Zeit!)

Die Landesregierung und auch das zuständige Wirtschaftsministerium sowie das Landesamt für Geologie und Bergbau haben sofort mit entsprechenden Auflagen reagiert, die gewissermaßen auch erfolgreich waren, einmal abgesehen von dem Beben, das sich am Wochenende ereignet hat.

(Weiner, CDU: Es muss aber ergebnisoffen sein!)

Wir haben auch eine Expertenkommission in meinem Zuständigkeitsbereich eingerichtet. Die Fachleute haben vor Ort die Ergebnisse kommuniziert, die auch in das Mediationsverfahren eingebracht werden.

Wir haben es Ihnen schon einmal gesagt, aber Sie wollen es nicht verstehen: Es ist keine Schlichtung. Was sollte nun geschlichtet werden? – Es ist eine Mediation; denn uns ist daran gelegen, dass es zu einer Kommunikation kommt, Fragen aufbereitet werden können, gegebenenfalls auch Fragen ergänzend durch Gutachten angegangen werden können und offen über die im Raum stehenden Sorgen und Ängste diskutiert werden kann. Dabei lassen wir uns nicht unter Zeitdruck setzen.

(Weiner, CDU: Sie wollen die anderen Kraftwerke bauen, egal, ob es kracht oder nicht!)

Wir lassen einen Mediator, der hoch kompetent und angesehen ist, auch nicht durch Ihre Argumentation und durch Ihre Einlassungen diskreditieren, weder am Anfang, noch in der Zukunft.

(Beifall der SPD)

Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, uns liegt in diesem Bereich an einem sehr offenen und fairen

Dialog. Ich möchte an dieser Stelle auch meinem Kollegen Alexander Schweitzer danken,

(Pörksen, SPD: Ein guter Mann!)

der die Gespräche mit den Unternehmen geführt hat, damit sie in einem solchen Verfahren dabei sind. Wir haben Ihnen dies im Ausschuss ganz deutlich mitgeteilt, aber Sie wollen es einfach nicht wahrhaben, weil es Ihnen wahrscheinlich nicht in den Kram passt. – So läuft das nicht mit uns, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall der SPD)

Ich komme zurück zu dem Thema „Energie und Energiepolitik“. Unser Anliegen ist, damit tatsächlich die Zukunft zu gestalten. Wir wissen, dass dies eine wesentliche Schlüsselfrage für die Energie- und Ressourceneffizienz und damit für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft ist und damit auch sehr viele Chancen verbunden sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme nun auf das zu sprechen, was Sie zur Energie-Sparkampagne gesagt haben. Ich weiß nicht, ob ich Sie dazu einladen soll, sich einmal anzuschauen, was dahintersteckt.

(Schweitzer, SPD: Ich tät es nicht!)

Dies ist keine Kampagne für die Landesregierung, sondern es ist eine Kampagne, mit der wir informieren und beraten, mit der wir das Handwerk und die Kommunen in ihren Aktivitäten unterstützen, mit der wir die Informationen in die Fläche bringen, mit der wir breitest informieren, was wirtschaftlich ist, wie ich ein Haus saniere, wo ich Förderanträge bekomme und wie ich kostengünstig Strom im Haushalt sparen kann. Das ist auch beispielsweise für Haushalte mit keinem großen Budget interessant, da die Energiekosten auch eine soziale Frage sind. Diese Kampagne ist sehr erfolgreich, mit Hunderttausenden von Kontakten, die wir darüber haben, mit vielen hundert Veranstaltungen, die vor Ort stattfinden, und mit dem Infomobil, das über die Energieeffizienzagentur in Rheinland-Pfalz betrieben wird. Das finanzieren wir darüber. Ich lasse diese Kampagne nicht diskreditieren. Sie ist einzigartig in dieser Form in der Bundesrepublik. Sie ist aber auch ein Angebot an die Bürger und Bürgerinnen, damit sie in die Lage versetzt werden, ihre hohen Energierechnungen zu reduzieren. Das ist der Sinn dieser Kampagne.

(Beifall der SPD)

Wenn Sie tatsächlich eine Kampagne der Bundesregierung in Verbindung mit Energie sehen wollen, dann schauen Sie sich einmal die Hochglanzbroschüren an, mehrere Seiten stark, mit denen Herr Röttgen vor Kurzem als Beilage in allen möglichen Zeitungen geworben hat. Ich finde es gut, dass er mit Energie und Klimaschutz auch Innovationen verbindet, und ich finde es gut, dass rheinland-pfälzische Unternehmen mit ihren Aktivitäten dort auftauchen. Aber das war keine Information für die Bürger und Bürgerinnen, die brauchbar oder nutzbar war. Das war eine Kampagne für die Bundesre-

gierung. Was wir machen, ist eine Kampagne für die Bevölkerung und für das Handwerk, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall der SPD –
Zurufe von der CDU)

Ich frage mich: Wo ist eigentlich Ihr Engagement? – Ich habe gesagt, Energie und Klima schaffen Arbeit. Die größten Beschäftigungswirkungen sind gerade bei der Gebäudesanierung vorhanden. Sie haben in Ihrer Regierungsverantwortung zusammen mit der FDP das Gebäudesanierungsprogramm halbiert, Sie haben die Mittel für das Marktanzreizprogramm für den Einsatz erneuerbarer Energien gekürzt. Reden Sie einmal in Rheinland-Pfalz mit dem Handwerk, welche negativen Auswirkungen diese Mittelkürzungen tatsächlich für die Investitionstätigkeit im Gebäudesektor haben.

Nein, wir haben ausgebaut, wir haben gefördert, und wir haben erst recht die Häuser und die Technologien der Zukunft gefördert. Das ist das, was bei uns erfolgreich Arbeitsplätze auch in der Fläche geschaffen hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte noch gern zu wenigen anderen Punkten Stellung nehmen, zum Beispiel zum Stichwort „Rohstoffe“ und „Rohstoffsicherheit“. Wir haben eine Verbindung zwischen Energieversorgung und Rohstoffsicherheit hergestellt, weil wir wissen, dass gerade in der Kombination des Engagements der Kommunen vielfältige Ressourcen für die Wertschöpfung zur Verfügung gestellt werden, auch als Energierohstoffe.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben es in den letzten Jahren geschafft, die Abfall- zur Rohstoffwirtschaft zu entwickeln, und dies drückt sich allein schon in den Spitzenwerten aus, was die Wiederverwertungs- und die Recyclingquoten in Rheinland-Pfalz von Rohstoffen betrifft. Wir befinden uns heute tatsächlich auf dem Weg in eine Kreislaufwirtschaft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Rohstoffsicherheit hat auch etwas mit Landesforsten zu tun, und darauf möchte ich gern noch eingehen. Ich habe mit Erstaunen zur Kenntnis genommen, was Sie heute zum Forst gesagt haben. Im Übrigen ist es bemerkenswert, dass sich an dieser Stelle FDP und CDU überhaupt nicht wiedertreffen. Sie sind in ihren Positionen himmelweit auseinander, wie ich gemerkt habe.

Wir haben eine Reform auf den Weg gebracht, um im Landesforst zukunftsfähige Strukturen zu entwickeln, und wir haben damit zwei Ziele im Auge: eine langfristige Sicherung dieses Betriebes in seiner Dienstleistungsqualität. Ich hätte mich bedankt dafür, wenn Sie heute einmal lobend erwähnt hätten, dass wir das Gemeinschaftsforstamt in der Fläche gestärkt und mit der gesamten Kompetenz für die Kommunalwälder und für den Privatwald, in der Ausbildung und auch für den Tourismus und für die Umweltbildung ausgestattet haben. All dies sind Dienstleistungen, die bei uns im Gemeinschaftsforstamt gebündelt sind. Das ist Infrastruktur für die ländlichen Räume.

(Beifall der SPD)

Die Tatsache, dass wir in den letzten acht Jahren die Holzmobilisierung fast verdoppelt haben, zeigt die Leistungsbilanz dieser Infrastruktur.

Ich möchte nicht auf das eingehen, Herr Weiner, was Sie gesagt und Angebote gemacht haben, wie man Landesforsten weiterentwickeln sollte. Wissen Sie, das wäre ein Weg, der total in die Sackgasse führen würde. Dieser Weg würde Landesforsten existenziell gefährden, weil dann die Kommunen als Erstes zu uns kommen und sagen würden: Wir können eure hohen Kosten in den Revieren nicht mehr finanzieren. – Das haben Sie überhaupt nicht dabei bedacht.

(Weiner, CDU: Quatsch! Sie sind auf dem Holzweg!)

Das ist der einzige Gedanke, den ich dazu noch äußern möchte.

Wir wissen um die Bedeutung des Rohstoffes Holz, auch gerade für die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz. Mit unserer Cluster-Initiative haben wir eine Stärkung der Holzwirtschaft im Auge. Wir stärken die Branche, die in Rheinland-Pfalz insgesamt in der Wertschöpfungskette 50.000 Arbeitsplätze hat. In kaum einem zweiten Bundesland ist die Wertschöpfungskette, gebunden an einen Festmeter Holz, den wir auf den Markt bringen, so arbeitsmarkintensiv wie in unserem Bundesland. Das wollen wir stärken, auch im Interesse der Leistungsfähigkeit der ländlichen Räume.

Ich möchte noch Danke für das sagen, was David Langner zum Naturschutz gesagt hat. In Verbindung mit dem Naturschutz, der auch für die Sicherung unserer Lebensgrundlagen steht, haben wir einen Leitgedanken formuliert, der heißt: Naturschutz durch Nutzung.

Es freut mich ganz besonders, dieser Leitgedanke ist mittlerweile etabliert. Man kann sagen, er hat sich sowohl bei den Landwirten, Winzern und Waldbauern als auch bei den Naturschutzbehörden, aber auch bei den Umweltverbänden durchgesetzt.

Wir haben in Rheinland-Pfalz eine neue Dialogkultur geschaffen. Der Gedanke „Naturschutz durch Nutzung“ ist auch ein Projekt, das Belange des Naturschutzes in die betriebliche Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Betrieben integriert. Das größte Kompliment für dieses Programm war, dass es bei der Ausschreibung in der Beteiligung total überzeichnet war. Wir haben doppelt so viele Anmeldungen von Betrieben als Beteiligungsplätze gehabt. Das zeigt, so etwas wird in Rheinland-Pfalz angenommen.

Wir haben eine Renaissance der Naturparke – auch das ist angesprochen –, die sich mittlerweile als Leitmarke auch in der Vermarktung der Regionen in Verbindung mit einem naturnahen Tourismus etabliert haben.

Wir haben uns in Rheinland-Pfalz auch darauf konzentriert, strategische Ziele weiter konsequent zu verfolgen. Dies bedeutet einmal eine Reduzierung der Flächeninanspruchnahme. Das ist ein Problem. Aber das Projekt „Raum Plus“ mit dem Innenministerium zeigt bereits Früchte. Im letzten Jahr haben wir zum ersten Mal eine Flächeninanspruchnahme von weniger als einem Hektar

pro Tag zu verzeichnen. Ich kann Ihnen sagen, vor fünf Jahren lagen wir noch bei über fünf Hektar pro Tag. Das zeigt, dass das Konzept Innenentwicklung vor Außenentwicklung auch für den Naturschutz Früchte trägt.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will mich auch und gerade beim Ehrenamt im Naturschutz bedanken. Über 100.000 Menschen engagieren sich. Wir haben 800 Bachpaten und Bachpatenschaften, darunter viele Kinder. Mit diesem Dank an das Ehrenamt möchte ich gleich zum Dank an das Ehrenamt gerade auch im Tierschutz überleiten. Das ist eben auch angesprochen worden.

Frau Schellhaaß, ich finde es bemerkenswert, dass Sie hier das einfordern und verteidigen, was Ihre Partei auf Bundesebene oder dann, wenn es Thema im Bundesrat ist, beispielsweise Fortschritte für den Tierschutz zu erreichen, jedes Mal torpediert.

Das Investitionsprogramm von 1,7 Millionen Euro für Tierheime, für die Unterbringung vor allen Dingen von Fundtieren in den Gemeinden ist angesprochen worden. Auch das ist eine Unterstützung der Arbeit von Ehrenamt im Tierschutz. Tierheime werden oft von Ehrenamtlichen geführt.

Ich möchte daran erinnern, dass wir in unserer Verantwortung vor allem für die Nutztiere nicht nachlassen. Wir hatten jetzt Erfolg gerade bei der Legehennenhaltungsverordnung. Das Bundesverfassungsgericht hat uns recht gegeben und erklärt, dass die Legehennenhaltungsverordnung, die ein Rückschritt war, weil das ursprüngliche Verbot der Käfighaltung zurückgenommen worden ist, verfassungswidrig ist. Das ist ein Erfolg für den Tierschutz. Wir sind stolz darauf, dass wir dies erungen haben.

(Ministerpräsident Beck: Jetzt müsste eigentlich die zuständige Ministerin nach der Logik der CDU zurücktreten! Sie hat bewusst gegen die Verfassung verstoßen!)

– Das ist die Debatte über die Konsequenzen. Diese wird bei unterschiedlicher Betroffenheit dann auch unterschiedlich interpretiert.

(Ministerpräsident Beck: So ist die Logik!)

Lassen Sie mich zum Schluss noch zwei Sätze zur Verbraucherpolitik in Rheinland-Pfalz sagen. Sie ist für mich und für uns ein Bestandteil auch für das Soziale in einer sozialen Marktwirtschaft. Die Tatsache, dass wir, ohne solche Wettbewerbe überbewerten zu wollen, Platz 1 in einem bundesweiten Vergleich einnehmen, zeigt, dass wir in den letzten Jahren hier auch deutliche Fortschritte zu verzeichnen haben. Ich möchte mich ganz herzlich bedanken, im Übrigen auch bei der Fraktion, für die zusätzlichen Mittel für die Verbraucherzentrale. Der Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung formuliert: Wir wollen die Verbraucherzentrale auf hohem Niveau weiter fördern. – Wir haben die Förderung von 1,8 auf 2,4 Millionen Euro in diesem Jahr ausgebaut. Danke noch einmal für diese Unterstützung, die

Verstärkung der Mittel über mindestens drei Jahre, weil das eine Frage von Verlässlichkeit ist, und auch die Schaffung der Möglichkeit, die Beratungseinrichtungen und Angebote in der Fläche zu verstärken.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sicherheit ist und bleibt ein zentrales Thema bei uns in unserem Haushalt. Hochwasserschutz ist auch vom Ministerpräsidenten und von David Langner angesprochen worden. Ich kann nur versprechen – wir haben die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass wir am Oberrhein die letzten Maßnahmen zügig, konsequent und auch mit Beteiligung der Bevölkerung und der Verbände umsetzen werden. Damit werden wir im Jahr 2012 alle Maßnahmen, die nicht streitig sind, umgesetzt haben. Das war ein Versprechen, das wir gehalten haben.

Es gilt auch, dass wir den örtlichen Hochwasserschutz am Mittelrhein, an der Mosel oder an der Nahe weiterentwickeln wollen. Insgesamt haben wir Haushaltsvorkehrungen getroffen, dass Investitionen von über 100 Millionen Euro auch im nächsten Jahr angegangen werden können, um ein Stück mehr an Sicherheit, Lebensqualität und Entwicklungsperspektiven unserer Gemeinden zu schaffen, die an unseren Bächen und Flüssen in Rheinland-Pfalz liegen.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Schluss möchte ich Danke schön für eine überwiegend konstruktive Beratung sagen. Dieser Haushalt bietet die Voraussetzungen dafür, dass wir diese Umweltpolitik im Interesse des Landes mit einer kompetenten und leistungsfähigen Umweltverwaltung für den Wirtschafts- und Industriestandort gestalten, und wir haben die Voraussetzungen geschaffen für einen konsequenten Klimaschutz und eine Energiepolitik, die Arbeitsplätze und Versorgungssicherheit schafft und, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch ein Stück Zukunftsfähigkeit für unser Land bedeutet. In diesem Sinne herzlichen Dank für diese Beratungen!

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Schnabel:

Ich erteile Frau Kollegin Schäfer für die CDU-Fraktion das Wort.

Abg. Frau Schäfer, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Ministerin, es gibt ein altes Sprichwort. Ich glaube, dass das heute auch noch gilt: Wer schreit, hat unrecht. –

(Beifall bei der CDU)

Damit möchte ich es auf den Punkt bringen. Es gibt einige Dinge, die Sie eben so nett dargelegt haben, auf die ich eingehen könnte, was ich jetzt nicht machen

werde. Ich möchte Ihnen nur sagen, ich glaube, dass die Menschen in Rheinland-Pfalz ein Recht auf eine ideologiefreie Energiepolitik haben. Das ist ganz wichtig.

Es ist nie gut, wenn man Scheuklappen aufhat, dass man nicht mehr in der Lage ist, nach links und rechts zu schauen und sich anderen Argumentationen nicht zu verschließen.

(Beifall der CDU)

Ich will noch kurz auf das antworten, was der Kollege von der SPD vorhin zu Beginn der Rede gesagt hat. Bemerkenswert ist, dass hier im Grunde mit zweierlei Maß gemessen wird. Ich gehe auf das Thema „globale Minderausgabe“ ein. Für Sie macht es offensichtlich einen Unterschied, ob es eine globale Minderausgabe bei der SPD oder von der SPD angesetzt gibt oder ob es eine globale Minderausgabe seitens der CDU geben soll.

(Ministerpräsident Beck: Ich habe es Ihnen doch erklärt heute Morgen!)

Das macht einen großen Unterschied.

(Ministerpräsident Beck: Ich habe es doch erklärt!)

Wir haben Sie schon des Öfteren gefragt, wie das aussieht. An welchen Bereichen und Teilen wollen Sie sparen?

(Ministerpräsident Beck: Die Quantitäten sind da unterschiedlich!)

Bisher haben wir nach dem Motto „na ja, das machen wir schon“ keine Antwort bekommen. So einfach geht es nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte jetzt etwas zu dem Bereich Verbraucherschutz sagen. Der Beratungsbedarf ist enorm gestiegen. Das betrifft im Grunde so gut wie alle Lebensbereiche. Das geht von der Lebensmittelkontrolle, über Fragen von Energie, Pflege, Finanzfragen bis zu dem Bereich der Medien. Dazu gibt es die Enquete-Kommission Medien. Hier zeigt sich, dass gerade in den neuen Medien Chancen auf der einen Seite bestehen, aber auch Risiken. Ich nenne unlautere Telefonwerbung, Internetabzocke oder den richtigen Umgang von Jugendlichen mit dem Computer.

(Ministerpräsident Beck: Jetzt hat gerade die CDU in Nordrhein-Westfalen den Staatsvertrag gekippt!)

Das sind nur wenige der aktuellen Themen. Eines ist klar, mit den neuen Medien erreicht die Abzocke eine neue Dimension. Da werden mit einem Knopfdruck Tausende von Empfängern erreicht. Das führt zu einer großen Verunsicherung mit Blick auf die rechtliche Problematik.

Es zeigt sich, dass hier ein enormer Handlungsbedarf besteht. Wichtig ist, dass es Beratung gibt und Prävention betrieben werden kann. Das kostet Geld. Es ist rich-

tig, dass es einzelne Projekte gibt. Der Bund beteiligt sich daran. Wir haben Landesmittel, die übrigens immer unstrittig eingesetzt wurden.

An dieser Stelle möchte ich der Verbraucherzentrale und ihren Kooperationspartnern ganz herzlich für die Leistungen danken, zu denen sie bereit sind. Diese sind ganz wichtig für die Menschen in unserem Land.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Rheinland-Pfalz ist ein Flächenland. Das wissen wir. Wichtig ist, dass flächendeckend beraten werden kann. Bereits vor einigen Jahren wurden Beratungsstellen geschlossen. Es ist gut, dass wir jetzt wieder auf einem anderen Weg sind. Es gibt einzelne Stützpunkte, die mit großem Engagement einzelner Kommunen mitfinanziert werden. Beispielsweise kann man den Landkreis Cochem nennen. Sie sind bereit, Geld in die Hand zu nehmen.

(Ministerpräsident Beck: Das haben die GRÜNEN euch abgehandelt!)

Für uns ist wichtig, dass wir eine flächendeckende Versorgung haben.

Wir werden selbstverständlich Ja sagen zu der Verpflichtungsermächtigung für die beiden Folgejahre, um in der Fläche eine Verbesserung zu erreichen.

Sicherheitshalber hat die SPD-Fraktion noch einmal einen extra Antrag gestellt, damit es jeder versteht. Ich sage, das ist unnötig gewesen. Da steht nichts Neues drin.

Meine Damen und Herren, bemerkenswert ist die Art und Weise, wie es zur Einstellung der Gelder kam. Angekündigt wurde es bei der Geburtstagsfeier der Verbraucherzentrale. Das kam vom Ministerpräsidenten und von der Ministerin, dass sich die SPD-Fraktion engagieren möchte. Es war ein bisschen unsicher, ob die Sprecherin der SPD-Fraktion über Kenntnisse verfügt hat. Das schien alles sehr spontan zu sein. Wir haben in der Zwischenzeit eine ganz andere Situation für die Verbraucherzentrale mit der Verpflichtungsermächtigung. Das klingt noch einmal anders als damals auf der Geburtstagsfeier. Wie gesagt, wir werden uns dem nicht verschließen. Wir finden es gut, dass wir einen Ausbau in der Fläche haben werden.

Die CDU-Fraktion hätte hierfür gern ein Konzept. Ich glaube, das ist der richtige Weg, dass man nicht spontan sagt, wir schauen einmal, wie es geht, sondern dass wir es aufarbeiten. Die Verbraucherzentrale weiß, an welchen Stellen noch weiße Flecken sind und wie man diese weißen Flecken in ordentliche Beratungsstellen bzw. Stützpunkte umbauen kann.

(Beifall bei der CDU)

Ich will noch ganz kurz ein weiteres Problem ansprechen. Ich habe immerhin noch zwei Minuten Redezeit. Sie dürfen sich noch freuen. Das betrifft den Bereich der Lebensmittelkontrolle. Sie erinnern sich sicherlich daran, dass wir vor ein bis zwei Jahren das Problem hatten,

dass in den Chemischen Untersuchungsämtern im Land Proben, die eingegangen waren, zu einem großen Teil nicht bearbeiten konnten, weil das Personal fehlte. Das Personal war nicht eingestellt worden. Stellen waren kurz frei. Man musste Proben bis zu einem Jahr einfrieren.

Wir haben es erreicht, dass die Personalausstattung wieder verbessert wurde. Jetzt haben wir gehört, dass es wieder Einschnitte geben soll. Das kam aus dem Finanzministerium. Sie haben uns das im Ausschuss im Grunde zwar bestätigt und gesagt, dass es keine großen Einsparungen geben soll. Schauen Sie bitte, dass das nicht noch einmal passiert, dass Stellen nicht einfach nur auf dem Papier vorhanden sind. Schauen Sie, dass wir nie wieder in eine solche Situation kommen, dass Proben, die genommen wurden, nicht beprobt und untersucht werden können. Hier geht es um die Lebensmittelsicherheit. Da sollte man eine entsprechende Ausstattung haben. Das ist uns wichtig. Nach dem 27. März werden wir das überprüfen und entsprechende Konsequenzen ziehen.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Schnabel:

Das Wort hat noch einmal Frau Kollegin Schellhaaß.

Abg. Frau Schellhaaß, FDP:

Liebe Kollegen, drei Sätze. Herr Ministerpräsident und Frau Conrad, ich wüsste nicht, dass die Bundesregierung etwas dagegen eingewendet hat, wenn ein Land Geld für Tierheime zur Verfügung stellt und dort fehlt es. Ich wüsste auch nicht, dass wir im Haushalt Geld für Legehennenhalter haben.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

Ich selbst kaufe keine Eier aus Legehennenproduktion. Es gibt Leute, die sie kaufen. Das Problem dort ist, dass wir die Betriebe mittlerweile reihenweise einen Kilometer hinter der polnischen Grenze finden, aber nicht mehr in Deutschland. Das muss europaweit gelöst werden.

(Beifall bei der FDP –

Ministerpräsident Beck: Also dann machen wir gar nichts!)

Vizepräsident Schnabel:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen haben wir zum Einzelplan 14 nicht.

Ich rufe auf:

Beratung des Einzelplans 10 – Rechnungshof

Dieser kann gemäß Absprache im Ältestenrat ohne Aussprache behandelt werden.

Wir sind damit am Ende der 103. Plenarsitzung. Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Abend, insbesonde-

re der SPD-Fraktion. Viel Freude und Spaß bei der Vorweihnachtsfeier. Ich lade Sie ein für morgen, 16. Dezember 2010, um 09:00 Uhr hier im Plenarsaal.

E n d e d e r S i t z u n g : 19:38 Uhr.